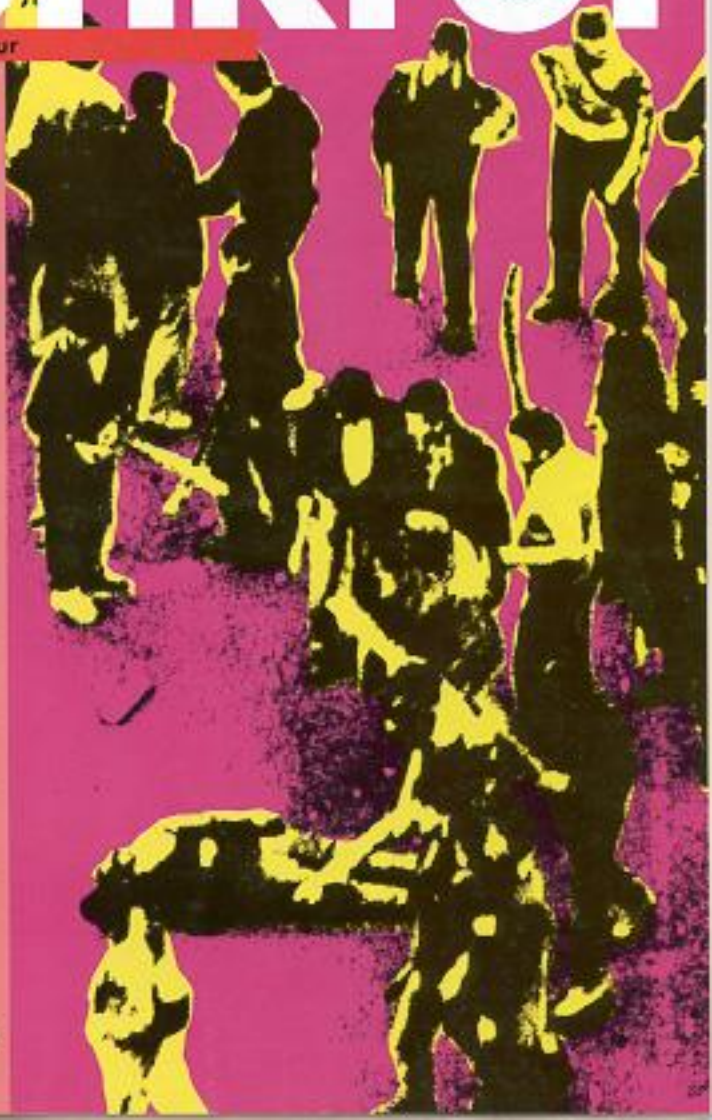
Heft 5 Mai 1990 6,80 DM

C 4143 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Nationen aller Länder, massakriert euch!
- Deutsche im Test: Anfällig für einen neuen Faschismus?
- Linke ohne Heimat, Grüne ohne Radikale, PDS für alle?
- NATO: Sieg im Völkerkrieg
- Robert Altmans Kino



in konkret Mai 1990

von konkret

an konkret

Ich, Josef Stalin von Hermann L. Gremliza

Nationaler Sozialismus? von Oliver Tolmein
Die Umgestaltung der Sowjetunion ist auf den Weg gebracht. Aber Gorbatschows Bündnispartner wollen das »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, nicht »mehr Sozialismus«. Wo der Nationalismus Raum gewinnt, wird die Demokratie erdrückt

Linksradikale Altersweisheit von Detlef zum Winkel
Die Radikale Linke setzt auf eine Logik der Zuspitzung statt auf den Minimalkonsens. Der Kampf gegen den deutschen Nationalismus ist ihr wichtigstes Thema. Das Scheitern der deutschen Einheit so zu beschleunigen, daß es vor ihrem Zustandekommen eintritt, ihr wesentliches Ziel

Große Ziele klingen besser von Regina Michalik
Was bringt die »Radikale Linke« der autonomen Frauenbewegung?

Alles Taktik von Thomas Ebermann
Auf dem Hagener Parteitag der Grünen haben prominente linke Parteimitglieder einen Präambelentwurf für das Programm zur Bundestagswahl vorgelegt, mit dem sie versuchten, die Realos rechts zu überholen, und in München kandidiert Jutta Ditfurth für den Bundestag: verzweifelte Versuche der Linken, sich in der Partei zu halten

Wir verlassen die Grüne Partei von Hamburger Ökosozialisten
Anfang April haben die Hamburger Ökosozialistinnen und Ökosozialisten die Grüne Partei verlassen. KONKRET dokumentiert den Text, mit dem sie ihren Austritt begründeten

Auf Honecker einen Noske? von Siggi Friess; Georg Fülberth
Viele BRD-Linke sehen in einer demnächst gesamtdeutschen PDS die Chance für eine effektiv oppositionelle Politik. Was aber ist des für eine Partei, die unter Gregor Gysi so an Attraktivität gewonnen hat?

»Nur noch ein Rütteln« von Winfried Wolf

Postmoderne Zeiten von Ursula Kreft
Kulturrevolution in der Automobilindustrie Fließbänder werden verschrottet, Hierarchien zerschlagen, Arbeiter bestimmen demokratisch in kleinen Teams, wie sie produzieren wollen Mit »Gruppenarbeit« und »Teamkonzept« beginnen bei General Motors und Ford die postmodernen Zeiten Gewerkschafter frohlocken, und mancher Soziologe verkündet das Ende des Taylorismus

Nato bene von Ursel Sieber
Die westlichen Militärpolitiker sind um Argumente, wieso ihre Armeen, was immer sich auf dieser Welt verändern mag, weiter aus- und aufgerüstet werden müssen, nie verlegen: Die Allianz des Kalten Krieges werde künftig genauso bitter benötigt – gerade weil der Warschauer Pakt in Auflösung begriffen sei

Buch des Monats - Gegen die Logik der Liebe von Gisela Wuttke
Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse, hrsg. von der Hamburger Gruppe Feministischer Internationalismus, CON Verlag, 26 Mark

»Versucht's nochmal!« von Matti Lieske

Während Europa enger zusammenrückt, wird der Krieg in Nordirland aus dem Blick gedrängt. Zwei Bücher versuchen, dem kontinentalen Desinteresse an dem, was die Iren euphemistisch »Trouble« nennen, mit qualifizierten Informationen zu begegnen

Sinn ohn´ Form - 88a + 130a = 218

Der Weg zur inneren Einheit von Wolfgang Pohrt

»Autoritätsgebundener Charakter BRD 1990« heißt der Arbeits-Titel einer sozialwissenschaftlichen Studie, die Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« erstellt. Pohrts methodisches Vorbild ist die Studie »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge Zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische Propaganda sozialwissenschaftlich untersucht hatten. KONRRET wird Pohrts Studie über die Anfälligkeit der Deutschen für einen neuen Faschismus in ihrem Fortgang dokumentieren: In diesem Heft mit dem einleitenden Essay »Elemente des Massenbewußtseins BRD 1990«, im nächsten Heft mit Überlegungen zur empirischen Methode, dem Abdruck eines Fragebogens und der Auswertung einer Testversion

Gross, Deutschland von Roger Willemsen

Johannes Gross ist geistreich und immer in Form. Was der Mann für einen Esprit besitzt! Es ist eine Lust, in seiner Zeit zu leben! – Schreibt er. In sein »Tagebuch«.

Unterm Strich: Ekel, Trauer. von Hermann Peter Piwitt

Literaturtratsch von Michael Scharang

»Der Versuch von Autoren, Essays zur undifferenzierten Beschimpfung von Kollegen zu mißbrauchen, hat in Österreich leider Tradition« schrieb Bettina Steiner in der kommunistischen »Volksstimme« über den folgenden Text, den der Autor im Rahmen von »Literatur im März« im Wiener Künstlerhaus vorgetragen hat

Rationalisierungen der Vernichtungspolitik von Götz Rohwer

Beruhte die Ausrottung der europäischen Juden auf wirtschafts- und sozialpolitischen Planungen oder wurde sie »Zweck-los« um ihrer selbst willen durchgeführte In der Auseinandersetzung um Rationalität und Irrationalität der NS-Vernichtungspolitik versucht Götz Rohwer, »beide Positionen so zu begreifen, daß sie weitgehend vereinbar werden«

Die Männer aus Stahl und der Rost von Kay Sokolowsky

»Batman« – in den USA ein Tophit, bei den Deutschen ein Flop: Ist das nun ein Trost oder bloß ein Beweis dafür, daß die wirklichen Aufsteiger zur Supermacht den Superman zum Träumen nicht brauchen?

»Ganz zu ihren Diensten« von Layla Dawson

Spinnen aus gehärtetem Stahl, Tausendfüßler im Computer-Design, Schmetterlinge auf Velour und klaustrophobische Umarmungen. das Büro als (Alp)Traumfabrik

Nicht ins Leben - auf den Markt von Georg Seeßlen

Spieler, Verrückte, Schauspieler und Künstler – in Robert Altmans Filmen müssen die Figuren endlose Wege durch Zwänge, Selbstdarstellungen und Konventionen zurücklegen, um schließlich doch an der Unvereinbarkeit individueller Wünsche mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu scheitern

Bürgerinnen beobachten den 218 von Conny Voester

Zwei Frauen haben einen Dokumentarfilm über den Memminger Abtreibungsprozeß gedreht

Platte des Monats - Vom Ende der Wahrheit von Diedrich Diederichsen

Verschiedene: Techno 2 – Next; 10 Records/Virgin

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 05/90, S. 4

von konkret

Entwarnung: Das Streitgespräch über die Wiedervereinigung in KONKRET 4/90 zwischen der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herta Däubler-Gmelin, Christina Thürmer-Rohr, Jakob Moneta und Jan Philipp Reemtsma hatte mit der Frage geendet, »ob die deutsche Einheit zu den Dingen gehört, über die die Deutschen abstimmen sollten« (Reemtsma), und mit der Verabredung, das Gespräch in KONKRET 5/90 fortzusetzen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen einigten sich auf Mittwoch den 4. April, 11.30 Uhr, als Gesprächstermin. Am Freitag, dem 30. März erschien KONKRET mit der Titelzeile »Brandt, ein deutscher Nationalist«. Am Dienstag, dem 3. April, 17 Uhr, sagte Frau Däubler-Gmelin ihre Teilnahme ab – sie sei an Grippe erkrankt. Gottseidank nichts Schlimmes, denn bevor die KONKRET-Redaktion ihre Genesungswünsche absetzen konnte, war die leidende Sozialdemokratin wieder eine leitende: als Ehrengast bei der 40-Jahr-Feier des Volksbunds VdK, am Donnerstag, dem 5. April.

Statt in einem Streitgespräch werden die offengebliebene und andere deutsche Fragen mit einer Studie beantwortet, die Wolfgang Pohrt über das Massenbewußtsein in der BRD erarbeitet und die in diesem und folgenden KONKRET-Heften abgedruckt wird – »Sozialwissenschaft als Fortsetzungsroman« (Pohrt).

Auszug aus einer Diskussion mit Egon Krenz anläßlich dessen Lesung in der Wandsbeker Bücherstube:

Tomayer: Herr Krenz, eine kleine Frage: Ihr publizistischer Führungsoffizier im Westen war Herr Will Tremper. Herr Krenz, wissen Sie, dqß Will Tremper, wenige Monate, bevorer Sie durch den Westen geleitet hat, folgendes geschrieben hat:

»In Berlin, so erzählten mir ältere Bewohner immer wieder, wurde vor siebzig Jahren nach der Melodie 'Lang, lang ist's her' gesungen: 'Es schwimmt eine Leiche im Landwehrkanal... ' – die von Rosa Luxemburg im Spartakus-Aufstand von 1919. . . Die Berliner ließen sich ungern terrorisieren, von johlenden Kommunisten auf vorbeirasenden Lastwagen wahllos beschießen. Darum scheint nicht überall Entsetzen geherrscht zu haben, als Rosa Luxemburg und ihr Genosse Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 von Freikorps-Mitgliedern im Eden-Hotel in der Budapester Straße zusammengeschlagen und erschossen und ihre Leichen in den nahefließenden Landwehrkanal geworfen wurden.«Wußten Sie, Herr Krenz, als Sie sich diesem Mann anvertrauten, daß er dies geschrieben hat?

Krenz: Nein, ich wußte nicht, daß er dies geschrieben hat, das ist eine fürchterliche Beschreibung der Situation, da bin ich mit Ihnen vollkommen einverstanden.

Tomayer: Sie wußten das nicht?

Krenz: Nein, das wußte ich nicht.

Tomayer: Und die Staatssicherheit wußte das auch nicht?

(schweres blödes Gelächter des Anwesenheitsgesindels. Später:)

Tomayer: Herr Krenz, ich löse die Veranstaltung auf. Wir müssen zur Montagsdemo für Kindergartenplätze in Hamburg.

Danach überreichte Tomayer dem Staatsratsvorsitzenden a.D. das KONKRET-Heft, in dem Trempers Text dokumentiert ist – gegen Quittung:

Große Aufgaben verlangen (u a) viele und vor allem häufiger als monatlich erscheinende Zeitungen: »Nie wieder Deutschland« ist ein aktuelles Beispiel. Bis zur bundesweiten Demonstration gegen deutschen Nationalismus am 12. Mai erscheint die vierseitige und überhaupt nicht pluralistische Zeitung dreimal. Die erste Ausgabe war direkt nach Erscheinen am 14. April ausverkauft, die zweite und dritte Ausgabe können noch bestellt werden, und zwar, weil das Projekt, das in der Tradition der »clockwork 129a« steht, keinen Verlag und nur einen ausgeliehenen Redakteur hat, bei uns: Nie wieder Deutschland c/o KONKRET, Osterstraße 124, 2 Hamburg 20. Mindestabnahme: 10 Exemplare zu je 20 Pfennig. Geld bar oder als Scheck der Bestellung beilegen.

konkret 05/90, S. 6

an konkret

Deutschnational

KONKRET 4/90 »Verzicht ist Verrat«, Wolfgang Schneider über Willy Brandt

Die Rolle Brandts in der SPD-internen Auseinandersetzung, sein deutschnationales Auftreten wird in dem Beitrag von Brigitte Seebacher-Brandt in der FAZ v. 21.11.89 ganz deutlich: »Die Entschließung, die die SPD in Berlin fassen wird, entwirft Egon Bahr. Gegenpositionen zeichnen sich nicht ab. So läßt sich vorhersagen, daß die Zweistaatlichkeit festgeschrieben wird...

E. Bahr und G. Gaus stehen in dem Ruf, 'kleine Metternichs' zu sein...

Ludwig Frank, der badische (SPD)-Parteiführer meldete sich vom Reichstag aus freiwillig an die Front. Er wollte zeigen, daß es den Sozialdemokraten mit der Pflicht zur Verteidigung der Heimat bitter ernst ist. Ludwig Frank begründete eine Tradition. . .«

H. Pieper

Winterberg

Schock

KONKRET 3/90 »Populist von der traurigen Gestalt«, Georg Fülberth über den Deutschland-Plan Hans Modrows

Der Zusammenbruch dieses Weltbildes, die Niederlage der mit ihm verknüpften Wertvorstellungen und das Eingeständnis, daß bestimmte Freiheitswerte in den kapitalistischen Ländern zu recht dem Sozialismus tatsächlicher Prägung gegenüber bewahrt werden mußten, machen den Schock aus, der erst noch verarbeitet sein will.

Georg Fülberth scheut sich nicht, das Filzpantoffel-Image Hans Modrows als Bestandteil seiner Kritik zu kolportieren. Die Frage, ob dessen Loslösung von selbst auferlegter Parteidisziplin Ausdruck von integrer Persönlichkeit ist (woran nicht nur die DDR Mangel litt) oder von populistischem Opportunismus, hat Fülberth auf bestimmte Weise beantwortet: ohne sie zu stellen.

Mit Schaudern habe ich aus Modrows Mund das ohnehin schon Übelkeit erregende »Deutschland einig Vaterland« gehört. Aber mein dritter Gedanke war: Das

nimmt den deutschnationalen Montagsdemonstrationen ihre gefährliche Spitze. Das ist ihr Ende! Eine sauber plazierte politische Finte, bei der nicht lange zu überlegen war. Manchmal kommt es eben doch darauf an, wer etwas sagt.

Es muß nicht Populismus oder Opportunismus sein, mit dem Volk den Weg zu gehen, auf dem es freiwillig oder naiv seine Haut zu Marke trägt. Die Erfahrungen werden nicht ausbleiben.

Bernd Apel

Hamburg

»Cherchez la femme«

KONKRET 4/90 Streitgespräch »Deutsche Züge – entgleiste Männer«

Ja, der Zug ist abgefahren. Und die Strecke ist dieselbe wie gehabt. Und das Ziel ist dasselbe wie gehabt. Und niemand hält ihn auf. Niemand! Und die treibende Kraft hinter alledem füllt jetzt schon die Schüssel mit der Unschuld, in der sie später ihre Hände waschen wird – wie seit Jahrtausenden. »Frauen können mit Nationalismus wenig anfangen.« Da steht er, dieser Satz, in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit, unwidersprochen von den inzwischen völlig verunsicherten Männern. Als hätte es die Wogen der weiblichen Begeisterung, auf denen die Hitlers und Goebbels' zu ihrer Höchstform auflaufen konnten, nie gegeben. »Cherchez la femme!« Dieses Wort ist ebenso frauenfeindlich wie wahr: Seit eh und je ist die ach so verdammenswerte »männliche Monokultur« das Werkzeug der stets im Hintergrund gebliebenen Mütter, Schwestern, Freundinnen, Ehefrauen gewesen. Die vorgeschobene Behauptung der in Deutschland besonders aggressiven Feministinnen, sie wollten ihre Geschlechtsgenossinnen allüberall auf der Welt aus tatsächlicher oder vermeintlicher Unterdrückung befreien, bricht zusammen, wenn man nur einmal einen Blick in die Betriebe riskiert, wo die durch gute Heirat (oder gute Scheidung) finanziell bestens abgesicherten, angeblich feministischen Frauen ihren Mitschwestern, die sich und ihre Kinder allein durchs Leben schlagen müssen, auch noch deren Arbeitsplätze streitig machen.

Ingrid Sierke

Bremen

Kindliche Lust

KONKRET 4/90 »Witzlosigkeit und Inhumanität«, Jan Philipp Reemtsma über eine rebellische Stilfigur den Kalauer

Es mag ja sein, daß der Kalauer sich ursprünglich der kindlichen Lust an der Anarchie verdankt und insofern eine emanzipatorisch-destruktive Potenz kultivieren könnte.

Nur gebe man sich doch bitte keiner Illusion hin und wähne die Perversion zur affirmativen Indienstnahme nur bei dräuenden, ganz und gar »erwachsenen« Philosophen vom Schlage Heideggers – wo doch, viel massenwirksamer, der Kalauer längst zum Standard-Repertoire der Werbetexter, Feuilletonisten und Zeitungsfritzen gehört und damit in den Bann locker-flockiger »Frischwärts«-Propaganda und geistloser Geschwätzigkeit geraten ist, eine desorientierte, infantilisierte Öffentlichkeit bedienend, deren totale Unverbindlichkeit und Sinnleere jedes unverdorbene Kind befremden muß.

Die Unschuld ist unwiderruflich dahin.

Klaus Wolper

Hamburg

Wie sich Bilder gleichen

KONKRET 3/90: »Wer Winkeladvokat ist...« und KONKRET 4/90: Leserbrief Dr. L. Heid

Wußten Sie, daß Titel und Motto des »Drahtziehers« von diesem Plakat stammen? Dr. H. wird sich sicher auch dafür interessieren.

C. Hampel

Berlin

Faschisten

KONKRET 4/90: Wolfgang Pohrts Leserbrief und sein Artikel »Spiel mit verteilten Rollen«

Piwitt ein Völkischer, Grass ein Rassist und Boehlich ein Nationalist? Dann sind Gremliza und Amendt womöglich Faschisten und Tomayer und Altenburg mindestens chauvinistische Sexisten. Und was ist Wolfgang Pohrt? Radikal sind seine Kommentare nur noch in ihrer selbstverliebten Dummheit. Wann fängt Pohrt endlich an, mit dem Schreiben aufzuhören?

Carsten Helsmann

Langen

Vorschlag

Die SPD (West) hat durch ihre Sprecherin, Frau Matthäus Maier, die Volkskammer der DDR aufgefordert, »die früheren Staats- und Parteifunktionäre der DDR zu enteignen« (AFP-Meldung, 8.4.90). Man kann nun wohl damit rechnen, daß die SPD (West) nun auch beantragen wird, daß der Bundestag die Flick und Siemens, die IG-Farben-Nachfolger Hoechst, BASF und Bayer, und andere Kriegsgewinnler enteignet, die aus dem Blut deutscher Soldaten und ausländischer Sklaven Milliarden-Gewinne gezogen haben?

Emil Carlebach

Frankfurt

konkret 05/90, S. 8

Hermann L. Gremliza

Ich, Josef Stalin

Diese Tätigkeit von 1933 bis 1936... hat ihm beim stalinistischen Teil der deutschen Linken jede Menge Feindschaf t eingebracht. In rufmörderischer Absicht ist ihm zuletzt in einer Ausgabe der KONKRET wider besseres Wissen unterstellt worden...

Die Frage, was Stalinismus sei, ist beantwortet: einem Mann, der früher und später auch anders konnte, vorzuwerfen, daß er bei den Nazis in deren »Mitteleuropäischem Wirtschaftstag« mitgemischt hat. Das ist nicht hart, nicht ungerecht, nicht engherzig, nicht falsch, nicht abwegig. Es ist stalinistisch. Daß auch Stalin selbst dem Alfred Sohn-Rethel aus seiner »Tätigkeit von 1933 bis 1936« einen Vorwurf gemacht haben könnte, wenn sie ihm bekannt gewesen wäre, ist ein durchaus überflüssiges Argument. Mit den Ansichten oder gar den Taten des sowjetischen Diktators hat dieser Stalinismus so viel zu tun wie der Professor Brats mit den nach ihm benannten Kartoffeln.

Stalinismus ist nicht der blutige Terror, der unter Stalin in der Sowjetunion geherrscht hat, Stalinismus beginnt, wie der Loftphilosoph Glucksmann sagt, bei Karl Marx und endet, wenn ich Udo Knapp, den Glucksmann der grünen Partei, richtig verstanden habe, bei der Gesamtschule noch lange nicht. Stalinismus ist, was dem konsumfreudigen Citoyen den Einkaufsbummel vermiest: Lenin und Castro und das Ladenschlußgesetz.

So weit, so blöde und vergleichsweise harmlos. Die Fortsetzung des oben angeführten Zitats aus der Kinder-»FAZ« aber weist darauf hin, daß das Gerede vom Stalinismus gerade jetzt und hier gemeingefährlich zu werden beginnt: Der Feindschaft der Stalinisten gegenüber dem Planer eines vom Deutschen Reich beherrschten osteuropäischen Wirtschaftsraums nämlich ... *Iag ein wesentlicher Widerspruch Sohn-Rethels zur offiziellen »linken« Faschismusanalyse zugrunde. . . Er hat bewiesen: »Es war nicht das Kapital, das dem deutschen Nationalsozialismus zur Macht verhalf, sondern dessen ökonomisch und finanziell schwächster Teil.«* Und wie das oft ist, setzt sich der ökonomisch und finanziell schwächste Teil dann eben durch. Was immer der Sohn-Rethel sich dabei gedacht haben mag – was der Jo Müller, sein Ehrenretter, den ökolibertären Umbauern der Industriegesellschaft sagen will, ist überdeutlich: Das deutsche Kapital sei, wenn man es nur ökonomisch und finanziell schön stark sein ließe, ganz brav und für Faschismus nicht zu haben, weshalb eine »offizielle (?) Faschismusanalyse«, die ihm etwa unterstellt, es wolle morgen wieder ausführen, was der »Mitteleuropäische Wirtschaftstag« vorgestern geplant und das Kapital gestern getan hat, was ist? Stalinistisch.

Stalinistisch ist und war natürlich nicht nur die Analyse, stalinistisch war auch die Tat, die den Endsieg des ökonomisch und finanziell schwächsten Teils vereitelte: die Eroberung und Knechtung der osteuropäischen Staaten. Vierzig Jahre lang mußten Slowaken, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, zuvor friedlich-freundliche Militär- und sonstige Rechts-Diktaturen, auf ihre beliebten völkischen Traditionen, insbesondere das zwischenmenschliche Gemetzel, verzichten, nur weil sie 1941 im Bündnis mit Hitler dem Stalinismus den Krieg erklärt hatten. Und was litten erst die Deutschen:

Auf dem Gebiet der heutigen DDR (früher Sowjetisch Besetzte Zone, SBZ) wurden nach 1945 etwa 160.000 Menschen unter Mißachtung sämtlicher rechtsstaatlicher Maßstäbe von sowjetischen Behörden unter Mitwirkung der SED (KPD) inhaftiert, von denen etwa 65 – 79.000 (nach Schätzungen von Finn bzw. Fricke) in Gefängnissen und Konzentrationslagern ums Leben kamen... Mit diesem offenen Brief möchte ich Sie bitten, diese Massenvernichtungen überall in der DDR offen zu diskutieren, alle vorhandenen und verheimlichten Massengräber zu öffnen, die Namenslisten der Ermordeten zu publizieren, die Opfer zu rehabilitieren und eine Politik der Wiedergutmachung einzuleiten.

Dieser »Opfer des Stalinismus« müsse »öffentlich gedacht« werden, schreibt »an die neugewählten Abgeordneten der Volkskammer« ein Tilman Zülch, der sich stolz als »Gründer der zweitgrößten Menschenrechtsorganisation in der Bundesrepublik« vorstellt, eines Vereins, dem ich schon zu jener Zeit, als er noch mit australischen Aborigines reiste, angemerkt habe, daß er sich damit nur auf seine größere Aufgabe vorbereitete: eine Gesellschaft für das eigene bedrohte Volk zu werden. Die neugewählte Volkskammer aber hat gut zu tun: Gerade haben ihre Abgeordneten sich zur Mitverantwortung der DDR-Bürger für die Ermordung von sechs Millionen Juden bekannt, da sollen sie den Mitverantwortlichen für den Holocaust Denkmäler aufstellen und ihren Hinterbliebenen Geld geben.

Nun spricht vieles dafür, daß die sowjetischen Sieger auch Unschuldige inhaftiert haben und manche, deren Unschuld sie kannten. Sie können Opfer Stalins genannt werden und waren doch zuerst Opfer des deutschen Faschismus, der die Lage, in der ihnen dieses Unrecht geschehen konnte, herbeigeführt hatte. Nicht von diesen aber ist – bei der Gesellschaft für das bedrohte Volk und deshalb auch hier – die Rede, sondern von den 160.000, die weniger als ein Prozent der damals in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Deutschen ausmachten, also nicht mal den zehnten Teil derer, die als Nazi-Funktionäre, als SS-, SA- oder Wehrmachtsmänner gerade zwanzig Millionen Sowjetbürger ermordet hatten. Welchen

Umgang konnten diese Räuber und Mörder von den Überfallenen, ihrer Familien und ihrer Zukunft Beraubten fordern? Man habe sie in deutsche Konzentrationslager gesteckt. Ja, hätte denn die Rote Armee erst neue Gefängnisse bauen sollen, weil Konzentrationslager etwas sind, wo Deutsche andere Leute hineinstecken und nicht umgekehrt? Man habe sie an Hunger und Seuchen sterben lassen. Sollte die Rote Armee, die dank der Bestellung ihrer Felder mit deutschen Granaten selbst kaum was zu fressen hatte, Brot und Ärzte aus, sagen wir: Leningrad herbeischaffen, weil dort gerade die Esser und die Patienten um 900.000 reduziert worden waren?

Trotzki war gewiß ein Opfer Stalins – und hätte doch der Kommandeur jener Roten Armee sein können, deren Opfer die völkischen Gesellschafter gedenken wollen. War er ein Opfer des »Stalinismus«? Es gab Stalin und eine von Stalin bestimmte Politik, eine Politik voller Fehler, Verbrechen und »Verbrechen«. Wenn von Kommunisten, die aber jetzt nicht dazu kommen, weil ihr Tag mit Entschuldigungen für ihre Existenz ausgefüllt ist, analysiert würde, welche Fehler warum begangen wurden, ob und wie sie hätten vermieden werden können, welche Verbrechen Verbrechen waren und welche bloß Zülchsche »Massenliquidierungen«, könnten sie auf ein Syndrom stoßen, das den Begriff Stalinismus verdiente.

Solange jedoch Stalinismus bloß ein Etikett ist, das deutsche Bürgerkinder jedem aufpappen, der ihrem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zur Exportabhängigkeit und zur ökologischen Ausgestaltung des Vierten Reichs nicht beipflichtet; solange deutsche Söhne auf Podiumsdiskussionen jeden Kritiker ihrer Vaterlandsliebe mit einem Stakkato von Stalin/Stalinismus/stalinistisch eindecken, bis ihre Züge zu jenem Ausdruck entgleisen, den das Wort Stalingrad auf den Gesichtern der Herren Eltern hervorzurufen pflegt; solange als Stalinismus gilt, was die Welt von einer – Zülchs Schätzung hinzuaddiert – doch überraschend großen Menge Nazis befreit hat, will ich die Auszeichnung in Ehren halten.

konkret 05/90, S. 10

Oliver Tolmein

Nationaler Sozialismus?

Die Umgestaltung der Sowjetunion ist auf den Weg gebracht. Aber Gorbatschows Bündnispartner wollen das »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, nicht »mehr Sozialismus«. Wo der Nationalismus Raum gewinnt, wird die Demokratie erdrückt

Valentin Rasputin ist Intellektueller, Schriftsteller, Politiker: ein Multitalent von der Art, wie es den westlichen Medien als Garant für moralische Integrität und menschliche Weisheit gilt. Seine Romane, z.B. »Abschied von Matjora« oder »Der Brand« sind in Millionenauflagen verbreitet und in dutzende Sprachen übersetzt worden. Er arbeitet im Obersten Sowjet in der Umweltschutzkommission mit, seit 1989 ist er parteiloses Mitglied im Kongreß der Volksdeputierten, und vor wenigen Wochen hat ihn der sowjetische Staatschef Gorbatschow in den einflußreichen 16köpfigen Präsidialrat berufen. »Rasputin beschäftigt die Frage, was mit einem Menschen geschieht, wenn er seine Wurzeln und sein Wertsystem verliert«, charakterisierte ihn jüngst in einem wohlwollenden Portrait die bundesdeutsche linke »Volkszeitung«.

Eine Gruppe, die dem Begründer der seit Anfang der siebziger Jahre zunehmend beliebten »Dorfprosa« zufolge »ihre Wurzeln« verloren hat, war die sowjetische künstlerische Avantgarde in den zwanziger Jahren. Das hat sie, wie Rasputin nicht müde wird öffentlich zu kritisieren, »provokativ, aggressiv und artfremd« werden lassen. Im August 1988 hat er in der »Prawda« seine Alternative zu »artfremden« Strömungen zuversichtlich beschrieben: »Wir werden es morgen nicht mehr mit Einzelgängern und informellen Gruppen zu tun haben, sondern mit einem ganzen Volk, das sein Gedächtnis (Pamjat) wiedergefunden hat.«

Die Botschaft des prominenten russischen Nationalisten wurde verstanden. Am 18. Januar dieses Jahres stürmten Aktionisten der »Pamjat«-Bewegung ein Treffen der liberal-demokratischen Autorenvereinigung »April«, das im normalerweise gutbewachten Zentralen Literaturhaus in Moskau stattfand, und pöbelten gegen die »artfremden« Autoren: »Sie Freimaurerjuden, Sie können sich aus dem Saal hinausbegeben, Genossen Juden, verlassen Sie den Saal, Sie sind keine Schriftsteller – wirkliche Schriftsteller sind Rasputin, Astafjew, Below... Genossen Juden, die Sie angeblich Schriftsteller sind, gehen Sie in den kleinen Saal hinüber, wir werden Sie alle aufschreiben und registrieren ! Ihre Zeit ist abgelaufen, weder die Miliz noch der KGB, noch die Partei werden Ihnen zu Hilfe kommen. Jetzt sind wir die Herren des Landes und Sie, die Zugezogenen, verschwinden Sie nach Israel.« Es dauerte knapp eine Stunde, bis die Miliz einschritt, Anklage gegen den Sturmtrupp ist nicht erhoben worden, von Valentin Rasputin gibt es genausowenig wie von den anderen »wirklichen Schriftstellern« eine entschiedene Distanzierung.

Antisemitismus, in den Jahren nach der Oktober-Revolution weitgehend erfolgreich bekämpft, seit Stalin, der 1948 sogar das Antifaschistische Jüdische Komitee liquidierte, als Antizionismus wieder Staatsdoktrin, prägt heute in der Sowjetunion, vor allem im Kernland Rußland, erneut und mittlerweile unverbrämt das öffentliche Leben. Sowjetische Juden berichten von immer neuen Pogrom-Androhungen und Übergriffen: Am 17. August 1989 wurden sie gewarnt, für den 23. Februar 1990 war ein Pogrom angekündigt, am 5. Mai 1990, heißt es, sollten Juden besser in ihren Häusern bleiben. »Die Regierung dementierte wochenlang in vielen Zeitungen, mehrfach im Fernsehen so emsig die Gerüchte, als ob doch etwas dahintersteckte. War dieses massierte, überdimensionale Dementieren gar ein schlauer Trick, den Juden noch mehr Angst zu machen? Hatten die parteitreuen Medien in Baku nicht so lange vor Armenier-Greueln gewarnt, bis sie endlich begangen wurden?«, beschreibt der Literatur-Kritiker Jurij Ginsburg die Stimmung der sowjetischen Juden. In liberalen Medien wie den »Moskau News« und von Gruppen wie der »April«-Vereinigung wird bereits vor einem »russischen Nazismus« gewarnt.

Daß Antisemitismus in der sowjetischen Öffentlichkeit derart Raum greifen konnte, daß diese Zuspitzung aufs Äußerste überhaupt vorstellbar geworden ist, erklärt sich aus dem bestenfalls opportunistischen, schlimmstenfalls selbst ressentimentgeladenen Verhalten der Kommunistischen Partei und ihrer Führung dieser völkischen Aggression gegenüber: »Pamjat« wird nicht verboten, es gibt keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse, keine Verhaftungen wegen Volksverhetzung. Stattdessen kommen »Pamjat«-Sympathisanten in konservativen Zeitungen wie »Prawda« oder »Molodaja gwardija« ausführlich zu Wort. Toleranz gegenüber den »Nationalradikalen« zeigen allerdings keineswegs, wie jetzt, um das Feindbild passend zu machen, allgemein behauptet wird, ausschließlich die konservativen und stalinistischen KPdSU-Politiker um Ligatschow.

»Pamjat« verfügt seit l987 in Moskau über eigene Räume und einen Rank-Xerox-Kopierer, obwohl der Besitz von Vervielfältigungsgeräten Sowjetbürgern streng verboten ist. Einige hundert »Pamjat«-Anhänger demonstrierten am 6. Mai 1987 in Moskau für Prohibition und verkündeten, daß der nationale Untergang durch eine »zionistisch-freimaurerische Verschwörung« drohe – sie wurden zwar daraufhin nicht, wie sie gefordert hatten, bei Gorbatschow vorgelassen, immerhin aber vom damaligen Stadtparteichef Boris Jelzin zu einem »Gedankenaustausch« empfangen. Auch die Berufung Valentin Rasputins in den Präsidialrat durch Gorbatschow kam nicht unvermittelt. Der sowjetische Staatschef hat sich bereits früher von Rasputin, aber auch von dessem nationalistischen Kollegen, dem »Pamjat«-Sympathisanten Wassilij Below auf

Staatsempfänge ins Ausland begleiten lassen. In Belows zuletzt erschienem Roman »Alles liegt vor uns« zerstören geheimnisvolle Mächte die sittlichen Grundlagen des russischen Volkes. Der negative Held des Buches ist ein bösartiger jüdischer Intellektueller.

Das antisemitische Ressentiment der Intellektuellen wirkte als 'Funke', der einen Steppenbrand entfachen konnte, weil er auf einem jahrelang dafür vorbereiteten Boden geschlagen worden ist. In den Romanen und Erzählungen der seit Anfang der Siebziger Jahre enorm populären und einflußreichen Dorfprosa sind der Abschied vom sozialistischen Fortschrittsglauben und die Idealisierung der bäuerlichen Welt, die Überhöhung der Heimat und die Aversionen gegen das stets zerstörerisch und bisweilen unheimlich wirkende Fremde untrennbar miteinander verbunden. Die Herausbildung des ökologischen Bewußtseins brachte eine Hinwendung zu den reaktionären Traditionen, sie setzte an die Stelle rationaler Kritik der Gesellschaft ein (volks)gemeinschaftsstiftendes Ziel: Bewahrung des Vorgefundenen. Ihrer Logik der Bedrohung entspricht nicht der Klassenkampf, sondern die Verteidigung der Natur: Biologie statt Sozialismus.

»Sittlichkeit und Geistigkeit gehören heutzutage wohl zu den besonders abgedroschenen Begriffen. Und dennoch muß man sie immer wieder bei der Suche nach Ursachen gebrauchen, die sich nicht anders erklären lassen. Auch Patriotismus als Argument, auf das man sich stützen kann, rührt nicht von irgendwelchen Impfungen her, sondern vom inhaltsreichen Sinn für das Heimatland. Vom inhaltsreichen: also von einem Gefühl, das den im Volk üblichen sittlichen und geistigen Grundlagen entspringt. Ohne diese Grundlagen kann man nicht leben. Jede Ersetzung dieser Faktoren verwandelt sich in eine schwere Krankheit. Denn irgendwo im Menschen gibt es eine Quelle, die aus der Erde sprudelt, auf der er geboren wurde. Die Erde ist die Mutter und Ernährerin des Volkes, seine ewige Zufluchtsstätte, seine einzige Heimstatt.« Valentin Rasputin gebraucht in seinem »Baikal-Prolog«, der in einem 1988 erschienen Sammelband zur Unterstützung der Perestrojka abgedruckt ist, Blut-und-Boden-Metaphern, das nationalistische Bild vom Volkskörper, um gegen die Verschmutzung des Baikal-Sees eben nicht zu argumentieren, sondern Stimmung zu machen. Daß ihm der See dann auch nicht einfach Umwelt, sondern »nationales Heiligtum« ist, hat genausowenig Protest hervorgerufen, wie seine geschickt in den Text einmontierten Attacken gegen die Aufklärung.

Rasputin, und er steht hier stellvertretend für viele, arbeitet in seinen Texten, »die an die Weisheit der alten Sitten und Bräuche« erinnern und »die Zerstörung der Natur und unserer Seelen« anklagen, mit jenen völkischen Motiven, die auch der Intelligenz in den zum nationalen Aufbruch drängenden sowjetischen Republiken Resonanz bei den Massen sichern. »Die einzige nichtoffizielle gesellschaftliche Organisation, die zur Zeit Massencharakter hat, ist Pamjat... Die Jahre der Aktivität, die die Dissidenten-Gruppen schon hinter sich haben, geben ausreichenden Hinweis darauf, daß unsere Kraft allein in der nächsten Zukunft nicht einmal Tausende Menschen in Bewegung setzen wird. Im Gegensatz dazu kann das Programm von Pamjat und deren Politik tatsächlich Millionen Bürger ergreifen«, konstatierten schon frühzeitig Sprecher der pazifistischen Gruppe »Doverie«.

Das ökologische Bewußtsein, das sich in Estland, Lettland, Litauen, in der Ukraine, in Aserbeidschan, in Armenien und eben in Rußland herausgebildet hat, verknüpft den Wunsch nach unbeschädigter Natur mit dem Bewahren von nationaler Identität, verquickt Umweltschutz und Schutz vor »geistiger Verschmutzung« beziehungsweise »kultureller Überfremdung«, Begriffe, die die zahlreichen »Volksfront«-Programme und Flugblätter der auf nationale Unabhängigkeit setzenden Gruppen strukturieren. Die Abwehr einer als repressiv empfundenen Politik wird ihres emanzipatorischen Inhalts dadurch beraubt, daß als ihr Ziel die Wiederherstellung eines »natürlichen«, also nicht durch freie menschliche Entscheidung hergestellten, sondern sich dieser durch eine diffuse Vorbestimmung entziehenden Zustands benannt wird. An die Stelle einer kritischen Auseinandersetzung mit der politischen Entwicklung und ihren Akteuren wird eine Verklärung der nationalen Geschichte als Bezugspunkt zukünftigen Handelns gesetzt. Was mit Natur anfängt, endet nicht nur in Deutschland bei der Nation.

Die Dogmatik des durch die Praxis auch theoretisch verkrusteten Marxismus-Leninismus der KPdSU wird nicht durch eine Analyse des Erstarrungsprozesses und der daraus folgenden Deformation der kommunistischen Politik bekämpft, sondern durch das Anprangern von »Schuldigen«. Die russisch-chauvinistischen Strömungen, die derzeit ähnlich vehementen Zulauf haben wie vor zwei Jahren die »Volksfronten« in anderen Republiken, fordern heute eine »patriotische Perestrojka«, als deren Hauptfeinde sie den »Kosmopolitismus« der Juden und Freimaurer, das ausländische Monopolkapital, den Alkoholismus und die Naturzerstörung ausgemacht haben. Die litauische »Sajudis«, die eng mit der katholischen Kirche verflochten ist, setzt zivilere, »westlichere« Akzente: nationale Unabhängigkeit und Antikommunismus. Die erste Amtshandlung des nach Unabhängigkeit strebenden Parlaments war aber dennoch die Wiedereinsetzung der – von der völkischen Partei »Tautininkai«, die sich 1926 durch einen Militärputsch an die Macht gebracht hatte, durchgesetzten – Verfassung von 1938. Nationalisten sind konservativ: Ihr Programm ist die Restauration, nicht die Revolution.

Hier soll nicht der Antisemitismus der »Pamjat« und anderer extremistischer russischer Gruppen mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten gleichgesetzt- werden. Es gibt zweifelsohne Unterschiede zwischen dem Nationalismus einer unterdrückten und dem einer unterdrückenden Nation (obwohl der überwiegende Teil der in der RSFSR lebenden Russen keinerlei Vorteile dadurch hat, daß in Litauen Russisch gesprochen werden mußte;

bemerkenswert ist auch, daß die polnische Minderheit in Litauen großen Wert auf den Verbleib des Landes in der UdSSR legt). Die Unterschiede sind aber graduell. Nicht jede Variante des Nationalismus führt zu Pogromen – sie ist aber stets Voraussetzung dafür, und kein Nationalismus bietet einen zuverlässigen Schutz davor. Festzuhalten ist, daß die unterschiedlich bedrohlichen Spielarten und Ausdrucksformen des Nationalismus sich aus vergleichbar trüben Quellen speisen. Dem russischen Antisemitismus den Kampf anzusagen, aber das litauische Aufbegehren gegen »Überfremdung« als Emanzipationsprozeß zu feiern, ist entweder schlimme Taktik oder gefährliche Ignoranz.

»Nationalismus an sich ist nichts Schlimmes – er kann gelegentlich für eine Nation sogar sehr wichtig sein«, versuchte der 1973 nach Paris emigrierte Autor Andrej Sinjawski kürzlich in einem Essay für den »Guardian« den in der Bekämpfung des realexistierenden Sozialismus so erfolgreichen Nationalismus von dem für die sowjetischen Juden unmittelbar gefährlichen Antisemitismus zu unterscheiden, »wenn er nicht ohne guten Grund dieses giftige Nebenprodukt entwickelt: 'Den Feind'«. Ist »Existenzgefahr« für die eigene Nation ein guter Grund? Welches Feindbild genau ergibt sich daraus? Und was ist das Eigene an der Nation?

Der durchschnittliche Lebensstandard in Litauen ist höher als in fast allen anderen Sowjetrepubliken, er ist auch deutlich höher als in der RSFSR. Seit Litauen Sowjetrepublik ist, sind dort in großem Umfang Industriebetriebe angesiedelt worden: Rohstoffe und Energie bekommt der kleine Staat zu drastisch unter Weltmarktniveau berechneten Preisen, ein erheblicher Teil der produzierten Güter, vor allem der Konsumgüter, muß dafür auf dem sowjetischen Markt abgesetzt werden. Die litauischen Politiker halten ihr Land für benachteiligt, und die litauische Bevölkerung glaubt ihnen die Botschaft gern: nicht weil es ihnen schlecht, sondern weil es ihnen nicht gut genug geht. »Wir sollten besser leben als andere, denn unsere Arbeitsproduktivität ist höher«, argumentiert der Finanzexperte des neuen Parlaments, Wladas Terljazkas. Die Armut in den asiatischen Republiken sehen die Litauer nicht als »unser Problem« an: Sie wollen am Reichtum Westeuropas partizipieren. Auf wessen Kosten das geht (und auf wessen Kosten die forcierte Aufbaupolitik im Baltikum gegangen ist), das ist der nationalistischen »Sajudis«, in der vor allem die Intelligenz des Landes organisiert ist, egal. Die Nation als Leistungsgemeinschaft . . .

Neben dem Motiv, der Nation bessere Kampfbedingungen zu sichern, verschafft der eng mit der litauischen katholischen Kirche verflochtenen »Sajudis« ihr Widerstand gegen die »Russifizierung« wohl die meisten Sympathien: »Noch bis vor kurzem mußten an den litauischen Hochschulen die Dissertationen in russischer Sprache geschrieben sein, sank in Litauen der Anteil der in Litauisch gedruckten Bücher an der gesamten Buchproduktion, wählte die russische Moskauer Parteiobrigkeit für die litauischen Führungspositionen solche Leute aus, die lieber Russisch als Litauisch sprachen«, beantwortet die »FAZ« die Frage, »warum es die Litauer mit der Selbständigkeit so eilig haben«. Das ist nur ein Teil der Wahrheit: Gerhard Simon, Mitarbeiter des gewiß nicht antinationalen Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, weist in seiner 1986 veröffentlichten Studie über »Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion« darauf hin, daß die für die »nationale Konsolidierung« so wichtige Geschichtswissenschaft in Litauen »repräsentative Gesamtdarstellungen ausschließlich in der Muttersprache und nicht auf russisch vorgelegt« hat. Der Prozentsatz der Litauer im litauischen Ministerrat lag 1975 bei 93 Prozent – obwohl die Litauer »nur« einen Anteil von 80 Prozent an der Gesamtbevölkerung haben. Bis 1940 konnte es einem knappen Viertel der Bevölkerung egal sein, in welcher Sprache Dissertationen an der Universität geschrieben werden mußten: Sie konnten nicht lesen und schreiben. Die vollständige Alphabetisierung des Landes war eines der ersten Probleme, das die neue litauische Regierung nach der Annexion auf Anweisung Moskaus anging. In Litauen wurde von weiten Teilen der Bevölkerung, wie in den anderen baltischen Staaten, der Anschluß an die Sowjetunion keineswegs als Unterdrückung gesehen.

Die, wie in den meisten anderen Unions-Republiken unter Stalin, gewaltsam durchgesetzte und mit massenhaften Deportationen verbundene »Russifizierung« schaffte ebenso wie die zentralistische Kommando-Politik eine Voraussetzung dafür, daß die nationale Frage ein so leicht zu handhabendes Mobilisierungsinstrument für die Opposition werden konnte. Angesichts der aktuell erlebten Unterdrückung verblaßte die Erinnerung an die keineswegs friedliche Praxis des autoritären nationalen Regimes. Eine andere Voraussetzung lieferte Gorbatschow, der im Rahmen seiner Liberalisierungs-Politik auch die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen gewähren ließ oder, wie in den baltischen Staaten, sogar unterstützte, weil er hoffte, in den »Volksfronten«, in denen von Anfang an auch Mitglieder der estnischen, lettischen und litauischen Kommunistischen Parteien aktiv waren, dringend notwendige Verbündete für seine »Revolution von oben« zu gewinnen. Die baltischen Staaten sollten als »Schaufenster der Perestrojka« dienen. Die dort schnell zu präsentierenden Erfolge der Umgestaltungs- und Demokratisierungs-Politik, das war wohl Gorbatschows Kalkül, sollten helfen, weitere Kräfte im ganzen Land zu mobilisieren und aus der Lethargie zu reißen. Bewußt und ausdrücklich knüpfte er damit an die in den letzten Jahren vor und in den ersten Jahren nach der Revolution begründete Leninsche Nationalitätenpolitik an, die auch den baltischen Gruppierungen der KPdSU als Vorbild diente und die neuerdings, aus welchen taktischen Interessen auch immer, auf die den modischen Trends angepaßte Formel »Selbstbestimmungsrecht der Völker« reduziert wird.

Die Auseinandersetzungen, die innerhalb der Sozialdemokratie und vor allem innerhalb der Bolschewiki in den Jahren 1903 bis 1919 geführt wurden, verliefen nuancierter als es diese einfache Formel glauben machen will, und das macht sie höchst aktuell – wenn sich die Vorzeichen auch verkehrt haben. Am interessantesten scheinen aus heutiger Sicht die

Differenzen zwischen Lenins taktischem Vorgehen und Rosa Luxemburgs prinzipiellen Positionen zu sein. In seinen ersten programmatischen Arbeiten zur »nationalen Frage« stellte Lenin 1903 fest, daß das »stets verbindliche« Programm der russischen Sozialdemokratie die Forderung nach dem »Recht auf freie demokratische Selbstbestimmung (beinhaltet). Was hingegen die Unterstützung der Forderung nach nationaler Autonomie betrifft, so ist diese Unterstützung durchaus keine bleibende, programmatische Pflicht des Proletariats.« Die Forderung nach »nationaler Selbstbestimmung« sei den Interessen des Klassenkampfes unterzuordnen.

Von dieser Position wich Lenin in den folgenden Jahren aus unterschiedlichen Gründen stark ab, ohne daß er sie allerdings explizit revidierte. Wesentlich für das von ihm zu Beginn des Ersten Weltkriegs postulierte »Recht auf Lostrennung« für einzelne Nationen war seine Analyse des reaktionären großrussischen Nationalismus, den er auch nach der Revolution noch für äußerst gefährlich hielt. In den folgenden Jahren und vor allem in der Phase des Bürgerkriegs hielt er die Propagierung des »Selbstbestimmungsrechts der Völker« darüberhinaus für ein Mittel, die Position der Sowjetmacht bei den Nationen zu stärken und diese durch das Zugeständnis von Rechten (statt durch die Anwendung von Repression, wie es tendenziell schon damals Stalin vertrat) einander näher zu bringen.

N. Schapowal, einer der Führer der Ukrainischen Partei der Sozialrevolutionäre, sah darin später einen wesentlichen Grund für den Sieg der Bolschewiki: »Sie haben uns dadurch besiegt, daß sie einen Ukrainischen Staat schufen und uns die Waffe aus den Händen schlugen«. In seinen letzten, Ende 1922 diktierten Äußerungen zur nationalen Frage kritisierte Lenin scharf die sich abzeichnende Vorherrschaft der Russischen Sowjetrepublik (RSFSR) innerhalb der UdSSR. Die Sicherung der Rechte der unterdrückten Nationen schien ihm angesichts des Fortbestehens eines russischen Nationalismus vor allem in der Bürokratie, aber auch in der Partei, nicht gewährleistet: »Unter diesen Umständen ist es ganz natürlich, daß sich die 'Freiheit des Austritts aus der Union', mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloser Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nichtrussischen Bewohner vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten«.

Rosa Luxemburg dagegen stellte den Begriff der »Selbstbestimmung« bezogen auf Nationen grundsätzlich in Frage. Unter kapitalistischen Verhältnissen könne nicht im Ernst von einer »Selbstbestimmung« bei den »formal unabhängigen Montenegrinern, Bulgaren, Rumänen, Serben, Griechen, in gewissem Sinne sogar den Schweizern« gesprochen werden, für das polnische Proletariat sei andererseits ein unabhängiges Polen »eine ebensolche Hölle, wie es alle anderen Staaten für das Proletariat sind«. Lenin kritisierte diese Position als »imperialistischen Ökonomismus«, ein Vorwurf, der sich gegen spätere Überlegungen Luxemburgs zur nationalen Frage kaum mehr erheben läßt. In ihrem unvollendeten Text »Zur russischen Revolution« verbindet sie ihre Kritik an der leninistischen Nationalitäten-Politik mit einer Attacke gegen die »Diktaturtheorie im Lenin-Trotzkischen Sinn«: »Während sie gegenüber dem ganzen Apparat der demokratischen Grundfreiheiten der Volksmassen, die alle zusammen das 'Selbstbestimmungsrechts' in Rußland selbst bildeten, eine sehr kühle Geringschätzung an den Tag legten, behandelten sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als ein Kleinod demokratischer Politik, dem zuliebe alle praktischen Gesichtspunkte der realen Kritik zu schweigen hätten.« Das sei unverständlich, weil »zum ABC der sozialistischen Politik gehört, daß sie wie jede Art der Unterdrückung auch die einer Nation durch die andere bekämpft«.

Der »utopisch-kleinbürgerliche Charakter der nationalistischen Phrase« vom Selbstbestimmungsrecht allerdings verwandele sich, argumentierte Luxemburg, in der Zeit aufs äußerste verschärfter Gegensätze in ein Mittel der bürgerlichen Klassenherrschaft. Indem sich die Bolschewiki dieser Phrase bedienten, hätten sie die Ideologie geliefert, die die bevorstehende Auseinandersetzung zwischen internationalem Sozialismus und bürgerlicher Welt prägen werde und in den aktuellen Kämpfen die »Diktatur Deutschlands« zur Folge hatte. Aus dieser durch die Beförderung einer nationalistischen Ideologie entstandenen Lage habe sich die »Erdrückung der Demokratie« ergeben, die sich in der Abschaffung der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts und der ersatzlosen Auflösung der Konstituierenden Versammlung ausdrücke. Zwar sei die Entziehung politischer Rechte als Mittel der sozialistischen Diktatur geboten, um bestimmte Maßnahmen im Interesse des Ganzen zu erzwingen, prinzipiell gelte aber: »Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht... Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, korrigiert selbst alle Fehlgriffe... Die ganze Volksmasse muß daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller oktroyiert.« Während Luxemburg in der Demokratie (die sie vom parlamentarischen Kretinismus unterschied) die »lebendige Quelle allen geistigen Reichtums und Fortschritts« sah, für deren Erhalt Risiken in Kauf genommen werden müssen, vermochte sie im »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« keinerlei emanzipatorischen Gehalt zu erkennen: »In allen den kleinen jungen Bourgeoisien, die nun zum selbständigen Dasein streben, zittert nicht bloß der Wunsch nach Gewinnen ungehemmter und unbevormundeter Klassenherrschaft, sondern auch nach den so lange entbehrten Wonnen der eigenhändigen Erdrosselung des Todfeindes – des revolutionären Proletariats. Haß wie Liebe läßt man ungern durch Dritte ausüben. Aus all diesen 'jungen Nationen', die wie Lämmer weiß und unschuldig auf die Grasweide der Weltgeschichte hüpfen, blickt schon der Karfunkelblick des grimmen Tigers, der auf eine 'Abrechnung' mit der ersten Regung des 'Bolschewismus' wartet.«

Gorbatschow hat versucht, die nationale Intelligenz als Bündnispartner für die Umgestaltung der Sowjetunion zu gewinnen und ist dabei zum Opfer seiner eigenen Taktik geworden. Sein Engagement für »die Menschheit« hat ihn übersehen lassen, daß in den Republiken Bourgeoisien mit eigenen Interessen, die sich im Bündnis mit den kapitalistischen Staaten besser realisieren lassen, handeln. Mit Menschheitsfragen und nationalen Antworten lassen sich zwar Massen mobilisieren und Veränderungen nach westlichem Vorbild erreichen – aber keine Demokratisierung. Noch sitzt Gorbatschow auf dem Tiger, er hat aber offensichtlich nur noch zeitweilig die Kraft zu bestimmen, wohin der Ritt geht.

konkret 05/90, S. 15

Detlef zum Winkel

Linksradikale Altersweisheit

Die Radikale Linke setzt auf eine Logik der Zuspitzung statt auf den Minimalkonsens. Der Kampf gegen den deutschen Nationalismus ist ihr wichtigstes Thema. Das Scheitern der deutschen Einheit so zu beschleunigen, daß es vor ihrem Zustandekommen eintritt, ihr wesentliches Ziel

Vorweg eine wesentliche Mitteilung: Am 12. Mai wird in Frankfurt demonstriert, Treffpunkt 11 Uhr Opernplatz. Ein Samstag wurde gewählt, damit auch Leute zwischen Kopenhagen und Basel kommen können. Ob das Programm attraktiv sein wird, ist noch ungewiß, aber zweitrangig. Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift werden inständig zum Stelldichein gebeten. Wer partout nicht kommen kann, möge sich eine gute Ausrede überlegen, das Säumnis mit einer ordentlichen Spende an die Organisation wettmachen oder mir wenigstens den Gefallen tun, nicht weiterzulesen: Wir werden uns sowieso nicht verstehen. Ach so: Das Thema der Demonstration lautet »Nie wieder Deutschland«.

Man kann sich kaum darüber beschweren, daß in den zwölf Monaten, seit es sie gibt, bei den Radikalen Linken zu wenig passiert sei. Mit der Demonstration haben sie die Initiative ergriffen, den Widerstand gegen die Wiedervereinigung in der Bundesrepublik sichtbar zu machen. Die älteren linken Organisationen und Strömungen haben sich zur Teilnahme entschlossen – zum Glück, denn ohne sie wäre die Aktion kaum zu bewerkstelligen. Aber es war nicht zu übersehen, daß sie ohne den Anstoß, ohne Schieben, Drängeln, Drücken, Putsch und Erpressung der neuen Formation ziemlich handlungsunfähig gewesen wären. Teils fanden sie Gefallen an der ambivalenten Parole »Wir sind das Volk« (Westberliner Autonome), teils gaben sie sich der spaßigen Vorstellung hin, die Germanisierung zur Entmilitarisierung weiterzutreiben (Friedensgruppen), teils entdeckten sie, die deutsche Einheit immer schon gewollt zu haben (DKP, dabei schamhaft die Namen Josef Stalin und Walter Ulbricht verschweigend), teils mochten sie sich im Wahlkampf nicht unbeliebt machen (PDS).

Die Linke ist überwiegend dagegen – ausgenommen die deutsche Einheit wird eine autonome/abgerüstete/sozialistische/ökologische, Zutreffendes bitte ankreuzen. So wie Lafontaine, Fischer, Habermas gegen den Nationalismus sind, ausgenommen den Patriotismus. Die Radikale Linke sucht keine Seiteneinstiege und behält sich keine Ausnahmeregelungen vor. Sie lehnt nicht nur das böseböse Großdeutschland der CDU ab, sondern auch das gedachte gutegute Deutschland der Linksnationalisten, weil diese Idee keine andere als eine Alibifunktion hat. Die Radikale Linke ist aufrichtig bemüht, die nationale Frage rein destruktiv zu behandeln. Die durchaus zu begründende Annahme, daß das falsch ist, kann als Einwand nicht gelten, weil der mögliche Fehler einer nationalen Destruktion niemals so schlimm werden kann wie die gelungenste nationale Konstruktion.

Die bescheidene Novität, mit der die Radikalen Linken aufwarten, besteht ausschließlich darin, zum Programm zu erklären, was die individuelle Vernunft immer schon wußte. Doch das Wissen beugte sich bisher stets der politischen Vernunft, die es für unpraktikabel erklärte. Diese Unterwerfung entfällt heute, da die sogenannte Politikfähigkeit nur dann ein nützliches Kriterium ist, wenn Denkfähigkeit vorausgesetzt werden kann. Seit dem ungebrochenen Siegeszug der Realpolitik ist das nicht mehr der Fall.

Die Radikalen Linken haben zweitens eine Debatte losgetreten, die einen stattlichen Reader von 270 Seiten füllt und bis in die Kreuzberger Szene Wellen schlägt. Alles war viel beschaulicher geplant, als im April '89 erstmals vierzig kampferprobte, d.h. Parteitags-, Schreibtisch- und Kampagnenerfahrene Linke in Hamburg zusammensaßen, um die bei solchen Anlässen üblichen Feststellungen zu treffen: daß es schön sei, miteinander zu reden und alles weitere am besten mit einer Plattform begonnen werde. Wenn auch die Freundinnen und Freunde aus den autonomen Zusammenhängen sogleich die Gefahr einer Parteigründung witterten, was bei ihnen ungefähr den Rang eines politischen Super-GAUs hat, so war doch vor allem an einen gepflegten sozialistischen Diskurs gedacht, der sich in den Spalten von KONKRET, AK und SOZ abspielen und auf der Höhe der Zeit sein sollte.

Zu diesem Zweck schrieben Rainer Trampert und Thomas Ebermann den Entwurf einer Plattform, wofür sie ein Vierteljahr benötigten. Genauso lange dauerte die Überarbeitung des Textes durch ein Redaktionskollektiv, dem eine deutliche Verbesserung der Urfassung gelang. Nach einem weiteren Vierteljahr mußten die »Grundlagen der Radikalen Linken« in maßgeblichen Passagen für überholt erklärt werden. Was für andere das politische Aus gewesen wäre, trieb die RL eher vorwärts. Es stimmt halt doch, daß ein intelligenter Fehler interessanter ist als hundert langweilige Korrektheiten, wie Lenin einmal anmerkte.

Die »Grundlagen. ..« hatten den rosa-grünen Anpassungsdruck in der Umweltpartei, aber auch bei der DKP, ihren Erneuerern und anderen zum gesellschaftlichen Trend erhoben und den Radikalen Linken die Aufgabe der »Opposition im Zeitalter der rosa-grünen Besoffenheit« zugewiesen. Seit dem Herbst wissen wir, daß diese Zeit nicht besonders alt geworden ist.

Ausgangspunkt der Analyse ist eine »Modernisierung des Kapitalismus«, die ihn ein bißchen friedlicher, ein bißchen umweltverträglicher und ein bißchen frauenfreundlicher gestalten werde, um gleichzeitig eine soziale Deregulierungsoffensive zum Erfolg zu bringen. Der Konsens für die Modernisierung reiche von den Grünen und der DKP über die Sozialdemokraten bis zum CDU-Flügel Geißler, Süßmuth, Blüm. Damit vollziehe sich eine Verstaatlichung der Linken, die mit der Integration der Außerparlamentarischen Opposition Ende der sechziger Jahre vergleichbar sei.

Der Text meidet die in der Politik üblichen einerseits-andererseits-Pirouetten und ist klar genug geschrieben, daß seine Irrtümer auch von jenen entziffert werden können, die in die Feinheiten innerlinker Kontroversen nicht eingeweiht sind. Die Radikalen Linken hatten nicht damit gerechnet, daß das nächste Programm der Herrschenden *Germany first* heißen würde: Die Besoffenheit ist eine schwarz-rot-goldene; der neue Eurochauvinismus war nur eine Station auf dem Weg zur klassischen Renationalisierung; der Mehrheitskonsens nähert sich heute dem, was man vor Jahresfrist noch den »Republikanern« zuschrieb. Auf das erwartungsvolle Angebot der Rosa-Grünen, Regierungsverantwortung zu übernehmen, haben die Arbeitgeber nicht einmal förmlich geantwortet, daß sie sich für die eingesandten Unterlagen bedankten und vielleicht später einmal gern darauf zurückkämen...

Das Papier, das ich übrigens jederzeit unterzeichnet hätte, ohne es heute zu bereuen, weil es trotzdem besser ist als alle Plattformen, die in den letzten zehn oder mehr Jahren produziert wurden, enthält eine weitere, weniger augenfällige Fehlerquelle, die der Begriff Modernisierung birgt. Ob nicht einige Radikale Linke – verdächtig waren jene, die vom linken Flügel der Grünen kommen – beim Kampf gegen die kapitalistische Modernisierung alsbald das Adjektiv vergessen würden und ob man damit nicht wiederum auf ein wertkonservatives Gleis gerate, gaben einige Kritiker zu bedenken. Damit es was zu lachen gibt, waren es diesmal weder Radikalökologen und Ökosozialisten, sondern Revolutionäre Zellen, die die neue Orientierung in einer Stellungnahme begrüßten und prompt in »antimodernistische Linke« übersetzten. Warum nicht gleich antiquierte Linke, da ist doch auch ein anti drin?

Nicht dieser Lapsus, sondern das unerhörte Ansinnen einer RZ, sich nicht nur negativ auf eine Gruppierung zu beziehen, deren einziger Sinn darin liege, die Kontrolle (des Systems) über sozialrevolutionäre Bewegungen zurückzugewinnen, nachdem die Grünen ausgedient hätten, führte zu heftigen Reaktionen in autonomen Kreisen, umfangreich genug, um bald einen weiteren Reader zu füllen. Brieflich intervenierte Ingrid Strobl, um der von der RZ vorgeschlagenen Arbeitsteilung theoretisierender und aktionistischer Linker zu widersprechen, und eine Gruppe »Klassenkrieg '90« hielt unerbittlich fest, daß die RL von den *riots* in den Westberliner Szene-Stadtteilen ablenke, ein meiner Meinung nach voll zutreffendes Argument. Während die Autonomen ergiebig darüber stritten, *wie* scharf abgebrühte Parteistrategen (Ebermann, Trampert, Ditfurth), Salonautonome (Karl Heinz Roth), Stalinisten (Fülberth) und Stilisten (Gremliza) bekämpft werden müßten, schmissen die Radikalen Linken auf ihrem vierten Treffen am 20./21. Januar in Köln ihre Tagesordnung über den Haufen: Nie wieder Deutschland, negativer Patriotismus, DDR soll bleiben, Demo im Bündnis mit anderen, aber unter einer Bedingung: Zweistaatlichkeit ist nicht verhandelbar.

Bemerkenswert an dem RL-Wochenende waren nicht nur Wut und Weigerung, sich mit der deutschen Einheit abzufinden, auch der Verlauf der Debatte war ungewöhnlich. Üblicherweise liegen solchen Tagungen Entwürfe vor, die in einer Prozedur von Änderungen und Abstimmungen soweit geglättet werden, bis sie die Aussage verloren und Zustimmung gefunden haben. In Köln wurde die schriftliche Vorlage dreimal verschärft, um sie obendrein mit der provozierendsten der zur Auswahl stehenden Überschriften zu versehen – Logik der Zuspitzung anstelle des Minimalkonsenses.

Seitdem wirft man sich in den kleiner und einsamer, aber gottlob auch stabiler gewordenen Büros der real existierenden deutschen Linken bedeutungsvolle Blicke zu. Haben sie sich da nicht übernommen, diese Radikalen Linken, denen man wohlwollend auf die Schultern klopfte, um sie insgeheim als Konkurrenz zu fürchten? Stellen sie sich nicht selbst ins Abseits, wo doch die Wiedervereinigung praktisch gelaufen ist und nicht mehr das Ob, sondern nur das Wie zur Debatte steht? Werden sie nicht eine krachende Bauchlandung aufs Parkett legen, und der Tanz ist vorbei, noch bevor er attraktiv werden konnte?

Doch das Frohlocken derer, die an bewährten Strukturen festhalten, um sich nicht eingestehen zu müssen, daß es keine bewährte linke Politik mehr gibt, kommt zu früh. Die Kompromißlosigkeit wird der RL weniger Probleme bereiten, als ihren nichtsektiererischen Kritikern entstehen werden, wenn diese den eigenen latenten Linksnationalismus von der herrschenden Politik abgrenzen müssen.

Sie ahnen ja nicht, wie »sektiererisch« die Radikale Linke noch werden muß, wenn sie es nicht bei einer Demo gegen die Wiedervereinigung belassen, sondern weiter versuchen will, das eine Volk am einen Reich zu hindern. Für eine solche aussichtslose und abwegige oder, wie der sowjetische Historiker Daschitschew sagen würde, sittenwidrige und widernatürliche Strategie müssen zunächst die bornierten Schranken überwunden werden, die der aktuelle Diskurs errichtet hat.

Um es an der Frage des Tempos aufzuziehen: Politisch kommt die deutsche Einheit langsamer, als man denkt. Historisch wird sie schneller scheitern, als man denkt, weil daran überhaupt zu denken die Einbildung einer »Stunde Null« stört. Das

Bismarck-Reich und der Faschismus scheiterten – historisch gesehen schnell, aber nach menschlichen Maßstäben vielzu langsam. Da die Geschichte nach Jahren und nicht, was lehrreicher wäre, nach Toten zählt, kommt alles darauf an, das historisch feststehende Scheitern der deutschen Einheit so zu beschleunigen, daß es vor ihrem Zustandekommen eintritt.

Die Geschichte muß beschleunigt, die Politik verlangsamt werden. Das politische Bremsen verspricht nur gegenüber einer schwachen Regierung Erfolg, also in der DDR. Die runderneuerte PDS, die Vereinigte Linke und die Oktober-Demonstranten, falls sie sich denn verantwortlich fühlen für ihre Revolution, sollten mit zusammen 20 Prozent in der Volkskammer dazu in der Lage sein. Voraussetzung ist, daß sie werden, was sie zu sein vorgeben, aber noch nicht sind: Demokraten. Dazu gehört nämlich, ein Wahlergebnis zu respektieren und mit aller Hingabe die zugewiesene Oppositionsrolle einzunehmen.

In der Bundesrepublik bestehen nicht einmal konkrete Möglichkeiten der politischen Blockade, seit das gesamte rosagrüne Lager zum einig Vaterland übergelaufen ist. Daß der DDR-Wahlkampf eines Willy Brandt von A bis Z zur Pleite geriet, fördert nicht etwa die schlichte Erkenntnis, daß konservative Parolen konservative Ergebnisse zeitigen. Oh nein – alles, was man begriffen hat, ist, daß es momentan irgendwie günstiger ist, den Ehrenpräsidenten aus dem Rampenlicht zurückzuziehen.

Wenn es hier darum geht, das Rad der Geschichte keineswegs anzuhalten, sondern zu beschleunigen, dann heißt das, den herrschenden Größenwahn so zu attackieren, daß er in immer schnellere Schübe fällt, ohne bereits in der Lage zu sein, seinen wahnhaften Ideen entsprechende Taten folgen zu lassen. Statt den Patienten rechtzeitig zur Vernunft bringen zu wollen, was nicht mehr möglich ist, muß seine Krankheit gefördert werden, damit ihre Unheilbarkeit erkannt wird – rechtzeitig, bevor ihm gekaufte Ärzte Zurechnungsfähigkeit alias Souveränität attestieren. Beispielsweise müßte die weder unsinnige noch überflüssige, sondern höchst lehrreiche und nützliche Diskussion über die polnische Westgrenze um eine ebensolche über die tschechoslowakische Westgrenze ergänzt werden. Bestimmt läßt sich im Bundestag jemand finden, der/die einen Antrag auf die förmliche Annullierung des Münchner Abkommens stellt. Ein solcher Antrag würde natürlich prompt niedergestimmt werden, wie sich die westdeutsche Volksvertretung noch jedesmal geweigert hat, die Nichtigkeit jenes Vertrags von 1938 festzustellen. Der Weizsäckersche Nebel um Vaclav Havel würde sich lichten, und alle diejenigen wären um eine Erfahrung reicher, die den Anspruch der BRD auf die deutschen Grenzen von 1937 für eine Marotte halten, anstatt für die bindende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Im nächsten Schritt könnte dieser Auftrag dem Europarlament vorgelegt werden, nur umgekehrt: Bestätigung des Münchner Abkommens in allen Punkten, weil sich das *appeasement* auch heute auf der ganzen Linie durchsetzt. Hoffentlich würde dieser Antrag wenigstens ebenfalls abgelehnt werden.

Die Radikale Linke muß Mittel und Wege finden, um zu erreichen, daß die Deutschnationalen die Selbstbeherrschung verlieren, die sie sich mühsam auferlegen, um die zum Greifen nahe Wiedervereinigung nicht doch noch zu gefährden. Sie muß den Zorn der Konservativen herauslocken, ehe er sich als »Volkszorn« organisieren kann. Darum ist dies auch kein Versuch, einen Faschismus zu provozieren. Vielmehr rechnet diese Politik damit, daß wir es *nicht,* mindestens noch nicht, mit einem Faschismus zu tun haben, wohl aber mit denselben historischen Grundmustern, Triebkräften und Interessen, die das Deutsche Reich immer schon begleitet haben.

Solche Überlegungen mögen vage, unkonkret, lückenhaft sein. Vielleicht haben Andere bessere Ideen. Jedenfalls kommt es für die Radikale Linke darauf an, nicht zu kurz zu springen. Sie muß sich denjenigen Fragen stellen, die als unlösbar in den linken Ablagen gelandet sind. Dazu gehören mindestens drei weitere: erstens die Frage des Zusammenbruchs der sozialistischen und kommunistischen Perspektive, zweitens die Realisierung eines Geschlechterwechsels und drittens eines Generationswechsels in den Knotenpunkten des linken Netzes, so auch in der RL selbst.

Von der RL zu erwarten, daß sie den Perspektivenverlust wettmacht, wäre etwas viel verlangt. Wohl aber wird sie daran ihre Radikalität unter Beweis stellen müssen: Gibt sie sich, wie unter Linken üblich, mit Floskeln zufrieden, die ein Weitermachen ermöglichen? Oder bringt sie die Unbefangenheit auf, die die Voraussetzung für radikale Kritik ist?

Schließlich wird auch dieser Job zum Zeitvertreib geraten und die Radikale Linke zum Stammtisch, wenn sie sich nicht feminisiert und, was die in Männerhand verbleibenden Funktionen angeht, verjüngt. Hier reicht es nicht zu sagen, die RL muß sich dieser Herausforderung stellen, auch wenn sie sie nicht bewältigen wird. Veränderungen sind unvermeidlich, aber auch möglich. Wenn sie nicht vorgenommen werden, liegt es ausschließlich daran, daß mann sie nicht will. Die Radikale Linke wird dann eher Bruch als Aufbruch werden. So einfach ist das, wenn es auch schwierig zu machen ist.

Andererseits soll man das nicht gerade jugendliche Durchschnittsalter der RL nicht als Nachteil betrachten. Ihr Linksradikalismus läßt sich nicht mehr als Kinderkrankheit abtun. Er schickt sich an, eine 1968 liegengebliebene Aufgabe zu erledigen und den alternden Kommunismus einer Gewaltkur zu unterziehen.

Für die Demonstration am 12. Mai werden noch Rednerinnen und Redner, Spenderinnen und Spender gesucht. Redemanuskripte an: Manon Tuckfeld c/o Die Grünen im Umlandverband, A m Hauptbahnhof 18, 6 Frankfurt 1.

Überweisungen auf Sonderkonto Siggi Frieß, Stichwort: Demo 12. Mai, Postgiroamt Köln, Kto.-Nr. 272949 - 503. Außerdem erscheint am 25. April und am 8. Mai die Zeitung »Nie wieder Deutschland«, die zur Demonstration mobilisiert. Sie kostet 20 Pfennig und kann ab 10 Exemplaren über O. Tolmein, KONKRET, Osterstraße 124, 2 Hamburg 20, bestellt werden (Geld oder Scheck beilegen).

konkret 05/90, S. 18

Regina Michalik

Große Ziele klingen besser

Was bringt die »Radikale Linke« der autonomen Frauenbewegung?

Wer hätte nicht schon mal drüber nachgedacht, wo eigentlich 'links' ist – oder besser, wo nicht mehr. Denn 'links' ist immer da, wo nicht 'rechts' ist. Eine durchaus relative Sache, woran auch das zusätzliche Adjektiv 'radikal' wenig ändert. Eine inhaltliche Positionsbestimmung muß also her. Und so übten sich die Linken jahrelang in Definitionen, die sie von den andern (Linken) unterschieden: Ein Dschungel der unterschiedlichsten Gruppen mit und ohne 'K' entstand, der sich den Zuspätgeborenen oft verschließt. Aber die Zeiten sind vorbei: Viele haben das 'Lager' gewechselt. Und auf die Zersplitterung folgte der Sog der Vereinigung, bspw. in den Grünen. Und nach der Vereinigung kam es wieder zu Brüchen – in den Grünen wie in der DKP. Damit nicht wieder nur Splitter bleiben, muß nun eine Beschreibung der Gemeinsamkeit her. So sahen es zumindest die Leute aus den Grünen, DKP, KB, Autonomen etc., die sich nun »Radikale Linke« nennen. Wie schwer das ist, läßt ihr »Grundlagenpapier« erahnen: Immerhin 33 Seiten brauchten sie, um genügend Gemeinsamkeiten zu finden und die Unterschiede zwischen den Zeilen zu verstecken. Wer sich durchge»arbeitet« hat, fragt sich: Und nun? Und wartet auf die im letzten Satz versprochenen »konkreten praktischen Auseinandersetzungen«. Denn viel bringt's ja nicht der wohlwollenden Leserin. Aber wenn's dem Bündnis was gebracht hat, so soll's gut sein: Falsch ist der Text wohl nicht.

Bündnisse herzustellen ist ein allseits anerkanntes Mittel in der Politik, wobei gelegentlich je unkonkreter und entfernter das Ziel ist, desto eher das Bündnis selbst schon zum Ziel werden kann. Diese Gefahr besteht auch bei der »Radikalen Linken« (RL) denn sie plant nicht weniger als den »Neuaufbau einer radikalen Gegenmacht«, um »Kraft der Negation zu bleiben«; darüber hinaus möchte sie »eine Strategie entwickeln, die die Opfer der Modernisierungsoffensive zusammenbringt und unter ihnen das Bewußtsein schafft, mit der Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus und des Patriarchats brechen zu müssen«. Nicht schlecht! Doch fragt sich: wie? Auf jeden Fall nicht allein, sondern mit allen, die radikale linke Politik machen.

Mal im Ernst: So größenwahnsinnig können doch selbst die sogenannten 'Großkopfigen' nicht gewesen sein, als sie die Gruppe gründeten. Da spielten doch wohl primär andere Gründe eine Rolle: das Bedürfnis, neue linke Zusammenhänge zu schaffen, nachdem die eigenen alten zum Teil zusammengebrochen waren; der Wunsch nach einer, wenn auch zeitlich wie inhaltlich beschränkten, politischen Heimat: vielleicht keine Partei, vielleicht auch keine Organisation, aber doch eine parteiliche Organisierung; das Gefühl, nicht einfach aus der Öffentlichkeit verschwinden zu können, nachdem mann einmal bekannt und wichtig war. . . Alles sicher legitime Gründe, zu denen mann auch stehen kann und sollte. Aber große Ziele klingen nun mal besser. Und so muß sich die RL auch fragen lassen, was sie wem bringt: der radikalen Linken, der radikalen linken Politik, den Linken, den sozialen Bewegungen, wem auch immer; denn leider benennt sie ihre Bezugs- oder Zielgruppe nicht, so daß es schwierig ist, sie an ihrem Anspruch zu messen. Ob sie die anvisierte Bewußtseinsänderung unter »den Opfern der Modernisierungsoffensive« tatsächlich bewirkt, läßt sich schwer nachprüfen. So bleibt zu fragen, was die RL *allgemein* bis jetzt vielleicht schon bewirkt hat und wem es nutzen könnte.

Zum einen wurde die notwendige Diskussion, was eigentlich »links«, was welchen linken Gruppen gemeinsam ist, mal wieder angezettelt, und zwar über den Kreis der RL hinaus. Theoretische Neu- und Selbstbestimmung ist nie schlecht – insofern ein erster Erfolg. Die Benennung 'Linke', auch noch im Zusammenhang mit 'radikal' wurde wieder verwendet, und zwar auf Grund der hohen Medienattraktivität der Gründer der Gruppe recht laut und öffentlich; das war wieder nötig, nachdem lange 'grün' gleich 'links' galt (zumindest der Bevölkerungsmehrheit). Die RL brach auch noch mit einem anderen Tabu: darauf zu beharren, daß »die DDR Ausland ist und es bleiben soll«. So ist es sicher auch ihr Verdienst, daß sich einige Gruppen zusammengefunden haben, die eine Wider-Vereinigungs-Demo organisieren. »Glück gehabt, Radikale Linke«, kann mensch da fast sagen. Denn welche linke Gruppe konnte schon innerhalb des ersten halben Jahres ihres Bestehens gleich nach den Hungerstreiks auch ein Ereignis wie die Einverleibung der DDR politisch für sich nutzen?

Neben Glück scheinen sie auch ein Händchen für politische Taktik zu haben; kein Wunder, wenn frau sich die versammelte parteierfahrene Prominenz betrachtet. So rief die RL öffentlich zur Kritik an ihrem »Grundlagenpapier« auf und erhielt neben Selbstdarstellungen aus den eigenen Reihen auch zahlreiche Artikel von distanzierten Gruppen: bösere und nettere, klügere wie banalere. So wurde geschickt der zunächst recht öde Kongreß-Reader mit dem schlichten Titel »Die Radikale Linke« interessant gemacht und mit gefälligem Einband auf den Markt gebracht. Ein Schnäppchen! Denn wer kann schon damit werben, »Zündstoff für die politische Debatte« zu liefern in einer Breite von »kommunistischen Gesellschaftsentwürfen über feministisch orientierte Theorien bis hin zu Legitimationsfragen klandestiner Aktionen« (Umschlagwerbung)? Und das unter dem Namen *einer einzigen* politischen Organisation. Da können sich die AutorInnen bspw. aus dem anarchistischen Spektrum noch so vehement distanzieren: Sie gehören dazu und werten die RL mit ihrem Beitrag auf.

Die erhält so teilweise das, was sie anfangs von sich gewiesen hatte: die Macht zu definieren, was »radikal links« sei. Sicher ist dies nicht allein ihre Schuld; aber angesichts der derzeit fehlenden öffentlichen Auseinandersetzung um linksalternative Politik, müssen die Vorgaben der RL die linke Debatte bestimmen. Die RL ist damit nicht *eine* linke Gruppe, sondern eben »Die Radikale Linke« – und so schreibt sie sich auch.

Sicher ist es für die linken Gruppen und Bewegungen unterschiedlich wichtig, sich mit der RL auseinanderzusetzen. Wenn es nach ihr geht, so sind ja *alle* aufgerufen, sich zu beteiligen: in der Gruppe, am Reader, am geplanten Kongreß Anfang Juni. Ich möchte mich hier nur auf eine Gruppierung beziehen, die der RL besonders wichtig zu sein scheint: die autonome Frauenbewegung. Denn die Feministinnen sind wohl die einzige unter den vielen verschiedenen Gruppen, die sich nicht einfach unter »Radikale Linke« subsumieren lassen will. So besteht die RL in ihrem eigenen Sprachgebrauch mal aus »radikalen Linken« und mal aus »radikalen Linken und linken Feministinnen«. In der Gesamtbezeichnung werden letztere dann weggelassen – da wird dann ja auch »Radikal« groß geschrieben. So wird auch mal von Menschen, mal von Männern und Frauen, meist aber nur von Männern gesprochen. Dies ist nicht bloße sprachliche Unachtsamkeit, sondern theoretisch untermauert: Der »Geschlechterkonflikt« soll nämlich nicht mehr durch die »Klassenfrage« »verdeckt« werden, sondern »es wird Zeit, daß eine radikale Linke... die *Dialektik* zwischen beiden begreifen lernt«. Da wird frau lange warten können. Denn solange die RL von einem neutralen »Konflikt« ausgeht, und diesen der Klassenfrage zwar nicht nachordnet, ihn aber »dialektisch« danebenstellt, wird sie noch lange vergeblich versuchen, zu begreifen.

Schade, daß sich die »linken Feministinnen« so viel Mühe gemacht haben, dem Text weibliche Endungen und frauenbezogene Sätze und Halbsätze zuzufügen – eine Knochenarbeit. Sollte frau froh darüber sein, daß sie diese unentgeltliche Nachhilfearbeit bei linken Männern (und Frauen) geleistet haben, und ihnen dankbar sein? Ich finde nicht. Denn sie tragen dazu bei, daß die RL wichtiger wird, und zwar unter dem Zusatzetikett »feministisch«. Sie sind damit die einzige linke Gruppe, die sich rühmen kann (falls es ihr grad paßt), die Feministinnen integriert zu haben, ja sie so wichtig zu nehmen, daß sie ausdrücklich neben der Sammelbezeichnung erwähnt werden. Liest frau dann den Grundlagentext oder besucht eine der Veranstaltungen, so wundert sie sich, was inzwischen alles unter feministisch firmiert. So trägt die RL wie die Grünen zum Ausverkauf des Begriffs Feminismus bei.

Sicher gibt es gute Gründe für linke Feministinnen, sich in der RL zu engagieren: die Auseinandersetzung mit der eigenen linken Vergangenheit (und Gegenwart), die Standortbestimmung als Feministin, Neugier auf nicht unwichtige linke Debatten etc. Aber sie sollten sich fragen, ob es nicht besser wäre, dies dann auch allein unter dem Etikett »radikal links« zu tun. Der Debatte der autonomen Frauenbewegung nützt die RL jedenfalls nichts. Nicht, daß es nicht sinnvoll wäre, wenn Feministinnen über Kapitalismus, Klasse und Kaderpolitik nachdächten, aber im Zusammenhang mit anderen Fragestellungen. Der autonomen Frauenbewegung fehlt eine (organisierte) Auswertung von Partei und Projektpolitik; auch muß sie sich die Frage nach »Strategien« stellen. Aber auf Grundlage einer anderen politischen Vergangenheit und einer grundsätzlich anderen Analyse der Gegenwart. Es ist nun mal ein großer Unterschied, ob meine Analyse die Herrschaft des Kapitals über den Arbeiter, geschmückt mit der Frau als besonders gelungenem Fall von Ausbeutung, beschreibt oder von patriarchaler Herrschaft ausgehend die kapitalistische als ein Beispiel nennt. Es ist sicher einfacher, in eine linke Gesellschaftsanalyse eine »besondere Betroffenheit von Frauen« einzubauen als eine umfassende feministische Gesellschaftsanalyse zu liefern. Hieran müssen (linke) Feministinnen mit nicht-linken Feministinnen arbeiten. Auch gibt es einen dringenden Bedarf an der Entwicklung anderer als der traditionell linken Politikstrukturen, in denen Inhalt und Form übereinstimmen und für die Beteiligten auch noch befriedigend sind. Auch diese müssen erst mühselig geschaffen werden, in autonomen, nicht links definierten feministischen Zusammenhängen.

Wir müssen nun mal Prioritäten setzen. Laßt sie doch diskutieren, »Die Radikale Linke«. Mal sehn, was dabei rauskommt. Und wenn sie tatsächlich die versprochene »Strategie. . ., die das Bewußtsein schafft, mit der Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus UND des Patriarchats brechen zu MÜSSEN«, gefunden hat, werden wir schon davon hören.

Die Radikale Linke, Reader zum Kongreß vom 1.-3. Juni 1990 in Köln, hrsg. von der Kongreßvorbereitungsgruppe, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1990, 270 S., 20 Mark; alle Zitate stammen aus dem Grundlagenpapier der »Radikalen Linken« (zit. nach KONKRET 11/89)

konkret 05/90, S. 20

Thomas Ebermann

Alles Taktik

Auf dem Hagener Parteitag der Grünen haben prominente linke Parteimitglieder einen Präambelentwurf für das Programm zur Bundestagswahl vorgelegt, mit dem sie versuchten, die Realos rechts zu überholen, und in München kandidiert Jutta Ditfurth für den Bundestag: verzweifelte Versuche der Linken, sich in der Partei zu halten

Es passiert mir immer häufiger, daß mich die politische Position von Leuten, die öffentlich der Linken zugerechnet werden, nicht interessiert. Ich les' Papiere und Anträge, höre Reden und nehme an Podiumsdiskussionen teil und ertappe mich bei der Frage: *Meint der das? Ist* das der Standpunkt, die Gesinnung, die politische Überzeugung des Autors, oder hat er keine?

Darunter leidet die Kunst der Kritik, die Fähigkeit, immanente Widersprüche in der Argumentation des Kontrahenten aufzuzeigen – und überhaupt soll man den Widersacher ja ernst nehmen. Solidarisch diskutieren!

Andererseits: Nachweisbare Beliebigkeit der politischen Position muß nicht vom wirren Kopf herrühren, sondern kann auch der berechnenden Reflexion darüber geschuldet sein, welcher Standpunkt der gesellschaftlichen, innerparteilichen, beruflichen Stellung am dienlichsten ist.

Die beliebige politische Position ist in der Regel keineswegs beliebig, sondern hat eine Konstante, das Arrangement mit dem Trend. Im DDR-Fernsehen konnte man in den letzten Monaten hochrangige wissenschaftliche Würdenträger irgendwelcher marxistischen Institute scharenweise auflaufen sehen, die zum besten gaben, die Marxisten hätten bisher die zivilisatorische Potenz des Marktes und der Börse unterschätzt. Zwei Reaktionen sind darauf möglich: Entweder man ist verblüfft, wie schnell die sich ändern, oder man ist erstaunt, wie sehr sie sich gleichgeblieben sind. Die zweite Haltung kommt der Wahrheit näher. Dieses Phänomen gibt's auch im Westen.

Die Mehrheit der Linken, die in den Grünen weiterarbeiten wollen, haben dem Hagener Parteitag (30. März - 1. April) ein gemeinsames Dokument vorgelegt, ihren Vorschlag für die Präambel des Grünen Programms zur Bundestagswahl. Die Unterzeichnerliste ist lang. Die bekanntesten Namen sind: Verena Krieger, Jürgen Reents, Ulrich Briefs, Gaby Gottwald, Harald Wolff, Claudia Roth... also politisch die Repräsentanten des »Linken Forums« und einige Personen, die eher als ein Stück links davon gelten. Dieser Text ist öffentlich praktisch unbekannt geblieben, er erhielt auf dem Parteitag wenig Zustimmung. Sein Ausgangspunkt ist die Zufriedenheit mit den durch Grüne und Bewegungen erreichten Veränderungen in den Einstellungen der Menschen; hiernach haben u.a. die Grünen »in den letzten Jahren Bewußtseinsveränderungen von geradezu kulturrevolutionären Ausmaßen bewirkt, die nicht ohne weiteres rückgängig gemacht werden können«. Schon hier beschleicht mich die Frage: Meinen die das? Oder halten die Autoren das für ebenso absurd und realitätsfern wie ich, meinen aber, daß es »parteitagstaktisch« gut kommt, die Grünen und die hiesige Gesellschaft zu schönen, bis sich die Balken biegen. Die Herrschenden stehen mit dem Rücken zur Wand, denn – so weiter im Text – das Feindbild (»Russen«), »das als Legitimation für Militär und Massenvernichtungsmittel diente, wurde von der Friedensbewegung erfolgreich in Frage gestellt und brach mit Gorbatschows friedenspolitischer Offensive vollends in sich zusammen«. Ist das der Grund für die machtvollen Manifestationen der Friedensbewegung in diesen Wochen? Könnte man nicht einmal einen Gedanken darauf verschwenden, ob nicht wachsende Teile der Bevölkerung sich mit dem im (kalten) Krieg siegreichen Deutschland identifizieren, ob wir nicht in einer Entwicklung stehen, in der die erfreulichen Benachteiligungen des deutschen Imperialismus, die der verlorene zweite Weltkrieg uns geschenkt hat, revidiert werden? Die (offizielle) Nicht-Verfügung über Atomwaffen z.B. oder die Beschränkung beim Einsatz deutscher Jungs in fremden Ländern? Wer über dieses Land behauptet, die »Legitimation für Militär und Massenvernichtungsmittel« sei »vollends zusammengebrochen«, der ... richtig: hat das *so* nicht gemeint.

Noch besser als hier läuft es in Osteuropa. »Die Umwälzungen in vielen Ländern Osteuropas bedeuten einen Aufschwung und eine Ermutigung für grüne Politik. Hier hat sich die Überzeugung der Grünen bestätigt, daß radikale gesellschaftliche Veränderungen auf gewaltfreiem Wege möglich sind, wenn die Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.«

Was ermutigt mehr? Die polnischen und ungarischen Anstrengungen, den IWF-Forderungen nachzukommen, die dadurch sich verstärkende absolute Verarmung oder die politische Popularität Otto von Habsburgs in Ungarn oder die devoten Bettelgänge Lech Walesas im Westen. Oder findet der Aufschwung grüner Politik gerade in Rumänien statt, das absehbar klerikal-faschistisch wird? Seit wann nennt ihr koloniale Eroberung »gewaltfrei«. Wo in Ost-Europa nehmen »die Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand«, statt ihren Wunsch nach anderer Herrschaft zu artikulieren?

Machen wirs kürzer: Die Autoren wollen nicht unkritisch sein, darum »hinterfragen die Grünen die sogenannte freie Marktwirtschaft« und fordern: »Dem Aufbruch im Osten müssen nun einschneidende Veränderungen des Wirtschaftens und Verteilens und eine umfassende Demokratisierung im Westen folgen.« Richtiger wäre die Feststellung, daß der

Zusammenbruch im Osten, so wie er erfolgt, die hiesigen Verhältnisse stabilisiert und Kämpfe weit unterhalb »einschneidender Veränderungen«, z.B. schnöde Tarifrunden, extrem erschwert.

Aber der Hauptgedanke ist ja, daß sich die Dinge eher gut entwickeln: »Wir begrüßen die Demokratieentwicklung in der DDR«; allerdings finden die Autoren »erschreckend«, daß es auch dort »ausländerfeindliche Stimmungen« gibt, und sie »betrachten mit großer Sorge« eine »Große Koalition der Wiedervereiniger«. Man möchte zusammenfassen, daß jeder erfreuliche Prozeß halt auch Gefahren birgt, darum »stehen die Grünen als einzige bundesdeutsche Partei gegen Wiedervereinigungseuphorie und nationalen Größenwahn«, was eine meisterhafte Formulierung ist, die die Festlegung auf Zweistaatlichkeit umgeht.

Ein Satz noch aus diesem unsäglichen Dokument: »Die Ökologie ist der zentrale Ausgangspunkt unserer politischen Überlegungen.« Ist alles vergessen, oder ist alles egal? Bücher, Aufsätze, Positionspapiere, Kongresse, Konferenzen – sehr gute und mittelmäßige Begründungen, warum Linke, denen die Emanzipation der Menschen ein Anliegen ist, dies Primat nicht akzeptieren können. Alles im Arsch? Aber ein genialer taktischer Schachzug, die Realos mit ihren eigenen Argumenten zu schlagen!

Wie kommt es zu solch extrem rechten Texten, die doch auch von Leuten unterzeichnet sind, denen ich nicht jede Wertschätzung absprechen will. Leute, die auch weitaus bessere Sachen schreiben. Ich glaube, es ist der übermächtige Wunsch, sich in der grünen Partei irgendwie zu halten. Es ist das dauernde Gesabbel über »taktische Klugheit«, über den Dauerlutscher »Jetzt den Realos keine Angriffsfläche bieten«, die wechselseitige Bestätigung, voneinander zu wissen, daß das, was man schreibt oder unterschreibt, nicht die eigene Meinung, sondern »kluge Bündnispolitik« ist. Diese Haltung ist schlimmer, als wenn die Autoren ihren Text schlicht richtig finden würden. Da wären Korrekturen leichter, und Kritik hätte die Chance zu treffen.

Die Mehrheit derer, die heute von sich behaupten, linke Politik bei den Grünen zu machen (außer den Radikalökologen und verbliebenen Ökosozialisten, die marginal sind) hatte sich auf einige gemeinsame Sichtweisen festgelegt:

- Die Grüne Partei hat keine Entwicklungsrichtung nach rechts, das sei vielmehr die falsche Optik enttäuschter Liebhaber. Um die Partei sei es eher gut bestellt. Z.B. erklärte Ludger Vollmer »im Namen des Linken Forums« im November '89, auch Schily »konnte nicht verhindern, daß in der Grünen Partei die Kräfte stärker wurden, die eine konzeptionelle Arbeit auf links-ökologischer Basis durchsetzen werden«. Schily verließ die Partei, weil er gegen diesen Trend machtlos war.
- Das »Linke Forum« verkörpert die effektivste Form der Zurückdrängung des Einflusses der Realos auf die Grüne Partei, dies kann erst funktionieren, wenn die »Fundamentalisten« ausgeschaltet sind (s. z.B. Michael Stamm in KONKRET 2/89). Integration statt Polarisierung sei die Methode.
- Insbesondere müsse die Linke die Berliner Koalition zu ihrer Sache machen. Die Linke müsse sich von den Realos durch bessere Koalitionspolitik und nicht durch Ablehnung von Koalitionen unterscheiden: »Die AL Westberlin unternimmt gegenwärtig einen von den Ökosozialisten .... befehdeten Versuch, Rot-Grün wieder als das zurückzuerobern, als was es ursprünglich mal angefangen hat: ein linkes Projekt« (J. Reents, »taz«, 24.2.89). Die Installierung der Berliner Koalition war der eigentliche Höhepunkt der Versöhnung von Realos und Linkem Forum, die Partei feierte die Überwindung des Flügelstreits, und die perfekteste Parteitagsregie in der Geschichte der Grünen sorgte in Duisburg dafür, daß kein Wort der Kritik an der sich anbahnenden Berliner Koalition gestattet war. Die Berliner Koalition war eine »Jahrhundertchance« – sowas diskutiert man nicht, das feiert man.

Undank ist der Welt Lohn. Außer dem Sieg über die »Fundamentalisten« ist der parteitreuen Linken in den Grünen nichts gelungen. Die Partei entwickelt sich nach rechts, das zu bestreiten wagt kaum noch jemand. Die Berliner Koalition ist kein Prunkstück, sondern nur noch eklig, nicht nur weil sie den Kita-Streik niedergemacht hat und, geführt von grüner Senatorin, für den Weiterbetrieb der in der DDR gelegenen Mülldeponien kämpft, sondern allgemeiner, weil sie die Speerspitze der sozialdemokratischen Variante des großdeutschen Nationalismus ist (kommt Momper noch manchmal zum Krisenstab mit Harald Wolff – werden da noch Kühe gemeinsam vom Eis geholt wie am 1. Mai '89?).

Bei den Grünen kann sich heute nur Ämter und Mandate erhoffen, wer der Partei beständig beweist, daß die Differenzen zum Aufbruch und zu den Realos wenig Substanz haben, ein Rausdrängen oder Rauswerfen also eine menschliche Niedertracht wäre. Das ist der objektive Hintergrund des unsäglichen Präambelentwurfs der linken Grünen. Daß er übrigens zu Gunsten eines gleich schlechten vom Kreisverband Braunschweig zurückgezogen wurde, ist nicht so wichtig.

Jutta Ditfurth will für die Grünen zum nächsten Bundestag kandidieren, als Direktkandidatin in München und, so nehme ich jedenfalls an, auch auf der Bayerischen Landesliste. Ich halte das für einen Fehler (wie sie und ihre politischen Freunde unseren Austritt aus den Grünen). Ich glaube, man kann nicht für die Grünen kandidieren und die Wahrheit über den Zustand der Partei und ihre objektive Aufgabe für diesen Staat öffentlich aussprechen. Die Frage nach der Loyalität

gegenüber der Gesamtpartei wird die Basis stellen und diese Loyalität einklagen. Eine Wahlpartei will Wahlkämpfer sehen, die für gute Ergebnisse sorgen.

Ich jedenfalls rate Jutta Ditfurth und allen Freunden, die es (noch) weiter bei den Grünen versuchen wollen, sich nicht zugunsten des Gesamtwohls einer Partei, die ohnehin ihren Niedergang erlebt (Gremliza behält auch mal recht), zu mäßigen. Den Fehler hab ich selbst gemacht, als ich Fraktionssprecher in Bonn war. Das war mein Fehler, und ich will mich nicht damit herausreden, wer mir damals alles in den Ohren lag, daß kompromißbereite, integrative Arbeit der Linken nützlich sei: »...wird es auch von Thomas Ebermanns 'Amtsführung' abhängen, wie groß der machtpolitische (?) Spielraum der linken Grünen künftig sein wird. Geriert er sich, wie der Mythos es will, als der radikale, rücksichtslos Kader- und Strömungspolitik betreibende Bürgerschreck, wird der Spielraum kleiner werden... Läßt er anderen Raum für Profilierungen und führt die anstehenden Auseinandersetzungen offen, zerbricht er das Klischee – und macht es seinen Gegnern schwerer...«

Das stand in der »taz«, im Februar '87 und war verfaßt von Oliver Tolmein, dem damaligen Bonner Korrespondenten. Jeder will halt mal mitreden beim Gequassel um taktische Meisterleistungen. Es sind fast immer Eigentore.

konkret 05/90, S. 22

Hamburger Ökosozialisten

Wir verlassen die Grüne Partei

Anfang April haben die Hamburger Ökosozialistinnen und Ökosozialisten die Grüne Partei verlassen. KONKRET dokumentiert den Text, mit dem sie ihren Austritt begründeten

Wir unterstellen, daß unser Austritt nicht überrascht. Er ist eher eine verspätete Konsequenz aus einem schon länger vollzogenen Bruch. Viele Linke sind vor uns gegangen, und die meisten von uns hatten ihre Mitarbeit in den Grünen bereits aufgegeben, um sich auf andere Möglichkeiten zu konzentrieren.

Das Datum unseres Austritts ist insofern keinem besonderen Anlaß zuzuschreiben. Selbst in der aktuellen Hinwendung der Grünen zu einem »einig Vaterland«, das wir schroff ablehnen, erkennen wir keinen Qualitätsbruch, sondern Kontinuität. Sie ist die logische Fortsetzung aller Hinwendungen. Die Grünen entschlossen sich in mehreren Etappen, ihre aus den sozialen Bewegungen mitgenommene oppositionelle, gesellschaftskritische und bisweilen kulturrebellische Politik fallenzulassen, um als staatstragende Regierungspartei wirken zu wollen. Im Zuge dieser Anpassung an das gestattete deutsche Politikmodell – die Verhältnisse von oben regieren statt zu opponieren – wurde das staatliche Gewaltmonopol in seinem Einsatz gegen rebellierende Menschen respektiert, paßten die Grünen sich programmatisch dem an, was die kapitalistische Wirtschaft verträgt, erfolgte die kulturelle Angleichung an Ordnungskriterien einer normalen deutschen Wahlpartei, die beim ideellen Gesamtwähler nicht mehr anecken möchte. Dem letzten Kriterium wurden auch viele emanzipatorische Anliegen untergeordnet.

Entgegen unseren Vorstellungen haben die Grünen den Parlamentsbetrieb mit einem weiteren etablierten Exemplar angereichert und sich dadurch überflüssig gemacht. Der große Wunsch der grünen Mehrheit, als reputierliche Staatspartei regierungsfähig zu werden, hat zugleich ihre Not gefördert: Die Grünen sind wieder von den anderen Parteien ersetzbar. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß jeder Anlauf zur Umkehrung der innergrünen Verhältnisse aussichtslos wäre. Wir verlassen eine Partei, auf deren politisches Profil und strategische Ausrichtung wir schon seit geraumer Zeit ohne Einfluß sind. So fand die Installierung der Berliner Koalition aus SPD und Grünen enthusiastische Unterstützung bei einer überwältigenden Mehrheit der Grünen in Berlin und bundesweit. Die Zustimmung war derart unstrittig, daß ein grüner Bundesparteitag freiwillig auf die Diskussion dieses politischen Weges verzichtete. Den alliierten Truppen als Garanten der Freiheit zu danken, der Wirtschaft zu versprechen, keine Nachteile durch eine rot-grüne Regierung erleiden zu müssen und das staatliche Gewaltmonopol zu einem Schutzschild für Schwache umzuinterpretieren, standen am Beginn der Berliner Koalition. Heute herrschen in Berlin keine sozialeren, ökologischeren oder ausländerfreundlicheren Zustände als z.B. im sozialliberalen Hamburg. Die faktische Politik der Grünen wiegt wesentlich schwerer als der Streit um Worte in einzelnen Programmpassagen und Präambeln. Darin gleichen sich die regierungswilligen Landesverbände, ob sie nun mehr als realpolitisch dominiert gelten oder, wie in Berlin, mehr als links.

In den Grünen gibt es heute nur noch wenig Zustimmung für eine Kritik des Parlamentarismus oder eine Ablehnung von Regierungsbeteiligungen im Rahmen des Kapitalismus. Daß damit auch die kulturrebellischen Momente bei den Grünen verschwinden – Rotation, imperatives Mandat, Begrenzung der Einkünfte von Abgeordneten – liegt in der Logik der Entwicklung. Wer diesen Staat und seine parlamentarischen Institutionen schätzt, braucht die einst zur Abwehr der Integrationsmechanismen entworfenen Schutzmaßnahmen nicht länger. Rotation und Regierungsbeteiligung sind tatsächlich unvereinbar.

Der kleine Kreis, der heute die Grünen verläßt, kann von sich nicht behaupten, ein gemeinsames politisches Projekt zu verfolgen. Erst recht streben wir keine gemeinsame neue Organisation an. Ein Teil von uns bastelt an der »Radikalen Linken«, andere stecken ihre politische Arbeit in Initiativen oder autonome Zusammenhänge oder wollen feministische Politik mitgestalten oder organisieren den Widerstand gegen die rassistischen Ausländergesetze mit. Wir wissen von uns, daß wir nicht nur in den Grünen verloren haben, sondern auch in der Gesellschaft die Zustimmung zu einer kapitalistischen Wirtschaftsweise und großdeutschem Chauvinismus eher gewachsen ist. Wir gehen als Linke gegenwärtig keinen sehr rosigen Zeiten entgegen, sondern werden eher gezwungen sein, aus krasser gesellschaftlicher Minderheit unsere Politik zu entfalten. Dieser Weg scheint uns aber richtiger, als in der Rolle der Jusos bei den Grünen an der Integration von Menschen in das erlaubte deutsche Politikmodell mitzuwirken, statt ihren Bruch mit den Verhältnissen zu unterstützen.

Wir wissen andererseits, daß es Linke und Radikalökologen in den Grünen gibt, die vieles von dem, was wir heute erklären, für richtig halten, aber (noch) in der Partei bleiben wollen, zum Teil weil sie größere Chancen für Linke in den Grünen sehen als wir, zum Teil weil sie den Zeitpunkt des Austritts für falsch halten. Das macht nichts. Wir geben ja zu, daß unser Zeitpunkt etwas willkürlich ist. Über solche taktischen Differenzen wollen wir keine politische Gegnerschaft entstehen lassen. Wer die allgemeine Sozialdemokratisierung nicht mitmacht, wird sich im Prozeß der Umgruppierung der Linken ohnehin begegnen.

Unser Austritt aus den Grünen macht nicht hinfällig, daß wir uns auch kritisch mit unserer Politik in den Grünen auseinanderzusetzen haben, etwa mit einer Überschätzung parlamentarischer Möglichkeiten oder einer zu optimistischen Einschätzung der Möglichkeiten für linke Politik in den Grünen.

Da heutzutage einige von uns mit der Frage konfrontiert werden, wie sie es mit der PDS halten, wollen wir Spekulationen mit einer Klarstellung begegnen. Wir erblicken in der PDS keine sinnvolle Perspektive. In einem krassen Gegensatz zu vielen prominenten Grünen, die in ihrer antikommunistischen Abgrenzungswut wohl nie aufhören werden, in der PDS den Stalinismus zu entdecken, attestieren wir ihr eine schnelle Lernfähigkeit. Unseres Erachtens lernt die PDS – nach einer notwendigen Abrechnung mit dem Stalinismus – in einem Pendelschlag zu schnell und zu viel Marktwirtschaft, Ergebenheitsadressen an das »einig Vaterland« und an die Errungenschaften des kapitalistischen Westens. Der jüngste Antrag der PDS, in die vom vaterländischen Willi Brandt geführte Sozialistische Internationale aufgenommen zu werden – einem Zusammenschluß überwiegend rechter sozialdemokratischer Parteien – ist zwar ihrem neuen Kurs angemessen, zeigt uns aber, daß wir – nach unserem formal nachvollzogenen Abgang aus den Grünen – vom Regen in die Traufe kämen.

Hamburg, 6.4.90

UnterzeichnerInnen:

Regula Bott, Thomas Ebermann, Peter Gercken, Udo Hergenröder, Marianne von Ilten, Heiner Möller, Marion Pein, Claudia Piltz, Maren Psyck, Christian Schmidt, Rainer Trampert; es folgen 35 weitere Unterschriften

konkret 05/90, S. 24

Siggi Friess; Georg Fülberth

Auf Honecker einen Noske?

Viele BRD-Linke sehen in einer demnächst gesamtdeutschen PDS die Chance für eine effektiv oppositionelle Politik. Was aber ist des für eine Partei, die unter Gregor Gysi so an Attraktivität gewonnen hat?

Spätestens auf den zweiten Blick zeigt sich, daß das Wahlergebnis der DDR vom 18. März spiegelbildlich das Parteiensystem der BRD wiedergibt: Zieht man von den 48 Prozent der »Allianz für Deutschland« das ab, was eigentlich den »Republikanern« gehört, dann erscheint das westdeutsche CDU/CSU-Maß. Die Liberalen erhielten die 5 Prozent, welche ihnen auch in der BRD zukommen. »Bündnis 90« + »Grüne/Unabhängiger Frauenverband« = 4,86 Prozent grüne Stimmen. Das ist allerdings weniger als in der BRD und zugleich typisch für eine Gesellschaft, in der Konsum-Rückstand hart empfunden wird. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, SPD und PDS, erhielten zusammen 38,17 Prozent – das ist westdeutsche Normalität.

Ganz offensichtlich setzt sich die Wählerschaft der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) aus zwei Hauptgruppen zusammen: Da sind erst einmal die Teile des alten Partei- und Staatsapparats, die sich selbst nicht zutrauen, durch Wendehalsigkeit – hin zur »Allianz« oder zur SPD – noch etwas für sich herausholen zu können. Es mag sich um die ehrlicheren Leute dieses Sektors handeln, gewiß sind auch die älteren und weniger flexiblen dabei. Sie wurden für diesmal noch durch Hans Modrow gehalten. Wie fest sie dabei sind, wird sich zeigen, falls manches doch nicht so schlimm wird, wie sie es bislang gefürchtet haben. Ein paar Hardliner von gestern (viele gab es ja ohnehin nicht) werden, diszipliniert, wie sie sind, jetzt wohl auch noch ausgerechnet die »Partei des Demokratischen Sozialismus« gewählt haben.

Zweitens aber hat die PDS – sehr überraschend – ganz offensichtlich neuerdings junge und idealistische Menschen gewonnen, die im Westen wohl eher am linken Rand der »Grünen« wären. Hier liegt – wenn überhaupt – die Zukunft dieser Partei (von der traditionellen Arbeiterklasse kriegt sie keine Schnitte), symbolisiert durch Gregor Gysi, einerseits Konfirmand, andererseits Hoffnungsträger jener älteren innerparteilichen SED- Opposition, welche viel zu anständig ist, um mit ihrer nun wirklich sehr weit in die Vergangenheit zurückreichenden Distanz zum heute geschlagenen und gedemütigten Erich Honecker zu protzen.

In unseren Wahlkommentar haben wir die Behauptung eingeschmuggelt, die PDS sei eine sozialdemokratische Partei. Das muß begründet werden.

Die letzten Honecker-Jahre, bei deren Erwähnung viele nur an die Stasi denken, wurden zugleich zur Zeit des außenpolitischen Arrangements der DDR mit dem Westen sowie der SED mit der SPD. Äußere Höhepunkte dieser Entwicklung waren der Besuch des Staatsratsvorsitzenden 1987 bei Kohl und Strauß sowie das Streitkulturpapier von SED/SPD aus dem gleichen Jahr. Zeitgleich mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen proklamierte die DDR die »Koalition der Vernunft« und nahm im »nationalen« Rahmen vorweg, was später Gorbatschow »global« proklamierte. Allerdings sollte die Anpassung nur im Außenverhältnis gelten.

Dieter Klein, den Gregor Gysi als seinen Ratgeber nennt, veröffentlichte 1988 die Broschüre »Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus«. Es handelte sich dabei um das Konzept einer kapitalistischen Modernisierung mit stark sozialpolitischem Einschlag. Auffällig ist, daß hier nur die hochentwickelten kapitalistischen Länder und ihr Verhältnis zum »realen Sozialismus« behandelt werden, der Anti-Imperialismus im umfassenden, die Emanzipation der in Unterentwicklung gehaltenen Länder einschließenden Sinne fiel aus.

Als im Oktober/November 1989 der Sicherheitsflügel der SED abgestoßen wurde, blieb im wesentlichen die sozialdemokratische Variante übrig. Peter Hess, einer der glänzendsten Vertreter der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, veröffentlichte im Januar 1990 einen Aufsatz, in dem er die Auffassung entwickelte, das Privateigentum an den Produktionsmitteln sei heute nicht nur im Sozialismus aufgehoben (durch den Staat), sondern auch im Kapitalismus: durch Investmenthäuser, Aktiengesellschaften, Banken und Kredit. Diese finanzkapitalistische Enteignung sei im Verhältnis zur staatlichen die effektivere, weshalb es unsinnig sei, Monopoleigentum in staatliches zu überführen. Die Deformationen des Kapitalismus müßten durch andere Mittel bekämpft werden: Demokratisierung, Wegsteuern der Profite, Mitbestimmung.

Somit spricht eigentlich nichts dagegen, daß eine auf diese Weise theoretisch umgerüstete Partei denselben Weg geht wie die PVAP, die KPdSU, die Mehrheit der früheren ungarischen Regierungspartei und die IKP – wäre da nicht die SPD in BRD und DDR. Sie wird alles daransetzen, um die PDS kaputtzuhauen. Im Fall gesamtdeutscher Wahlen könnte das schon mit Hilfe der Fünf-Prozent-Klausel gehen. Bliebe die DDR für einige Zeit noch formell selbständig – was unwahrscheinlich ist – würde wohl der westdeutsche Weg der Jahre 1949 ff gegangen, in denen die KPD bereits vor ihrem Verbot kleingearbeitet wurde und die SPD ihre Wählerinnen und Wähler erbte. Alle Welt prognostiziert nun das Wachstums-Paradigma der frühen BRD für die DDR der neunziger Jahre. Dagegen, daß die PDS in einer eigenständigen DDR nicht ebenso unterginge wie einst die KPD, spricht eigentlich nur, daß sie wenigstens nicht auch noch die scheinbar

hausgemachten, in Wirklichkeit damals aber aus Berlin/Ost und Moskau verordneten Fehler der Reimann-Führung wiederholen muß. Aber das sind müßige Neben-Überlegungen, die sich mit dem einig Vaterland erübrigen werden. Wahrscheinlich wird die PDS als Regionalpartei der ehemaligen DDR überleben. Sie hätte dann eine ähnliche Stellung wie die Bayernpartei südlich der Donau oder die Zentrumspartei am Niederrhein.

Der neue Namens-Bestandteil »Demokratischer Sozialismus« stammt, geht man streng wortgeschichtlich vor, aus der antikommunistischen Tradition der Sozialdemokratie. Seit Anfang der zwanziger Jahre wurde damit alles abgebügelt, was dem Kapitalismus hätte gefährlich werden können. Gerechtigkeitshalber muß hinzugefügt werden, daß die jungen Leute in der PDS dies erstens nicht wissen und zweitens zumindest in den vergangenen Monaten mit dem Namen etwas anderes verbanden: eine Gesellschaftsordnung mit staatlichem Eigentum müsse nun demokratisiert werden, ohne daß daraus Kapitalismus entstehen dürfe.

Es muß wohl auch gesagt werden, daß die sozialdemokratische Ideologie der PDS-Führung eine eher links-sozialdemokratische ist: Sie findet sich nicht in der Gesamt-SPD, aber in den »Sozialistischen Studiengruppen« (SOST) um die Zeitschrift »Sozialismus«, außerdem wohl auch im Linken Forum bei den Grünen. Diese Zirkel sind in ihren Mutterparteien jeweils in einer krassen Minderheit, die PDS könnte für sie in der BRD vielleicht zu einem Kristallisationspunkt werden, doch werden sie wahrscheinlich die Wärme ihres bisherigen Pferchs vorziehen. Hier gilt Paragraph I des Allgemeinen Gesetzes der linken Bewußtseinserweiterung: Wer einmal den Weg von der Sekte zur Volkspartei fand, kehrt nicht mehr zurück. Paragraph 2 lautet: Ausnahmen sind kostbar.

Die paar radikalen Linken hierzulande und wohl auch in der DDR, in den letzten Monaten kräftig durchgeschüttelt und gründlich desorientiert, machen jetzt lange Hälse und beäugen die PDS. Skepsis überwiegt gegenüber dieser zwar neuen, aber aus alten Strukturen hervorgegangenen Partei. Hinzu kommt eine inzwischen wohlbegründete Aversion gegen jede Form von Parteibildungen: Linke, die im Laufe der letzten Jahre zu dem Ergebnis gekommen sind, daß der Begriff der politischen Partei im Kapitalismus den der Demokratie notwendig ausschließen muß, werden auch der PDS allenfalls neutral gegenübertreten. In der Vergangenheit haben wir gesicherte Erkenntnisse der Parteiensoziologie eher opportunistisch-selektiv wahrgenommen: Alle Parteien, so meinten wir, seien undemokratisch, mit Ausnahme der eigenen. Die »Grünen« waren der letzte, nunmehr in dieser Hinsicht beendete Versuch, einer ansatzweise basisdemokratischen Organisierung, die DKP hat dies gar nicht erst probiert. Im Vergleich hierzu wirkt die neue PDS recht jugendlich. Sie durchlebt innerparteilich offensichtlich zur Zeit ihre antiautoritären Flegeljahre.

Sollte die PDS eine Ausweitung auf »Gesamtdeutschland« in Angriff nehmen, würde sie bei unsereinem wohl auf kritische Distanz stoßen. Ob in der gegenwärtigen Lage eine Formation möglich ist, die den Kapitalismus grundsätzlich in Frage stellt und handlungsfähig wird, das ist durch organisationstechnische und wahltaktische Experimente nicht zu entscheiden. Dazu gehört eine Umgruppierung der – in ihrer Existenz gegenwärtig prekären – Linken, und über die Voraussetzungen hierzu müssen wir jetzt ausgiebig nachdenken und diskutieren. Wir haben übrigens viel Zeit.

Wer aber heute auf die PDS steigt, sitzt morgen mit Gysi zu Füßen des Pfaffen. Übermorgen predigt er selbst, wie einst Herbert Wehner: »Meine Damen und Herren, liebe Brüder!« Nach drei Tagen ist er in der Sozialistischen Internationale und nächste Woche in der SPD. Das nennt man: über kurz oder lang (trotz des reizenden Herrn Gysi) auf Honecker einen Noske setzen.

Siggi Friess ist Bundestagsabgeordnete der Grünen; Georg Fülberth ist Professor für Politikwissenschaft an der Uni Marburg

konkret 05/90, S. 26

Winfried Wolf

»Nur noch ein Rütteln«

Die deutsche Bourgeoisie stürmt ostwärts, der nächsten vorläufigen Demarkationslinie – an Oder und Neiße – entgegen. Während Alfred Herrhausen nach dem Fall der Mauer nur ein erster (und zugleich letzter) Blick auf alte Generalstabskarten vergönnt war, um zu sehen, »was wir auf dem Gebiet der DDR an Niederlassungen einmal hatten«, plant inzwischen jeder dritte größere BRD-Betrieb, sich auf dem Gebiet der Noch-DDR neu niederzulassen oder einzukaufen. Die Land-, Leute- und Beutenahme wird in großem Maßstab betrieben. Und ähnlich mühelos wie die DDR-CDU sich in eine West-CDU umfinanzieren ließ, laufen die Betriebs- und Kombinatsdirektoren zur stärkeren Mark über und fungieren als ökonomisch entscheidende fünfte Kolonne.

In sensiblen Bereichen, wo die öffentliche Meinung wichtig, gar ökologisch motivierter Widerstand geweckt werden könnte, wird vorab für den passenden Überbau gesorgt. So im Bereich der Autoindustrie, in dem die führende DDR-Motorzeitschrift »Der Deutsche Straßenverkehr«, die bis zum Jahreswechsel 1989/90 autokritisch und umweltbewußt argumentierte, aufgekauft und stramm auf ADAC-Autolobby-Kurs gebracht wurde. Der Umwandlung des führenden DDR-Fahrzeugbauers VEB IFA in die verlängerte Werkbank von VW, Opel, BMW und Daimler und der Durchsetzung des Individual- und Lkw-Verkehrs als dominierende Transportformen steht nichts mehr im Weg (bis auf die fehlenden Wege, das Straßennetz, aber dies wird, in bewährter Manier, von den Steuerzahlern nachgeliefert).

Einkauf, Aufkauf, Ausverkauf – das Tempo ist atemberaubend. Die »Frankfurter Allgemeine« erkennt »einen Zug, der ... bald so schnell fahren wird, daß vor dem Zielbahnhof 'Einheit' niemand mehr abspringen kann«, bei dem »niemand mehr auf den Gedanken (kommt), die Notbremse zu ziehen« und wo »alle Hindernisse nur noch ein Rütteln« verursachen. Richtig an dem Bild ist, daß die hierzulande Herrschenden diesen Zug unter Dampf gesetzt haben. Sie haben dabei jeden Fahrplan – und gerade auch den eigenen, der sich als »Konföderation« und »Zehn-Punkte-Plan« buchstabierte – außer Kraft gesetzt. Offen bleibt jedoch, welches Ausmaß das »Rütteln« noch annimmt, ob dieses gar die Gefahr einer Entgleisung mit sich bringt, gerade weil niemand mehr vorhat oder in der Lage wäre, »die Notbremse« zu ziehen.

»Trotz der hohen Geburtenrate ist die Bevölkerungsrate rückläufig. Kein anderes Land ist mit einer derart hohen Auswanderungsrate konfrontiert... Pfarrer M.H. ist beunruhigt über die Konsequenzen: 'Die Leute hier in der Gegend lebten immer mit dem Gedanken, das Land zu verlassen. Aber jetzt ist eine neue Qualität da: So gut wie alle in der Altersgruppe von 20 bis 30 Jahren sind gegangen. Eine ganze Altersgruppe in unserer Gemeinde ist schlicht nicht mehr existent.« Der Satz findet sich in der »Financial Times« (7.10.1989) – über Irland. Das Stück, das dort – seit mehr als hundertfünfzig Jahren – gegeben wird, heißt Wirtschafts- und Währungsunion. Zunächst zwischen David Irland und Goliath Großbritannien allein, – inzwischen in wachsendem Maß im Rahmen der EG und des Europäischen Währungssystems, dem sich die Republik Irland im Gegensatz zu Großbritannien anschloß. Die Folgen: ein kontinuierlicher Prozeß wirtschaftlichen Ausblutens, ein kontinuierlicher Rückgang der Bevölkerungszahl (von 10 Millionen Mitte des 19. Jahrhunderts auf derzeit 3,5 Millionen), massenhafte Emigration selbst in sogenannten Boomjahren der EG. 1989 verließen rund 50.000 – meist junge – Irinnen und Iren die Insel, ein Großteil flüchtete in die USA, um sich dort – oft illegal – zu verdingen. Die Auswanderung liegt bei jährlich 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, ähnlich hoch wie im Fall der DDR im Jahr mit höchsten »Übersiedler«-Zahlen. Die Erwerbslosenquote liegt doppelt so hoch wie in Großbritannien (knapp 20 Prozent); die Jugendarbeitslosigkeit erreicht 40 Prozent. Das Einkommen je Einwohner liegt in Irland bei 60 Prozent des britischen und bei der Hälfte des westdeutschen, womit es weitgehend identisch ist mit dem der DDR. Wohlgemerkt: Daten aus einer Region innerhalb des EG-Binnenmarkts.

Nun hat sich die britische Bourgeoisie weise darauf beschränkt, nur einen Teil Irlands im United Kingdom zwangszuvereinigen. Der größte Teil der Insel wird – ausgewiesen als Republik – von einer Regierung in Dublin verwaltet. Der Mehrwerttransfer 'gen Osten läuft vermittelt über diese Relaisstation optimal; die Verantwortlichen für die soziale Misere Irlands werden in Dublin, vielleicht noch im fernen Brüssel, nicht aber in der Londoner City oder in den Chefetagen bundesdeutscher Konzerne und Banken vermutet.

Just solch ein – wenn auch zeitlich befristetes – Modell hatten diejenigen vor Augen, die in der BRD Ende letzten Jahres von »Konföderation« und »Stufenplänen« sprachen und allgemein vor allzu großer Eile, vor einem »Zusammenwuchern« warnten. Sie vertraten das »objektive« Interesse der Bourgeoisie. Bei diesem Fahrplan wäre es zu einer allmählichen ökonomischen Durchdringung der DDR gekommen, wobei die westdeutschen Banken und Konzerne sich als erstes die Rosinen herausgepickt hätten; das Herauspressen der Mittel, um die hunderte Milliarden Mark teuren Investitionen in die Infrastruktur vorzunehmen, um eine gewisse Abfederung der sozialen Grausamkeiten zu finanzieren, wäre Sache einer DDR-Regierung geblieben. Ein solches Konzept hätte sich hervorragend eingefügt in das Ziel eines EG-Binnenmarktes, der westeuropäischen Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 1992: Über einen Stufenplan wäre die DDR

wirtschaftlich auf EG-Niveau hoch(und sozial herab-) geschleust worden. Die Verantwortlichen hierfür hätten im fernen Brüssel gesessen. Sogar die PDS und der gute Mensch von Dresden hätten sich als Transmissionsriemen für eine solche Konzeption angeboten. Immerhin war es Modrow, der am letzten Tag des FDGB-Kongresses den Sprengsatz der sozialen Frage entschärfte, indem er erklärte, jetzt auch nur noch Deutsche im einig Vaterland zu sehen; immerhin war es derselbe Ministerpräsident, der am 8. März einen Ministerbeschluß fassen ließ, der die de facto-Übernahme der DDR-Versicherungsmonopolgesellschaft an die Allianz-Gruppe sanktionierte.

Doch was heißt hier »objektives Interesse der Bourgeoisie«? Es gibt ihn nicht, den »ideellen Gesamtkapitalisten«, schon gar nicht einen deutschen. Es gibt nicht einmal eine relevante Fraktionierung innerhalb des deutschen Kapitals: In Sachen eilig Vaterland will jeder der erste sein. Zurecht stuft das neue Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute den Streit um 1:1 oder 1:2 als schlechten April-Scherz ein, gälte doch in der freiheitlich-demokratischen Grund- und Bodenordnung für jeden hehren Verfassungsgrundsatz der Zusatz: »Das Nähere regelt ein Markt-Gesetz.« Der Markt wird den in der DDR verbleibenden Malochern die Löhne richten – mit ähnlich gebührendem Abstand zu den westdeutschen wie dies bei den irischen im Vergleich mit den britischen oder bei den sizilianischen im Vergleich mit den norditalienischen der Fall ist. Stufenplan? »Wir haben nicht mehr die Zeit für ein ordentliches, stufenweises Vorgehen«, so Wolfram Engels in der »Wirtschaftswoche«. »Abfedern« und »gleitend angleichen«? Es gehe um eine »Schocktherapie«, um »Operation«, um »marktwirtschaftliche Injektion«, so die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«.

Karl Marx und Sebastian Haffner haben recht. Ersterer, weil er dem Kapital einen »unstillbaren Vampyrdurst nach lebendigem Arbeitsblut« attestierte, der zügel- und schrankenlos sei und selbst vor den objektiven eigenen längerfristigen Interessen nicht halt mache. Der zweite, weil er Deutschland »seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts als einen Faktor drohenden Krieges« bezeichnete und feststellte: »Die Art, wie Kohl mit Modrow in Bonn umgesprungen ist, hat mich unwillkürlich an die Art erinnert, wie Hitler 1938 mit dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg umgesprungen ist« (»Stern« Nr. 15/90).

Die deutsche Bourgeoisie hat wieder Blut geleckt. Und sie knüpft an ihre alte Tradition an: dem Abenteurertum.

Winfried Wolf ist Redakteur der in Köln erscheinenden »Sozialistischen Zeitung/SOZ«

konkret 05/90, S. 27

Ursula Kreft

Postmoderne Zeiten

Kulturrevolution in der Automobilindustrie Fließb□nder werden verschrottet, Hierarchien zerschlagen, Arbeiter bestimmen demokratisch in kleinen Teams, wie sie produzieren wollen Mit □ Gruppenarbeit□ und □ Teamkonzept□ beginnen bei General Motors und Ford die postmodernen Zeiten Gewerkschafter frohlocken, und mancher Soziologe verk□ndet das Ende des Taylorismus

In »Moderne Zeiten« gerät Charly Chaplin, als Arbeiter verkleidet, in die Hölle der Fabrik. Vom Montageband aufgesogen, wird er zum Däumling unter gigantischen Zahnrädern und exerziert noch im Schlaf pausenlos dieselbe Handbewegung. Was der Betrachter sieht, ist die Fassade des Taylorismus: Stoppuhr, Maschinentakt, Bewegungsstudien und Fließband, kombiniert zu einer Arbeitsorganisation, die in der Autoindustrie Nordamerikas und Europas zu klassischer, vollkommener Form entwickelt wurde. Eine »Humanisierung der Arbeitswelt«, wie sie die Gewerkschaften in der BRD propagieren, galt unter diesen Bedingungen lange Zeit als unerfüllbare Forderung.

Modelle gegen die Monotonie der Bandarbeit haben Gewerkschafter seit Anfang der 70er Jahre diskutiert. Arbeitserweiterung, Arbeitsanreicherung, Arbeitswechsel, Gruppenarbeit – alle Modelle schienen unvereinbar mit der Logik des Taylorismus. Die Manager der Automobilkonzerne reagierten meist mit totaler Ablehnung; Experimente in kleinem Rahmen, zum Beispiel die Gruppenmontage bei VW, blieben Randerscheinungen.

Angesichts dieser Niederlagen ist es kein Wunder, daß manche Gewerkschafter laut triumphieren, seit die Gruppenarbeit vom Management der Autokonzerne nicht nur akzeptiert, sondern als Strategie der Zukunft präsentiert wird. Eine Utopie der Arbeiterbewegung kehrt zurück: die Arbeitsgruppe als solidarisches Kollektiv, abwechslungsreiche Arbeit ohne Fließband, keine Belastung durch einseitige Tätigkeit, mehr Entscheidungskompetenz .

Gruppenarbeit sieht, vereinfacht, folgendermaßen aus: Die Arbeiter eines Bereichs, die bisher jeder für sich ihr Soll geleistet haben, werden zu einer Gruppe von 5 bis 12 Beschäftigten zusammengefaßt. Die Gruppe hat eine festgelegte Gesamtaufgabe zu erfüllen, zum Beispiel die Herstellung von 180.000 Synchronringen pro Woche. Wie sie das Gesamtziel erreicht, hat die Gruppe selbst zu regeln, sie entscheidet über den Personaleinsatz, die Arbeits- und Betriebsmittel. Im Idealfall soll jedes Gruppenmitglied jede Teilaufgabe ausführen können, auch Produktionsstörungen beseitigen und Maschinen reparieren.

Die Gewerkschaft fordert die Gruppenarbeit, die Unternehmer wollen die Gruppenarbeit, die Kolleginnen und Kollegen sind begeistert von der Gruppenarbeit. »Mehr Spaß, mehr Geld und mehr Leistung« verkündet »metall«, die Mitgliederzeitschrift der IG Metall, in einem Artikel über das Pilotprojekt »Synchronringfertigung« bei Opel in Bochum. Kapital und Arbeit versöhnen sich, jeder setzt seine Interessen durch, und alle haben den Nutzen: »Für Opel-Chef Louis R. Hughes ist es der 'Schlüssel zum Erfolg', für die IG Metall bei Opel in Bochum eine 'Strategie zur Humanisierung der Arbeit und solidarischen Arbeitsweise'«(«metall«). Die Opel-Manager erwarten von der Gruppenarbeit eine Produktivitätssteigerung von 12 bis 18 Prozent.

Demokratie darf nicht mehr am Werkstor enden, als Produktivkraft hält sie Einzug in die Fabrik, durch den neuen Opel-Chef Louis R. Hughes. »Der GM-Senkrechtstarter will, kaum im Amt. eine Kulturrevolution lostreten«, berichtet das »manager magazin« über Hughes und verrät seine Taktik: »Den alten Betonköpfen geht es an den Kragen, Untergebene benoten ihren Chef, Bandarbeiter verändern Produktionsabläufe.«

Die Kulturrevolution mit dem Namen »Gruppenarbeit« kam nicht über Nacht. Die Gründe für den Umbruch der Arbeitsorganisation liegen ein Jahrzehnt zurück. Die Automobil-Manager blickten nach Asien, und was sie sahen, erfüllte sie mit Entsetzen: In Japan waren den bislang konkurrenzlosen Automobilkonzernen Nordamerikas und Europas mächtige Gegner erwachsen, die immer mehr Autos auf dem Weltmarkt verkauften. Die enormen Exportsteigerungen machten Japan zum Modell. Die westlichen Manager stellten fest, daß sie die japanischen Erfolge keineswegs durch einen technologischen Vorsprung oder durch niedrigere Löhne erklären konnten.

Auffallend höher als in den USA war der Nutzungsgrad der Produktionsanlagen. Die japanischen Maschinen werden intensiver genutzt, und die Arbeitskräfte stehen rund um die Uhr zur Verfügung. Die Basis dieses gravierenden Vorteils ist ein wesentlich effektiveres System der Produktions- und Arbeitsorganisation. Als Keimzelle der japanischen Fabrikorganisation wirkt eine besondere Form der Gruppenarbeit. Was die westlichen Manager in Japan studiert haben, entspricht allerdings nicht jener Idylle demokratischer Arbeitskultur, die zur Zeit die Einführung von Gruppenarbeit ideologisch begleitet. Das japanische Management praktiziert vielmehr ein betriebliches Herrschaftssystem mit Tendenzen zur Diktatur des Kollektivs.

In den Fabriken Europas und Nordamerikas herrscht die Kontrollstrategie: starre Arbeitsanweisungen, direkte Kontrolle durch das Management. Die Leistung des japanischen Arbeiters beruht dagegen auf der Verpflichtung und Verantwortung gegenüber seiner Gruppe, die die Leistungsnormen bestimmt. Das japanische Management kontrolliert den Arbeiter

indirekt, aber um so wirkungsvoller, über den Druck innerhalb der Gruppe, über die Konkurrenz der einzelnen Gruppen einer Abteilung. Die Arbeiter in der japanischen Gruppe werden einem permanenten Entwicklungs-, Verbesserungs- und Zeitdruck ausgesetzt. Funktionen des Managements gehen auf die Gruppe über, sie wird zum Antreiber und Kontrolleur. Häufig bilden japanische Gruppenkollegen in der Freizeit einen Freundes- oder Studienkreis; das wird vom Management gern gesehen und gefördert. In vielen Fällen regelt die Gruppe sogar das Familienleben – sie wird totalitär und macht die gesamte Person jederzeit als Arbeitskraft verfügbar.

Zur Durchsetzung des japanischen Modells gehört allerdings ein passendes Umfeld. Das System der Gruppe funktioniert nur durch eine extreme Spaltung der Belegschaft. Den relativ privilegierten Stammgruppen stehen die Rand-Beschäftigten gegenüber, in ungesicherten Arbeitsverhältnissen und mit Löhnen, die bis zu 40 Prozent niedriger sind als die Gehälter der Stammarbeiter. Zur japanischen Autofabrik gehören abhängige Zulieferbetriebe, Leih- und Fremdfirmen, die Peripherie des Konzerns. Die Stammarbeiter müssen daher beständig ihren Wert beweisen, das Privileg muß verteidigt werden. Die Leistungsbereitschaft der Gruppe entsteht vor allem durch die Angst, in den ungesicherten Rand abgeschoben zu werden. Zum Japan-Modell gehört die unmittelbare Kontrolle der Betriebsgewerkschaften durch das Management. 50 Prozent der Gewerkschaftsfunktionäre sind zugleich untere Vorgesetzte.

Die Devise »Von Japan lernen« war für die europäischen und amerikanischen Automobilkonzerne daher alles andere als die problemlose Übernahme einer von hiesigen Managern beschworenen »Neuen Unternehmenskultur« mit zufriedenen Gruppenarbeitern und kooperativen Managern. Die Voraussetzungen müssen stimmen, sonst läßt sich jener »neue Geist« nicht wecken, den Opel-Chef Hughes in Bochum verkündete.

Inzwischen wird die Zeit knapp für General Motors. Neue Produktionsanlagen für die neue Opel-Produktpalette waren teuer, sie müssen rund um die Uhr genutzt werden. Und sie sind störanfällig. Flexible Fertigung fordert den flexiblen, verantwortungsbewußten Arbeiter, der nicht bei jedem Maschinenstillstand auf die Reparaturkolonne wartet.

General Motors erprobte die Gruppenarbeit bisher in zwei flächendeckenden Großexperimenten. 1982 errichtete GM ein Werk bei Aspern in Österreich, mit mäßigem Erfolg. 1985 wurde ein neuer Anlauf genommen. In Kalifornien startete General Motors in Zusammenarbeit mit Toyota das Gemeinschaftsunternehmen NUMMI (New United Motor Manufactoring). An gleicher Stelle hatte GM drei Jahre vorher ein Werk mit 4.700 Beschäftigten geschlossen. Jetzt bekamen 2.600 einen neuen Job. Sowohl die Betriebsstillegung als auch die Wiedereröffnung waren, wie der amerikanische Soziologe Lowell Turner feststellte, »ein wichtiges emotionales Erlebnis« für die Beschäftigten: »Die arbeitslosen Arbeiter kamen bescheiden zurück und waren dankbar für ihren neuen Job.«

Es war ein Job in einer Fabrik, in der vieles anders war. Statt der alten arroganten Hierarchie wurde den Arbeitern ein demokratisches Betriebsklima geboten: gemeinsame Parkplätze, klassenloses Essen für alle in einer Kantine, gleiche Arbeitskleidung. Das NUMMI-Team besteht aus 5 bis 8 Leuten. Einer ist der Teamleiter, ein Gewerkschaftsmitglied, das vom Management ausgesucht und geschult wurde. Im Team wird nicht nur gearbeitet, sondern auch regelmäßig diskutiert, vor allem darüber, wie die Produktion zu verbessern sei.

Der Soziologe Turner fand bei Interviews mit NUMMI-Beschäftigten eine hohe Zufriedenheit. Unter dem neuen japanischen Managementsystem, so die Arbeiter, würden sie mit Respekt behandelt, ihr Rat sei gefragt, ihre Bedenken würden berücksichtigt. Stolz sind vor allem die Gruppensprecher auf ihre neue Führungsrolle.

Ein weiteres Element der japanischen Verhältnisse ist bei NUMMI zeitgleich mit der Gruppenarbeit verwirklicht worden. Viele Bereiche der Produktion wurden ausgelagert und an Fremdfirmen vergeben. Die amerikanischen Journalisten Mike Parker und Jane Slaughter haben in einer Untersuchung die Folgen dieser Auslagerung beschrieben. Zum Beispiel arbeiten bei normaler Absatzlage ca. 200 Arbeiter in der ausgelagerten Polsterei. Stockt der Absatz, so wird der Fremdfirma gekündigt, und die Polstereiarbeiten werden von der NUMMI-Stammbelegschaft mit übernommen. So entstehen zwei Belegschaften: eine in Fremdfirmen beschäftigte flexible Randbelegschaft und eine privilegierte NUMMI-Stammbelegschaft.

Mike Parker und Jane Slaughter bezweifeln, daß die enorm erhöhte Arbeitsproduktivität und die geringere Abwesenheitsrate bei NUMMI allein aus der höheren Arbeitszufriedenheit erklärt werden können. Im Gegensatz zu Lowell Turner bezeichnen sie das Erfolgskonzept als »management by stress«. Das NUMMI-Management verfügt über ein engmaschiges Informationsnetz. Die Teamleiter erfassen jeden Verstoß gegen die Arbeitsnorm und informieren die Gruppenleiter, die bis zu drei Teams kontrollieren. Ersatzpersonal existiert nicht, so daß jede Abwesenheit durch die Gruppe selbst ausgeglichen werden muß. Unter diesen Bedingungen wird Krankheit zum unkollegialen Verhalten. Die Folge: Statt durchschnittlich 9 Prozent Abwesenheitsrate im GM-Gesamtkonzern kann das NUMMI-Management mit einer Traumquote von 2,2 Prozent aufwarten.

Für General Motors war der NUMMI-Erfolg Grund genug, ein weiteres Experiment vorzubereiten: die flächendeckende Erprobung von Gruppenarbeit und Japan-Modell in einer bestehenden Fabrik mit traditioneller Belegschaft. Ort des

Experiments ist das Opel-Werk in Bochum. Bis zum Jahr 1993 soll dort Schritt für Schritt für mindestens 7.000 der rund 14.000 Lohnempfänger die Gruppenarbeit eingeführt werden. Seit 1989 laufen in einigen Bereichen bereits Pilotprojekte.

»Eine grundsätzlich positive Resonanz« meldete die Sozialforschungsstelle Dortmund nach einer Befragung von Gruppenarbeitern. Noch positiver berichtete Waltraud Bierwirth in »metall«. Wenn sich die Kollegen der Abteilung Synchronringfertigung zum internen Gruppengespräch zurückziehen, schreibt Frau Bierwirth, »dann stehen die Maschinen still, und in der abgeteilten Pausenecke geht es hoch her. Seit den Werksferien im Sommer kommt zum Privileg des bezahlten wöchentlichen Gruppengesprächs noch ein weiteres hinzu: der neuaufgestellte, lärmgeschützte Pausencontainer mit Kaffeebar und bequemen Stühlen. 20.000 Mark kostete Opel diese Investition, die für den Trend des 'neuen Geistes der Zusammenarbeit' zwischen unten und oben steht.« So werden Wissenschaftler und Journalisten Opfer ihres flüchtigen Blicks, und eine Momentaufnahme ersetzt die Beschreibung der Wirklichkeit.

Denn die Synchronringfertigung bei Opel ist nur das Vorzeige-Projekt, mit dem das Unternehmen für die Gruppenarbeit wirbt. In anderen Pilotgruppen sind die Bedingungen schon jetzt wesentlich härter. Wohin die Reise geht, zeigt die Absprache zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung zur Einführung der Pilotprojekte. Der Betriebsrat hat wichtige Eckpunkte der IG Metall nicht durchgesetzt. Die Forderung, Behinderte, Frauen und Ausländer angemessen in den Gruppen zu berücksichtigen, hat das Management nicht akzeptiert. Die Gruppe hat außerdem keinen Einfluß auf die Leistungsnorm, die Anforderungen werden nicht der wechselnden Personalmenge angepaßt. Das heißt: Wer krank wird, schadet allen Gruppenmitgliedern. Über kurz oder lang wird die Gruppe selbst dafür sorgen, daß Leistungsgeminderte und Kranke hinausgedrängt werden. Schlechte Zeiten für Solidarität.

Wie die Gruppen bei Opel gebildet werden, bleibt in der Absprache offen. Damit hat die Betriebsleitung die Möglichkeit, ihren Plan zu verwirklichen: immer mehr angelernte Produktionsarbeiter durch Facharbeiter zu ersetzen, die Reparatur- und Wartungsarbeiten nebenbei erledigen können. Auf diese Weise entsteht die berüchtigte olympiareife Gruppe.

Gegen diese Entwicklung protestieren vor allem die Facharbeiter. Während die Bandarbeiter durch Gruppenarbeit neue Kenntnisse erwerben, fühlen sich Facharbeiter zu Produktionsarbeitern degradiert. Sie verlieren ihre Möglichkeiten, Zeit und Arbeitsweise relativ selbständig zu gestalten, und erleben eine kontinuierliche Entwertung ihrer handwerklichen Fähigkeiten. Das Management muß diesen Widerstand brechen, denn sein Konzept zur Gruppenarbeit soll die Belegschaft umformen. Die neue Arbeitsorganisation braucht den multifunktionalen Beschäftigten auf Facharbeiterniveau: Produzent, Reparateur und Wartungsservice in einer Person.

Die Umwandlung der Belegschaft geschieht allmählich. Rund 50 Prozent der Jungfacharbeiter, die bei Opel eine Lehre gemacht haben, werden seit 1984 nicht mehr in die Fachabteilungen übernommen. Sie haben die Wahl: keine Übernahme oder ab in die Produktion. Ein Beispiel dieses Typus des neuen jungen Arbeiters beschreibt Waltraud Bierwirth in ihrem Jubel-Artikel zur Gruppenarbeit in »metall«: »Dirk Nickel, 23 Jahre alt und ein Opel-Eigengewächs. Vor sieben Jahren begann er mit seiner Ausbildung zum Maschinenschlosser, fand sich nach der Lehre als Jungfacharbeiter in der Produktion wieder und entdeckte erst in der Gruppenarbeit, 'daß der Job auch Spaß machen kann'«.

Der regionale Arbeitsmarkt kommt Opel zugute, denn im Ruhrgebiet ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch. Das Unternehmen kann sich vor Bewerbungen kaum retten. Als Ausgleich für die natürliche Fluktuation werden überwiegend junge deutsche Metallfacharbeiter eingestellt, die nicht in den Fachabteilungen, sondern direkt in der Produktion eingesetzt werden. Auch das Beschäftigungsförderungsgesetz hilft dem Opel-Management: Seit drei Jahren sind alle Neueinstellungen zeitlich befristet.

Vor der Einführung der Gruppenarbeit begann bei Opel der Aufbau der zukünftigen Randbelegschaften. Immer mehr Fremdfirmen liefern preiswerte Arbeitskräfte für das Bochumer Werk. Ganze Abteilungen werden ausgelagert, Zulieferfirmen übernehmen die Teilefertigung. Staatsgrenzen sind kein Hindernis beim Aufbau der Peripherie. Vor kurzem wurde die Polsterei mit 750 Arbeitsplätzen aufgelöst. Jetzt wird ein Teil der Arbeiten mit billigen Arbeitskräften in der Türkei erledigt, zugleich entsteht in Bochum eine Fremdfirma, die im 30-Minuten-Takt Autopolster direkt ins Werk liefert.

»Die Arbeitsteilung ist bei Gruppenarbeit grundsätzlich stark verringert«, meint die IG Metall Bochum. Die Gewerkschafter haben sich deshalb entschlossen, das Management-Konzept als Instrument für gewerkschaftliche Ziele zu benutzen, zum Beispiel so: »Das Ziel der Gruppenarbeit ist die Höherqualifizierung des ganzen Menschen und nicht nur jener Teilbereiche der menschlichen Fähigkeiten, die für ihre unmittelbare Verwertung als Arbeitskräfte im Vordergrund stehen« (»12 Eckpunkte« der IGM Bochum).

Den Einsatz des »ganzen Menschen« verlangt aber auch die neue Arbeitsorganisation. Gruppenarbeit nach den Vorstellungen des Managements ist weder das Ende der Arbeitsteilung noch das Ende des Taylorismus.

Frederick Winslow Taylor begann bekanntlich mit minutiösen Bewegungsstudien an lebenden Arbeiter-Objekten, und er kam zu der Überzeugung, daß bloße Kontrolle nicht genüge, um die Arbeiter an dem zu hindern, was er »Bummelei« nannte. Das Management müsse vielmehr jedem Arbeiter diktieren, auf welche Art und Weise jeder Arbeitsvorgang

auszuführen sei. Der Taylorismus ist jedoch nicht an Stoppuhr und Fließband gebunden. Sein Kern besteht aus folgenden Grundsätzen: Das handwerkliche Wissen der Arbeiter wird gesammelt, enteignet und beim Management konzentriert. Auf dieser Grundlage werden Vorstellung und Ausführung der Arbeit systematisch getrennt. Das Management plant den Arbeitsprozeß, die Arbeiter verlieren die selbständige Kontrolle über die Arbeitsleistung. Das heißt jedoch nicht, daß der Taylorismus jegliches Wissen verhindert und tatsächlich den »dressierten Gorilla« (Taylor) schafft. Wissen über den Arbeitsprozeß braucht auch der angelernte Bandarbeiter, allerdings in kleinen Portionen, so wie es das Management für notwendig hält.

Die Widersprüche des Taylor-Systems erkannten die Unternehmer bald nach der Einführung. Schon 1918 klagten Manager über »das kümmerliche und ungefüge Menschenmaterial«, über die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber Störungen der Produktion. Seitdem, berichtet der Soziologe Harry Braverman, beschweren sich die Manager über eine Arbeiterschaft, die sie selbst geformt haben, »aber sie haben noch kein Mittel gefunden, Arbeiter zu produzieren, die zu ein und derselben Zeit hinsichtlich ihrer Stellung im Arbeitsprozeß degradiert und dabei gewissenhaft und stolz auf ihre Arbeit sind«.

Seit die Maschinerie immer teurer wird und jeder Maschinenstillstand immer höhere Kosten verursacht, braucht das Management einen neuen Typus des gewissenhaften Arbeiters nötiger denn je. Mißtrauisch betrachtet das Management den Arbeiter alten Schlages, der den Maschinenstillstand grinsend als Päuschen begrüßt, weil er konsequent das Geldverdienen von der Selbstverwirklichung trennt. Im Ruhrgebiet wirkt die Trennung bis in die Sprache, Lohnarbeit in der Fabrik heißt »Maloche«, während »Arbeit« reserviert ist für Tätigkeiten in Garten und Haus, für Freunde und Familie.

Mit der Gruppenarbeit versucht das Management die Widersprüche des Taylorismus zu beseitigen, ohne seine Grundsätze aufzugeben. Nicht »Maloche« soll der Gruppenarbeiter abliefern, sondern »Arbeit« leisten, gewissenhaft, stolz und so sorgfältig, wie er bisher nur die Pflanzen seines Schrebergartens pflegte. Seine ganze Persönlichkeit hat er der Gruppe zu geben, für den kollektiven Einsatz zum Wohl des Unternehmens.

Auf diese Weise enteignet die neue Arbeitsorganisation die letzten Reste von Handwerkerwissen durch ganzheitliche Ausbeutung. Der ideale Gruppenarbeiter zeigt die Disziplin eines Fließbandarbeiters, arbeitet wie ein Handwerker und denkt wie ein Vorgesetzter. Und er akzeptiert, ohne direkten Zwang, die Grenzen, die das Management setzt. Bei Opel in Bochum, so berichten Betriebsräte, verändern sich allmählich die Pausengespräche der Gruppenarbeiter. Fußball, Fernsehen und Porno treten in den Hintergrund. Das Thema Nummer I heißt: Probleme im Produktionsablauf und ihre effektivste Lösung.

konkret 05/90, S. 30

Ursel Sieber

Nato bene

Die westlichen Militärpolitiker sind um Argumente, wieso ihre Armeen, was immer sich auf dieser Welt verändern mag, weiter aus- und aufgerüstet werden müssen, nie verlegen: Die Allianz des Kalten Krieges werde künftig genauso bitter benötigt – gerade weil der Warschauer Pakt in Auflösung begriffen sei

Verkehrte Welt. Die Sowjetunion beginnt mit dem Abzug ihrer Truppen aus der Tschechoslowakei. In Ungarn wird über einen Beitritt zur Nato diskutiert. Fast zeitgleich reisen die SPD-Abgeordneten Stobbe und Ehmke in die USA, um der Nato die Treue zu schwören. In der DDR laufen der Nationalen Volksarmee die Rekruten davon, und der Generalinspekteur der Bundeswehr referiert in Wien über die militärische Potenz des Warschauer Pakts, als ob nichts geschehen wäre. Auf der gleichen Konferenz wird um Truppenstärken gepokert, die, was die Warschauer Pakt-Staaten angeht, bestenfalls noch auf dem Papier stehen. Je rund 170 000 Mann dürften demnach die UdSSR und die USA in DDR und BRD künftig behalten.

An kooperativer Rhetorik mangelt es nicht. Die Phrase, daß »die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion« bei der Wiedervereinigung berücksichtigt würden, fehlt in keiner Rede, die Minister aus den Reihen der Bundesregierung halten. Der kooperative Gestus soll darüber hinwegtäuschen, daß eine unnachgiebige Politik der Stärke betrieben wird. Dies gilt, obwohl die USA und die westeuropäischen Staaten seit der »Open Sky«-Konferenz in Ottawa auf den bewußt nebulös gehaltenen »Genscher-Plan« eingeschwenkt sind, demzufolge auf dem Territorium der DDR weder Nato- noch Warschauer-Pakt-Truppen stationiert sein sollen. Der »Genscher-Plan« ist zwar als die weniger konfrontative Variante aus dem innenpolitischen Streit mit Verteidigungsminister Stoltenberg hervorgegangen. Doch er steckt voller Widersprüche und wird sich in dieser Form gewiß nicht lange aufrechterhalten lassen.

Wenn Nato-Truppen nicht auf DDR-Gebiet stationiert werden dürfen, kann auch die »Vorneverteidigung« nicht »vorne«, also auf dem Gebiet des Gegners, stattfinden. Statt der deutsch-deutschen Grenze müßte künftig nämlich eine starre »Verteidigungslinie« mitten durchs geeinte Deutschland gehen. »Vorne« müsse immer da sein, wo die Staatsgrenze verläuft, fordert dagegen Generalinspekteur Wellershoff in einem Interview. Ob er das genauer sagen könne? »Genauer kann man das zur Zeit noch nicht definieren«.

Ein »reines Nonsens-Konzept« meint der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer. Und für den Grünen Alfred Mechtersheimer werden da im Grunde »böse Scherze« betrieben. »Damit will man Handlungsfreiheit für die Wiedervereinigung herstellen. Man weiß, daß das keine dauerhafte Regelung ist.« Es ist kein Zufall, daß es nach deutsch-amerikanischen Zusammentreffen immer wieder heißt, die Details des Genscher-Plans seien nicht näher diskutiert worden: Die Details sind nämlich entscheidend.

Unklar bleibt auch, was es für künftige deutsche Truppen heißt, daß der Genscher-Plan vorsieht, das Nato-Territorium solle nicht auf das Gebiet der heutigen DDR ausgedehnt werden: Konsequenterweise müßte damit auch die Stationierung von Soldaten einer gesamtdeutschen Armee ausgeschlossen sein. Das werden zumindest die USA und die BRD nicht akzeptieren: Ein hoher US-amerikanischer Beamter, der namentlich nicht genannt werden will, stellte in einem Hintergrund-Gespräch in Bonn klar, daß Washington davon ausgeht, daß für die heutige DDR eine Regelung getroffen werden könnte, derzufolge deutsche Truppen auf diesem Territorium stationiert sein dürfen.

»Auch der Genscher-Plan wäre eindeutig eine Regelung zu Lasten der Sowjetunion«, meint Alfred Mechtersheimer. Die Bundesregierung verfährt in der gewohnten Gelassenheit nach der Devise: »Der Widerstand wird sich geben.« In Bonn wird verbreitet, man habe bei Gesprächen mit der sowjetischen Seite den Eindruck gewonnen, daß Gorbatschow eine deutsche Nato-Mitgliedschaft akzeptieren werde und nun nach Wegen suche, dies der sowjetischen Öffentlichkeit klarzumachen. »Die Sowjetunion hat keine Macht mehr, dieses zu verhindern, sie ist zu stark gehandicapt durch innere Probleme«, meint der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer. Nun komme es auf die Weitsichtigkeit und Klugheit der westlichen Politik an, die Interessen der UdSSR von sich aus in Rechnung zu stellen.

Doch die Weitsicht der Regierenden in USA und BRD hat eine andere Perspektive. Die Sowjetunion sei zwar politisch in der Defensive, zu einer Änderung der westlichen Militärstrategie gebe das aber keinen Anlaß, sagte ein hoher amerikanischer Beamter in Bonn: »Man ändert die Doktrin nicht, wenn man 10:0 führt.«

Die Interessen der USA

Der Ost-West-Konflikt hat nicht erst mit dem atomaren Wettrüsten und der Blockkonfrontation nach 1945 begonnen. Am Anfang standen die russische Oktoberrevolution im Jahre 1917 und die Weigerung der amerikanischen Führung, deren Resultat als Teil des internationalen Systems zu akzeptieren. Der Ost-West-Konflikt war immer ein Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, der auf allen Ebenen der internationalen Beziehungen ausgetragen wurde und neben der machtpolitischen immer eine ideologische Seite hatte. Beendet ist er deswegen erst, wenn die Ergebnisse der

Oktoberrevolution vollständig revidiert sind. Durch das Scheitern des bürokratischen Staatssozialismus in den osteuropäischen Staaten verliert er allerdings zusehends an Bedeutung. Obsolet wird vor allem die militarisierte Form, in der die Blockkonfrontation ausgetragen wurde. Eine Entwicklung, die freilich »gerade die politischen Kräfte in der westlichen Welt stärkt, die eine konfrontative Interessendurchsetzung anstelle eines kooperativen Interessenausgleiches bevorzugen«, wie der Mitarbeiter der Berghofstiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Wilfried Karl, feststellt.

Wird sich der Ost-West-Konflikt künftig zu einem bloß politischen Konkurrenzkampf rivalisierender Weltmächte entwickeln? Es ist unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion mit einem zusehends marktwirtschaftlicheren Gesellschaftssystem ihre Weltmachtstellung beibehalten kann. Ihre Hegemonie war primär ideologisch-militärisch vermittelt. Zudem ist sie als Staat durch starke innenpolitische Konflikte gefährdet. Vieles spricht deshalb dafür, daß die alten nationalstaatlichen Konkurrenzen wieder in den Vordergrund treten und die Blockkonfrontation ersetzen werden. Offen ist dabei, in welchem Umfang sich insbesondere die westeuropäischen Staaten auf engere militärpolitische Kooperations- und Bündnisstrukturen verständigen werden.

Um diesen Konkurrenzkampf bestehen zu können, kommt es für die USA vor allem darauf an, ihren politischen Einfluß in Europa zu sichern. Ihre ökonomische Vormachtstellung gegenüber Westeuropa und Japan ist seit Ende der 60er Jahre in vielen Bereichen passé. Gerade in Europa können die USA ihre hegemoniale Stellung deswegen nur über die Militärpolitik – sprich über die Nato – aufrechterhalten. Sie brauchen die Konfrontation der Blöcke wie die Luft zum Atmen. Das Ende der Nato – oder auch nur eine entscheidende Veränderung der Strukturen innerhalb dieses Militärpaktes – würde den Hegemonieverlust der USA dramatisch beschleunigen.

Die Nato war immer ein von amerikanischen Interessen dominiertes und dominierbares Bündnis. Die Formel von der Nato als einem Bündnis gleichberechtigter Partner entbehrte immer schon der materiellen Grundlage. Die USA haben alle Änderungen ihrer Nato-Politik alleine formuliert, und oft gegen den Willen der europäischen Verbündeten durchgesetzt. Der Hebel war und ist die atomare Abschreckungsstrategie, der Mythos vom amerikanischen »Atomschirm«, der die Deutschen vor der »aggressiven Sowjetunion« schützen soll.

Der Führungsanspruch der USA bot aber auch immer wieder Anlaß für Konflikte. Besonders in der Reagan-Ära mit ihrer militarisierten Globalstrategie häuften sich die Krisenmeldungen. Dank dem gemeinsamen Feindbild im Osten blieb die Nato für die USA dennoch ein zuverlässiges Mittel, um die politische Hegemonie gegenüber den europäischen Konkurrenten zu sichern und gleichzeitig ein glaubwürdiges Drohpotential gegenüber der UdSSR aufrechtzuhalten. Beides stärkte die Position der USA auch bei der Durchsetzung ökonomischer Interessen: Erinnert sei an die Debatte um das Erdgas-Röhren-Geschäft oder um die Cocom-Liste. Derartige Restriktionen zielten nicht nur auf die Wirtschaft der Sowjetunion, sondern sollten vor allem den für die westeuropäischen Staaten äußerst wichtigen Osthandel reglementieren. Auch die Auseinandersetzung um die »Lastenteilung« innerhalb der Nato hatte diese Dimension. Die USA verlangten von den Europäern eine deutliche Erhöhung ihrer Militärausgaben, während sie selbst in der sogenannten Dritten Welt die Rolle des Weltpolizisten übernahmen. Das zielte ebenfalls auf die ökonomische Schwächung der Westeuropäer und nicht nur auf die konfrontative Durchsetzung globaler amerikanischer Interessen in den lateinamerikanischen, asiatischen und afrikanischen Staaten.

Auch für die französische Außenpolitik ist die Nato in den letzten Jahren sehr viel wichtiger geworden, allerdings vor einem anderen Hintergrund. Gerade die französische Debatte erinnert daran, daß in den 50er Jahren der Nato die Funktion zukam, über die militärische Integration des westdeutschen Staates das Sicherheitsproblem »Deutschland« zu entschärfen. Als zu Beginn der 80er Jahre die Friedensbewegung gegen die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen demonstrierte, befürchteten viele Franzosen, es werde sich daraus eine Kampagne für die Neutralität der BRD entwickeln. Das veranlaßte Mitterand in viel stärkerem Maße als zuvor, auf die atlantische Karte zu setzen. Er unterstützte die Stationierung der Mittelstreckenwaffen in der BRD, weil er hoffte, daß sich darüber die deutsche Frage für immer erledigen würde.

Daß die USA bereit waren, das Abkommen über den Abzug dieser Mittelstreckenwaffen ohne vorherige Konsultation anderer Staaten zu unterschreiben, war für Frankreich ein Schock. Die Angst vor einem »Abdriften« der Deutschen («derive allemande«) wurde in der französischen Presse verstärkt diskutiert. »Seitdem ließ Paris in der Tradition des Konzepts der Kontrolle durch Integration das Tempo der westeuropäischen Einigung beschleunigen«, so die französische Sicherheitsexpertin Francoise Sirjacques. Mit dem Umbruch in der DDR ist dieser Trend noch stärker geworden. Mitterand sucht nach immer neuen Möglichkeiten, um die entstehende deutsche Hegemonialmacht auf gesamteuropäischer Ebene einzubinden. Dazu gehört sein Vorschlag zur Schaffung einer gesamteuropäischen Konföderation im Rahmen der KSZE. Auch Frankreich befürchtet, daß der Einfluß der USA mit dem Abnehmen der Blockkonfrontation in Europa schwinden und die Nato auf Dauer ein brüchiges Bündnis werden könnte.

Aus diesem Grund mißt Frankreich der wirtschaftlichen Integration eine herausragende Rolle zu und forciert Entwicklungen, die in diese Richtung führen. Mitterand drängt verstärkt in Richtung »Politische Union«, während die

Bundesregierung aller Europa-Rhetorik zum Trotz bremst. Das Ja der BRD zur europäischen Währungsunion scheint mittlerweile eine Bedingung für das Ja der Franzosen zur deutschen Einheit zu sein.

Die Furcht vor dem schwindenden Einfluß der USA in Europa könnte dazu führen, daß auch eine gemeinsame Militärpolitik in Westeuropa an Bedeutung gewinnt. Im Gespräch ist die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Bisher ist das noch eine wenig konkret ausgearbeitete Option. Dennoch scheint sie realistischer als noch vor zwei Jahren. Gerade deshalb, weil nach der Wiedervereinigung die enge Bindung an die USA nicht mehr unabdingbare Voraussetzung deutscher Außenpolitik sein wird.

Solchen Tendenzen wollte wohl Magaret Thatcher entgegensteuern, als sie den Bundeskanzler bei seinem Besuch in Großbritannien auf den Atlantikpakt festzulegen versuchte: Sie pochte auf ein eindeutiges Bekenntnis zur Nato und zur bisher gültigen Atomstrategie der flexible response – auf die Strukturen also, die die amerikanische Hegemonie in Westeuropa absichern. Es war nur logisch, daß sie sich von Bundeskanzler Kohl versichern ließ, die Deutschen würden der Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf ihrem Territorium weiterhin zustimmen. Da es um die Durchsetzung der schnellen Wiedervereinigung geht, kam Kohl allen Forderungen nach.

Einheit gegen Nato

Die Bundesregierung hat gegenwärtig vor allem ein Interesse: Wiedervereinigung so schnell wie möglich. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist schon der halbe Weg zur Einheit. Darum wurde das Projekt so forciert – sogar gegen den Widerstand der Bundesbank. Für den zweiten Schritt braucht die Bundesregierung freilich vor allem Unterstützung durch die USA. So kam ein klassischer Kuhhandel zustande, getreu der Devise: Ein Ja zur Nato gegen ein Nein zur DDR.

Von dem deutschnationalen Anti-Amerikanismus, der sich in den letzten Jahren innerhalb der CDU breitmachte, ist gegenwärtig nichts mehr zu hören. Was nicht heißt, daß es ihn nicht mehr gibt. Um der gemeinsamen Sache willen haben beide, die »Atlantiker« und die »Gaullisten« um Alfred Dregger ein Stillhalte-Abkommen geschlossen. Doch das Mißtrauen gegen die amerikanischen Freunde sitzt tief, seit die USA das Symbol und »Bindeglied« ihrer Nukleargarantie, die Pershing-II-Raketen, einfach zur Disposition stellten. Nach erfolgreich durchgeführter Wiedervereinigung wird deshalb der Ruf nach einem westeuropäischen Militärbündnis lauter werden.

An den Zielen amerikanischer Sicherheitspolitik hat sich ja im Kern nichts geändert: Wer für die weltweite Durchsetzung von Hegemonialinteressen ein höheres Kriegsrisiko in Kauf nimmt, muß versuchen, militärische Konflikte vom eigenen Territorium fernzuhalten und zu begrenzen. Deshalb wurde zum Beispiel die Modernisierung von atomaren Kurzstreckenwaffen vor einem Jahr für unverzichtbar erklärt. Daß das nicht im bundesdeutschen Interesse liegen kann, veranlaßte Dregger damals zu dem bemerkenswerten Satz: »Je kürzer die Atomwaffen, desto toter die Deutschen.« Dieser Konflikt ist noch nicht entschieden. Er keimte wieder auf, als sich Alfred Dregger in den vergangenen Wochen erneut gegen die Modernisierung der Atomwaffen aussprach, während sich die US-Regierung in den Haushaltsberatungen dafür stark machte.

Durch das Tauschgeschäft 'Einheit gegen Nato' ist die Militärallianz des Kalten Krieges hierzulande zumindest vorübergehend wieder sakrosant geworden. »Die Nato in uns«, sagte einmal der Westberliner Politik-Professer Wolf-Dieter Narr, und meinte damit, daß die Akzeptanz der Nato zur Staatsraison des westdeutschen Teilstaates gehört. Die SPD wurde erst regierungsfähig, nachdem sie auf die Forderung nach Austritt aus der Nato im Jahre 1959 verzichtet und die militärisch abgesicherte West-Integration akzeptiert hatte.

Der Mechanismus funktioniert noch immer, obwohl der Warschauer Pakt zum Papiertiger geworden ist. Die Creme der Sicherheitspolitiker der SPD ist gerade dabei, die Partei auf die Zustimmung zum Genscher-Plan festzulegen – natürlich nur für eine »Übergangszeit«, bis zur Schaffung der Europäischen Friedensordnung. Auch die Ost-SPD ist nur gegen eine *militärische* Integration des DDR-Gebiets in die Nato. Drei einsame Bonner Abgeordnete protestierten jüngst gegen »diese erneute Unterwerfung unter die Politik der Bundesregierung«. Zwei weitere SPD-Abgeordnete, Hermann Scheer und Heidemarie Wieczorek-Zeul, legten ein durchaus realistisches Konzept für eine »geplante Auflösung der Nato« vor: Die Nato soll ihre militärische Integration und die gemeinsamen Oberkommandos aufgeben und damit zu der Struktur zurückkehren, die sie bei ihrer Gründung im Jahre 1949 hatte. Alle Nato-Mitglieder hätten dann den Status von Frankreich und Spanien. Das sei der erste Zwischenschritt hin zu einer Europäischen Friedensordnung. Hinzukommen müßten für das vereinigte Deutschland allerdings besondere Regelungen, »die auf eine weitgehende Entmilitarisierung hinauslaufen«. Diese müßten ab sofort international kontrolliert werden. Die besonderen Auflagen für das vereinigte Deutschland sollen so lange in Kraft bleiben, bis eine Europäische Friedensordnung mit gemeinsamen Regeln zur Rüstungskontrolle etabliert sei. »Ab diesem Zeitpunkt gelten dann die gleichen Regeln für alle.« So ein Programm zur Auflösung der Nato ist im Wahljahr freilich weniger gefragt.

Raus aus der Nato?

Dagegen erfreut sich das Argument, die Deutschen müßten über die Nato unter Kontrolle genommen werden, hierzulande zunehmender Beliebtheit. Dieses Argument hatte erst im grünen Streit um die Formel »BRD raus aus der Nato« wieder an Bedeutung gewonnen. Damals wollte ein Teil der Grünen eine Politik einseitiger Abrüstung gegen die Nato durchsetzen. Die Nato, so lautete der Einwand des Realo-Flügels, sei schließlich ein Instrument, um großdeutsche Träume zu verhindern und den Erhalt der Zweistaatlichkeit zu sichern. Das Beharren auf der Zweistaatlichkeit haben die Realos mittlerweile aufgegeben. Die deutsche Frage, das zeigt sich jetzt, haben sie in der innergrünen Auseinandersetzung instrumentalisiert, weil sie glaubten, die Grünen könnten mit einer Nato-kritischen Position nicht regierungsfähig werden.

Jetzt, da der Nato das Feindbild abhanden kommt, greift selbst der konservative Vordenker und »FAZ«-Kommentator Michael Stürmer auf ähnliche Argumentationsmuster zurück. Die Nato wurde, schrieb er, gegründet, um die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen klein zu halten. Mittlerweile allerdings wird unklar, wer eigentlich wen an die Kandare nehmen wird, »ob die Nato nun die Deutschen, oder die Deutschen den europäischen Teil der Nato kontrollieren«, wie es der Friedensforscher und AL-Abgeordnete Albert Statz formuliert.

Wie soll die Nato, die in Westeuropa von einem vereinigten Deutschland dominiert wird, einen machtpolitischen Expansionismus der deutschen Hegemonialmacht gegenüber der Sowjetunion kontrollieren? Genau das ist es ja, was die UdSSR an einer deutschen Wiedervereinigung innerhalb der Nato fürchtet. »Die Nato-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland hält dieses nicht klein, sondern macht es groß«, meint auch der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer. Daß die europäischen Nachbarn glauben, mit der herkömmlichen Form der militärischen Integration die Deutschen unter Kontrolle zu halten, hält er »für absolut kurzsichtig«. »Je mehr sich die europäischen Nato-Mitglieder an die vorgegebene Nato-Struktur und -Strategie klammern, desto stärker wird die deutsche Rolle«. Allzu schnell könnte es da zu einer Konstellation kommen, die in vielen Aspekten an die Appeasement-Politik von Frankreich und Großbritannien im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges erinnert. Damals ging es den westlichen Nachbarn darum, das deutsche Hegemonialstreben für sich zu neutralisieren, indem es vor allem gegen die UdSSR gerichtet wurde. Genau wie 1939 soll auch jetzt der Sowjetunion ein glaubwürdiger Schutz gegen ein militärisch allzu mächtiges Deutschland verweigert werden.

Natomitglied Sowjetunion?

Mehr denn je sprechen die Politiker von kooperativer Sicherheit, gesamteuropäischer Friedensordnung oder von europäischen Sicherheitsstrukturen. Laut Genscher sollen die Militärbündnisse »Bauelemente kooperativer Sicherheitsstrukturen für ganz Europa« sein und irgendwann darin aufgehen. Als Rahmen nannte er den KSZE-Prozeß, der verstärkt und auch institutionalisiert werden müsse. Der Bundesverteidigungsminister und mit ihm der überwiegende Teil der CDU setzen die Akzente anders: »Auf der Basis des Bündnisses, mit Blick vor allem auf die Sowjetunion, wollen wir gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen entwickeln«. Das ist auch die Position der USA. Von einer gesamteuropäischen Friedensordnung im Rahmen der KSZE hält die Bush-Regierung, da sie ihren Einfluß reduzieren würde, überhaupt nichts. Über die alten Blockstrukturen weisen diese Pläne alle nicht hinaus. Da der Warschauer Pakt als Block demnächst nicht mehr existiert, läuft die Bestimmung der Nato als Kern dieses europäischen Sicherheitssystems auf eine Ost-Expansion des Bündnisses hinaus. Ungarn diskutiert bereits offen über einen Beitritt zur Nato. Polen befindet sich nach der Wiedervereinigung in der klassischen Zwickmühle: Ein Teil setzt auf den Warschauer Vertrag und gegen die Deutschen, der andere Teil will sich auf die Seite der Deutschen schlagen – gegen die Sowjetunion.

Die sowjetische Seite hat bereits ironisch vorgeschlagen, daß auch sie dem kollektiven Sicherheitsbündnis Nato beitreten könnte und damit die Debatte auf den Punkt gebracht: Soll eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur mit der oder gegen die UdSSR aufgebaut werden. Worauf das Ja zur Nato hinausläuft, liegt auf der Hand. Daß eine andere vorstellbare Lösung ein anderes Ergebnis hätte, ist dagegen keineswegs sicher.

»Ein neutrales Gesamtdeutschland ist eine riskante Vorstellung«, meint die Abgeordnete Angelika Beer, und ihr Mitarbeiter Volker Böge argumentiert gegen die Neutralitätsvorstellung z.B. des grünen Abgeordneten Mechtersheimer, daß es jetzt »nicht um den Rückfall hinter die Blockordnung in nationalstaatlich gestützte Machtpolitik nach dem Muster des 19. Jahrhunderts gehen kann«. Die Alternative zu Nato-Integration und Neutralität sei die Einbindung dieses Gesamtdeutschlands in den Rahmen der KSZE – damit befinden sich die beiden in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Grünen. Eine KSZE-Lösung hätte jedoch zur Voraussetzung, daß die Bundesregierung bereit wäre, Souveränitätsrechte an diese gesamteuropäische Institution abzugeben. Diese Bereitschaft gibt es bisher nur gegenüber der Nato. Das Problem ist außerdem, daß der KSZE-Prozeß bisher nicht institutionalisiert ist und mit dem Tempo, das die Bundesregierung in puncto Wiedervereinigung vorgibt, in keiner Weise mithalten kann.

Zumindest vorübergehend müßten also die Siegermächte die Auflagen an das vereinigte Deutschland kontrollieren, wie es der SPD-Abgeordnete Scheer vorgeschlagen hat. Entscheidend dafür ist, daß ein Gesamtdeutschland mit einer Armee von nennenswerter Größe nicht aus der Verantwortung für den 2. Weltkrieg entlassen wird. Dagegen steht jedoch bereits ein Konsens quer durch die etablierten Parteien, demzufolge Deutschland künftig nicht »diskriminiert« werden dürfe. Der Atomwaffenverzicht soll zwar Bestand haben, auch ein Sonderstatus für das Territorium der jetzigen DDR wird demnach

nicht als diskriminierend empfunden – darüber hinaus dürfe die gleichberechtigte Beteiligung Deutschlands an einer Europäischen Verteidigungsunion nicht erschwert werden, forderte zum Beispiel Karl Lamers, abrüstungspolitischer Sprecher der CDU . Die Größe der Bundeswehr soll Thema von Rüstungskontrollverhandlungen – einem Mandat in Wien II – sein, von denen aber noch nicht einmal feststeht, wann sie beginnen sollen. Bisher besteht die Bundesregierung darauf, die Truppenstärke der Bundeswehr weder beim jetzigen Forum, in Wien I, noch bei den sogenannten 4+2-Gesprächen zur Debatte zu stellen. Daran könnte das bis November geplante Abkommen sogar scheitern.

Die SPD hat einen Vorschlag vorgelegt, der auf eine Halbierung der Bundeswehr hinausläuft. Hier stellt sich nur die Frage der Durchsetzung, wenn die Nato-Mitgliedschaft gleichzeitig bejaht wird. Die Friedensbewegung hat eine Kampagne für eine Abschaffung der Bundeswehr begonnen. Eine innenpolitische Sogwirkung hat dieses Projekt noch nicht. Es ist dafür bisher auch kaum Vorarbeit geleistet worden. Die Legitimationskrise der Sicherheitspolitik bezieht sich bisher vor allem auf die Atomwaffen. Die Bundeswehr ist aus der öffentlichen Kritik relativ ungeschoren davongekommen. Das ist auch ein Ergebnis des bisherigen Atompazifismus der Friedensbewegung. Die Bundeswehr war kein Thema – weil viele glaubten, Konzessionen an konventionell-militärische Verteidigungsbedürfnisse machen zu müssen.

konkret 05/90, S. 34

Gisela Wuttke

Buch des Monats - Gegen die Logik der Liebe

Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse, hrsg. von der Hamburger Gruppe Feministischer Internationalismus, CON Verlag, 26 Mark

Mafalda, die subversive Göre aus Lateinamerika, spielt auch schon _ mal, wenn sie zu gar nichts Lust hat, Regierung. Dann setzt sie sich mit ihren Ministern zusammen, guckt Löcher in die Luft und übt sich in Untätigkeit (eine, ich spreche wieder von Mafalda, äußerst selten auftretende Erscheinung). Meistens entlarvt sie mit bestechend analytischer Schärfe Wirklichkeit und ist ansonsten nie um eine Antwort verlegen. Nur einmal, da streckt sie die Waffen:

In dieser kleinen Geschichte drückt sich aus, was jedes Kind in den verschuldeten Ländern dieser Welt weiß: Die Macht im Staat gehört den internationalen Finanzkartellen. Warum das so ist und in welchem Verhältnis die politischen Ökonomien des Nordens zu der fortschreitenden Verelendung des Südens stehen, das läßt sich nun, außerordentlich kompetent und sorgfältig zusammengestellt, in einem Reader der Hamburger Gruppe Feministischer Internationalismus nachlesen. »Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse« beschreibt, erklärt und analysiert aus der Sicht von Frauen, was Weltwirtschaft mit ihnen macht und wie sie sich daraus zu befreien versuchen.

Ich darf es vorwegnehmen: Den Herausgeberinnen und Autorinnen ist ein Lehrbuch ganz besonderer Art gelungen, um das sich mindestens drei Sorten von Menschen reißen werden (sollten): jene Frauen, die sich schon lange vorgenommen haben, sich endlich mit den Ursachen von Verschuldung und deren Folgen für Frauen auseinanderzusetzen; dazu jene, die schon seit Jahren um die politische Brisanz dieses Themas wissen und sich nur noch wünschten, die zurückliegenden Diskussionen, Thesenpapiere, Resolutionen, Artikel und Kämpfe einmal systematisch aufgearbeitet zur Verfügung zu haben; und erst recht all jene Männer, die die Frauenfrage in der Weltwirtschaft bislang »vergaßen«, vernachlässigten oder gar darüber klagten, daß die Frauen nicht ausdrücklich genug auf ihre Lage hingewiesen hätten.

Im ersten Teil des Buches – »Frauen, Geld, Weltwirtschaft« – werden grundlegende Reflexionen über Funktion und Wert(verlust) weiblichen Arbeitsvermögens angestellt und die wachsende Abhängigkeit der Frauen von Märkten, monetarisierten Beziehungen und dem direkten Transfer lebendiger Arbeitskraft dargestellt. Im Folgenden werden anhand einiger Regionalstudien die »Auswirkungen von Verschuldungskrise und Strukturanpassung auf Frauen« am Beispiel Nigerias, der Philippinen und Brasiliens veranschaulicht. Die Studien beschreiben die kollektive Erfahrung von Frauen in den hochverschuldeten Ländern des Südens, die soziale Verantwortung für die politisch nicht zu bewältigende Krise tragen zu müssen. Sie sind es, die die Bringschuld für eine »erfolgreiche« ` Strukturanpassung zu leisten haben: durch ein mehr an Reproduktionsarbeit, durch den Verlust sozialer Dienstleistung, durch die Verteuerung bislang subventionierter Grundnahrungsmittel, durch längere Wege, weniger Schlaf, durch mehr ökonomische Risiken.

Im zweiten Teil des Sammelbandes zeigen die Autorinnen, daß die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Marktordnung auch in den »Metropolen« ungeachtet ihrer dominanten internationalen Position, zu immer diffizileren Flexibilisierungsstrategien führt, zu einer Zunahme ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse und privater Familien- und Konsumarbeit (wenigstens wird noch konsumiert).

Die feministische Kritik der Weltwirtschaft soll aber nicht zu Resignation führen. Autorinnen aus aller Frauen Länder thematisieren in »Kritik, Gegenwehr, Forderungen, Alternativen« welche Wege aus der wirtschaftlichen und sozialen Unterdrückung sie zu gehen vorschlagen oder bereits praktizieren. Herzstück jeder Veränderung ist die Aufhebung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung, die als »ursprüngliches« Gewaltverhältnis begriffen wird.

Soviel zum äußeren Rahmen, den sich Beate Beheim-Schwarzbach, Annekathrin Linck, Christa Prüßner, Ingrid Schneider und Elke Sirowy, die Herausgeberinnen, gesteckt haben. Für keine der Autorinnen steht im übrigen in Frage, daß Frauen in der Weltwirtschaft stets eine zentrale Rolle eingenommen haben, wenn auch nicht als Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen, so doch in ihrer Funktion als Dienstmädchen, Mutter, Hausfrau und Konsumentin.

Nach der Vertreibung der Frauen aus ihren traditionellen ökonomischen und sozialen Systemen als notwendige Voraussetzung für Modernisierungs- und Anpassungsleistungen an den Norden (»Feminisierung der Armut«) folgt nun die Übertragung der Reparations- und Verzichtleistungen an die Frauen, die »Feminisierung der Verantwortung« (Christa Wichterich). Am Beispiel der allerneuesten Zauberformel bundesdeutscher Entwicklungspolitik – *Selbsthilfe* – weist Claudia von Braunmühl überzeugend nach, daß die westlichen Entwicklungsexperten (die wenigen weiblichen dieser Spezies dürfen in diesem Zusammenhang ruhig übersehen werden) mit dieser »kaum verhüllten Kapitulationserklärung« offenbaren, in den letzten drei Entwicklungsdekaden weder Grundbedürfnisse befriedigt noch soziale Entwicklungen unterstützt zu haben. Das Konzept der Selbsthilfe folgt allein »dem Zwang der Verhältnisse« und mobilisiert ganz unverfroren die letzten Reserven der Frauen, die – selbst schon fast verschlungen – vor der Bestie retten sollen, was ihnen die »Rahmenbedingungen« von Schuldendienst und »Strukturanpassung« (über-)ließen.

Das Instrument hierzu ist bereits gefunden und macht sich gut: *Frauenförderung.* Darin liegt auch der »real existierende Zynismus« bundesdeutscher Entwicklungspolitik, der die Überlebensarbeit von Frauen großmütig als deren gesellschaftliche Partizipation präsentiert. *Frauenförderung* sagt eben gar nichts darüber, »wie alle immer mehr schuften, auf jegliche Erholung und Vergnügen verzichten, wie krisenhaftes Zusammen- und Durchhalten einhergehen mit dem Verzicht auf individuelle Entfaltung, mit zunehmender Verrohung und einer Zunahme von Gewalt gegen Frauen«.

Selbsthilfe als Prozeß von Politisierung und Emanzipation ist dagegen unter den gegebenen internationalen Produktions-, Handels- und Finanzstrategien nicht nur nicht erwünscht, sondern durchaus riskant, da die Abhängigkeit von Männern und Märkten die gesellschaftlichen Spielräume von Frauen zunehmend verringern und die gegen sie gerichtete (sexuelle) Gewalt erhöht. Sushila Gidwani vertritt in ihrem pointiert pragmatischen Beitrag zu den »Auswirkungen der internationalen Währungs- und Finanzpolitik auf Frauen« daher die These, daß »in. dem Maße, wie die Industrienationen ihre wachstumsfördernde Politik durch weiteres Anheben des Lebensstandards intensivieren, die Wahrscheinlichkeit steigt, daß die Haushaltsfinanzierung schuldenabhängig wird und die Frauen weltweit denselben Elends unterliegen...« daraus folgert sie, daß sich die internationalen Wirtschaftsgesellschaften zu »zwei-Klassen«-Systemen entwickeln werden: »Eine, die über ein hohes Ausbildungsniveau verfügt, deren Kenntnisse auf dem neuesten Stand sind, hochbezahlt, eine professionelle Führungsschicht, die für das Management der Wirtschaftsressourcen weltweit verantwortlich ist und den überwiegenden Teil an der wirtschaftlichen Macht besitzt; und eine unzureichend ausgebildete, schlechtbezahlte Arbeitsklasse im Büro- und Verwaltungsbereich, die die Steuerhebel oder Druckknöpfe der automatisierten Produktionsprozesse bedient; hier werden überwiegend Frauen beschäftigt sein.« Es scheint mir bemerkenswert, daß die Autorin die ökonomische Perspektive von Frauen nicht wie sonst üblich, in der unterbezahlten Subsistenz- und Hausarbeit, in der Prostitution, in den drittklassigen Ökonomien sieht. Am Beispiel der US-amerikanischen Währungs- und Finanzwirtschaft arbeitet sie scharf heraus, daß Hochzinspolitik und Staatsverschuldung, Rationalisierung, flexible Arbeitszeiten, Selbstversorgung und Exportzwang ohne das Arbeitsvermögen von Frauen, das Mangel ausgleicht und Krisen kompensiert, nicht zu realisieren sind. Daß sich Frauen weltweit objektiv als Konkurrentinnen um die letzten Ökonomien gegenüberstehen, verdeutlicht das perfide System von Abhängigkeit und Macht einmal mehr. »Immer ist es die Arbeit der Frauen«, so Carola Möller, die eine Untersuchung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungsbereich vorstellt, »die dazu benutzt wird, neue, ausbeuterische Formen von Arbeit durchzusetzen«.

Darum müssen Frauen »den Diskurs der Opfer« durchbrechen, *von der Liebe zur Notwendigkeit* gelangen, wie es lateinamerikanische und karibische Feministinnen fordern. Radikal und selbstkritisch werden liebgewonnene Mythen gesprengt und Macht, Demokratie und Ungleichheit als Bedingungen feministischer Praxis benannt. Die »Logik der Liebe«, von Ehemännern, Politikern und Bossen rücksichtslos ausgenutzt, sei einer »Logik der Notwendigkeit« zuliebe aufzugeben.

In ihren »Diskussionsansätzen von Perspektiven für eine feministische Ökonomie der Welt« bemerken Ingrid Schneider und Elke Sirowy daher sehr richtig, daß die Verschuldungskrise in der Dritten Welt eben »nicht nur eine Finanz- und Wirtschaftskrise« ist, sondern auch eine »umfassende soziale Reproduktionskrise« zum Ausdruck bringt. »Die Arbeit, der Körper, das Leben von Frauen sind dabei zu einer Strukturanpassungsvariablen verkommen«, weshalb ihre Forderungen nach globaler Schuldenstreichung und gerechteren internationalen Handels- und Produktionsbedingungen darauf abzielen, »freiwerdende Ressourcen im Interesse von Frauen und für eine frauengerechte Entwicklung« einzusetzen. Voraussetzung dafür sind eine stärkere Beteiligung der Frauen an politischer und ökonomischer Macht, Selbstbestimmung über ihren Körper und ihre Sexualität, Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, Demokratie nicht nur im Land, sondern auch im Haus sowie eine umfassende Vergesellschaftung reproduktiver Tätigkeiten.

Der dafür notwendige »gigantische Ressourcenumschichtungsprozeß« setzt allerdings *auf unserer Seite der Weltkugel* an. Die Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung, Quotierung um gleichen Lohn und gerechter Teilung von Hausarbeit, um die Abschaffung des 218 und gegen Gewalt gegen Frauen sind daher zu verbinden mit ebenso engagierter Kritik an Programmen von Bevölkerungskontrolle, am Handel mit Frauen (und ihren Kindern) aus der Dritten Welt für Heirat, Adoption und Sex-Industrie, an menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in Weltmarktfabriken und allen anderen Orten internationaler Arbeitsteilung, an der Verfolgung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung sowie der wachsenden rassistischen Diskriminierung hier lebender ausländischer Frauen.

Die Männer allerdings bleiben in diesen Forderungen merkwürdig abstrakt, ihre – in diesen Verhältnissen – objektive und subjektive Rolle als Ausbeuter, Profiteure, Parasiten diffus. Auch hätte ich eine Analyse im Reader zur lediglich angedeuteten Zunahme von körperlicher und sexueller Gewalt gegen Frauen wichtig gefunden. Das wars dann aber auch schon. Ich möchte »Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse« allen empfehlen, die keine Rezepte, sondern die noch fehlenden Zutaten zum Nach-Denken und Weiter-Kämpfen suchen.

konkret 05/90, S. 36

Matti Lieske

»Versucht's nochmal!«

Während Europa enger zusammenrückt, wird der Krieg in Nordirland aus dem Blick gedrängt. Zwei Bücher versuchen, dem kontinentalen Desinteresse an dem, was die Iren euphemistisch »Trouble« nennen, mit qualifizierten Informationen zu begegnen

»Ich sah einen jungen Mann, der verwundet war und eine Wand entlang kroch. Er schrie: Nicht schießen! Nicht schießen! Ein Fallschirmjäger kam auf ihn zu und erschoß ihn aus einem Meter Entfernung. Ich sah einen Jungen von etwa 15 Jahren, der an einer Mauer stand und versuchte, seine Freundin zu schützen. In der einen Hand ein Taschentuch, die andere erhoben, versuchten sie, den Platz zu verlassen. Ein Fallschirmjäger lief auf sie zu, schoß ihm aus einem Meter Entfernung in den Magen, das Mädchen in den Arm. Ich habe viele Länder bereist, viele Bürgerkriege, Revolutionen und Kriege gesehen. Aber nie vorher sah ich solch einen kaltblütigen, organisierten, disziplinierten und geplanten Mord.« So beschrieb der italienische Journalist Fulvio Grimaldi, was er am 30.1.1972 in der nordirischen Stadt Derry erlebte, als britische Paratroopers 14 friedliche, unbewaffnete Menschen erschossen und 28 schwer verletzten.

Der »Bloody Sunday« war eine blutige Zäsur in der neueren irischen Geschichte, aber lediglich ein Glied in der Kette von Greueltaten, die die englische Armee in den letzten zwanzig Jahren in Nordirland beging. Als am 6. März 1988 auf Befehl von Margaret Thatcher und ihrer Regierung ein Mitglied der britischen Anti-Terror-Truppe SAS in Gibraltar erschreckten Kindern zurief: »Es ist alles in Ordnung – hier ist die Polizei«, Sekunden später seinen Fuß auf die Brust des am Boden liegenden Sean Savage setzte und ihm dreimal in die Brust schoß, während andere SAS-Leute ein paar Schritte entfernt Maircad Farrell und Danny McCann, allesamt unbewaffnet, mit Kugeln vollpumpten, waren fast 16 weitere Jahre in ein zerrüttetes Land gegangen. Geändert hatte sich wenig, nur ruhiger war es geworden um den langen Krieg in Nordirland, den die Iren euphemistisch »Trouble« nennen.

Während Europa mittlerweile so eng zusammengerückt ist, daß es sogar auf Sizilien Guinness gibt, scheint der Krieg in Irland immer mehr an den Rand zu rücken. Der Medienrummel, den die Gesundbeter aus London und Dublin um das anglo-irische Abkommen von 1985 vollführten, ist längst verebbt, seit alle Heilsversprechen an der kompletten Nutzlosigkeit dieses Vertrages von Hillsborough abgeprallt sind. Und würde die IRA nicht ab und zu in England oder auf dem Kontinent zu spektakulären Attentaten ausholen, von Irland wäre nur noch an Jahrestagen die Rede. Es ist nicht leicht, qualifizierte Informationen über das zu bekommen, was im Norden der grün-orangen Insel vor sich geht. Die spärlichen Fernsehberichte sind in der Regel zum Abschalten schlecht, die Artikel der Zeitungskorrespondenten strotzen, mit wenigen Ausnahmen, von Unkenntnis und Vorurteilen, auf dem Büchermarkt herrschte lange Zeit Flaute.

Zumindest, was letzteren betrifft, haben zwei Neuerscheinungen, die sich in perfekter Weise ergänzen, für Abhilfe gesorgt. Das Buch »Nordirland – Der lange Krieg« von Ralf Sotscheck, Irland-Korrespondent der »taz«, und Dietrich Schulze-Marmeling, Autor mehrerer Bücher über Irland, Sicherheitspolitik und Nato, bietet eine homogene und differenzierte Analyse irischer Geschichte und Gegenwart; die in »Sie nennen es Trouble« zusammengefaßten Reportagen des freien Journalisten Peter Wuhrer liefern einen bunten Flickenteppich, in dem so ziemlich alle Facetten des Lebens im Nordirland von heute verwoben sind. Gemeinsam ist beiden Büchern, daß sie nicht in distanzierter Betrachtung und theoretischer Erklärung verharren, sondern die Absurdität des Alltags in einem Land zeigen, das von einer fremden Armee besetzt und zudem in zwei bitter verfeindete politische Lager gespalten ist, die ausgerechnet nach ihrer Religionszugehörigkeit definiert werden.

Und noch eines ist beiden Büchern gemeinsam: sie machen zornig. Zornig auf die britische Armee, die das geballte Know-how aus ihren verlorenen Kolonialkriegen, gepaart mit den modernsten und perfidesten Techniken der Aufstandsbekämpfung, in Nordirland anwendet; zornig auf die bigotten und bornierten protestantischen Loyalisten, die nach wie vor nicht den geringsten Zweifel an ihrer gottgegebenen Überlegenheit dem »katholischen Abschaum« gegenüber haben und mit allen Mitteln ihre »Privilegien« verteidigen; zornig auf eine Justiz, die Republikaner, wie den späteren Hungerstreiker Bobby Sands, wegen des Besitzes einer Pistole zu vierzehn Jahren verurteilt, und Loyalisten, bei denen ganze Waffenlager gefunden wurden, laufen läßt; zornig auf die RUC, die nordirische Polizei, von deren Mitgliedern nicht wenige während ihrer Arbeitszeit die Katholiken in ihren Vierteln drangsalieren und in ihrer Freizeit als Angehörige von Todesschwadronen angebliche IRA-Aktivisten ermorden, seit 1969 insgesamt mehr als 500, wie Wuhrer berichtet, davon zwanzig tatsächliche IRA-Mitglieder; zornig auf eine britische Regierung, die unbekümmert »außergerichtliche Hinrichtungen« (Amnesty International) anordnet.

Welch seltsame Blüten die abstruse Situation in den »Six Counties«, wie die Republikaner die Retortenprovinz Ulster nennen, treibt, zeigt besonders eindringlich Dietrich Schulze-Marmeling in seinem Vorwort zu »Der lange Krieg«. Der Autor, der einige Zeit in Newry, Hauptstadt des aufrührerischen »bandit country« South Armagh, gelebt hat, beschreibt den Alltag in einem Land, in dem bereits die Nennung eines simplen Städtenamens jeden Gesprächsfaden zum Reißen bringen kann. Wer im Kreis von Loyalisten zur zweitgrößten Stadt Nordirlands »Derry« sagt, hat schon verspielt. Nicht anders geht

es demjenigen, der die kolonialistische Form »Londonderry« verwendet, wenn nationalistische Republikaner in der Nähe sind. Bei jeder neuen Bekanntschaft ist es ratsam, zuerst einmal vorsichtig die Religionszugehörigkeit zu erforschen, um Wortwahl und Gesprächsthemen darauf abzustimmen, den Tritt in eines der vielen Fettnäpfchen des nordirischen Lebens zu vermeiden. Selbst Kollegen verschiedener Konfession, die bestens zusammenarbeiten und sogar einen Teil ihrer Freizeit gemeinsam verbringen, vermeiden es tunlichst, über Politik zu diskutieren. In kaum einem anderen Land dürfte es so schwierig sein, dem Marx'schen Verdikt »Das Sein bestimmt das Bewußtsein« ein Schnippchen zu schlagen. Bei den »Troubles« handelt es sich zwar um alles andere als einen Religionskrieg, aber wer beispielsweise in Nordirland als Protestant erzogen wurde, ist meist lebenslang geprägt von der verstockten, bornierten orangistischen Ideologie.

In einer seiner Reportagen begibt sich Peter Wuhrer in die Untiefen der loyalistischen Mentalität und schildert den blasierten Fanatismus, der sich jeder politischen Lösung, deren Voraussetzung der Abzug der britischen Truppen wäre, strikt verweigert. Er folgt Ian Paisley, dem demagogischen Pfarrer, nach Kilkeel, wo er ergriffen lauschenden Gefolgsleuten sein bizarres Konglomerat aus Blut, Eisen, Queen und Gott predigt, mit dem er nun schon seit vierzig Jahren ungestraft Haß sät. Wuhrer redet mit einfachen Menschen aus den protestantischen Vierteln, die unbändig stolz darauf sind, daß es die nordirische Division 1916 in der Schlacht an der Somme an einem Tag auf mehr Gefallene brachte als jede andere britische Truppe, und die an ihren Gedenktagen gern trommelnd und singend durch die katholischen Ghettos stampfen. Derlei Zustande kommen nicht von ungefähr, ihre Wurzeln liegen in der langen und leidvollen irischen Geschichte. Ein ausführlicher historischer Teil in »Der lange Krieg« befaßt sich mit all den Aufständen, Diskriminierungen, Hungersnöten, politischen Winkelzügen, die zur heutigen Situation führten, insbesondere mit der Teilung der Insel und der geschickt ausgeklügelten Grenzziehung, die den Protestanten selbst dort die Macht sichert, wo sie in der Minderheit sind.

Besonderes Gewicht wird auf die letzten zwanzig Jahre gelegt; die Phase der Internierungen, als sich britische Soldaten einen Spaß daraus machten, den Gefangenen die Augen zu verbinden und sie aus fliegenden Hubschraubern zu werfen – sie landeten einen Meter tiefer »mit einem halben Herzinfarkt«, wie Wuhrer anmerkt; der Kampf in den Hochsicherheitstrakten von Long Kesh, der im Hungerstreik von 1981, bei dem 10 Menschen starben, kulminierte; das anglo-irische Abkommen, die Shoot-to-kill-Strategie von RUC und Armee. Die Gegenwart findet ihren Niederschlag in fundierten Analysen der Rolle der Frauen, der Macht der Kirche, der politischen und gesellschaftlichen Problemkreise, ergänzt durch einen Streifzug durch verschiedene Städte und Dörfer Nordirlands sowie sehr nützlichen Tips und Adressen für Touristen.

Peter Wuhrer verschlägt es sogar nach London, wo mehr Iren wohnen als in Dublin. Von keinem geringeren als Friedrich Engels mußten sich die in England lebenden Iren schon 1835 schwer beleidigen lassen. »Der Branntwein ist das einzige, was dem Irländer das Leben der Mühe wert macht«, befand Engels, selbst kein Verächter guter Tropfen, und fügte hinzu: »Freilich, für Arbeiten, die eine lange Lehrzeit oder regelmäßig anhaltende Tätigkeiten erfordern, steht der liederliche, wankelmütige und versoffene Irländer zu tief.« Ähnlich haltlose und rassistische Vorurteile und Diskriminierungen müssen sich die emigrierten Iren auch heute noch anhören, verschärft durch ständige Verdächtigungen als Terroristen und Drangsalierung von Seiten der Polizei.

Düsterer Abschluß des Buches von Wuhrer ist ein Besuch auf dem Milltown-Friedhof in Belfast, wo Alfie Hannaway, Vorsitzender der »National Graves Association«, die Gräber der Toten des Befreiungskampfes Revue passieren läßt: William Harbison, erstes Opfer der Rebellion der *United Irishmen* um Wolfe Tone im Jahre 1798, Scan O'Carroll, der 1920 von den Blackant Tans ermordet wurde. Tom Wilhaus, 1942 wegen eines Dummenjungenstreiches l9jährig gehenkt, Bobby Sands und zwei andere Hungerstreiker, Maircad Farrell, eine der schillerndsten und tatkräftigsten Figuren der republikanischen Bewegung, exekutiert in Gibraltar, und viele, viele andere.

Es sind noch eine Menge Gräber frei in der Märtyrerabteilung von Milltown, und höchstwahrscheinlich werden sie auch gebraucht. Denn – das machen die beiden Bücher deutlich – ein Ende des Krieges steht vorläufig nicht in Aussicht. »Wenn Bürger zu den Waffen greifen, stimmt mit dem Staat etwas nicht«, sagt Dessie Wilson, Ex-Priester und Kopf der Kooperative »Conway Mill«. Mit dem nordirischen Staat stimmt so gut wie alles nicht, und es ist kein Wunder, daß sogar der Pazifismus hier ein anderes Gepräge hat. Als er die Nachricht vom fehlgeschlagenen IRA-Attentat in Brighton auf Margaret Thatcher gehört habe, sei seine erste Reaktion ein Seufzer gewesen, gesteht Ronald Beasley, ein überzeugter Propagandist der Gewaltlosigkeit, den Wuhrer zu Beginn seines Buches vorstellt: »So ein Pech!« Die zweite Reaktion, fügt der 64jährige hinzu, war ein Stoßgebet: »Versucht's nochmal!«

Dietrich Schulze-Marmeling/Ralf Sotschek Der lange Krieg – Macht und Menschen in Nordirland Verlag die Werkstatt, Göttingen 1989, 380 Seiten, 36 Mark

Peter Wuhrer Sie nennen es Trouble – Nordirland Reportagen und Geschichten aus einem Krieg Rotpunkt Verlag, Zürich 1989, 270 Seiten, 28 Mark

konkret 05/90, S. 37

Sinn ohn´ Form - 88a + 130a = 218

Daß das Geschichtsbewußtsein der westdeutschen Linken nicht gerade ausgeprägt ist, ist in letzter Zeit gelegentlich wenigstens beklagt worden. In Göttingen hat sich eine Gruppe zusammengefunden, die Abhilfe in wenigstens einem Bereich zu schaffen versucht. »Kunst als Widerstand« ist das in mehreren Städten der BRD zu besichtigende bzw. überall in einem ausführlichen Katalog nachzulesende Ergebnis ihrer Recherchen. In der Ausstellung werden politische Plakate, vorzugsweise solche, die strafrechtliche Sanktionen zur Folge hatten, nicht nur gezeigt und ausführlich beschrieben, sie werden zum Anlaß genommen, sich mit den Aktionen und Demonstrationen, die in Zusammenhang mit ihnen standen, ausführlich zu beschäftigen. Schwerpunkt der Ausstellung sind Plakate aus dem antifaschistischen Kampf der achtziger Jahre in Göttingen – und für diesen Zeitraum gelingt es der Austellungsgruppe, bei großen Sympathien für die militanten Gruppen, die Differenzen und Entwicklungen in der Antifa-Arbeit sichtbar werden zu lassen. Interessant ist vor allem die Darstellung der Auseinandersetzung um ein Plakat, das für eine Antifa-Demonstration gegen ein Kriegerdenkmal diente: »Alle werden fallen«. Aufgrund der Differenzen im Bündnis wurde ein Entwurf, der eine Menschengruppe zeigt, die das Denkmal vom Sockel zieht, verworfen – er könnte als Aufruf zu einer Gewaltaktion verstanden werden (tatsächlich wurde der Krieger im gleichen Jahr zerstört). In einer zweiten Abteilung werden Plakate aus unterschiedlichen Bewegungen und Zeiträumen gezeigt und mit kommentierenden Hinweisen versehen: Das reicht vom Plakat für eine Veranstaltung zur Situation politischer Gefangener in Detmold über ein Plakat gegen die Volkszählung bis hin zu einem Plakat gegen den Abtreibungsparagraphen, auf dem die Gleichung »88a + 130a = 218« den Zusammenhang von patriarchaler und antikommunistischer Justiz herstellt.

Viel Engagement und Sorgfalt hat die Göttinger Ausstellungs-Gruppe darauf verwandt, noch eine dritte Abteilung zu integrieren: antifaschistische Plakate aus der Weimarer Republik. Ihnen sind Texte von George Grosz, John Heartfield und anderen linken Künstlern zur Seite gestellt, die begründen, warum Kunst parteilich sein sollte. »Bei den Bürgern ist die Kunst Genußmittel. Bei uns ist die Kunst Denkstoff, Leinstoff, Kampfmittel«, wird auf einer Schrifttafel Hanns Eisler zitiert – und es drängt sich die Frage auf, ob Eislers »uns« von der westdeutschen Linken wie selbstverständlich für sich reklamiert werden kann. Ein Vergleich der Plakate von Grosz und Heartfield mit den Antifa-Plakaten aus den achtziger Jahren läßt zumindest fraglich erscheinen, ob beim Übersetzen von Flugblatt-Texten in Bildmotive Kunst als Denkstoff eine wesentliche Rolle gespielt hat. Die dominierende, wenig originelle Symbolik, die technisch oft unpräzise Umsetzung dokumentieren eher den Unwillen der auf das Medium Plakat Angewiesenen, sich mit dessen Geschichte und Wirkungsmöglichkeiten professionell (was, wie Grosz und Heartfield zeigen, ja nicht als Schimpfwort verstanden werden muß) auseinanderzusetzen. Dieser Aspekt hat die Göttinger Ausstellungs-Gruppe offensichtlich nicht interessiert – das ist deswegen schade, weil die gute Resonanz, die die Ausstellung z.B. in Hamburg (ansonsten zu recht) hat, vielleicht hätte bewirken können, daß tatsächlich auch »Kunst als Widerstand« begriffen wird und nicht bloß das Drucken militanter Losungen. In dem Zusammenhang erstaunt es, daß, zumal in Hamburg, eines der wenigen Beispiele, sagen wir mal: undogmatischer und orgineller radikaler Plakatkunst, das »Hafenstraße viel gut«-Plakat, im allgemeinen Teil der Ausstellung fehlt (ebenso wie auch ein Hinweis auf die teilweise sehr gelungenen Plakatwände von Manfred Spießmacher). Ein wichtiger Anfang ist mit dieser materialreichen Ausstellung immerhin gemacht. Im Katalog, der in allen linken Buchhandlungen zu haben ist, sind alle Plakate in den Orginalfarben abgedruckt und umfangreiche Materialien (Flugblätter, Zeitungsausschnitte, Polizeianordnungen) zu den einzelnen Ereignissen versammelt. Der 300 Seiten-Wälzer kostet voraussichtlich 25 Mark.

Kunst als Widerstand, 5. bis 19. Mai in Hannover UJZ Kornstraße 28-30, 20. Mai bis 1. Juni in Bielefeld, 2. bis 8. Juni in Detmold, Pauline, 23. Juni bis 8. Juli in Oldenburg im Alhambra. Um die Ausstellung finanzieren zu können, werden noch Spenden gebraucht: fotografik, Stichwort: Ausstellung, Postgiroamt Hannover, BLZ 250 10030, Kto.-Nr. 804 95-308.

Kontaktadresse:

1. Briefumschlag: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 34 Göttingen 1.

2. Umschlag: KuK

konkret 05/90, S. 39

Wolfgang Pohrt

Der Weg zur inneren Einheit

»Autoritätsgebundener Charakter BRD 1990« heißt der Arbeits-Titel einer sozialwissenschaftlichen Studie, die Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« erstellt. Pohrts methodisches Vorbild ist die Studie »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge Zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische Propaganda sozialwissenschaftlich untersucht hatten. KONRRET wird Pohrts Studie über die Anfälligkeit der Deutschen für einen neuen Faschismus in ihrem Fortgang dokumentieren: In diesem Heft mit dem einleitenden Essay »Elemente des Massenbewußtseins BRD 1990«, im nächsten Heft mit Überlegungen zur empirischen Methode, dem Abdruck eines Fragebogens und der Auswertung einer Testversion

Die folgenden Seiten sind der Versuch, mehr Klarheit über die Aussichten zu gewinnen, die ein neuer deutscher Faschismus als Massenbewegung haben könnte. Die Frage war, ob das Bewußtsein schon existiert, welches in einer überarbeiteten Neuauflage des Dritten Reiches seinen adäquatesten politischen Ausdruck fände.

Obgleich der darin enthaltene Anfangsverdacht von manchem zunächst als abwegig empfunden werden kann, so dürfte nach gründlicher Selbstprüfung an der Berechtigung des Projekts schließlich keiner mehr zweifeln, weil um die Jahreswende 1989/90 jeder von den sich überschlagenden Ereignissen und von den für unmöglich gehaltenen Dingen sprach.

Für unmöglich hatte im Jahr 1989 der Einzug der Republikaner in ein Parlament gegolten, und als die Mauer fiel, fand das Staunen kein Ende. Niemand machte ein Geheimnis draus, daß er über Nacht Zeuge von Geschehnissen geworden war, von denen er vor Jahresfrist nicht zu träumen gewagt haben würde.

In einer Zeit aber, wo nach übereinstimmendem Urteil sämtlicher Beobachter fortwährend Unerwartetes passiert und alles wieder so wird, wie es war, wäre es einfach dumm und inkonsequent, die Möglichkeit eines wiedererstandenen deutschen Faschismus in einem wiedervereinigten Deutschland ignorieren zu wollen.

So ist die vorliegende Studie eigentlich nur der Versuch, es ernst zu nehmen, was alle sagen, zuende zu denken, was jeder meint, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben, und nichts auszuschließen, weil das für unmöglich Gehaltene auf der Tagesordnung steht.

Der Zweck dabei: Nicht die Wiederkehr des Faschismus als Gemütsbewegung zu verhindern, aber im Falle eines Falles vielleicht wenigstens die Wiederholung jenes Antifaschismus aus der Weimarer Zeit, welcher die Ressentiments seines Gegners in die eigene Propaganda übernahm, sich selber als den besseren Vaterlandsretter empfahl und damit auch noch den letzten Zauderer den Nazis in die Arme treiben mußte.

Was damals gilt, gilt heute wieder: Der Faschismus wird stark nicht aus eigener Kraft, sondern durch seine Widersacher, durch jene Widersacher, die unwissentlich schon zu ihm übergelaufen waren, bevor es ihn auch nur gab. Wenn die falschen Parolen von damals schließlich das Credo einer konkurrierenden Partei geworden sind, besteht im Prinzip durchaus die Chance zur Einsicht. Unfähig, wie der Mensch zur objektiven Selbstwahrnehmung nun mal ist, erkennt er die eigenen Fehler am besten dann. wenn andere sie machen – vorausgesetzt freilich, daß er in den Fehlern der anderen die eigenen erkennt.

Der Weg zur inneren Einheit in den äußeren Grenzen einer 7%-Partei

Am 29. Januar 1989 begann mit dem Einzug der Republikaner ins Berliner Stadtparlament das Ende einer in sich zerrissenen Epoche. Vorbei war sie nun, die wirre Zeit, als der Ausländerhasser an der Wahlurne vor den Besatzern kuschen mußte, wenn er der Union seine Stimme gab, vorbei für den Friedensfreund der Gewissenszwang, die Forderung nach nationaler Souveränität mit der wohlwollenden Duldung türkischer Einwanderer abzubüßen. So hatte, als im November Brandt den Kalenderspruch 'Was zusammengehört wächst zusammen oder es tut dies nicht' durch Halbierung zur Verheißung machte, sich diese Prophezeiung im Moment ihrer Verkündung schon seit Monaten erfüllt.

Nicht ohne Grund kam es in den 80er Jahren vor, daß Intellektuelle an der Spaltung litten, denn erstmals in der Nachkriegsgeschichte lagen die Teile parat, die zusammen das Ganze bilden würden. Bekenntnisfreudige Konvertiten aus der Protestbewegung hauchten dem Anti-Kommunismus neues Leben ein, hinzu war ein im Friedenskampf gestählter Anti-Amerikanismus gekommen. Zum Greifen nah war sie wieder und dennoch tabu, die Einheit der Nation in Gestalt ihres Gegenteils, der weltbeherrschenden jüdisch-bolschewistischen Wallstreet-Clique. Tantalusqualen litt die ganze ökonomisch wankende Meinungsführerschicht, die im Aufspüren, Abgreifen und Mitnehmen ihren Berufsinhalt sah.

Grundlos jedoch wurden die Elemente produziert, die es später zu der ihnen vorherbestimmten Vereinigung drängen sollte. Auch aus der Distanz und mit kühlem Kopf betrachtet scheinen die 80er Jahre mehr von Teleologie als von Kausalität beherrscht, sie stellen sich als ein Dezennium dar, wo schlechte Menschen böswillig und wider besseres Wissen Schlimmes

taten. Während die Ursache bis heute unerforschlich blieb, lag das Ziel schon damals auf der Hand. Mit Bieberfleiß und wie nach höherem Plan, den angeblich keiner kannte, schufteten Jungfilmer und Basisgruppen, Bürgerinitiativen und Schriftsteller, Christen und Umweltschützer für den Tag, wo man das alles wieder brauchen würde: die Liebe zur Region, zum Kiez, zur Heimat, zu Volk und Vaterland, zum Boden und zur Muttererde, zur heimischen Artenvielfalt und zum deutschen Wald, zur Tradition, zu allem, was roh ist, häßlich aussieht, schlecht schmeckt, hart macht. Der nationalen Erweckungsbewegung voran marschierte ein unübersehbares Kröten- und Kaulquappenheer, welches alten 'Lebensraum', den ohne Gänsefüßchen, für den Sprachgebrauch zurückerobern durfte. Verdächtig gut kannten die Naturschützer sich allmählich wieder mit den Giften aus, so gut, daß man bei keinem mehr Tee trinken mochte. Und quer durchs Land, quer durch die Schichten wurden obskure Kräuter gebrüht, als gelte es, die Teufelsanbeter in Rosemarie's Baby zu übertrumpfen. Gottlose Menschen bekamen ihre Jesus-Phase, und es brach die Zeit der Feindesliebe an. Alt-Linke schlossen ihre noch älteren Nazi-Eltern in die Arme, wer früher von der Polizei verhauen worden war, hielt nun die andere Backe auch noch hin und beschloß, den Staat zu mögen. Der Revanchismus alternder Berufsschlesier sah so traurig aus – Grund genug, ihn hochzupäppeln. *Jenseits von Oder und Neiße* wurde zunächst in der Lüneburger Heide gespielt, wenn der Siedlungsgedanke Berliner Wohngemeinschaften dort in der Landkommune eng an die Scholle und noch enger zusammenrücken ließ. Ein völkisches Stöhnen, Schmachten, Sehnen stieg seit 1981 von den evangelischen Kirchentagen gen Himmel auf, und Hunderttausenden lief die Seele über, so daß ihnen der Geist in die Finger fuhr. Die verklammerten sich zu Schwitzhändchenketten, kilometerlang, und wenn die Christen das Tanzbein schwangen, war Sudetentag. Man wollte glauben, doch mehr als an die Erlösung an den Untergang. Bald gab es sie wieder, die alte paranoide Heilsidee vom umzingelten Deutschland und seiner ihm aus der tödlichen Bedrohung erwachsenden Welterretter-Mission, mit dem Unterschied nur, daß es diesmal nicht die jüdische, die gelbe oder die rote Gefahr, sondern einen atomaren Weltuntergang abzuwenden galt, der bei aller schon im Wort liegenden Universalität den Landsleuten doch ein kleines Extrawürstchen braten würde, insofern nämlich, als ihr Boden zum atomaren Schlachtfeld der Supermächte auserkoren war. Auf deutschem Boden mußte also wiedermal die Welt gerettet werden, durch nationale Identität, nationale Souveränität, den Abzug der Besatzer, die deutsche Einheit und den Kampf gegen die Amerikanisierung deutscher Kultur. Mit einem Satz: Die Welt wird eine sein, in der Deutschland den Deutschen gehört, oder sie wird nicht sein, und in da Verzagtheit lag schon die Drohung.

Verwundert rieb sich die Augen derweil, wer vom Nationalsozialismus und der Zeit davor auch nur einen blassen Schimmer hatte. Das alles nochmal, 50 Jahre später, und dabei so echt, so naturgetreu – einfach märchenhaft, ein Märchen mit den neuen sozialen Bewegungen in der Rolle des Prinzen und vielen, vielen Schneewittchen. *Traum,* mittlerweile wieder aus der Mode, war eines der Lieblingswörter dieser Zeit, und vieles, was einstweilen vor sich hindöste, wartete nur, daß einer es wachküssen würde. Denn das gab es natürlich noch immer: den Nationalismus alter Prägung und den ordinären Ausländerhaß; latenten Rassismus und gute Erinnerungen an das Dritte Reich; tiefsitzende Ressentiments darüber, daß man den Krieg verloren hatte und allen wirtschaftlichen Erfolgen zum Trotz keine Weltnacht war; die Unfähigkeit, den Juden Auschwitz verzeihen zu können; die Wut über den verlorenen Groschen, der nach Israel floß; Politiker mit Faible für eine deutsche Force de Frappe; ein Kapital, welches ebenso leidenschaftlich Giftgasfabriken für den Export produziert, wie die einheimische Bevölkerung ihre Gefährdung durch auf deutschem Boden lagernde chemische Kampfstoffe ausländischer Herkunft bejammert; kühl rechnende Konzernstrategen, denen der Patriotismus angesichts einer sich verschärfenden Konkurrenz der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt höchst gelegen kam.

Und dann war da noch dieses Monument, welches schon bis zum Sockel, ohne Skulptur, zwei Millionen maß, zwei Millionen Arbeitslose trotz Hochkonjunktur, und das seit sieben Jahren. Mit solchen Mißhelligkeiten hat man in anderen Ländern leben gelernt, ohne daß sie sonderlich auf die Seele drücken, man weiß, daß man den Kapitalismus nicht ohne Krise haben kann und die Krise nicht ohne Arbeitslosigkeit. Das sind die Regeln, wer scheitert hat Pech gehabt und muß auf bessere Zeiten hoffen, aber er findet keinen Grund, sich selber als Opfer einer ungerechten Welt zu beweinen. Man kann versuchen, die Regeln zu ändern, was dann auf eine Revolution hinauslaufen würde, aber ein Jammerlappen ist, wer sich einließ auf das Spiel um die dickste Scheibe vom großen Kuchen, dann schreit, wenn er verliert und dem Kapitalismus vorwirft, daß er einer ist. In Deutschland zwar, nicht aber in anderen Ländern, wo die Not ebenso groß oder größer war, führte deshalb die Depression nach dem Börsenkrach von 1929 zum Faschismus.

Hier nämlich hat eine seit ihren Anfängen völkisch und vaterländisch empfindende Sozialdemokratie stets die Illusion verbreitet, der Wohlstand sei vor allem eine Frage des Charakters: Wo bescheidene, verantwortungsbewußte Unternehmer und fleißige, strebsame Arbeiter einander als Sozialpartner verbunden sind unter weiser, starker sozialdemokratischer Lenkung, muß die Wirtschaft florieren und keiner um seinen Arbeitsplatz fürchten, wenn die Idylle nur erfolgreich gegen Spekulanten, Finanzhaie, raffgierige Schmarotzer und den kommunistischen Umsturz verteidigt wird. Nur allzu willig waren die deutschen Arbeiter bereit, das Recht auf Revolution gegen das Versprechen einzutauschen, das Vaterland gewähre ihnen ein Recht auf Arbeit, ein Recht, welches im Ursprung, im ersten Weltkrieg, schon kein Recht, sondern die Dienstverpflichtung gewesen war, ein Recht auch, welches auf die Freiheit hinausläuft, sich dem Zwang, dem man

unterworfen ist, auch beugen zu dürfen, und welches daher zu jenen Erscheinungen der deutschen Geschichte zählt, für die man viele Ursachen angeben kann, aber keinen hinreichenden Grund.

Der Spruch »Arbeit macht frei«, welcher über den Toren der Vernichtungslager stand, und die Kampfparole des DGB zum I .Mai »Arbeit für alle« (kein Witz) weisen gleichermaßen darauf hin, daß die Deutschen ein besonderes Verhältnis zur Arbeitslosigkeit haben, die ihnen entweder als selbstverschuldetes Versagen, als parasitäre Drückebergerei, als Schmarotzertum gilt, oder als nationale Katastrophe. Die Implikationen, die im auch heute noch parteiübergreifend proklamierten Recht auf Arbeit stecken, hat Karl Olten in seiner Faschismus-Analyse »Geplante Illusionen« aufgedröselt:

»Begriff und Funktion eines 'Rechts auf Arbeit' sind bei anderen Nationen unbekannt, in Deutschland nahm es die Stelle des Rechts schlechthin ein.... Das Verlangen nach Arbeit, dargestellt im Begriff des Rechts auf Arbeit des deutschen Volkes, auf mehr und immer mehr Arbeit, ist ein eroberndes Recht. Es ist das Recht des Handelnden, der sich seinen Arbeitsplatz aus zwei Gründen erkämpfen will und muß: aus der zahlenmäßigen Größe der Nation, ihrem Vorhandensein und ihrer Größe in Europa, also aus einem rein massenmäßigen Gefühl; zum anderen aus dem Bewußtsein der eigenen Tüchtigkeit, die ein Bessersein bedeutet, das leicht in eine rassenmäßige Überlegenheit umformuliert werden konnte, als erst einmal das innerdeutsche Recht auf Arbeit gestillt war. Die feindliche Umwelt wurde beschuldigt, den Deutschen ihr Recht auf Arbeit, ihren Platz an der Sonne, zu verwehren; der Deutsche sah sich in seiner Rechtssicherheit bedroht, auf die er mit der ganzen explosiven und jetzt revolutionären Wut seines irritablen Temperaments antwortete und zu den Waffen griff, um sich sein Recht auf Arbeit im Lebensraum anderer Völker zu erkämpfen.«l

So kam es, daß man von den Ausländern und den Drückebergern sprach, von Fremden also einerseits, die den Einheimischen etwas klauen, was diese gar nicht haben wollen, und andererseits von Einheimischen, welche den Ausländern aufnötigen, was die Ausländer ihnen stehlen. Der große innere wie äußere Feind war das noch nicht, aber es kam vielleicht eine Ahnung auf, wie man ihn sich vorstellen müßte.

Gegen Ende der 80er Jahre glich die BRD also einem Fertigteil-Bausatz vor der Endmontage, und im Januar 1989 war es dann soweit. Der Berg hatte gekreist, das Mäuslein war geboren, das Reich wiedererstanden – in der inneren Verfassung von 1939 und den äußeren Grenzen einer 7%-Partei, die offenbar unter einem solchen Ansturm von entwichenen Sträflingen litt, daß sie von Bewerbern um die Mitgliedschaft ein polizeiliches Führungszeugnis verlangen mußte. Und wieder schien die Geschichte nur ihre maßlose Verschwendungssucht unter Beweis stellen zu wollen. Da hatten nun jahrelang Hunderttausende einander bei der Hand gehalten, gemeinsam gesungen, gefastet, gebetet, und der ganzen Mühe Lohn war ein Polizist mit Vorstrafenregister und dem Namen Antes als Fraktionsvorsitzender der Republikaner im Berliner Stadtparlament.

Zwischenbilanz

So wohlpräpariert der 29. Januar einerseits kam, so sehr andererseits als Überraschung. Viel Zeit war seit den Tagen des Händchenhaltens schon verflossen, vielleicht hatten die Bundesbürger doch noch kapiert, daß es es auf die Dauer ein reichlich frustrierender Zeitvertreib wäre, in einem kleinen, exportabhängigen und, wie man immer betonte, geteilten Land (Friedens)Weltmachtträumen nachjagen zu wollen. Und wirklich deuteten Beobachtungen darauf hin, daß die Leute sich mittlerweile um andere, um geringere Dinge sorgten, um die Butter auf dem Brot, die ihnen zuwandernde Blutsbrüder von jenseits der Wolga wegzukratzen drohten.

Schon der Historikerstreit erlaubte die Interpretation, daß der Gesinnungsnationalismus aus der Friedensbewegungszeit mit seiner ausgreifenden, heftigen, schwer berechenbaren Dynamik vorbei und einem pragmatischen Nationalismus gewichen war, der nicht verrückt genug ist, um die Massen wirklich begeistern zu können. Und letzte Zweifel an dieser Version wurden dann durch die Aversionen gegen Aussiedler beseitigt, die seit 1987 rapide zunahmen. Die NPD, die Vertriebenenverbände und ähnliche Gruppen würden, so schien es, nicht vom Friedensnationalismus profitieren können, sondern förmlich zerrieben werden zwischen ihrer eigenen völkischen Ideologie und den mit dieser Ideologie unvereinbaren Interessen der Anhängerschaft. Der aufbruchsgestimmte Gesinnungsnationalismus war in einen offenen Widerspruch zum pragmatischen, kleinlichen, an den egoistischen Interessen orientierten Nationalismus getreten, die rationalere, futterneidische Variante hatte gewonnen, und dieser Sieg seiner rationaleren Variante würde dem Nationalismus auf die Dauer die völkische Dynamik entziehen, ohne die er in Deutschland nicht existieren kann.

Umso größer war die Überraschung daher, als die Rechtsnationalen verspätet ihren Wahlerfolg doch noch bekamen, und es tauchte eine ganze Reihe von Fragen auf: Konnte der Wahlerfolg als letztes Aufflackern der Sehnsüchte betrachtet werden, welche die Friedensbewegung geweckt hatte? Oder war der Funke mit Verzögerung doch noch übergesprungen und der Wahlerfolg deshalb zu interpretieren als erste Etappe einer stürmischen künftigen Entwicklung? Waren die Parteigänger der REPs als vergrätzte, verbiesterte, griesgrämige Kleinbürger ohne Perspektive einzustufen, oder gab es im Gemütshaushalt dieser Leute zusätzlich eine Empfänglichkeit für Visionäres wie Volk, Führer, Vaterland?

Und vorausgesetzt, die REPs hätten das verwaiste ideologische Erbe der Friedens- und Umweltbewegung angetreten: Wo blieb der Rest? Wie groß war der dickste Posten, und wo verbarg er sich? Unmöglich konnte jedenfalls im Wahlerfolg der Republikaner schon alles aktiviert worden sein, was sich in langen Jahren angesammelt hatte. Immer vorausgesetzt, daß die ideologische Hinterlassenschaft nicht einfach vermodert oder vergessen worden war, sondern die Form eines Vorrats angenommen hatte, den nur jemand zu heben wissen mußte: Wo und unter welcher Tarnkappe konnte man ihn finden?

Immerhin hatte jahrelang eine Bevölkerung das Projizieren eigener unbewußter Destruktivität täglich geübt und dabei eine solche Virtuosität und Flexibilität entwickelt, daß zwischen Ozonloch, Klimakatastrophe, Aids, atomarem Weltuntergang und Dioxin einfach hin- und hergeschaltet werden konnte. Mußte diese Bevölkerung sich nicht letzten Ende unterfordert fühlen durch Schönhubers Appell, ein paar Gastarbeiter oder Asylbewerber als nationale Bedrohung zu empfinden, wo dies Gefühl doch viel billiger zu haben gewesen wäre und man durch Bedrohungen ganz anderen Kalibers verwöhnt war? Lagen hinsichtlich der Produktion von Wahn in der BRD nicht inzwischen Kapazitäten brach, die von den REPs allein auch nicht annähernd ausgelastet werden konnten? Und wie lange würde der Mittelständler es ertragen, immer nur giftig auf den eigenen Müll zu gucken, immer nur trübsinnig ins Ozonloch zu starren? Wann würde es ihn nach einem Feind gelüsten, der nicht abstrakt und unangreifbar bleibt, sondern gleichsam zwischen den Fingern zerquetscht und zerrieben werden kann?

Wenn die Republikaner zwar aufrichtig überzeugt, aber unter eklatanter Verkennung der Tatsachen, sich selber für einen Verein besonders ehrlicher und ordentlicher Bürger hielten, obgleich die Partei eher ein Sammelbecken haltloser Existenzen war – deutete dies Mißverständnis nicht hin auf ein defektes Ich, welches die Fähigkeit verloren hat, Teile seines Wirkens als ihm selber zugehörige zu erkennen? Und war dies defekte Ich als Massenphänomen nicht das Produkt einer kollektiven Regression, von der zunächst ganz andere Schichten erfaßt wurden? Denn keineswegs am Rand der Gesellschaft, sondern in ihrem Zentrum, unter Verwaltungskadern und Angestellten aus der Geistes-, Sozial- und Meinungsbranche, hatte sich jener Typus herausgebildet, welcher die erklärte eigene Überzeugung im unerschütterlichen Bewußtsein verraten kann, ihr unverbrüchlich die Treue zu halten, der Typus des Grünen Berufspolitikers samt mittelständischem Anhang also, ein Typus, dessen möglichen Untaten keinerlei Hemmungen und Grenzen gesetzt sind, nicht mal die von ihm selbst gezogenen, weil er grundsätzlich mit Bewußtsein nichts Böses tun kann, und weil man mit Bewußtsein Böses tun können müßte, um dabei bestimmte Proportionen und die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu wahren.

War also der Ausfall von Selbstwahrnehmung bei den Republikanern überhaupt ein Eigenfabrikat dieser Gruppe, oder waren die Republikaner nur die konsequentesten Nutzer eines Verhaltensmodells, welches vor langen Jahren die Linke entwickelt hatte, als der um seine Verbeamtung einkommende Staatsfeind sich selber auf dem »langen Marsch durch die Institutionen« wähnte, mit schweren Folgen für seinen allgemeinen Geisteszustand dergestalt, daß das Ich unter dem Druck, die eigenen, durchaus nicht-revolutionären Motive verleugnen zu müssen, nicht nur langsam regredierte, sondern gleich vier Stufen abwärts aufeinmal nahm? War im Ich-Kult der Protestbewegung während ihrer Verbeamtungsphase, dem Wort von der Politik in der ersten Person, der Rede von mir und meinen Bedürfnissen oder meinen Gefühlen und meiner Betroffenheit und dem was das für mich alles bedeutet oder mir bringt, war darin nicht bereits die ganze künftige Entwicklung enthalten, in dem Sinne, wie es in den »Elementen des Antisemitismus« über das pathisch projizierende, zur libidinösen Objektbesetzung unfähig gewordene Subjekt heißt: »Es verliert die Reflexion nach beiden Richtungen: da es nicht mehr den Gegenstand reflektiert, reflektiert es nicht mehr auf sich und verliert so die Fähigkeit zur Differenz. Anstatt der Stimme des Gewissens hört es Stimmen; anstatt in sich zu gehen, um das Protokoll der eigenen Machtgier aufzunehmen, schreibt es die Protokolle der Weisen von Zion den anderen zu. Es schwillt über und verkümmert zugleich. Grenzenlos belehnt es die Außenwelt mit dem was in ihm ist; aber womit es sie belehnt, ist das vollkommen Nichtige, das aufgebauschte bloße Mittel, Beziehungen, Machenschaften, die finstere Praxis ohne den Ausblick des Gedankens.« (Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, Amsterdam 1947, S. 233)

Wenn der pathisch Projizierende sich allmählich eine Welt nach dem Bild seiner Seele schafft, eine trübe, freudlose, gedankenverlassene Welt, welche sich schließlich auf das immergleiche Einerlei diverser Mittel reduziert, die ihn verstrahlen, vergiften, verseuchen könnten, wie würde er auf die selbstgewählte Isolationshaft in einem hermetisch abgedichteten Wahnsystem reagieren? War die Phase der neuen Sensibilität und Sinnlichkeit, eine wichtige Regressionsstufe der Protestbewegung, vielleicht ein Hinweis darauf, daß jederzeit mit unkontrollierten Ausbruchsversuchen zu rechnen war, damit, daß das autistische Subjekt den ihm abhanden gekommenen Kontakt zur Realität unvermutet gewalttätig herstellt? War »Die Angst der Deutschen« zu Anfang der 80er Jahre – Titel einer *»Spiegel«-Serie* immerhin – der Beweis dafür, daß es dem offiziell friedliebenden Ich immer schwerer fiel, gewalttätige und aggressive Triebe als ihm nicht zugehörig zurückzuweisen? Ließ eine massenpsychologische Befindlichkeit, wie sie schon vor 1933 anzutreffen war, darauf schließen, daß auch die politische Entwicklung sich wiederholen könnte? Heißt es doch in einem Text nicht aus dem Jahr 1983, sondern aus dem Jahr 1942: »Angst ist das dominierende Lebenselement des Deutschen aus der Masse. Die Angst des Deutschen vor und in der Welt ist eine Tiefenangst, eine konstante

Untergangsstimmung, ein dominierendes Element seines seelischen Aufbaus und zugleich dessen Funktion.« (Olten, S. 217)

Dergleichen Fragen stellten sich also nach dem Einzug der Republikaner ins Berliner Abgeordnetenhaus, sie schienen eine geduldige, gründliche Prüfung zu verdienen, doch dann kam alles ganz anders.

Die Herbstoffensive

Ein Wesenszug des potentiellen Faschisten besteht darin, im Opfer den Verfolger zu sehen und Flüchtlinge meist für Eindringlinge zu halten. Vorsatz und Arglist werden gern denen unterstellt, die nichts als ihre Haut retten wollten. Der Asylbewerber erscheint als Agent einer feindlichen Macht, die keine geographisch lokalisierbare sein muß. Diese Macht ist hinreichend durch ihre Absicht definiert, die Deutschen schädigen zu wollen, und daß man sie so genau nicht kennt, zeugt gerade von ihrer Durchtriebenheit.

Der Herbst 1989 bewies es dann, daß die Verwechslung von Flüchtlingen mit Eindringlingen in umgekehrter Richtung ebensogut funktioniert. Seit Ende August waren Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei de facto zum Durchmarschgebiet für Deutsche geworden, erstmals seit 50 Jahren bezogen Deutsche wieder massenhaft in Budapest, Prag und Warschau Quartier. Sie traten, wenn nicht als Eroberer, so doch fordernd auf, und es verstand sich von selbst, daß sie Sonderrechte genossen und jeweils geltende Regeln, wie etwa Verkehrsvorschriften oder Bestimmungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, nicht respektieren mußten. Das Nächtigen auf öffentlich zugänglichen Plätzen unter freiem Himmel, welches in der BRD wie in den meisten Ländern verboten ist, war dann, wenn es die deutschen Invasoren in Budapest, Warschau oder Prag taten, kein Polizeiproblem, sondern eine Herausforderung an die Logistik staatlicher und karitativer Organisationen. Unter dem Druck der Bundesregierung, die einen Teilverzicht auf die eigene Souveränität bei den genannten Ländern erzwang, wurde der Flüchtlingsstatus unbesehen Personen zuerkannt, die im eigenen Wagen, oft aus dem Urlaub, angekommen waren, nicht die mindeste Chance auf politische Verfolgung besessen hatten und es offen zugaben, daß sie eine gut eingerichtete Wohnung, einen sicheren Arbeitsplatz und ein zufriedenstellendes Auskommen zurückließen.

Besonders in Ungarn und Polen, wo der Lebensstandard weitaus geringer ist als in der DDR und tatsächlich Not und Elend herrschen, hatte die von der BRD den jeweiligen Landesbehörden abgetrotzte Vorzugsbehandlung der Invasoren – sie wurden in Ferienheimen untergebracht und in eigens errichteten Lagern weit besser verpflegt als die ortsansässige Bevölkerung – der Welt wie den Deutschen selber demonstriert, daß die Deutschen in der Welt besondere Rechte genießen. Das Recht, Paßvorschriften, Einreisebestimmungen und Polizeiverordnungen ignorieren zu dürfen, steht zwar jedem zu, der um sein Leben fürchten muß, sei dies nun von den Häschern oder vom Hunger bedroht. Die Deutschen aber hatten nun bewiesen, daß sie dies Notwehrrecht sich schon nehmen können, wenn sie nur etwas erreichen wollen und ihnen sich einer entgegenstellt. Ihr Wille war es, sich in der BRD den ihnen als Deutschen zustehenden Reichtum zu holen, und sie kamen durch damit. Es war ein großer Sieg, ein Sieg für Deutschland, und wie Frontkämpfer, wie Truppen nach siegreicher Schlacht, wurden die fremden Heimkehrer in den anrollenden Sonderzügen hier begrüßt, mit Musik und Blumen.

Sie brachten die frohe Botschaft mit, daß einer, wenn er nur wahnsinnig genug ist, weiter kommt, als man glauben sollte. Normalerweise ist das Ausland ein denkbar schlechter Ort, um auf Behörden Druck auszuüben, weil die Polizei des Gastlands zusätzlich zu ihren übrigen Mitteln auch noch die Möglichkeit hat, die lästige Person einfach abzuschieben. Die üblichen Polizeimittel aber sind für Fälle berechnet, in denen der Delinquent sich rational verhält. Rational handelt, wer mit entsicherter Waffe auf den Bankdirektor zielt und eine halbe Million in kleinen Scheinen fordert; ein Irrer ist, wer dieselbe Summe verlangt und die Mündung dabei an die eigene Schläfe preßt. Analog dazu standen die Behörden in Budapest, Prag und Warschau vor dem Problem, es mit Leuten zu tun zu haben, die sich selbst als Geiseln nahmen, ohne Rücksicht auf die eigenen Kinder, ohne Rücksicht auf die eigene Person. Zu Tausenden strömten sie in die Prager BRD-Botschaft, um aus freiem Willen, dem Willen zu mehr Reichtum, eine Zwangslage zu schaffen – die »unhaltbaren Zustände«, die »chaotischen Verhältnisse« oder die »sich dramatisch verschärfende Situation«, die in der Folgezeit zur Wunderwaffe der Wiedervereinigungspropapanda werden sollte. Die irrwitzige Erpresser-Logik hungerstreikender RAF-Häftlinge – entweder der Staat tut, was wir möchten, oder wir ruinieren uns – war zur Handlungsmaxime Tausender geworden, und ihr Glück war nur, daß sie das riskante Spiel nicht mit deutschen Behörden trieben, sondern im Ausland, wo man die Situation nicht verstand, vielleicht auch gar nicht verstehen wollte, deshalb die Usurpatoren für Verzweifelte nahm und den Fanatikern, die sich mit ihren Säuglingen in die völlig überfüllte Botschaft zwängten oder im Freien lagerten, einfach zugute hielt, daß dort, wo sie herkamen, wohl die Hölle sein mußte – was der Wahrheit näher kam, als die äußeren Umstände denken lassen.

Nur war die Hölle nicht deshalb eine, weil es keine Bananen gab, sondern weil dort ein Sozialcharakter wohnte, welcher die Kunst beherrscht, sich und anderen das Leben so freudlos wie möglich zu machen. In Deutschland zur Perfektion entwickelt und in der DDR besser als in der BRD konserviert, verwandelt dieser Sozialcharakter die Gesellschaft in eine einzige große Familie, in eine jener Familien allerdings, die Rettung vor der sich anbahnenden Tragödie nur von der

Katastrophe erwarten können, vom Schicksalsschlag, welcher als Akt der Barmherzigkeit empfunden wird, wenn die Fliegerbombe die vier Wände zerreißt, innerhalb derer keiner mehr die Luft zum Atmen fand. Das ebenso leicht zu benennende wie schwer zu erklärende Geheimnis solcher Familien besteht darin, daß keiner den anderen leiden mag und alle einander mitsamt der Wohnung und dem Mobiliar auf eine quälende, schleppende, leidenschaftslose Weise hassen. Die DDR-Bürger ertrugen, als sie in den Westen flohen, einfach die von ihnen geschaffenen Verhältnisse, sich selbst und ihr penetrantes Deutschsein nicht mehr, der Wiedervereinigung erster Teil war, was deutsche Einigungsbestrebungen schon immer waren, nämlich deren genaues Gegenteil, Flucht vor der Heimat und Eroberung fremden Gebietes zugleich. Die Tränen, die manchmal bei der Ankunft in der BRD flossen in den 'bewegenden Szenen', die das Fernsehen filmte, waren echt, nur bedeuteten sie nicht: endlich Fleisch von meinem Fleisch, endlich bei meinen Landsleuten, sondern sie hießen: endlich weg von ihnen, endlich fort von daheim.

Die Tatsache, daß massenhaft kleine Kinder und sogar Säuglinge von ihren Eltern ohne schwerwiegenden Grund in eine mit Sicherheit strapaziöse und möglicherweise riskante Unternehmung hineingezogen wurden; die brutale Art, wie hysterisierte Erwachsene beim Ansturm auf die Prager Botschaft kleine Kinder einfach überrannten; die Mütter vor der US-Botschaft in Ostberlin schließlich, die sich beim Anrücken der Polizei nicht schützend vor ihre mitgebrachten Kinder stellten, sondern hinter diesen Kindern in Deckung gingen – dies alles wies auf einen ernstlich gestörten Gemütshaushalt hin, längst bevor bekannt wurde, daß mancher Übersiedler die Reise in den Westen zur Trennung von der Familie genutzt und in Extremfällen seine kleinen Kinder unversorgt zurückgelassen hatte.

Weniger die lieblose Art solchen Verhaltens allein, als vielmehr die Kombination solcher Lieblosigkeit mit flennerischer Rührseligkeit – wenn also über den 'herzlichen Empfang' vor der Kamera Leute ins Schluchzen gerieten, die den zurückgelassenen Freunden, Verwandten und Bekannten keine Träne nachweinten – war Symptom eines psychischen Defekts, unter welchem der deutsche Sozialcharakter periodisch immer wieder gelitten hatte. Es handelt sich um den Fortfall jeglicher Unmittelbarkeit in der Beziehung des Subjekts auf anderes, um das Unvermögen zu dem, was die Psychoanalyse als Objektbesetzung bezeichnet, um ein schwer beeinträchtigtes Verhältnis zur Realität, um die Unfähigkeit zu Empfindungen, wie sie gemeinhin für elementar gelten, um einen Mangel, der am deutlichsten wird in den Beschwörungsformeln, die ihn bannen sollen, im exzessiven Gebrauch von Gefühlswörtern wie echt, tief, spontan, Erlebnis-Vokabeln, für welche die Spontis oder die Alternativen die gleiche Vorliebe hatten wie mehr als 40 Jahre vor ihnen die Nazis 2, weshalb gerade dann auf eine überaus hartnäckige Kontinuität in der deutschen Geschichte geschlossen werden muß, wenn man, sicherlich zu Recht, jede simple Gleichsetzung zwischen den Alternativen und den Nazis zurückweist. 3

Im Ausfall jeglicher Unmittelbarkeit in den Beziehungen zwischen den Menschen wiederum spiegelt sich eine Gesellschaft am Rand der Asozialität. Bekannt ist mittlerweile, daß der Nationalsozialismus entgegen seinem propagierten Ziel, die Familie verteidigen und festigen zu wollen, deren Zerstörung vielmehr sowohl vorfinden als auch selber betreiben mußte, wie überhaupt die Gefolgschaft im Idealfall neben der Bindung an den Führer keine weiteren haben sollte, weil jede Fixierung, sei es an eine Person oder an eine Sache, beim Einzelnen zu Lasten von dessen Disponibilität geht. Er wird, wenn er seine Familie mag, nicht einsehen, warum deren Mitglieder sich nach Geschlechtern und Altersgruppen sortiert abends auf die SA, den BDF, den BDM, die HJ und die DAF verteilen. Er wird, wenn er an seinem Wohnort und an seinen Lebensgewohnheiten auch ein bißchen hängt, an alledem, was Begriffe wie Heimat oder Tradition unter sich begraben, nicht in fremde Hauptstädte einmarschieren oder sich in der Taiga die Zehen abfrieren wollen. Er wird schließlich, wenn er Freunde hat, dort dem kontrollierenden Zugriff der Partei entzogen sein. Und umgekehrt setzt der Nationalsozialismus Menschen voraus, die der unmittelbaren Beziehung zueinander nicht fähig sind, vielmehr stets des Führers oder der Bewegung als eines vermittelnden Dritten selbst im allerengsten Familienkreis bedürfen, mit dem drolligen Effekt beispielsweise, daß während der Nazi-Zeit verheiratete Frauen in Geburtsanzeigen öffentlich erklärten, sie hätten dem Führer ein Kind geschenkt, und es ist kein Fall bekannt, in welchem eine sich solchermaßen des Seitensprungs oder Ehebruchs bezichtigende Frau von ihrem Gatten zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Für den Nationalsozialismus ist reif, wer auch reif für die Fremdenlegion wäre oder für das Obdachlosenasyl, weil ihn, wenn er keinen Führer findet, an den Menschen, die er kennt, und an den Dingen, die er besitzt, nichts mehr hält.

So waren die Übersiedler, die freiwillig von der Privatwohnung ins Lager wechselten und ohne äußerlich erkennbaren Grund ihr ganzes bisheriges Leben einfach wegwarfen, zunächst der Beweis dafür, daß in der BRD mit einer Gruppe würde gerechnet werden müssen, die zu allem bereit war. Umso besorgniserregender daher, daß diese Gruppe allenthalben auf ein Verständnis stieß, als habe sie durch die Tat einer ganzen Bevölkerung aus dem Herzen gesprochen.

Der demokratische Aufbruch

Das Wesen der parlamentarischen Demokratie ist die Einbeziehung der Bürger in ihr Ausgeschlossensein von der Politik. Sie sollen wählen dürfen, aber nichts zu melden haben und abstimmen darüber, ob ihnen der Hängebackige von der Zwiebackpackung oder ein anders gestyltes Konterfei als Kanzlerkandidat offeriert wird. Allmächtig und ohnmächtig ist

dann das Kollektivbewußtsein zugleich. Nur von der jeweils dominierenden Mutterinstinkt-Variante hängt es ab, ob künftig der große runde Dicke, der kleine verknautsche Dicke oder der Lümmel von der letzten Bank die Mattscheibe füllt, doch wer dies tut, ist einerlei.

Nicht einerlei ist, welche Rolle die Republikaner im Parlament und die Forderung 'Einheit jetzt' auf den Straßen spielen. Wenn die Bürger über dergleichen entscheiden dürfen, besitzen sie ausnahmsweise politische Macht. Der Stimmzettel, sonst Bestellkarte, wird zum Waffenschein, denn seit dem Wahlsieg der NSDAP im Januar 1933 sind demokratische Aufbrüche deutscher Bürger mehr zu fürchten als ihre Entpolitisierung und Entmündigung durch den Apparat. »

Im Maße, wie die Bürger Machtbesitzer werden, ändert sich die Art ihrer Beeinflussung durch Medien und Parteien. Es findet der Übergang von der Produktwerbung zur Propaganda statt, der friedliche Wettstreit zwischen rivalisierenden Image-Designern verwandelt sich in die Mobilisierung der Massen für politische Ziele, die auf kaltem Weg nicht zu erreichen sind. Wer gegen jedes Recht, gegen den eigenen Vorteil und gegen die Vorbehalte des Auslands die Wiedervereinigung durchsetzen will, muß dem Gegner die kochende Volksseele vorführen können. Pausenlos seit der Ungarn-Invasion im August 1989 hämmert deshalb die Bild-Zeitung den Lesern ins Hirn, sie dürften nicht nachlassen in ihrer Liebe zur deutschen Einheit und in ihrem Haß auf die SED. Beabsichtigt ist die Verwandlung der Zielgruppe in Gefolgschaft.

Die Propagandaoffensive leitet, wenn sie Erfolg hat, eine Phase ein, in welcher die Massen beherrscht, wer sich ihren Stimmungen unterwirft, und es beginnt ein für seine Initiatoren keineswegs restlos kalkulierbarer Prozeß. Ihr Motiv mochte noch das Kalkül auf den Nutzen gewesen sein, auf mehr Macht und Profit, den Massen müssen sie Wunder versprechen – wunderbare Liebe, wunderbaren Reichtum, ein »Wunderbares 1990« (Silvester-Ausgabe von *Bild)* oder einfach »Wahnsinn«, gemeint als Ausruf des Entzückens. Die infantile Regression, im Normalzustand ein Defekt, dem keiner ganz entkommt, und den jeder zu begrenzen und zu verbergen sucht, wird in den Rang einer obligatorischen Bewußtseinshaltung erhoben. Als schrullig gilt, wer sich den Allmachtsphantasien, den kindischen Tagträumen von künftigem Glanz und künftiger Größe verweigert.

Wenn die infantile Regression eine naive war, setzt sich vorübergehend Gutmütigkeit als dominierender Charakterzug der Massen durch. Sie sind gastfreundlich, großzügig, friedlich, gegen Fremde sogar tolerant, und anders als nach dem 9. November, wo die Ladendiebstähle Rekordhöhe erreichten, fallen die Kriminalitätsraten rapide. Temporär entsteht ein Verhältnis der Menschen zueinander, welches man mit Solidarität verwechseln könnte. Zum gefährlichen Mob wird die Masse erst, wenn die Illusionen an der Realität zerbrechen.

In Deutschland jedoch, wo die traumlosen Massen schlauer sind in dem Sinn, daß sie weder wirkliche Glaubenskraft noch Imaginationsfähigkeit, dafür einen unerschöpflichen Vorrat an dunklen Vorahnungen besitzen, geschieht jede infantile Regression von vornherein gegen besseres Wissen. Noch die stets abrufbereiten Standardfloskeln »Wir haben es nicht gewußt« oder »Wir sind betrogen worden« belegen dies, sie sind Schuldbekenntnisse in der Form präventiven Leugnens. Wie hier, wo die Sorge um Folgen und Risiken keinen Augenblick wirklich vergessen wird, meist das Fest schon so bitter ist wie anderswo das Erwachen am Tag danach, so nehmen die Anfänge politischer Umbrüche hier stets deren Ende vorweg, und es entfällt damit der Unterschied zwischen Glück und Haß überhaupt.

Wenn das Unbewußte, das zuvor über das Konterfei des Kanzlers bestimmte, zusätzlich Einfluß auf die Inhalte der Politik gewinnt, so sind hier damit spezielle Konsequenzen verbunden. Führer wird, wer sich keinen Zwang antun muß, wenn er der Masse gehorcht. Oberster Wunsch der Masse aber ist es, zu strafen, zu quälen, zu verfolgen, weil dies Bedürfnis aus der Resignation und der Vergeblichkeit kommt, dem Wesen der reaktionären Massenbewegung selber. 4 Der Mob, der die SED ins Arbeitslager schicken möchte, weiß, daß er durch ihre Entmachtung und durch die Wiedervereinigung nichts gewinnt, sein Glaube an die Versprechungen von künftigem Reichtum und künftiger Macht ist Vorwand. Die Bestialität moderner Massen, die sich für Volk, Vaterland oder Religion begeistern, rührt von der trostlosen Gewißheit her, daß ihnen alle Brutalität nicht hilft. Ohne Hoffnung, je ihr Recht zu erhalten, wollen sie wenigstens auf ihre Kosten kommen, oder, nach Benjamins Wort, zu ihrem Ausdruck.

Zu solchen Betrachtungen geben einstweilen verstreute Beobachtungen Anlaß, und sie liegen scheinbar in der Konsequenz der Sache. Im Januar 1990 schon, keine drei Monate nach Öffnung der DDR-Grenzen, zeichnet sich für die BRD der vorauszusehen gewesene Verteilungskampf um Wohnungen, Unterstützungsgelder oder Arbeitsplätze ab, womit die Form von Zwangsläufigkeit annimmt, was vorher Laune und Willkür war, weil der gemeinsame Feind aller eine Existenzbedingung ist für das Kollektiv, worin sich die sozialen Spannungen verschärfen.

Vorhanden sind damit Bedingungen, unter denen überall ein sozial induzierter Projektionsmechanismus entsteht. Rechtsradikale Splitterparteien verzeichnen spektakuläre Wahlerfolge, das innenpolitische Klima ist charakterisiert durch Fremdenfeindschaft und Haß auf Minderheiten. Die Wahl des Opfers, dem die Schuld an der eigenen wirtschaftlichen Misere zugeschrieben wird, erfolgt nach Maßgabe der Gelegenheit und des Augenscheins, sie muß keinen höheren Ansprüchen genügen: Mein Feind ist der Schwarzkopf, welcher den Arbeitsplatz hat, den ich hätte, wäre er nicht hier. Das

für den Projektionsmechanismus aufgewendete Maß an psychischer Energie ist begrenzt durch dessen Bestimmung als sachdienliches Mittel zum Erreichen eines ziemlich klar umrissenen eigenen Vorteils: Ich muß den Schwarzkopf des Delikts bezichtigen, welches ich an ihm begehen will – er hat mir unrechtmäßigerweise etwas genommen, und ich hole nur zurück, was mir zusteht. Ich muß meinen Haß auf den Schwarzkopf also treiben bis zu dem Punkt, wo es mir leicht fallen wird, ihn zu vertreiben und ihm seinen Besitz zu stehlen. Deshalb gleich einen Vernichtungsdrang zu entwickeln, hieße nur, sich in sinnlose psychische Unkosten zu stürzen. Die Parole lautet 'Ausländer raus', sie lautet nicht: 'Die Juden sind unser Unglück'.

In Deutschland jedoch, wo die Vertreibung der Juden aus dem eigenen Land schon gemessen an den Zahlen noch das harmloseste und deshalb nachträglich am meisten beklagte Verbrechen war, liegen die Dinge komplizierter. Der Widersinn, die verabscheuten Juden nicht zu meiden, sondern sie auf der abgelegensten griechischen Insel aufzuspüren; sie dort nicht etwa einfach umzubringen, möglichst noch mit Genuß, sondern sie trotz knapper Transportkapazität heim ins erweiterte Reich zu holen; dabei auch die Alten, die Schwachsinnigen und die Krüppel nicht zu verschmähen; die unter beträchtlichem Aufwand geborgene und dadurch wertvoll gewordene Beute nicht etwa als Arbeitstier oder Sklaven besitzen und ausnützen, sondern einfach nur vernichten zu wollen; der Massenmord nicht als Schlachtfest, woran sich das blutrünstige Volk berauschen darf, sondern als industrieller Produktionsprozeß mit allen Begleiterscheinungen entfremdeter Arbeit wie Schmutzzulagen und Leistungsprämien für das Personal; eine Menschenjagd gleichsam, die weder dem Erwerb noch dem Vergnügen dient und dem Jäger nur Entsorgungsprobleme bringt: woher die Öfen nehmen, wohin mit der Asche; der Schatzsucher, der auf seine beschwerliche Reise in die Wildnis von vornherein mit dem festen Vorsatz zieht, einen Beutel Diamanten zurückzubringen und ihn dann, weil er sich vor Diamanten ekelt, in die Kanalisation zu kippen; der Lumpensammler, der nicht die verwertbaren Reste, sondern den richtigen Müll aufstochern und ihn dann doch nicht behalten will; der Abfallbeseitiger, den die Leidenschaft des Goldgräbers treibt – der ganze Irrwitz der NS-Ära also, der erst deutlich wird, wenn man auf jede moralische Bewertung strikt verzichtet, weist auf einen zusätzlichen, vom konventionellen unterschiedenen Projektionsmechanismus hin, der nicht die Vertreibung, Beraubung, Ausbeutung oder Tötung des Opfers aus niederen Beweggründen vorbereitet, sondern dessen Vernichtung als Selbstzweck.

Während der konventionelle Projektionsmechanismus ein sozial induzierter ist, ist der zusätzliche endogen, gleichsam reine Seele. Fern aller Vernunft, jenseits des Reichs der Mittel und Zwecke, läßt er sich nicht durch den Bezug auf ein Drittes erklären, sondern nur benennen, als eine Erscheinung, deren Vorhandensein konstatiert werden muß. Vom üblichen Faschismus, welcher die konventionelle Projektion nur radikalisiert und deshalb ohne Vernichtungslager und Antisemitismus auskommen kann, unterscheidet der Nationalsozialismus sich dergestalt, daß nicht das falsche gesellschaftliche Verhältnis, sondern die psychische Störung gerechtfertigt werden soll. Horkheimer und Adorno meinen den Nationalsozialismus, wenn sie in der *Dialektik der Aufklärung* über das Verhältnis von Projektion und Faschismus schreiben: »Regungen, die vom Subjekt als dessen eigene nicht durchgelassen werden und ihm doch eigen sind, werden dem Objekt zugeschrieben: dem prospektiven Opfer. Dem gewöhnlichen Paranoiker steht dessen Wahl nicht frei, sie gehorcht den Gesetzen seiner Krankheit. Im Faschismus wird dies Verhalten von der Politik ergriffen, das Objekt der Krankheit wird realitätsgerecht bestimmt, das Wahnsystem zur vernünftigen Norm in der Welt, die Abweichung zur Neurose gemacht.« (S. 220)

Von den Zufällen der Tagespolitik hängt es ab, ob der auf Vernichtung zielende Verfolgungswahn, wie er hier beispielsweise der Friedensbewegung unterstellt wird, ein äußerlich wenig erfolgreiches Eigenleben führen muß oder ob er sich mit dem sozial induzierten Projektionsmechnanismus verbindet. Anfang der 80er Jahre beispielsweise, als die hiesigen Patrioten unter massivem Verfolgungswahn litten, strichen sie, ohne den Sinn der zutreffenden Beobachtung zu begreifen, gern heraus, daß in Frankreich die radikale Rechte deutlich stärker war, daß dort und in England gewalttätige Übergriffe gegen Einwanderer häufiger vorkamen als in der BRD, wo stattdessen die Friedensbewegung und die Grünen immer mehr Anhänger gewannen. Hinzuzufügen vergaßen sie nur, daß es für diese Konstellation einen Präzedenzfall gibt, insofern vor 1933 der Antisemitismus in Deutschland gemäßigter und schwächer schien und wohl auch war als in vielen anderen europäischen Ländern, wo dafür aber der psychotische Vernichtungswille fehlte, welcher in Deutschland dem zunächst harmlos erscheinenden Antisemitismus erst die furchtbare Gewalt verlieh.

Was die hiesige Entwicklung also so unberechenbar macht, ist der Umstand, daß das Massenbewußtsein an einen Zweikomponentenkleber erinnert oder an diese modernen Gasgranaten, bei denen erst im Moment der Zündung das tödliche Gemisch entsteht aus der Verbindung zweier Substanzen, von denen jede für sich harmlos ist. Für sich allein genommen war der Verfolgungswahn der Öko- und Friedensfreaks eine ebenso lästige wie harmlose Angelegenheit, und dies gilt für den im europäischen Vergleich hier keineswegs übertriebenen Haß auf Ausländer oder überhaupt Minderheiten, wie es für die Republikaner gilt. Angesichts der Koexistenz von schwerem psychotischen Realitätsverlust und Verfolgungswahn (besonders beim Mittelstand) als Massenphänomen einerseits und andererseits einer präfaschistischen Gruppierung, die mittlerweile auch für Karrieristen aus dem akademischen Proletariat so attraktiv zu werden beginnt, wie dies geraume Zeit nur die Grünen waren, besteht aber jederzeit die Gefahr, daß beide Elemente überraschend heftig miteinander reagieren.

Ebenso besteht aber die Möglichkeit, daß die Verbindung auf absehbare Zeit nicht zustandekommt oder ihr Zustandekommen sich zunächsteinmal hinausschiebt. Für die Entwicklung in der BRD seit dem 9. November heißt dies: Im selben Augenblick, wo nach dem Schema ein erster Höhepunkt inszeniert und das Haßobjekt präsentiert werden muß, tritt der nationale Aufbruch in eine kritische Phase. Was in der Logik der Sache liegt, ist deshalb ebensowenig auch schon Realität, wie der Bedarf nach dem starken schwachen Feind, der als äußerer eine gefährliche Bedrohung darstellen soll und als innerer gefahrlos verfolgt werden kann, noch keine konkrete Vorstellung von diesem Wundertier produziert. Es besteht dann die Möglichkeit, daß der nationale Aufbruch vorzeitig an seinem konstitutiven Moment dergestalt scheitert, daß der Verfolgungswunsch einfach nicht befriedigt werden kann. Wenn der Antisemitismus heute, wo in der BRD so gut wie keine und in Europa nur noch wenige Juden leben, aus dem unbewußt gegen die Ermordeten gerichteten Vorwurf stammt, daß sie die deutsche Einheit hintertreiben, weil sie nicht ins Leben zurückkehren, um sich noch einmal umbringen zu lassen, dann beweist dieser Antisemitismus, daß die Juden als Objekt der Verfolgung schwer zu ersetzen sind.

Auf einen Engpaß deutet zur Zeit ferner die hinhaltende Taktik der REPs wie der Wiedervereinigungspropaganda hin, wobei die Bild-Zeitung ihre Leser zu langweilen riskiert, wenn sie ein übers andere Mal Honecker sterben oder den sterbenskranken Mann aus dem Krankenhaus jagen läßt, der *Spiegel* sich zwischen Japan, Israel und den westlichen Verbündeten nicht entscheiden mag, und die Republikaner, wenn sie zur Jagd auf Einwanderer oder Asylbewerber blasen, übersehen, daß der Feind sowohl wehrloser Wicht als auch weltbeherrschende Macht sein muß und diese Dopplerrolle Asylbewerber einfach überfordert.

Der Aufbruch stagniert nun, es setzt Ernüchterung ein, die Massen, denen es weniger um die Einheit selber als um die Begleitumstände dieser Einheit von 1933 ging, rechnen sich aus, was der halbe Spaß sie kosten würde, und der weitere Verlauf hängt davon ab, ob die Umstände es erlauben, daß einer doch noch auf die Parole kommt, die Millionen würden brüllen wollen. Als naturhaftes Bündel ineinandergreifender unreflektierter Bedürfnisse und Triebe ist das Kollektivbewußtsein nicht selber Politik und schon gar nicht die unaufhaltsame, lawinenartige Naturgewalt, als welche seine Anhänger wie Gegner es gern mystifizieren, sondern es ist angewiesen auf sein Gegenteil, auf den hochartifiziellen Apparat, auf Bürokratie, Organisation und Führung.

Sicher ist daher Anfang 1990 nur, daß die Indizien wie die Umstände für ein hohes Aggressionspotential sprechen. Völlig unklar ist einstweilen, welche Entwicklung dieses Aggressionspotential nehmen wird. Der Wahlsieg Lafontaines im Saarland Ende Januar beispielsweise kann ebensogut den Anfang vom Ende des nationalen Aufbruchs bedeuten, wie er sich als eine entscheidende Etappe in seinem Fortgang entpuppen könnte, insofern die wirkungsvoll herausgestrichene soziale Frage schnell zu einer wird, die nationale Lösungen erfordert.

Anmerkungen

1 Karl Olten, Geplante Illusionen, Eine Analyse des Faschismus, London, 1942, jetzt bei Luchterhand 1989, S. 89. Ganz nebenbei hat Olten auch das ihm damals unbekannte Rätsel gelöst, warum es sich bei der bundesdeutschen Arbeiterschaft um die streikunwilligste Europas handelt: »Dieses Gefühl des Rechts auf Arbeit, das Hitler und seine Elite vollkommen befriedigten, ist das Hauptglücksempfinden der deutschen Jugend und der deutschen Massen, und erscheint beiden als Verwirklichung des nationalen deutschen Sozialismus. – Der Inhalt dieses Sozialismus, über den noch zu reden sein wird, stellt sich also als eine Funktion, als etwas Funktionierendes dar: als Arbeit und nicht als Lohn der Leistung; als Beschäftigtsein mit oder für etwas, das einen selbst nur insofern angeht, als es das Gefühl, auf dieser Erde überflüssig zu sein, bannt. (. . .) Die Arbeiter wollen nichts anderes als Arbeit, und nicht zunächst einen hohen Lebensstandard, wie es das Ziel aller Arbeiter in demokratischen Ländern ist.« (S.98)

2 Dazu Viktor Klemperer, LTI, Frankfurt 1975 (LTI = Lingua Tertii Imperii, Sprache des Dritten Reiches): *»Spontan* gehört zu den Lieblingswörtern der LTI, und davon wird noch zu reden sein« (S. 66). »Das stärkste und allgemeinste Gefühlswort schließlich, das sich der Nazismus dienstbar machte, heißt *Erlebnis« (S. 288).*

3 Erhalten blieben offenbar sowohl die traditionelle Affektarmut, eine gewisse seelische Leere und geistige Starrheit, die schließlich Mimik und Motorik prägen, als auch die Reaktionsbildung auf diesen Mangel, welche in Deutschland nach immer demselben und trotzdem nie recht durchschauten Schema funktioniert nach dem simplen Schema des Vorzeichentauschs: Aus ‘Ich fühle nichts’ wird ‘Ich fühle so tief, daß ich da selbst nicht mehr ganz hinabsteige’, ‘Mein Kopf ist leer wie ein hohles Faß’ heißt auf Deutsch ‘Mir geht so vieles durch den sinn, daß ich, wenn ich es mitteilen sollte, gar nicht wüßte, wo ich damit anfangen soll’.

4 Der Gedanke stammt von Adorno. Er hat an den deutschen Massen 1933 einen Zug entdeckt, der gerade von jenen Antifaschisten gern übersehen wurde, die selber aufs faschistische Ressentiment spekulierten oder ihm erlegen waren, wenn sie die Nazis als Lustmörder charakterisierten, die sich behaglich das Blut vom Mund wischen, wenn sie ihr Opfer ausgeweidet hatten: »Nach den Berichten der Zeugen ward lustlos gefoltert, lustlos gemordet und darum vielleicht gerade so über alles Maß hinaus. (...) Es drangt sich der Gedanke auf, das deutsche Grauen sei etwas wie vorweggenommene Rache. (. . .) In den Konzentrationslagern und Gaskammern wird gleichsam der Untergang von Deutschland diskontiert. Keiner, der die ersten Monate der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 in Berlin beobachtete, konnte das Moment tödlicher Traurigkeit, des halbwissend einem Unheilvollen sich Anvertrauens übersehen, das den angedrehten Rausch, die Fackelzüge und Trommeleien begleitete. Wie hoffnungslos klang nicht das deutsche Lieblingslied jener Monate, 'Volk ans Gewehr', in der Passage Unter den Linden. Die von einem Tag zum andern anberaumte Rettung des Vaterlandes trug den Ausdruck der Katastrophe vom ersten Augenblick an. (. . .) Während sie alles gewannen, wüteten sie schon als die, welche nichts zu verlieren haben. Am Anfang des deutschen Imperialismus steht die Wagnersche Götterdämmerung, die begeisterte Prophetie des eigenen Untergangs.« (Minima Moralia, S. 132)

konkret 05/90, S. 48

Roger Willemsen

Gross, Deutschland

Johannes Gross ist geistreich und immer in Form. Was der Mann für einen Esprit besitzt! Es ist eine Lust, in seiner Zeit zu leben! – Schreibt er. In sein »Tagebuch«.

Johannes Gross führt sein Tagebuch in der »FAZ«, da weiß man, was nicht drinstehen darf. Nicht viel vom Tage, wie er ist, dafür umso mehr von Johannes Gross, wie er nicht ist. Nicht arm, nicht allein, nicht grün, nicht siech, nicht farbig, nicht schwul. Gross formuliert, als müsse er sich einen geistigen Ariernachweis erschreiben. Deshalb spricht er, – egal, wovon er zu sprechen glaubt – erst einmal von sich, dem Raffinement seines Geschmacks, der Delikatesse seiner Lebensführung, der Exklusivität seines Umgangs und seiner Gesinnung. Manchmal improvisiert er zwischendurch in Menschenliebe, versucht es mit etwas Einfühlung – vergeblich, denn alles Fleisch, es wird zu Gross. Er kommt nicht über sich hinweg. Wenn Erwachsene noch in seinem Alter so besoffen von sich selbst sind, haben sie in der Regel eine entsetzliche Kindheit hinter sich. Aber dieser Einfall der Natur war auch wirklich so schlecht wie ein Kalauer von Thomas Mann: klein zu sein, Gross zu heißen und giftig zu werden, weil man sich immerzu nach der Decke strecken muß. Anders gesagt: Er ist so eitel, daß man nach der Lektüre weniger Sätze weiß, wie seine Finger riechen.

Keine Sorge, man muß nicht zimperlich mit ihm umgehen, denn seine Prosa verurteilt nebenher die Mehrheit der Menschheit zu einem Leben in Krieg und Elend, Schmutz und Unsinn, und seine publizistische Macht als »Capital«- und »Impulse«-Herausgeber, »FAZ«-Kolumnist, Gruner & Jahr-Vorstandsmitglied, Fast-Parteisprecher der CDU, Fernsehtalker, Einmischer und Mitmischer mit 200 jährlichen Auftrittseinladungen und mehr sichert diesem Urteil wenn nicht Durchsetzung, so doch Verbreitung. Große Zeitungen sprechen von der »Gross-Gemeinde«, reden ihn mit »Meister« an, er selbst revanchiert sich und denkt für sie über die »Führernatur« Helmut Kohls nach.

Mit Johannes Gross eröffnet sich die Frage, ob es so etwas wie 'konservative Intellektualität' überhaupt geben kann. Wer die Wirklichkeit erhalten möchte, wie sie ist, kann nicht auf ihrer Höhe sein, denn er muß überall, wo er auf Zerstörung trifft, zu denken aufhören. Das verhindert die natürliche Ausbildung von Intelligenz so sehr, daß die Denkbewegungen, die im konservativen Laufstall möglich sind, wie klaustrophobische Reflexe wirken, von mangelnder Außenberührung geweckte fixe Ideen, Repetitionen derselben Feinde, derselben Ignoranzen, desselben rentablen Unglücks. Es handelt sich im wesentlichen um Imitationen des Denkens und im Unwesentlichen um ein Ersetzen von Denkbewegungen durch Geschmacksäußerungen, solide Vorurteile, larmoyante Witzchen. Als vor vielen Jahren ein rechtsgerichteter Schriftstellerverband gegründet wurde, waren seine prominentesten Mitglieder Hans Habe, William S. Schlamm und Luis Trenker. Heute würde Johannes Gross dazugehören. Das ist sein geistiges Umfeld.

Auch solche Cliquen aber, Sprachrohre der Wirtschafts- und 'Machteliten' und aller, die sie tragen, fühlen sich inmitten einer Presse, die sie trägt und ehrt, gern als 'Unbequeme' und Widerständler. Deshalb lebt Johannes Gross gegen jene, die nicht zur 'Elite' gehören und fühlt sich als Andersdenkender und Abweichler, weicht aber nur durch seinen Einfluß und den Luxus ab, den er mit der Angeberei eines Firmlings publizistisch herzeigt, und ferner durch sein Deutsch, das er selbst sichtlich so bezaubernd findet, daß er es als Sprachlehre empfiehlt. Man sagt in diesem Deutsch nicht: die »Bravo«, sondern »eine offenbar verbreitete Zeitschrift«, nicht: 'wenn ich aus dem Ausland komme, freue ich mich', sondern: »Aus der Fremde heimgekehrt, mag der Reisende mit Vergnügen empfinden...«, nicht: 'deswegen', sondern »darob«, nicht: 'essen viel', sondern »essen gar viel«, nicht 'Glück gehabt, einen guten Platz zu bekommen', sondern »eine freundliche Fortuna gönnt uns einen Platz am feinsten Tisch des Presseballs«, das ist: am Tisch der Oht Wolee, und wenn der Geck, behangen mit all dieser sprachlichen Feinkost aus »wacker«, »schicklich«, »artig«, »unziemlich« und »wundersam«, eine holographische Galerie besucht, heißt es: »aus dem Photo streckt sich plötzlich eine Hand mit Ping-Pong-Bällen, ein schönes Frauenzimmer winkt mit den Augen, wirft dem Vorübergehenden eine Kußhand zu. Erheitert und erfrischt geht der Zeitgenosse von dannen – «.

Der Zeitgenosse! Ein rotunder Kalbskopf, sexy wie ein Bastard aus Berti Vogts und Tokayerfäßchen, läßt er uns wissen, Feministinnen seien ihm zu unansehnlich, von der dreidimensionalen Wichsvorlage aber kehrt er »erheitert« und »erfrischt« heim zu seiner Lebensaufgabe, Stilblüten zu Ikebana zu arrangieren. Sein Witz ist von ausgesuchtem Raffinement: »Der Dusch- und Badegel ist ein besonders widerwärtiges Tier«, seine Sprachkritik messerscharf: »der Scheibenwischer wischt Scheiben, der Gabelstapler stapelt keine Gabeln« und seine literarische Kritik unbestechlich: »Leute, die so formulieren wie Hitler, bleiben schon deshalb weit vor den Toren des Pantheon« – wo er sich, wie man beweisen kann, mit Johannes Gross viel zu sagen hätte.

Man soll nicht glauben, es ginge um Sprache, es geht immer noch um die Instrumente der jahrhundertealten Unterdrückung der ungebildeten Stände. Denn diese bildungsprotzige Schönschreiberei ist allein dazu da, den förmlich rassischen Vorrang von ein paar selbstgekürten Pegasus-Herrenreitern zu behaupten und Politik durch schlechten Geschmack zu vermitteln. Dabei besteht Bildung hier bestenfalls daraus, völlig irrelevante Fragen unter Mobilisierung des Schulwissens nicht zu

lösen, dies aber auf eine Weise zu tun, die einem selbst brilliant erscheint. Der Sinn dieser Bildung ist, Gegenwart zum Verschwinden zu bringen, indem man sie zum Centerfold sublimiert, und er besteht weiter in der Deklassierung der Nicht-Wettbewerbsfähigen, die sich durch Volkshochschulen Bildungsprestige erschleichen könnten, um in die Konkurrenz eines Wissen-ist-Macht-Kampfes mit Gross einzutreten. Nur: Was soll Bildung, wenn sie nicht jene »Bewußtseinserweiterung« einschließt, von der Gross sagt, sie bedeute die »Ausdehnung der Ignoranz und der Inkompetenz auf Bereiche, von deren Vorhandensein es zuvor keine Ahnung gab?« Was soll Kultur, wenn sie folglich nicht anleitet, gegen Gross kompetent zu werden?

Neben seiner Sprache gibt es auch sonst keine Schweinerei, die es bei Gross nicht gibt: Freiheit durch Hochrüstung, Ressentiment gegen Ausländer, Chauvinismus gegen Frauen, Mehrheiten wie die Bewohner der Dritten Welt und Minderheiten von den Arbeitslosen bis zu den Behinderten. Alternative sind für ihn vor allem schlecht gekleidet, Ausländer erschreckend undeutsch und das Proletariat ist eine Versammlung von Proleten. Gegen all diese kämpft er als tapferes Aufschneiderlein mit dem Pomp seiner mundgemalten Prosa als Sprachrohr für Kommunistenhaß, Revanchismus, Deklassierung Anders-Gebildeter und Minderreicher, Degout vor engagierten Studenten, Demonstranten, Pazifisten, fast allen Künstlern der letzten dreißig Jahre, Futorologen, Umweltschützern, Sozialarbeitern, Volkshochschulen, Gesellschaftskritikern... in seinen Worten: gegen die »Sinndeuter des Sozialen«, die »Volltöner«, die »Leicht- und Linksgläubigen«, die »Illiteraten«, »linken Moralisten« und »einfältigen Hochrechner«, den »Club Mediocrité«, die »Viertelintellektuellen«, »grämliche(n) Volksfürsorger« und »Miesmacher«, die »Kultgemeinden des Friedens und der Natur« und die unbürgerlichen Alternativen, »die die Seife so verabscheuen wie das Grundgesetz«. Ihnen empfiehlt er nach Cagliostros Ausspruch, seine Wirkung liege »in herbis, in verbis, in lapidibus« das »Motto: Gras freß ich, Großmaul bin ich, Steine schmeiß ich.«

Wer, außer der »FAZ« und ihren Plantagenbesitzern mit Geld-Appeal, fühlt sich vertreten durch solche Ressentiments? Wohl nur die schon Gefallenen, die Opfer der »FAZ« jene gläubige Arbeiter- und Angestelltenschaft, die sich die Interessen des Machtadels zueigen gemacht hat, bestenfalls um dabei zu sein, wenn man ihren Kaufpreis festsetzt. In diesen Kreisen gelingt es Gross, die Bewegungen der Wirtschaftswachstumskurve als Parabel allgemeinen irdischen Glücks zu propagieren.

Und das wiederum geht nur mit einem gewissen Aufwand an Seele, weshalb Gross flunkert, in seinen Aufzeichnungen gebe es »keine bündige Ansicht der Geschichte, keine feste Anschauung von Welt- und Zeitläuften; vom Sinn des Lebens keine Spur; nur eine Seele«. Das Gegenteil ist der Fall, in allen Punkten. Man kann nämlich nicht so viele Gruppen, Schichten und Nationen auf einmal deklassieren, ohne sich mit der 'Seele' auf Kriegsfuß zu stellen und sich eine Verfassung im Chauvinismus zu geben. Nicht, daß er keine Verzweiflung kennt und anerkennt, kann man Gross zum Vorwurf machen (denn dabei handelt es sich um einen Defekt, den man im Hinblick auf seine Familie bedauern könnte), sondern daß er daraus ein moralisches System gewinnt und verordnet, das den Einzelnen nach den Gesichtspunkten seiner Rentabilität und Effizienz würdigt, um ihm diese als »Freiheit« zu verkaufen. Gross ist Demagoge, ist Propagandist, was er zu sagen hat, enthält die stärksten Einwände gegen die Demokratie, die in der westdeutschen Publizistik im Augenblick zu haben sind. Wer ihn ernst nimmt, erhält den autoritären Staat des Oligarchen, seelisch zusammengehalten durch das klassische Gespann von Völkerhaß und Optimismus. Aber wen wird das schon erstaunen: Wenn die Demokratie eine wäre, wären nicht Leute wie Gross und Dregger stolz auf sie.

Ressentiment und Verachtung blockieren jedoch den Erwerb aktuellen Allgemeinwissens. Gross tut kenntnisreich, ist aber nur zu oft nicht oder schlecht informiert, weshalb seine Zustandsbeschreibungen oft so falsch sind wie seine Interpretationen und Prognosen: Umweltverschmutzung ist irrelevant, denn schon Seneca floh aus dem dreckigen Rom, Faschismus existiert nicht mehr, er »lebt nur noch weiter als Gespenst in wirren Konventikeln und als Denunziationsvokabel der Kommunisten«, »Ausländerfeindlichkeit gibt es nicht«, sie ist eine »gigantische Lüge«, von Leuten in die Welt gesetzt, um dem eigenen Gewissen »Prestige zu verschaffen«. Unglücklicherweise straft sich Gross selbst Lügen: Faschismus und Ausländerfeindlichkeit gibt es zur Genüge in seinen Texten.

Bei der Zollkontrolle, schreibt er, behindern Reisende aus exotischen Ländern, die von »unserem« Geld 1. Klasse reisen, die schnelle Abfertigung. Deshalb sollte man einen eigenen Schalter für Deutsche einrichten: »Wer in die eigene Heimat zurückkehrt, will nicht anstehen müssen wie irgendwer.« Ein andermal stellt er mit einem Freund fest, »der wahre Feind« seien »die Entwicklungsländer«, die man sich doch, verbündet mit dem Osten, »als Rohstoffbasis unterwerfen« könne. Jetzt die anderen Gruppen: »Kleine Leute« zeigen auf Dienstreisen »entmenschte Charaktere«; wenn man die Geschichte der Juden einmal »sub spezie aeternitatis« schreibt, »wird nicht die Verfolgung hervorragen, sondern die Duldung«, und »Homosexualität ist für mich nichts Minderes im Sinne eines moralischen Unwerturteils, aber doch im Sinne des Unvollkommenen einer menschlichen Verfassung, die zwar zum Bestand des Menschlichen gehört, aber zu seinem Fortbestand nicht beiträgt« – und damit sind wir nicht einmal bei den Gruppen mit abweichender politischer Gesinnung.

Es kann nun so aussehen, als ginge es – ironisch, ironisch – nur um die Neuregelung der Zollabfertigung, um eine neue Sicht der Dritten Welt, der Homosexuellen. In Wirklichkeit regt Gross einen staatlich getragenen Rassismus an, der erst die

Werte feststellt – Fremde, Arme, Schwule schlecht – und im nächsten Zug fordert, Entwicklungshilfe zu unterlassen und in der Dritten Welt endlich den militärischen Gegner zu erkennen. Gross macht mögliche Kriege attraktiv, indem er sie aus der Alltagserfahrung ableitet. Er erwischt den Bürger bei den kleinen Unpäßlichkeiten des Alltags und bietet überall als erste Hilfe Waffen, Gesetze, Ausgrenzungsparagraphen an und dahinter Polizei und Militär.

Darauf festgenagelt, nennt er das ganze 'Ironie', beklagt sich, nicht verstanden zu werden. Aber alle Ironie kennt einen positiven Grund ihres Verweisens, und der ist auch bei Gross ganz unironisch. Er bedient sich dieses vorgeblich uneigentlichen und tatsächlich viel eigentlicheren Sprechens wie sich der Politiker seiner bedient, wenn er sich nicht traut, es geradewegs auszusprechen. Es klappt so noch viel leichter, auch Dregger braucht doch nur zu sagen: Wir haben ein Ausländerproblem, und das Volk versteht von ganz allein: Ausländer raus! Mit anderen Worten: Gross ist für die Abschaffung demokratischer Reste, aber er will es nicht gesagt haben.

Ironie kommt nicht mehr ans Ziel. Homosexualität »unvollkommen« zu nennen, weil sie nicht Kinder macht, das überträgt die Klassifikationen der Leistungswelt auf das Geschlechtsleben. Es ist ein im Kern faschistisches Prinzip, das auch auf den Sex zwischen unfruchtbaren Paaren anwendbar ist, faschistisch nicht nur, weil es Lebenszeugung zum obersten Wertkriterium einsetzt, sondern auch durch den Standpunkt der Klassifikation, das Unternehmen, zwischen die Laken zu kriechen, um zu beurteilen, ob hier zum »Fortbestand des Menschlichen« beigetragen wird.

Das Beispiel zeigt: Was Gross als Kritik ausgibt, ist eine Aufforderung zur verschärften Affirmation, zur Gleichschaltung des politischen Bewußtseins wie des Geschlechtslebens, ihr Ziel ist die Verschärfung der Unterwerfung: vom Gehorsam zum Kadavergehorsam. Der Rest ist Wassertreten, die Kritik der modernen Architektur und der Kritik der Architektur und der Kritik der Kritik, die leichtest zu habende Überlegenheit. Wo sie nicht bloß Überheblichkeit markiert, die als Sendungsbewußtsein des Portemonnaies auftritt, da feuert sie militant, als antidemokratisches Geschütz.

Und so etwas soll inmitten der harmlosen Wochenendbeilage der »FAZ« aufgerichtet werden? Gerade. Eben diese feuilletonistische FKK erlaubt es, Politik mit Lebenskunst arglos zu verbinden und aus dem vermeintlich unpolitischen Lebensraum Argumente dafür zu entwickeln, daß die Erfüllung jedes demokratischen Rechts ein Luxus, ein unberechtigter Anspruch, eine Zumutung ist. Aber schließlich kommt auf beiden Seiten dasselbe heraus. Mit Glanzbild-Dokumentationen so bewegender Gegenstände wie laubgesägte Adventskalender aus Astrachan oder Verpackungsdesigns altindischer Sittichkräcker seift man Leser ein, die die reaktionäre Botschaft nicht minder chic finden, die Gross bereithält: Die »paritätische Mitbestimmung« nennt er »Nonsens«, die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag die »größte Eselei der deutschen Nachkriegsgeschichte«, er bedauert die geringe Sichtbarkeit der Armee in Deutschland, die mangelnde nationale Freude über das Terroristen-Blutbad von Mogadischu; er ärgert sich über sämtliche Sozialleistungen des Staates; Verbraucherschutz, Mitbestimmung, Ausbildungsreform, Umweltschutz sind »mit der Marktwirtschaft schwer zu vereinbaren«. Die schlechte Folge des Behindertenjahrs: jetzt kennen alle die Vorteile, behindert zu sein; die schlechte Folge der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: jetzt kennen sie die Vorteile der Krankheit; die schlechte Folge der Chancengleichheit: »kein Zweifel«, daß sie »für die Kranken, die Alten, bis zum Ende gedacht, nichts Gutes bedeutet.« Bis zum Ende gedacht. Die schlechte Folge des Sozialstaats: »Angst« und »Furcht« als Leistungsmotivationen verlieren an Schärfe, die schlechte Folge der Sozialarbeiterschwemme: »Die Not selbst ist ein gesellschaftliches Bedürfnis geworden: Notleidende müssen gefunden werden, damit die Wohltäter ein Opfer haben.« So gelingt es ihm zuletzt, die sozialen Leistungen des Staates insgesamt als anti-liberales Eingreifen in die Freiheiten des Einzelnen zu bezeichnen, womit, wohlgemerkt, die Freiheit des Einzelnen zu verhungern gemeint ist.

Nicht bei Rüstung, Polizei, Bundesnachrichtendienst, aber wo es um Sozialleistungen geht, kann sich Gross die vollständige Zurücknahme des Staates vorstellen: »Der Staat, der sich selbst auf ein Minimum reduziert, beseitigt Ansatzpunkte von Protest und Unzufriedenheit. Auf eine Verfassung, die es nicht gibt, kann sich niemand berufen.« Solange es sie noch gibt, könnte man sich auf sie gegen einen Verfassungsfeind Gross berufen, der der Alleinherrschaft der Wirtschaft zentrale Rechte der Demokratie opfert und sich daneben nur ein starkes Heer zur Verteidigung gegen Demonstranten und den »üblen Kommunismus« wünscht. Deshalb beantwortet er Störfälle bei Demonstrationen mit dem Ruf nach Gesetzesänderungen, nennt aber das Interesse an Wirtschaftskriminalität allein »ideologisch«.

Stellt sich Gross also ernsthaft, fragt man sich, einen Staat vor, der seine Ärmsten nicht schützt? Aber was heißt ernsthaft bei einem Mann, von dem es nur lächelnde Bilder gibt? Immerhin hat er einen positiven Beleg für die Vorzüge seiner Staatsideen aufgetan. Und wo? In Bangkok, wo westliche Politiker in der Regel alles andere suchen als politische Modelle. In Bangkok, weiß Gross, gibt es kaum Arbeitslosigkeit, weil der Staat keine Arbeitslosenunterstützung zahlt. Eine der netten Folgen: »In Tempelbezirken wird im Stehen eine Schnellmassage verabfolgt, andere Dienstleistungen brauchen die Dunkelheit und das wegblickende Auge der Polizei. Das alles hat seinen Charme, der unserem griesgrämigen Sozialsystem abgeht.« Diesselbe »FAZ« also, die sich nicht genug tun kann, Aids-Kranke der Überwachung zu überstellen, Pornographie und Bordelle zu bannen, die empfiehlt zum Wochenende die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung, weil dann so folkloristisch charmante Erscheinungen wie die Prostitution auftauchen, die in Bangkok auch schon mal Fünfjährige mit zerfetztem Anus, zerrissener Scheide hinterläßt. Alles, damit häßliche Deutsche wie Gross, den Reiz des Landes an seiner

Bereitschaft zu jedem Liebesdienst messend, im Tempel stehmassiert, im Dunkeln härter noch bedient, nach Hause fahren und ihr schönstes Ferienerlebnis mit priapistisch dauereregierter Goldfeder der »FAZ« rapportieren. Hier, wo es um den Schutz von Kleinkindern, den Schutz der Menschenwürde geht, hier kann sich ein lächelnder Gross sogar »das wegblickende Auge der Polizei« vorstellen, das er zuhause nur im Fall von Wirtschaftskriminalität toleriert, woraus einzig der Schluß erlaubt ist, daß es sich bei Thais ohnehin um Menschen handelt, die durch Dienstleistungen an »FAZ«-Kolumnisten nur geadelt werden können – Dritte Welt, drittklassige Menschen eben.

Dabei kommt im inneren Haushalt von Johannes Gross der Begriff der Würde durchaus vor, nicht zufällig aber hat er weitläufig mit dem Krieg zu tun: »Ob es möglich ist, einer Menschheit begreiflich zu machen, für die der Weltfriede das summum bonum ist, daß diesem obersten Gut zuliebe die Wahrheit, die Tapferkeit und noch so vieles andere geopfert werden muß, das die Würde des Menschen ausmacht?« Diese Menschheit wird also zuerst ausgewrungen, prostituiert, verelendet, und anschließend soll sie sich bereit finden, zur Erhaltung dieses Zustands ihr Leben zu lassen, und zwar um was zu retten? Die Ausbeuter und ihre Beute und für sich selbst die Würde, die für Gross zwar kein Individuum besitzt, sofern es arm, freisinnig, kritisch, leistungsunfähig, emanzipationswillig ist, die es aber im Augenblick zurückerhält, wo es in die letzte Schlacht für die Wirtschaft geht, die Gross als napoleonischer Hartbrandwichtel anführt – eine Schlacht wohlgemerkt, die wie immer für ideelle Werte wie Frieden und Freiheit geführt wird. Deshalb ist es für Gross eine Bosheit der Armen wenn sie die Gesundheit der Wirtschaft partout nicht am eigenen Leibe fühlen und nicht für die Freiheit kämpfen wollen, die sich an den Gewinnen der Konzerne bemißt.

Der Krieg reguliert sehr deutlich das Weltbild des Johannes Gross, ihn propagiert er mehrgleisig: mit eigenwilliger Geschichtsschreibung, großflächiger Feindmarkierung und entschiedener Pazifismuskritik. Zunächst gilt es, den schlechten Ruf von Kriegen zu korrigieren, indem man sie um das Mißliche verkürzt. So schreibt er über Hiroshima und Nagasaki, »daß die Atomschläge mit Krieg und Soldaten nicht viel mehr zu tun hatten als Hitlers Ausrottung von Juden: Massenverbrechen, von Zivilisten ausgedacht und befohlen.« Einerseits falsch, andererseits nicht unbescheuert: Wenn man die Definition eines Krieges daraus ableitet, welchem Berufsstand seine Vordenker angehört haben, dann gehört der Zweite Weltkrieg in die Kunstgeschichte, und echte Kriege hat es bisher kaum gegeben. Selbst ein Zivilist und verhinderter Vor- und Nachdenker, hat der Kolumnist eine ganze Reihe möglicher Kriege in petto und suggeriert etwa, die USA hätten auf Afghanistan mit dem »Griff nach Kuba« antworten sollen. Zwischen Dachgarten-Design und Rätselecke aus dem »FAZ«-Magazin schauend, möchte Gross Blut sehen, Bomben werfen, Städte zerstören, den Endsieg der westlichen Wirtschaft inszenieren: »Was für Pazifismus gehalten wird, ist hingegen nur Feigheit mit Sozialprestige«. Dieser Idee ist alles zugeordnet, was er denkt, deshalb werden Kultur und Kulinarik gleichermaßen zu Waffen oder zu Pausenzeichen zwischen den Schießbefehlen.

Schöne, vorbildliche westliche Welt ! Allein in den USA leben laut der unverdächtigen amerikanischen Bischöfe 35 Millionen in Armut, aber Gross scheint »der Massenwohlstand« in der westlichen Welt »nirgends ernstlich in Gefahr«. In Indien werden Kinder nach der Geburt von ihren Eltern verkrüppelt, um glaubwürdiger betteln zu können, aber Gross nimmt in Indien nur einen »prinzipiellen Optimismus« wahr, der »einhergeht mit einem Aufschwung einheimischer Technologie«. In Teilen Indonesiens liegt die Lebenserwartung unter 45 Jahren, weil angefangen von Nahrungsmitteln bis hin zur medizinischen Versorgung alles fehlt, was selbst Indonesier zum Leben brauchen, und an jedem Ortseingang warnt ein Schild: »Zwei Kinder sind genug!«, aber Gross weiß: »Die kinderreichen Nationen, denen wir fortwährend Armut, unvermeidliches Elend prophezeien, denken selbst an nichts dergleichen.«

Warum rät er nur, trotz soviel Optimismus auf Seiten der Eingeborenen, die vielleicht immer noch mit Feuerwasser und Glasperlen zufrieden wären, warum rät er nur trotzdem von Reisen in die Dritte Welt ab? Ach ja: Der »Charme der Entwicklungsländer« wird »stark überschätzt«. Während er sich mit einem Freund verständigt, »Champagner ist ein schrecklicher Dickmacher«, darüber reflektiert, ob die Farbe des Anzugs zum Sitzpolster des Wagens passen muß und, »auf die Gefahr hin, mich gesellschaftlich zu isolieren«, feststellt: »Die Zigarren von Davidoff sind nicht immer die besten«, hat Schwarzafrika nicht einmal ein Wort für 'Dickmacher', aber die Tuareg geben den Dürreperioden Namen wie »Vergiß deine Frau« oder »Verkauf deine Kinder«, ebensowenig hat dieser Kontinent Anspruch auf modische Farbenspielereien, geschmackvolles »Meublement«, Küche von »Distinktion«, dafür ist es in seinem Sterben immerhin 'gesellschaftlich isoliert' und wirklich ohne »Charme«. Es gibt eben, wie Gross weiß, »Leute, die Probleme und andere, die Konversation haben. Ein wichtiges Element der Selbstschonung – die Problemträger unter sich lassen.« Ein wichtiges Element der Aufklärung – Leute, die solche Konversation haben, nicht unter sich lassen, ihnen Probleme machen.

Aber Vorsicht: Die Etiketten für diejenigen, die sich trauen, sind schon gedruckt. Was Gross beim Genuß dieser Welt nämlich am meisten stört, die außer dem Sozialismus kein wahres Übel kennt, sind Leute, die das Recht der Meinungsäußerung nicht nur feiern, sondern auch in Anspruch nehmen. Bereits die Unterschriftensammlung zur Streichung des Schwulen-Paragraphen 175 nennt er eine »Zusammenrottung von Meinungsträgern«, Gesellschaftskritik tendiert zu einer Form von »Terrorismus« zu werden, so wie auch bereits der Jubel französischer Sozialisten am Wahlabend (1981) »bedrohlich(e), ja terroristisch(e) Züge« hat, eine Opposition außerhalb des Parlaments »nicht bloß außerparlamentarisch« ist, sondern »extralegal« und die deutsche Gegenwartsliteratur seit dreißig Jahren ein

»Denunzieren« der »Realität« des »Wohlstandslandes« BRD betreibt, denn »Trübsinn würzt den Genuß des Wohlstandes« .

Man bekommt allmählich genug, aber die »FAZ« kann gar nicht genug bekommen. Da keine Katastrophe katastrophal und keine Kritik legal, braucht der Staat auch keine positive Bestimmung, er muß nur die Reibungslosigkeit wirtschaftlicher Prozesse sicherstellen. Deshalb ist Politik für Gross ausschließlich Mechanik, Taktik, Strategie; er denkt nicht über Macht nach, sondern über Machteffekte, nicht über Demokratie, sondern über Sozialtechnik, nicht über »Ruhe und Frieden«, sondern darüber daß das Volk »zu seinem *Funktionieren* Ruhe und Frieden braucht.« Er entrüstet sich nicht, er kalkuliert die Funktion der Entrüstung und rät der CDU gegen die Opposition: »Entrüstung, wenn nötig, vorgeben.« In dieser Weise kennt er elementare Dinge nicht als Inhalt, sondern als Funktion: »Antifaschismus kommt notwendig den Linken zustatten«, der linke Hitlerwiderstand war allein parteistrategisch, die Emigranten wiederum wurden, so Gross, durch den Hitlerwiderstand »vitalisiert, hatten endlich einen Feind«, und die Judenvernichtung kritisiert er nicht zuletzt darin, daß sie sich »ohne Bezug auf ein politisches Interesse« vollzog. Das hätte er besser wissen können. Denn wie er an den USA lobt, sie hätten durch den Antikommunismus Selbstbewußtsein und Prestigezuwachs erhalten, teilt er selbst sich mit Hitler das Prinzip der funktionalen Feindmarkierung.

Das Faszinierende daran ist, er weiß um die Farce der Demokratie, in der Koalitionen als »Dauerpakte« bestehen, Parlamentsentscheidungen nur einstimmig fallen und die ganze Institution den Charakter einer Großen Koalition hat, er ist vom Formalismus einer demokratischen Regierung überzeugt, macht aber durch seine Apothese jede qualitative Bestimmung einer sogenannten freiheitlichen Staatsform unmöglich. Sein Gegner ist noch derjenige, der auf dem Boden der Verfassung Restrechte der Meinungsäußerung, der alternativen Lebensführung in Anspruch nimmt, sein Gegner ist jene 'Minderheiten' genannte Mehrheit der Unterprivilegierten, ist die Masse der aus Naturursachen und von Staats wegen zu Opfern Erklärten, ist das Nutzwild der Wirtschaft, das er zum Gegner ausruft, sobald es sich selbst zu erkennen sucht.

Gross nennt Feinde, er verurteilt sie, er fordert das Recht auf Exekution: »Wer Moral sagt, will richten, wer richtet, will vollstrecken lassen.« Auf der Basis seiner rechtsradikalen Staatstheorie ist der Moralist Gross ein Henker, der Kapital und Kultur rhetorisch einsetzt, um Individuen erst auf Funktionsträger zu reduzieren und sie dann materiell und ideell unter das Lebensminimum zu drücken. Gross ist das blutige Mundstück radikalkonservativer 'Eliten'.

konkret 05/90, S. 53

Hermann Peter Piwitt

Unterm Strich: Ekel, Trauer.

»Krise des Sozialismus für Befreiungstheologen kein Grund zum Jubel«
Frankfurter Rundschau

Was Sozialismus sei, glaubte vor Monaten nicht mal mehr Gregor Gysi zu wissen. Ich dachte bisher, Sozialismus habe etwas zu tun mit dem Verlangen aufgeweckter Menschen, angesichts gemeinsam erarbeiteter Erträge auch hinreichend gemeinsam über deren Verwendung zu entscheiden. Also, ohne daß sich erst einer das Erarbeitete aneignet und dann reinvestiert *nicht* nach dem Gesichtspunkt des Nutzens, sondern allein nach dem des größten Gewinns. Ich habe das '68 gelernt. Unter anderem von dem Kollegen Peter Schneider. Inzwischen lächelt er etwas mitleidig, etwas belästigt, bestehe ich ihm gegenüber auf der einen oder anderen seiner Wahrheiten von damals. Hinterlassen die Tours d'argent durch die Goethe-Institute ihre Spuren? Immerhin ist er unter den Windhunden noch einer der sensibelsten. Kürzlich sagte er: Ein Linker, der jetzt nicht in der Krise ist, ist ein Idiot.

Wahr. Wahr wie der Satz: Wer bei dreißig Grad minus im Hemd nicht friert, mit dem ist was nicht in Ordnung. Mir gefällt nur nicht, wie uns auch die *Art* dieser Krise eben gleich mitverordnet wird. Ich denke, jeder von uns hat mindestens eine Träne zerdrückt bei der Öffnung der Mauer, sagte kürzlich jemand und blickte dabei vereinnahmend in eine beifällige Runde von 40 Autoren. Ich habe keine Träne zerdrückt. Und schon gar nicht zu »Sylvester am Brandenburger Tor«: Was da menschlich zusammenschwappte, war gerade so verludert wie bis dato die von der SED aufgebotenen Jubelkolonnen zu Jahrestagen und 1. Mai-Feiern.

Aber Krise, wie gesagt, denn doch. Ekel vor der Art, wie das Wahlergebnis vom 18. 3. mit Zuckerbrot und Peitsche aus dem Westen erpreßt wurde. Ekel davor, wie die eben Befreiten ihre Befreier, die Frauen und Männer vom »Bündnis 90«, ins Abseits wählten. Und Ekel davor, wie die CDU-Ost/West bis eben zu verhindern versucht, daß ihre Volkskammer-Abgeordneten auf eine mögliche Stasi-Vergangenheit überprüft werden. Ekel vor Kollegen hier, die früher fürs Jubeln kassierten und nun mit ihren Widerrufen hausieren gehen. Und Ekel vor so manchem unentfalteten Gesicht, das uns anhängen will, wir hätten denen drüben den Sozialismus zu machen auferlegt, während wir es uns selbst, hier, hätten wohl sein lassen. Als ob sie wirklich so dumm wären, nicht zu wissen, daß der Markt hier, unbekümmert um Qualität, traditionell und unmißverständlich Autoren ausgrenzt, die in kommunistischem Verruf stehen; und zwar mit allen in der Regel beinharten materiellen Konsequenzen.

Ekel. Und Trauer. Aber Trauer, lese ich eben in einem sonst blitzgescheiten Kommentar Uwe Timms in der DVZ, Trauer sei kein politisches Programm. Und muß es das denn sein? Geht es nicht auch einmal für einen Moment ohne das? Muß es immer gleich weitergehn? Seltsame Betriebsamkeit: Den »Anschluß« nach Artikel 23 wünscht im »Stern« das ehemalige DKP-Mitglied Struck; den Begriff selbst verweist sie ins »Wörterbuch des Unmenschen der zur PDS aufpolierten SED.«

Als ob nicht auch ersteinmal etwas kaputtgegangen wäre; Scherben, in denen es sich erstmal wieder zusammenzusuchen gilt, Scherben auch des eigenen Ich! Kaputtgegangen. Und wissentlich ruiniert von jener dritten Garnitur von Kommunisten, die Hitler und Stalin überlebte. Und – eve of destruction – nun weitere Verwüstung anheimgegeben ohne Ende: Timmendorf auf Poel in der Wismarer Bucht: Ein Fischerort wie auf alten Fotos in den »Blauen Büchern«. Und während man noch stillhält in diesem Bild, an diesem Wintertag auf der Mole, still, als wollte man Wild nicht aufschrecken, eine Frau, eine Einheimische, gallig: Na, machen Sie schon Pläne für den Yachthafen? – Schwerin (was immer da instandzusetzen wäre an Wohnungen, Fassaden): ein Zentrum, wie geschaffen zum Kaputtsanieren nach Maßgabe von Disney und McDonalds. Verschonte Landschaft ringsum. Alleen, Alleen ... Kastanien, Linden, endlos. Und dazu die Stimme aus dem Radio: daß es nun gelte, den Ausbau des Verkehrsnetzes zügig in Angriff zu nehmen. – Und dann durchstoßen zur Wolga? (Das Kopfsteinpflaster kommt dann nach Pöseldorf).

Ekel, Trauer. Und Groll gegen sich selbst, ja. Groll darüber, sich selbst nicht gründlich genug kundig gemacht zu haben über das *ganze* Ausmaß der flächendeckenden »Staatssicherheit« und der Verwüstungen im Süden des Landes, rackernd befaßt wie wir waren mit dem, wovon hier nicht minder flächendeckend geschwiegen wurde: den weit fürchterlicheren Schweinereien, die auf der Erde jenes Wirtschaftssystem zu verantworten hat, dem wir einverleibt sind.

Ekel, Trauer, Groll. Trost? Daß es schon mal was sei, daß es mit dem Erstversuch in Sachen Sozialismus überhaupt *solange* hat »gutgehen« können? Daß die Bourgeoisie (Fülberth erinnerte vor Monaten daran) seit den oberitalienischen Republiken jahrhundertlang (Sklavenhandel, Kolonialismus, zwei Weltkriege, Faschismus) Experimente ganz anderen Kalibers nötig gehabt, eh sie verläßliche Mehrheiten für sich hat rekrutieren können?

Hm. Stimmt. Aber jetzt ist es erstmal dreiuhrdreißig in der Nacht, und noch vor zehn Jahren rauschte um diese Zeit der Hof unten auf von den Stimmen hunderter Vögel. Jetzt kaum mal eine verlorene Amsel. Und die Störche ab nach Sachsen. Aus dem Abschiedsbrief von Dieter Gütt: »Den Deutschen ist nicht zu helfen ... Und ich bin ihr Teil.«

Ich ersetze in Gedanken das Wort »Deutsche« durch »Killer-Spezies« und – Und? »Na, spring schon!« Gut. Aber dann alle aufeinmal. Flächendeckend. Ja?

konkret 05/90, S. 54

Michael Scharang

Literaturtratsch

»Der Versuch von Autoren, Essays zur undifferenzierten Beschimpfung von Kollegen zu mißbrauchen, hat in Österreich leider Tradition« schrieb Bettina Steiner in der kommunistischen »Volksstimme« über den folgenden Text, den der Autor im Rahmen von »Literatur im März« im Wiener Künstlerhaus vorgetragen hat

Alte Volksweisheit besagt: Wenn's donnert und blitzt im Mai, ist der April vorbei. Neue Volksweisheit hat erkannt: Hau im Fasching über die Schnur, im März gibt's eh nur Literatur. Davon aber viel und in vielerlei Gestalt. Und um die Menschen nicht unvermittelt mit ihr zu konfrontieren – die Kunst soll bekanntlich so leise ins Volk getragen werden, daß dieses nichts davon bemerkt – und um die Menschen der Literatur wohlgesonnen zu stimmen, gingen in diesem März den Literaturveranstaltungen eine Unzahl von Literaturpreisveranstaltungen voraus.

Literaturpreise sind ein zweischneidiges Schwert: mit der einen Schneide wird der Autor geadelt, mit der andern wird ihm der Kopf abgeschlagen. Mit Preisen versucht die etablierte Macht, die öffentliche wie die private, den Künstler, sofern er nicht ohnehin bereit ist, der Macht zu Diensten zu sein, vor seinem Publikum und vor der Bevölkerung zu desavouieren, indem man ihm bei einem Festakt Geld zusteckt, das er dringend braucht, um seine Arbeit gegen jene Macht fortsetzen zu können.

So ein Festakt ist immer auch ein Racheakt an der Kunst. Nein, nicht immer. Es gibt auch von dieser Regel Ausnahmen, und die seit langem glänzendste ereignete sich dieser Tage, als eine Vertreterin der jetzigen, unvollkommenen Ordnung einem Vertreter einer kommenden, vollkommenen, weil menschenfreien Ordnung den großen österreichischen Staatspreis für Literatur überreichte. Oswald Wiener heißt der Vertreter. Er gehört jener Sorte österreichischer Genies an, denen nicht an Lösungen, sondern an Endlösungen liegt. Beschieden die Vorläufer sich mit der Endlösung der Judenfrage, steuert Wiener die Endlösung der Menschheit an: »Es ist ja schon fast so weit, daß das einzelne Erlebnis fast nichts mehr wert ist. Wenn eine völlig mechanische Einschätzung des Menschlichen durchgedrungen ist, wird sich das natürlich verstärken. Unter dem Druck der Überbevölkerung wird man, wenn zum Beispiel einer gestohlen hat, vielleicht sagen: Entweder wir operieren ihn oder wir legen ihn einfach still. – An diesen Dingen sehe ich nicht einfach vorbei, aber es macht nicht den Gegenstand meines Denkens aus. Ich bin eigentlich technisch an der Machbarkeit der Sache interessiert.«

Daß der Mensch noch immer keine Maschine ist, läßt Wiener keine Ruhe, und er versichert, wann immer die Welt ihm ihr Ohr leiht, sein ganzes Interesse gelte der künstlichen Intelligenz. Ich habe ihm das nie abgenommen, habe hinter jenem Interesse ein viel simpleres, ganz persönliches Motiv vermutet. Hat Wiener, der sich seit Jahrzehnten Schriftsteller nennt, erkennen müssen, daß seine normale Intelligenz zur Bildung eines einfachen Satzes nicht ausreicht? Einiges spricht dafür. Über seine Frühzeit sagt Wiener: »Ich war nie Metaphysiker, aber die Seele, das Haben von Einsichten galt mir als das, was das Leben wertvoll macht.« Und über die Jetztzeit: »Jedenfalls mache ich seit vielen Jahren Selbstbeobachtungen an mir selbst (...)«

Sprachliche Kostbarkeiten wie das Haben von Einsichten oder die Selbstbeobachtung an sich selbst, bislang dem Sprachgefühl populärer Wiener Zeitungskolumnisten vorbehalten, haben dank Oswald Wiener endlich auch Eingang in die österreichische Staatspreisträgersprache gefunden.

Als Preisverleiher tritt übrigens nicht der Staat auf – so verrottet kann kein Staat sein – , sondern eine Organisation, die bereits mit ihrem Namen die Kunst schändet, der Kunstsenat. Was mich ruhig Blut bewahren läßt, ist einzig der Umstand, daß ich tatsächlich jener Maschinenmensch bin, von dem Wiener nur träumt, und daß ich deshalb, wenn ich mich selbst beobachte, deutlich zu sehen vermag, daß es sich bei der Intelligenz des Kunstsenats nicht um eine künstliche, sondern um eine verkalkte handelt. Typisch übrigens für den Kunstsenat daß er meinen Vorschlag abgelehnt hat, das Lebenswerk meines Lieblingsdichters Kukacka mit einem Preis zu würdigen, jenes Lebenswerk des ehemaligen Kuruzzenführers und jetzigen Generalsekretärs der österreichischen Volkspartei, das aus dem einen Satz und in der tiefen Einsicht besteht, die SPÖ schmücke ihren brennenden Hut mit fremden Federn.

Des Tratsches zweiter und positivster Teil

Um in diesem März den Schnitt von einer Verleihung pro Tag halten zu können, wurden zwei Würdigungspreise vergeben, was aber die Zeitung »Die Presse« nicht akzeptieren kann. Sie bittet den einen Preisträger, Gerhard Roth, zu einem Gespräch, findet es jedoch nicht der Mühe wert, vom andern, Gernot Wolfgruber, auch nur den Namen zu erwähnen. Vielleicht weil Wolfgruber in einigen seiner Bücher Arbeiterdasein darstellt und »Die Presse« nun fürchtet, er könnte ihr, wie es ihr gebührte, ein Glasaug spucken.

Stattdessen spuckt Gerhard Roth seinen Kollegen eins. Skeptisch, so jubelt die interviewende Journalistin, stehe Roth jener Künstler-Generation gegenüber, der er selbst angehöre. Da spitze ich, ein Angehöriger, natürlich die Ohren und höre auch

schon Roth wörtlich: »Eine Generation der ewigen Söhne und Töchter, die in der Angst, so zu werden wie die Eltern, immer, auch noch mit fünfzig, in einer Oppositionsrolle verharrt, keine Verantwortung übernehmen will und stets Sorge hat, einmal nicht provokativ, avantgardistisch oder sonstwie zu sein.«

Ich möchte dennoch sonstwie sein und öffentlich erklären, lieber so zu werden wie meine Eltern, als mich aufzuführen wie der letzte Spießer, dem es nicht genügt, Opportunist zu sein, sondern der Opportunismus auch noch predigt und dabei als einziges kluges Argument das Alter aufzubieten hat, das dümmste aller Argumente.

Gleichwohl versuche ich, einmal im Leben Verantwortung zu übernehmen. Ja, ich trage sie sogar, trage sie hinauf auf den Kahlenberg, lege sie kurz ab, um zu rasten, da kollert die Sau den Hang hinunter, hinein in die Donau, und wieder stehe ich da, nur mit der Literatur und ohne Verantwortung und weiß nicht, wie ich's dem Roth sagen soll.

Des Tratsches dritter und bitterster Teil

Vor zwei Jahren, genau: am 10. Februar 1988, schrieb die österreichische Schriftstellerin Hilde Spiel dem Präsidenten der Salzburger Festspiele den folgenden Brief: »Sie haben mir die größte Ehre zugedacht, die einem seit vielen Jahrzehnten eng mit Salzburg und seinen Festspielen verbundenen Menschen widerfahren kann, mehr als das, eine der größten Ehrungen, die Osterreich zu vergeben hat: Sie haben mich dazu eingeladen, in diesem Sommer die Eröffnungsrede der Salzburger Festspiele zu halten. – Ich bitte Sie inständig, mir zu glauben, daß es mich zutiefst schmerzt, dieser Einladung unter den gegenwärtigen Umständen nicht Folge leisten zu können. Der Auftritt bei einem Festakt unter der Patronanz unseres derzeitigen Bundespräsidenten ist mir unmöglich. Ich darf annehmen, dies nicht begründen zu müssen. Es mag genügen, daß ich mich zu jener von Vizekanzler Mock als fanatische Minderheit bezeichneten Gruppe bekenne, die sich nach dem Bericht der Historikerkommission mit dem Verbleiben Herrn Dr. Waldheims in seinem Amt nicht abfinden kann.«

Hilde Spiel, eine Frau von Welt, hat niemals wahrhaben wollen, daß jenem Gangstersyndikat gegenüber, das sich österreichisches Kulturleben nennt, Vornehmheit und Zurückhaltung nicht angebracht sind. So hat sie vor zwei Jahren kein Aufhebens um ihre Zivilcourage gemacht.

Und sie wird auch heuer keins machen, wenn ein Kollege aus dem Ausland kommen wird, um in Anwesenheit Waldheims die Salzburger Eröffnungsrede zu halten, und wir, Kolleginnen und Kollegen der Autorin, werden darüber rätseln, was den Kollegen Havel aus Prag bewogen hat, Hilde Spiel das anzutun.

Des Tratsches letzter und lächerlichster Teil

György Sebestyen, Präsident des österreichischen PEN-Clubs, wendet sich in der letzten Ausgabe der Zeitschrift »Buchkultur«, dem Zentralorgan der österreichischen Nichtleser, an letztere und an mich: »Der Marxismus vermochte den magisch-mythischen Teil des Lebens niemals begreifen.« Ich hinwiederum vermochte den magisch-mythischen Teil Sebestyens niemals begreifen.

Und genau das ist es, was den Marxismus und mich dermaßen verbindet.

Des Tratsches Postscriptum oder
Der österreichische Intellektuelle vom Wurstl zum Würstl

Unmittelbar nach dem Krieg hat Österreich aus der Nazizeit, in der auch viele Intellektuelle ermordet und vertrieben wurden, auf seine Weise eine Lehre gezogen: Damit nicht wieder passieren konnte, was passiert war, ließ man einfach keine Intellektuellen mehr zu.

Das ging so bis 1968, dann jedoch begann neues Unheil. Aufgehetzt vom Ausland, sann eine Handvoll Jugendlicher, Studenten und Künstler auf Umsturz: Frech hoben sie den Blick und schauten mürrisch um sich. Die damalige bürgerliche Regierung, dieser Provokation nicht gewachsen, war froh, daß Kreisky mit seinen Sozialdemokraten für den Kriseneinsatz schon bereit stand.

Und wirklich, Kreisky bekam im Handumdrehen die Situation in den Griff, indem er am alten System eine geistige Öffnung anbrachte. Durch sie gehen nun die ehemaligen Rebellen als Kultur- und Geistesschaffende freudig aus und ein.

Im Schutz des neuen Kultur- und Geisteslebens wagten aber auch kritische Köpfe eine Existenz, so daß es gegen jede Vorsehung doch wieder Intellektuelle in Österreich gab – eine ungeheure Herausforderung an die Geschichte, sich wiederholen zu müssen. Wer aber würde ihr seinen Arm leihen? Es müsse einer aus den Reihen der Intellektuellen selbst sein, das war klar.

Manche tippten auf Nenning: Er, der Altintellektuelle, von Kreisky als Wurstel beschimpft und dieserart dem Spott der Neuintellektuellen überantwortet, würde ohnedies auf Rache sinnen. Dagegen sprach, daß der Wurstel einer kritischen

Tradition des österreichischen Volkstheaters angehört, die anderes im Sinn hat, als ausgerechnet kritische Intellektuelle mit Vernichtung zu bedrohen. Dazu bedürfe es wohl eines Würstels.

Endlich ist die Zeit der Ungewißheit vorbei. Einer ist vorgetreten und hat sich bereit erklärt, der Geschichte zu Willen zu sein. Er hat auch gleich einen Aufmarschplan vorgelegt. Wer ist es? Als Beruf gibt er an Philosoph und Publizist, als Alter Mitte 40, an Preisen hat er auch einen Staatspreis vorzuweisen, als Publikationen viele Aufsätze, tätig ist er freiberuflich und als Mitarbeiter des Rundfunks, wo er in freier Rede auf das zurückgreift, was er früher geschrieben hat, und dieserart geistig stagniert. Ja, es ist Franz Schuh – auch ich konnte es nicht fassen. Schuh, der Hochbegabte, der mit mit einmal die Leidenschaft teilte, mit dem Leib der Sprache öffentlich und um den Schandlohn des Zeilenhonorars zu kopulieren, bis uns dieser Leib seine Seele: den Gedanken anvertraute.

Diese Leidenschaft, das wußte ich, ist in Schuh erloschen. Sie war ihm einerseits zu verzehrend, andrerseits brachte sie ihm zu wenig ein. Das konnte ich verstehen.

Er zog sich aus dem Huren- und Zuhältergeschäft mit dem freien Wort mehr und mehr zurück in den geschützten Betrieb des Staats- und Kirchenfunks, wo es nicht um Wörter und Gedanken, sondern um deren Gegenteil, um Ausgewogenheit geht. Dort überzuckert er jeden Schmarren, den das Kulturleben serviert, mit seinen Pointen.

Warum auch nicht. Es ist keine Schande, wenn jemanden die inneren Umstände dazu drängen, sich den äußeren anzupassen und warum soll einer das nicht als Glück im Unglück empfinden.

Schlimm wurde es erst, als Schuh dieser Tage im Nachrichtenmagazin »profil« seine aus der Not erwachsene Tugend zum geistigen Programm erhob, das hauptsächlich darin besteht, diejenigen seiner Kolleginnen und Kollegen, die sich der Anpassung noch widersetzen, als moralisierende Deppen hinzustellen. Besonders schlimm, sich dafür einen Zeitpunkt auszusuchen, in dem die Rechte in Europa, stark wie nie zuvor, sich ohnedies anschickt, wieder einmal aufzuräumen.

Das Programm, das Schuh dem Establishment andient, um der eigenen radikalen Vergangenheit wegen nicht auch auf die Liste zu kommen, lautet: Der Intellektuelle tut gut daran, sich mit sich selbst und dem eigenen Zynismus zu beschäftigen, auf keinen Fall aber mit den Opfern des Establishments. Insbesondere wer gegen letzteres verstößt, ist Moralist und fällig.

Ich mische mich in diese Angelegenheit nur ein, um für den faulen Teil des Publikums im Buch der Geschichte nachzuschlagen, was Zynismus bedeutet, da Schuh darüber wohlweislich keine Auskunft gibt. Inkarnation des zeitgemäßen Zynismus ist der deutsch-österreichische Herrenmensch, der nicht nur, im Auftrag des Führers, Untermenschen ermordet, sondern auch, der eigenen Neigung folgend, aus der Haut der Ermordeten Lampenschirme herstellt und in deren Schein Kammermusik betreibt.

Früher konnte man, wenn bürgerliches Denken bürgerliche Aufklärung bis zum inhumanen Exzeß weiterdachte, mit Zynismus noch frivole Widersetzlichkeit assoziieren. Heute setzt Zynismus Unterwerfung unter jeweilige Herrschaft voraus; geistige Frivolität, die sich auf diesem Boden entfaltet, steht immer im Einverständnis mit Ungeist und Barbarei. Schuh verfolgt Moralisten auch deshalb mit seinem Haß, weil er sich sogar vom Einfältigsten unter ihnen durchschaut weiß. Zynisches Denken besteht ja nur in dem billigen Trick, unter Hochrufen auf das Bestehende dieses zu kritisieren – Denken als wechselseitige Versicherung.

Franz Schuh gibt seine Ambition freilich der Lächerlichkeit preis, indem er Österreich, mit Intellektuellen in der Tag nicht gesegnet, ein westdeutsches Vorbild verordnet, das, mit Gott und der Welt in Einklang, bereits in den verdienten geistigen Ruhestand getreten ist: Hans Magnus Enzensberger. Ausgerechnet ihn möchte Schuh als geistige Waffe importieren, um nach dem Anschluß Österreichs ans wiedervereinigte Deutschland aus den hiesigen moralisierenden Quer- und Quatschköpfen deutsche Intellektuelle zu formen. Er beschreibt diese Waffe als tödlich, indem er ihr »klarsichtige Leichtigkeit« und »weltmännische Sicherheit«, also hohe Treffsicherheit nachsagt.

Im übrigen kann Schuh damit rechnen, daß es diesmal für uneinsichtige Intellektuelle kein Entrinnen geben wird. Die Möglichkeit von Flucht und Emigration, wie die Altvorderen sie hatten, bietet sich heute für die meisten nicht: Wer in dieser Republik geistig arbeitet, ist spätestens mit vierzig kaputt, zur Flucht nicht mehr fähig; oder er hat geistige Tätigkeit nur vorgetäuscht.

konkret 05/90, S. 56

Götz Rohwer

Rationalisierungen der Vernichtungspolitik

Beruhte die Ausrottung der europäischen Juden auf wirtschafts- und sozialpolitischen Planungen oder wurde sie »Zweck-los« um ihrer selbst willen durchgeführte In der Auseinandersetzung um Rationalität und Irrationalität der NS-Vernichtungspolitik versucht Götz Rohwer, »beide Positionen so zu begreifen, daß sie weitgehend vereinbar werden«

Auf den ersten Blick scheint es sich um zwei sehr gegensätzliche Positionen zu handeln: auf der einen Seite das Forschungsprogramm von Susanne Heim und Götz Aly, das darauf abzielt, einen systematischen Zusammenhang zwischen wirtschafts- und sozialpolitischen Planungen und den Massenvernichtungsaktionen des NS-Regimes nachzuweisen (vgl. u.a. KONKRET 10/89); und auf der anderen Seite eine Position, wie sie exemplarisch von Dan Diner vertreten wird, der von »einer Zweck-losen Vernichtung der Vernichtung wegen« spricht. Ich glaube jedoch, daß es möglich ist, beide Positionen so zu begreifen, daß sie weitgehend vereinbar werden.

Im folgenden will ich versuchen, dies durch eine kurze Argumentationsskizze deutlich zu machen. Meine Überlegungen werden notgedrungen sehr abstrakt sein. Ich werde insbesondere nur pauschal und abstrakt von einer Politik der Massenvernichtung durch das NS-Regime sprechen, ohne auf die komplizierte Frage einzugehen, ob und wie Differenzierungen vorgenommen werden müßten.

Die Aufgabe besteht darin, eine angemessene Beschreibung bzw. Erklärung für den durch das NS-Regime organisierten Prozeß der Massenvernichtung zu finden. Als Ausgangspunkt für diese Aufgabe lassen sich zwei grundlegende Merkmale formulieren, über die auch weitgehend Einigkeit besteht. Erstens, daß es sich um einen auf Arbeitsteilung beruhenden bürokratisch organisierten Prozeß gehandelt hat. Zum Beispiel schreibt Dan Diner: »Bei der Massenvernichtung handelte es sich um eine auf gesellschaftlicher Arbeitsteilung beruhende und durch die institutionellen Vernebelungen totaler politischer Herrschaft ermöglichte bürokratisch-industrielle kollektive Tathandlung.«t Zweitens, daß die Massenvernichtung sich nicht als Umsetzung eines einmalig vorab durch die Führungsspitze des NS-Staates gefaßten Plans begreifen läßt, sondern als ein dynamischer Prozeß betrachtet werden muß, bei dem sich Planung und Realisierung ineinander verschränkten und wechselseitig radikalisierten; daß es zwar ein »planmäßig durchgeführter«, nicht aber ein »vorausgeplanter« Massenmord gewesen ist, wie sich Dan Diner ausgedrückt hat. 2

Wie läßt sich ein Prozeß, der zunächst durch diese beiden Merkmale charakterisierbar ist, erklären? Ein besonders wichtiger Aspekt dieses Problems besteht in der Beantwortung der Frage, ob sich die Massenvernichtung gleichwohl von einem Entscheidungszentrum und seiner Intentionalität her begreifen läßt. Die Annahme, daß dies möglich sei, entspricht der verbreiteten Neigung, bürokratisch organisierte Prozesse als eine Abfolge von Planung, Entscheidung und Umsetzung von Entscheidungen durch eine hierarchisch organisierte Struktur von Befehls-Gehorsams-Verhältnissen zu erklären. Man kann die Angemessenheit eines solchen

Erklärungsschemas jedoch in Frage stellen, und seiner Kritik kommt, soweit ich sehen kann, sowohl für Dan Diner als auch für den Forschungsansatz von Susanne Heim und Götz Aly eine grundlegende Bedeutung zu. Denn erstens steht dieses gewöhnliche Erklärungsschema im Widerspruch dazu, daß die Massenvernichtung nicht nur ein arbeitsteilig organisierter Prozeß gewesen ist, sondern daß an ihm eine Vielzahl von mehr oder weniger autonomen Personen beteiligt war, die auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichen Motiven und Kompetenzen an der Planung und Ausführung der Vernichtung mitgewirkt haben. Und zweitens kann man einwenden, daß ein solches Erklärungsschema den Zugang zum Problem der Verantwortung für die Massenvernichtung verstellt. Man kann sogar sagen, daß es hierin seine wesentliche Bedeutung hat. Denn wenn man den Gesamtprozeß der Massenvernichtung von einem Entscheidungszentrum her zu erklären versucht, erscheinen dann alle übrigen Beteiligten fast unvermeidlich nur noch als bloß ausführende Organe oder als Ideologie- und Legitimationsproduzenten; es kann dann keine angemessene Vorstellung von Mittäterschaft mehr gebildet werden.

Geht man davon aus, daß sich die nationalsozialistische Massenvernichtung nicht von einem Entscheidungszentrum her begreifen läßt, so hat dies einige wichtige Konsequenzen. Eine besonders wichtige besteht darin, daß dann nicht länger die Frage gestellt werden kann, was ihre »entscheidende« Ursache gewesen sei. Die Aufgabe, den Prozeß der Massenvernichtung zu erklären, muß dann vielmehr anders formuliert werden: Es gilt, angemessene Beschreibungen für die vielfältigen Beteiligungen an ihm zu finden, deren Motive aufzudecken und vor allem darzustellen, wie und unter welchen Bedingungen sich diese vielfältigen Beteiligungen zu einem Gesamtprozeß formieren konnten.

Weiterhin folgt, daß es strenggenommen nicht möglich ist, für die Massenvernichtung ein bestimmtes Subjekt anzugeben, das sie geplant und vollzogen hat. Damit hängt unmittelbar die Schwierigkeit zusammen, wie dann überhaupt noch von einem Gesamtprozeß der Massenvernichtung gesprochen werden kann. Denn üblicherweise wird die Einheit von Handlungszusammenhängen aus einer zugrundeliegenden Intention, aus den Absichten eines Entscheidungszentrums, das den Handlungszusammenhang organisiert hat, erklärt; wenn jedoch der Gesamtprozeß der Massenvernichtung auf diese

Weise nicht erklärt werden kann, entsteht sofort eine Frage, die Dan Diner so formuliert hat: »Wie verhält es sich aber mit einer Tat, die zwar Millionen sich eindeutig als Opfer erfahren ließ, sich aber der Arbeitsteiligkeit ihrer Durchführung wegen einer entsprechenden subjektiven und personell rückführbaren Täterschaft entzieht?«3

Die in dieser Frage angelegte Überlegung muß aber noch einen Schritt weitergeführt werden, denn Arbeitsteilung schließt das Vorhandensein einer die beteiligten Akteure verbindenden, ihrem arbeitsteiligen Tun einen gemeinsam verfolgbaren Sinn gebenden Ideologie nicht aus. Jeder Krieg beweist das. Infolgedessen lautet eine wesentliche – zugleich auch im Zentrum der gegenwärtigen Debatte liegende – Frage, ob es eine die nationalsozialistische Vernichtungspolitik begründende, d.h. ihr einen Sinn gebende Ideologie gegeben hat und wie sie beschaffen war. Diese Frage führt dann aber zunächst unmittelbar zu der von Dan Diner betonten Einsicht, daß eine solche Ideologie jedenfalls insoweit nicht als eine rationale gedacht werden kann, als es unvorstellbar ist, daß sie ihren Opfern hätte vermittelt werden können. Es gibt schlechterdings keinen Zweck, mit dem die Vernichtungspolitik ihren Opfern gegenüber begründet werden könnte – und dies bildet durchaus einen gravierenden Unterschied zu den meisten anderen kollektiven Massenaktionen. Insoweit ist einsehbar, daß Dan Diner betont, es habe sich um eine »Vernichtung um der Vernichtung willen« gehandelt.

Gleichwohl: So wichtig die Betonung einer »Vernichtung um der Vernichtung willen« ist, so liefert eine solche Feststellung noch keine Einsichten in die Bedingungen der Möglichkeit ihrer Durchführung. Wenn man solche Einsichten gewinnen will, ist es vielmehr erforderlich, zu untersuchen, wie, warum und unter welchen Bedingungen sich eine kollektive Teilnahme am Vernichtungsprozeß herausbilden konnte. Man erhält aber keine hinreichende Antwort, wenn man daraufhin nur feststellt, es sei eben ein spezifisch verfaßtes Regime gewesen sei, das diese kollektive Teilnahme organisiert habe. Das ist zwar richtig, führt aber nur zu einer neuen Formulierung der gleichen Frage: Warum und wie konnte es diesem Regime gelingen, eine kollektive Teilnahme an der Massenvernichtung – sei es in der Form aktiver Mittäterschaft, sei es in der Form stillschweigender Akzeptanz – zu organisieren? Und diese Frage sollte ins Zentrum gerückt werden, wenn man verstehen will, wie aus einer rassistischen, insbesondere antisemitischen Ideologie eine Politik der Massenvernichtung resultieren konnte. Das Problem besteht dann nicht in erster Linie darin, festzustellen, wann und wie eine »Entschlußbildung« durch das Regime stattgefunden hat, sondern darin, zu verstehen, wodurch eine solche möglich und erfolgreich durchführbar wurde.

Um auf diese Frage eine Antwort zu finden, ist es besonders wichtig, die Rationalisierungsstrategien zu beschreiben und zu begreifen, mit denen die ideologischen bzw. motivationalen Voraussetzungen für die vielfältige Teilnahme an den Vernichtungsaktionen geschaffen worden sind. 4 Mit dem Begriff »Rationalisierungsstrategie« soll dabei auf diejenigen (im Einzelfall durchaus unterschiedlichen) Überlegungen verwiesen werden, mit denen die am Vernichtungsprozeß beteiligten Täter ihre Teilnahme sich selbst und anderen gegenüber begründet haben, durch die sie sich also – um es zugespitzt auszudrücken – in die Lage versetzten, in ihrer Teilnahme an der Massenvernichtung einen kommunizierbaren Sinn zu sehen. Ich wähle diesen Begriff der »Rationalisierungsstrategie« natürlich auch deshalb, um auf diese Weise einen der Intention nach empirischen nicht geschichtsphilosophischen Zugang zum Problem der »Rationalität« bzw. »Irrationalität« der Massenvernichtung zu finden. Denn einen empirisch rekonstruierbaren Sinn kann dies Problem zunächst nur durch die Fragestellung gewinnen: ob, wie weitgehend und mit welchen Rationalisierungsstrategien diejenigen, die die Vernichtungspolitik organisiert und an ihr teilgenommen haben, ihren Handlungen einen wie auch immer kommunizierbaren Sinn und insoweit eine »Zweckmäßigkeit« zu geben versuchten.

Das Ziel des Forschungsprogramms von Susanne Heim und Götz Aly läßt sich nun zunächst in der Absicht sehen, einige der Rationalisierungsstrategien aufzudecken, die bisher kaum explizit thematisiert worden sind: jene nämlich, durch die versucht worden ist, der Vernichtungspolitik einen wirtschafts- und sozialpolitischen Sinn zu geben. Denn bisher wurden fast ausschließlich nur zwei Rationalisierungsstrategien erörtert. Erstens rassistische Varianten, die der Vernichtungspolitik durch einen Rekurs auf irrationale, d.h. selbst nicht rationalisierte rassistische, insbesondere antisemitische Vorurteile einen Sinn zu geben versuchen. Und zweitens Rationalisierungsstrategien, die eine Teilnahme am Prozeß der Massenvernichtung mit den jeweils individuellen (natürlich sehr unterschiedlich verfaßten) Interessen der je teilnehmenden Personen begründen. Es ist aber von erheblicher Bedeutung, daß es darüber hinaus auch noch andere Rationalisierungsstrategien gegeben hat, mit denen Sozialwissenschaftler an der Aufgabe teilgenommen haben, der Vernichtungspolitik einen Sinn zu geben, indem sie ihre Bedeutung für mögliche Zielsetzungen wirtschafts- und sozialpolitischer Modernisierung reflektierbar gemacht haben.

Hauptsächlich in zweierlei Hinsicht erscheint mir ein Nachweis solcher Begründungsversuche von Bedeutung. Erstens deshalb, weil es mit Hilfe von Rationalisierungsstrategien, die mit möglichen Zielsetzungen wirtschafts- und sozialpolitischer Modernisierung argumentieren, der Möglichkeit nach hätte gelingen können, der Vernichtungspolitik einen nicht nur allgemein akzeptierten, sondern auch einen wissenschaftlich kommunizierbaren Sinn zu geben. So erschreckend es klingt, damit hätte das NS-Regime, wenn es nicht von außen zerstört worden wäre, für sich selbst eine erfolgreiche »Vergangenheitsbewältigung« erreichen können. Vielleicht noch wichtiger ist zweitens, daß ein Nachweis solcher Rationalisierungsstrategien es nahelegt, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Massenvernichtspolitik rational

planbar ist, daß sie – um noch einmal eine zugespitzte Formulierung zu verwenden – mit Hilfe von Wissenschaft »rationalisiert« werden kann.

Das sind zunächst nur Fragestellungen. Aufgrund der bisher vorliegenden Forschungsergebnisse ist es auch noch kaum möglich, die Bedeutung dieser spezifischen, mit Zielen wirtschafts- und sozialpolitischer Modernisierung argumentierenden Rationalisierungsstrategien für die Vernichtungspolitik genau einzuschätzen. Ganz unabhängig vom erreichten Forschungsstand ist es jedoch erforderlich, sich mit zwei in der Regel grundsätzlich gemeinten Einwänden auseinanderzusetzen. Erstens mit dem Einwand, daß die von Susanne Heim und Götz Aly beschriebenen wirtschafts- und sozialpolitischen Planungen bzw. Ideologiebildungen keine wesentliche Rolle für das Zustandekommen, die Planung und den Ablauf der Vernichtungspolitik gespielt hätten. Zweitens mit dem Einwand, daß es falsch wäre, mit dem Hinweis auf Rationalisierungsstrategien ihre rationale Verfassung – oder in den Worten von Susanne Heim und Götz Aly: »eine immanente Rationalität des Mordes an den europäischen Juden« – zu behaupten. Denn beide Einwände beruhen nicht nur auf Mißverständnissen (sicher auch infolge teilweise unklarer und mitunter überzogener Formulierungen der Thesen, gegen die sie sich richten), sondern verweisen zugleich auf ernstzunehmende Probleme des Forschungsprogramms selbst.

Im Hinblick auf den ersten der beiden Einwände muß vor allem betont werden daß es sich bei der Rekonstruktion von Rationalisierungsstrategien nicht darum handeln kann, durch sie unmittelbar für den Gesamtprozeß der Massenvernichtung eine »rationale Erklärung« (im Sinne intentionaler Rationalität) zu behaupten. Es geht aus meiner Sicht vielmehr zunächst darum, zur Aufklärung der Bedingungen der Möglichkeit ihrer Durchführung beizutragen. Dafür ist es aber zweifellos von großer Bedeutung, herauszufinden, wodurch sowohl Täter als auch Akzeptanz geschaffen werden konnten. Also wäre, um keine Mißverständnisse hervorzurufen, die zunächst zu beweisende Behauptung so zu formulieren: Die Entwicklung wirtschafts- und sozialpolitischer Rationalisierungsstrategien hat wesentlich zur Herausbildung von Tätern und Akzeptanz für die Massenvernichtung beigetragen.

Ich will ein kleines Beispiel anführen, mit dem diese Behauptung zwar nicht begründet, wohl aber ihr Sinn verdeutlicht werden kann. Am 9. Dezember 1942 hat Dr. Karl Weber, Präsident der Wirtschaftskammer Litzmannstadt und Wehrwirtschaftsführer im Kieler Institut für Weltwirtschaft einen Vortrag gehalten mit dem Titel »Litzmannstadt. Geschichte und Probleme eines Wirtschaftszentrums im deutschen Osten«. In diesem Vortrag heißt es u.a.: »Die Ausschaltung des Juden – der Pole hatte in der Führung der Industrie überhaupt keine Rolle gespielt – ermöglichte die Säuberung des geschäftlichen Verkehrs von all den unerwünschten Erscheinungen der überwundenen Zeit und eine Bereinigung der Produktionsverhältnisse, indem die schlecht eingerichteten Kleinstbetriebe zum großen Teil beseitigt wurden. Es folgte die Zusammenlegung gut ausgestatteter kleiner Produktionsstätten zu lebensfähigen Mittelbetrieben oder eine Zusammenfassung in Genossenschaften, damit auch die kleinen deutschen Unternehmer und Handwerker eine gesunde Existenzgrundlage bekamen.«5

Dies ist ein gutes Beispiel einer Rationalisierungsstrategie. Natürlich erklärt sie nicht das Zustandekommen und den Ablauf der Vernichtungspolitik. Aber sie ist ein offenbar erfolgreicher – denn der Vortrag wurde diskutiert und publiziert – Versuch gewesen, der Massenvernichtung einen kommunizierbaren Sinn zu geben und dadurch dazu beizutragen, daß gegebenenfalls in einer wie auch immer vermittelten Teilnahme an ihr ein »vernünftiger«, d.h. ein kommunikativ ausweisbarer Sinn gesehen werden konnte.

Der bisher skizzierte Gedankengang läuft darauf hinaus, dem Problem einer möglicherweise rationalen Verfassung der Vernichtungspolitik zunächst durch die Fragestellung einen Sinn – und eine wichtige Bedeutung – zu geben: ob, wie und wie weitgehend sie von ihren Akteuren selbst rationalisiert worden ist. Dies erscheint mir auch eine geeignete Betrachtungsweise zu sein, um der gelegentlich geäußerten Auffassung gerecht werden zu können, es habe sich bei allen rationalisierenden Erwägungen, die den Prozeß der Massenvernichtung begleiteten, um bloß äußerliche Begleiterscheinungen – um »bloße Rationalisierungen« – gehandelt. Explizit formuliert wurde dies zum Beispiel von Ulrich Herbert: »Die Hinweise der beiden Autoren (Susanne Heim und Götz Aly) auf die sozialpolitische Begründung der Vernichtungspolitik bezeichnen jedoch nur eine Variante der 'Rationalisierungen' des Genozids, parallele Argumentationen dazu gibt es im medizinischen, 'sicherheitspolitischen', großraumtheoretischen Bereich ebenfalls – allesamt Legitimationsstrategien zur 'Rationalisierung' des Massenmords, nicht seine Ursache.«6

Sicherlich hat Ulrich Herbert recht, wenn er darauf hinweist, daß diese Rationalisierungsstrategien nicht »die Ursache« der Massenvernichtung gewesen seien. Aber man kann, wie ich schon erwähnte, grundsätzlich bezweifeln, ob es angemessen ist, nur »eine entscheidende« Ursache anzunehmen. Dann aber wird es irreführend, Rationalisierungsstrategien als bloße Legitimationsstrategien dadurch zu charakterisieren, daß sie keine Ursachen gewesen sind. Die Fragestellung sollte umgekehrt lauten: ob und wie diese Rationalisierungsstrategien zur Herausbildung der Bedingungen der Möglichkeit der Massenvernichtung beigetragen haben. Wenn man aber die Fragestellung so formuliert, kann man sicherlich behaupten, daß auch wirtschafts- und sozialpolitische Erwägungen zahlreiche Menschen mit motiviert haben, sich an ihr zu beteiligen.

Zumindest hypothetisch läßt sich jedoch noch eine weitergehende Behauptung formulieren: Mit der Entwicklung solcher Rationalisierungsstrategien wurden nicht nur gewissermaßen begleitend ideologische Legitimationen für die Massenvernichtung geschaffen, sondern sie beeinflußten darüber hinaus auch effektiv ihr Zustandekommen und ihre Verfassung. Denn, so wurde eingangs festgestellt, dem Gesamtprozeß der Massenvernichtung lag keine vorgängig einheitlich und vollständig konzipierte Planung zugrunde, sondern es handelte sich um einen dynamischen Prozeß, bei dem sich Planung und Realisierung wechselseitig verschränkten und radikalisierten. Insofern ist es durchaus vorstellbar, daß Rationalisierungsstrategien, die zunächst auch zu ihrer eigenen Legitimation von einem bereits stattfindenden Vernichtungsprozeß ausgegangen sind (und die insoweit, aber auch nur insoweit, nicht als Teil seines Ursachenkomplexes angesehen werden können), gleichwohl eine mehr oder weniger bedeutsame Rolle für seine Fortsetzung gespielt haben, indem sie durch Rationalisierungen zugleich Radikalisierungen in Form und Reichweite möglich gemacht haben. Ich glaube zwar nicht, daß diese Hypothese durch die bisher vorgetragenen Forschungsergebnisse bereits hinreichend begründet wird, wohl aber, daß sie nicht von vornherein als unsinnig oder unbegründbar verworfen werden sollte. Denn sie ist nicht nur konsistent formulierbar, sondern ihr käme auch eine wichtige Bedeutung insofern zu, als mit ihr die häufig zum Ausdruck gebrachte Auffassung einer »Eigendynamik«, einer gegenüber ihren Akteuren weitgehend verselbständigten Vernichtungsmaschine auch empirisch infrage gestellt werden könnte.

Ich will schließlich noch kurz auf den zweiten Einwand eingehen: daß es falsch sei, mit dem Hinweis auf Rationalisierungsstrategien auch eine rationale Verfassung der Vernichtungspolitik zu behaupten. Ich glaube, daß es gegenüber diesem Einwand zunächst wichtig ist, zwei verschiedene Aufgaben zu unterscheiden. Erstens die historiographische Aufgabe, die Rationalisierungsstrategien zu rekonstruieren, die der Massenvernichtung tatsächlich zugrundegelegen haben. Im Kontext dieser Aufgabe ließe sich dann sagen: daß man alles, was man über die rationale Verfassung des Gesamtprozesses der Massenvernichtung überhaupt nur wissen kann, dann weiß, wenn man die Gesamtheit der Überlegungen rekonstruiert hat, mit denen die Gesamtheit der Täter ihre jeweilige Teilnahme rationalisiert hat. Ich vermute, daß das Forschungsprogramm von Susanne Heim und Götz Aly auf einer solchen Betrachtungsweise beruht, so daß sie infolgedessen, und insoweit durchaus nachvollziehbar, behaupten können, etwas zur Aufklärung der rationalen Verfassung der Vernichtungspolitik beizutragen.

Von dieser Aufgabe wäre eine ganz andere Fragestellung deutlich zu unterscheiden: ob und gegebenenfalls wie aus heutiger Sicht eine nachträgliche Rationalisierung des historischen Prozesses der Massenvernichtung vorgenommen werden sollte. – Diese Unterscheidung macht deutlich, daß man keineswegs einen Widerspruch darin sehen muß, einerseits anzuerkennen, daß der Massenvernichtung aus der Perspektive seiner Akteure mehr oder weniger weitreichende Rationalisierungsstrategien zugrunde gelegen haben, und andererseits auf der Unmöglichkeit zu bestehen, solche Rationalisierungsstrategien als potentiell vernünftige anzuerkennen.

Allerdings liegt genau darin zugleich eine zentrale Provokation des Forschungsprogramms von Susanne Heim und Götz Aly: Indem sie Rationalisierungen der Vernichtungspolitik als Rationalisierungsstrategien beschreiben, erlauben sie gewissermaßen diesen einfachen Ausweg nicht ohne weiteres, zwingen sie vielmehr zu der Frage, ob und inwieweit die Vernichtungspolitik durch wirtschafts- und sozialpolitische Begründungen – auf der Grundlage sozialwissenschaftlicher Theoriebildungen – tatsächlich einen rational ausweisbaren Sinn bekommen hat bzw. hätte bekommen können.

Man kann natürlich diese Fragestellung auf verschiedene Weise sofort beiseiteschieben; sei es durch eine unmittelbar moralisch konzipierte Argumentation, sei es durch eine allzu schnelle Unterscheidung von Wissenschaft und Ideologie. Beide Haltungen sind jedoch problematisch. Denn indem sie einerseits moralische Grundlagen unserer Urteilsfähigkeit und ein zweifellos bewahrenswertes Ideal wissenschaftlicher Vernunft zu verteidigen versuchen, verzichten sie – dadurch! – andererseits auf eine Wahrnehmung der Aufgabe, (sozial-)wissenschaftliche Rationalität im Hinblick auf ihre Bedeutung für soziale Rationalisierungen zu hinterfragen. Sehr deutlich wird das z.B. in den Ausführungen Ulrich Herberts 7: Er beschreibt die Vernichtungspolitik als Konsequenz eines rassistischen weltanschaulichen Programms (was zweifellos richtig ist); aber er verbindet dies mit der These, daß es infolgedessen keine sozialwissenschaftlichen Rationalisierungen dieser Politik geben konnte bzw. geben kann.

Ich halte diese These für doppelt falsch. Erstens verfehlt sie die wichtige Einsicht, daß sich wissenschaftliches Denken und Handeln und das Verfolgen insbesondere rassistischer Ideologien keineswegs ausschließen, sondern sich bis hin zu mörderischen Konsequenzen verbinden können. Zweitens wird mit einer solchen Einsicht auch die Möglichkeit, normative Ideale wissenschaftlichen Denkens und Handelns von ideologischen Weltanschauungen unterscheiden zu können, zumindest in einer wesentlichen Prämisse problematisch: in der Annahme, daß wissenschaftliche Sozialisation ein besonders vorzügliches Mittel gegen die Herrschaft von Ideologien sei.

Nimmt man das von Susanne Heim und Götz Aly dargelegte Material zur Kenntnis, drängt sich vielmehr eine entgegengesetzte Fragestellung auf: ob nicht gerade wissenschaftliches Denken nach Maßgabe seiner Radikalität für rassistische und andere gesellschaftspolitische Ideologien besonders anfällig ist. Und zwar gerade infolge des wissenschaftlichen Grundsatzes, moralische Urteile nicht ohne weiteres als Grenzen wissenschaftlichen Denkens

anzuerkennen. Warum sollten Menschen nicht getötet werden, wenn sie einer erstrebenswerten gesellschaftlichen Entwicklung im Wege stehen? Es ist leicht, diese Frage mit moralischen Argumenten zurückzuweisen. Es ist auch sicherlich noch nicht hinreichend nachgewiesen, daß die nationalsozialistische Vernichtungspolitik auch als eine Antwort auf eine so formulierbare Frage betrachtet werden muß. Aber es ist schwer zu bestreiten, daß diese Frage keineswegs einen Widerspruch zum wissenschaftlichen Denken und Handeln bildet.

In der Konsequenz dieses Arguments liegt allerdings zugleich ein ernstzunehmendes Problem des Forschungsprogramms selbst: Die Rekonstruktion der Rationalisierungsstrategien der Akteure der Massenvernichtung trägt unvermeidlich dazu bei, den durch sie bewirkten »Zivilisationsbruch« (Diner) denkbar zu machen, ihn in den Bereich des rational Konzipierbaren und mithin des Wiederholbaren zu bringen. Ich glaube, daß dieser Einwand ernstzunehmen ist, daß aus ihm aber dennoch nicht die Konsequenz gezogen werden sollte, das Bemühen um eine Rekonstruktion von Rationalisierungsstrategien, die für die Durchführung der Vernichtungspolitik eine Rolle gespielt haben, aufzugeben. Denn sollte sich die zugrundeliegende Hypothese bewahrheiten, wäre es falsch, die Augen vor ihr verschlossen zu halten.

Anmerkungen

1 Dan Diner Zwischen Aporie und Apologie, in: ders. (Hrsg.) Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt 1987

2 Dan Diner, Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: ders. (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte?

3 Diner, Zwischen Aporie und Apologie

4 Ich verwende hier und im folgenden den Begriff »Teilnahme« in einer weiten Bedeutung. Von der komplizierten Frage, ob und wie zwischen einer Teilnahme und einem »bloßen« Akzeptieren des Vernichtungsprozesses unterschieden werden kann, kann, wie ich glaube, für den hier vorzutragenden Gedankengang abgesehen werden.

5 Karl Weber, Litzmannstadt. Geschichte und Probleme eines Wirtschaftszentrums im deutschen Osten (Kieler Vorträge Nr. 70), Jena: Fischer 1943

6 Ulrich Herbert, Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der »Weltanschauung« im Nationalsozialismus, in: D. Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte?

7 Vgl. seinen Beitrag »Rassismus und 'Rationalität'« in KONKRET 11/89.

konkret 05/90, S. 62

Kay Sokolowsky

Die Männer aus Stahl und der Rost

»Batman« – in den USA ein Tophit, bei den Deutschen ein Flop: Ist das nun ein Trost oder bloß ein Beweis dafür, daß die wirklichen Aufsteiger zur Supermacht den Superman zum Träumen nicht brauchen?

Schadenfreude ist nicht fein, natürlich, aber natürlich was Feines; und sogar was Tadelloses, wenn sie denen gilt, die, nachdem sie uns monatelang zum Narren gehalten haben, plötzlich selbst schön blöde dastehn: den Reklamestrategen von Warner Bros. beispielsweise. So viel aufgewendet: und so wenig eingespielt!

Dabei hätten sie gar nicht mal allzuviel tun müssen: In der Heimat lief die Chose so glatt wie keine seit »Star Wars«; und mit dem Erfolg, mit der Hysterie dort zu renommieren, hätte genügt. Zumal auf dem westdeutschen Markt ein Stückchen Musik und die angeschlossenen Sender längst mit Verve die Kekse weich getrommelt hatten.

Doch die Strategen taten zuviel, und nicht des Guten. So siegessicher waren sie, daß nicht einmal »Indiana Jones« ihnen Angst machte, den hatte ihr Held daheim ja locker abgehängt. Warum also dem Verlierer in der Fremde nicht einen Vorsprung gönnen? So schlaudumm wie nur je ein Sieger ließen sie, lieber als sie zu bedienen, die Kundschaft zappeln, und zwar Monate über den letzten Tag hinaus, an dem Prince den Takt zum Gezappel noch vorgab. Doch der Krieg, den sie ein halbes Jahr lang gegen uns führten, war zu lässig, als daß nicht weit Schlimmeres als Spott und die Pest ihnen an den Hals zu wünschen wäre: nämlich den Spielfilm zu sehen, den sie bewarben. Nämlich »Batman«: das Zwanzig-Zeilen-Treatment als Monumentalfilm, der Dutzendclip als Ausstattungsoper, der Colarausch als Trickspektakel. Doch es geht hier nicht darum, wie mißraten, öd und aufgeblasen »Batman« ist.

Es geht um das, was in den USA den beispiellosen Boom und in der BRD den Flop des Films programmierte. Es geht um eine triviale Mythologie, die ihrem Geburtsland, einer gläubigen Nation, wenigstens so viel wie die konkurrierende vom Wilden Westen gilt. Es geht um die billigen Träume der allzeit für dumm Verkauften, um einen Kosmos infantilster Sehnsüchte, um eine bizarre Fluchtwelt, die ganz von dieser Welt ist. Es geht um Superhelden und ihre Fans.

Unter den Comicfiguren, die nicht komisch sein sollen, ist keine vollkommener auf ihr Medium zugeschnitten, nutzt keine die Möglichkeiten der Gattung unbeschränkter als der Superheld. Keine aber auch ist so auf ihr Medium beschränkt: Woanders, d.h. im Spielfilm, kann der Superheld sein Scheinleben nicht führen, ohne die Selbstverständlichkeit einzubüßen, mit der er Unglaubliches erlebt und vollbringt; schon im Zeichentrickfilm wirkt er nurmehr grotesk, wie eine Comicfigur. Dies Schicksal teilen, aus ähnlichen Gründen, einzig seine Antipoden mit ihm, die komischen Kreaturen à la Donald Duck. Prinz Eisenherz wurde in den Film verpflanzt und ging nicht ein, obwohl Robert Wagner ihn spielte. Christopher Reeve als Superman ist ein Witz, ein lächerlich verkleideter Athlet mit sehr viel mehr als bloß a little help vom special-effects-team. Und Robin Williams als Popeye ist selbst für einen Witz nicht gut.

Super, sprich: überdimensional ist an Superhelden alles: ihre Anatomie, ihr Verstand, ihr Edelmut und besonders ihre Kraft. Kein Sagenheld des Abendlandes hielte einem Superhelden der Neuen Welt stand: Der Hulk nähme Herakles schneller auseinander als Tyson seine Gegner; Achill klebte noch am Start, wenn Flash im Ziel schon Däumchen dreht; der erfindungsreiche Odysseus könnte bei Mr. Fantastic kaum als Laborant anheuern. Hier bereits zeigt sich, was kein US-amerikanischer Mythos reiner als der des Supermenschen bebildert: ein Nationalgefühl von stupender Naivität und lässigster Großfressigkeit. Denn während die Schöpfer der Superhelden Anleihen in der Antike nahmen, ließen sie keinen Zweifel aufkommen, daß *ihre* Jungs viel besser mit dem Entliehenen umzugehen verstünden als irgendein Europäer.

Prototyp dieser titanischen Gestalten, denen kein Titan widerstünde, ist Superman, »Der Mann aus Stahl«. In ihm bündelt sich, was seine Epigonen nur als Spezialbegabung haben – um Plagiatsklagen zu vermeiden ebenso wie um dem Spezialistentum der technisierten Gesellschaft gerecht zu werden – : Sinne, denen nichts, gleich wo, entgeht; Unverwundbarkeit; Rasanz jenseits sogar der Lichtgeschwindigkeit; mühelose Siege über die Schwerkraft; und eine Physis, die alles, was greifbar ist, kleinkriegt. Prototypisch auch Supermans Genesis: Nicht als Günstling oder Sohn der Götter kam er zu Kräften, sondern als E.T. im Exil, den erst die Energie gelber Sonnen, wie unserer, mächtig auflädt. Entsprechend pseudowissenschaftlich werden die Hypertrophien der ihm folgenden Superhelden erklärt: Spider-Man kann Wände hinaufgehen dank dem Biß einer radioaktiven Spinne. Noch ein Drittes haben Jerry Siegel und Joe Shuster, die Schöpfer Supermans, in ihrem Geschöpf präformiert: die doppelte Persönlichkeit des Superhelden. Seine wahre Identität ist geheim, ihn tarnt die Verkleidung des allernormalsten Philisters. Die desto besser funktioniert, da graue Konfektion den äußersten Kontrast bildet zum exhibitionistischen Schnitt und den knallgrellen Farben der Superheldenkostüme. Die sogar bestens funktioniert, da die Moral und die Ideologie gerade Supermans keinen Zentimeter vom Kirchenweg des gewöhnlichen WASP-Spießers abweichen.

Ständig muß der Superheld den Fans und sich seine unnatürlichen Talente neu beweisen, und zwar so, daß es kracht: Dem Mythos einer, nein: *der* Leistungsgesellschaft bleibt so was wie rien faire comme une bête zwangsläufig verschlossen; noch im Urlaub muß er die Welt retten. Im Kampf erfüllt sich der Sinn seiner Existenz. Dazu braucht er Feinde, die ihm das

Wasser reichen können, Superschurken. Auch sie verfügen über Kräfte, die kein Mensch besitzt, auch sie erscheinen in phantastischen Maskierungen; doch ihre Ähnlichkeit mit den Superhelden ist die des Zerrbilds. Sie sind offen sadistisch, böse und oft häßlich wie der Teufel. Ihre Zahl, wie die der Guten, ist mittlerweile Legion. Nie wieder allerdings traten im Genre solche Halunken auf wie jene zwei, die schon im 3. Jahr nach Supermans Geburt in seine Papierwelt ihre Schatten warfen: der Tenno und Hitler.

Nachdem Siegel und Shuster fünf Jahre lang mit ihrer Idee hausiert hatten, nahm 'Action Comics' sie ihnen 1938 ab; und ihre Geschichten schlugen gewaltiger ein als die Rakete, mit der Superbaby einst vom Krypton zur Erde gerast war. Der Siegeszug dieser völlig neuen Comicgestalt tangierte merkwürdig den Zenit des 1933 von F.D. Roosevelt verordneten 'New Deal'. Das in der Depression der frühen 30er zerriebene Selbstbewußtsein der US-Bürger hatte sich inzwischen an den Beschwörungen des Präsidenten aufrichten können. Obwohl 1937 eine neue Krise in den USA fünf Millionen Menschen zu Arbeitslosen machte, hatten immerhin die Rundfunkappelle Roosevelts gegriffen: Die Puritaner-Parole »Jeder seines Glückes Schmied« galt wieder etwas, und die sehr vielen, die ansonsten nichts besaßen, durften sich am Stolz auf »The Land Of The Free« wärmen.

Obgleich ein Außerirdischer, war Superman von Beginn an naturalisiert, als Bannerträger seiner neuen Heimat schon von weitem zu erkennen: Aus den Emblemen der USA übernahm er die Farben Rot und Blau für Cape, Trikot und Hose. Das Milieu, in dem der kryptonische Säugling groß wurde, liegt im Herzen der Nation: Seine stramm amerikanischen Zieheltern sind die Kents aus Smallville/vermutl. Ohio. Ausgestattet mit einer Macht, der auf Erden kein Kraut gewachsen ist, verhält Superman sich daher doch nur so wie die Polizei es erlaubt, ja er demütigt sich als ihr Handlanger, und gern. Er ist der all american boy in Höchstform, die inkarnierte Stärke seines Landes.

1941 wird der immanente Chauvinismus der Figur restlos entfesselt: Gegen die Nips und Nazis steht Superman an vorderster Front; seine Macht offenbart sich total im Totalen Krieg. Die Unbesiegbarkeit der USA bestätigt die ihres besten G.I.: 1945 verdient sich Superman endlich seinen Namen, denn sein »Home Of The Brave« ist durch die Superwaffe zur Supermacht geworden. Er steigt zum Mythos auf, weil weder Truman noch Audie Murphy irgend angemessen die singuläre Stärke repräsentieren, zu der die USA durch den II. Weltkrieg gereift sind, und weil jene Stärke in der innovativsten und produktivsten Industrie des Planeten besteht und auf der weltweit bestgeölten Kriegsmaschinerie beruht.

Wohl redeten die US-Amerikaner sich 1945 ein, dank Heldenmut und Opferbereitschaft gesiegt zu haben. Aber damit verdrängten sie bloß, was sie mindestens ahnten, daß nämlich ihre technischen Mittel den Krieg gewonnen und sie dabei zu bloßen Gehilfen degradiert hatten. Das heimliche Gefühl der eigenen Unwichtigkeit und Ohnmacht in der Schlacht fand sein Gegengewicht in Machtphantasien, die auf Superman unvergleichlich leicht projiziert werden konnten. Jenes üble Gefühl, nicht so viel wert wie und ersetzbarer als die Technik zu sein, ließ sich nicht länger ignorieren, nachdem man vom Kampf zurück an die Arbeit gegangen war; und es vertiefte sich noch, weil fast jeder, den sie dort einen Helden genannt hatten, hier nichts weiter als ein Lohnempfänger war. Den Maschinen, die er zu bedienen hatte, untertan, Untertan der gnadenlosesten und allgegenwärtigen Maschine Kapitalismus, boten ihm Superman und dessen kleinere Brüder weiterhin Trost.

Doch er, den die Entmündigten als trivialen Mythos installiert hatten, weil er ihrem ungebrochenen Patriotismus ein Symbol gab und ihrem Traum, mächtiger als die Apparate zu sein, die Illustrationen lieferte: »Schneller als eine Kugel! stärker als eine Lokomotive! überspringt Wolkenkratzer mit einem Satz!«, lauten seine Standardattribute – Superman selbst hat nicht wenig von einer Maschine. Seine Kräfte hängen von spezieller Energie wie ein Fließband vom Strom ab, und es muß schon Magie im Spiel sein, wenn er einmal nicht ganz automatisch, wie programmiert, den Fehdehandschuh eines Superschurken aufnimmt. Derart verhöhnt die Unterhaltungsindustrie ihre Kundschaft allenthalben; und es macht die Sache nicht appetitlicher, daß die arme Seele, die mit Superheldencomics ihre Not befriedigt, viel zu beschädigt ist, den Hohn auch zu spüren.

Freilich führen die Superhelden sich nie wie Maschinenstürmer auf, sie sind ja gute Amerikaner. Aber wenn es die *böse* Technik zu zerstören gilt – böse, weil ein Superschurke sie verwendet – , zeigen sie, wie sehr unterlegen erst recht die bösere Technik der Fabriken ihnen wäre. Und da die gigantischen Kämpfe der Supermenschen sehr oft in Großstädten toben, kommt auch ein Held nicht umhin, mitunter Schneisen in die Zivilisation zu schlagen.

Doch neben der Lust, zu verwüsten und die Superphysis mit Maschinen zu messen, steht von jeher die Lust der Autoren, futuristische Geräte zu erfinden, und steht die Faszination, die zumal die abstrusen Waffen der Superschurken ausstrahlen – Waffen, vor denen alle SDI-Projekte zu Klinkerlitzchen verblassen. Lange bevor die Atombombe das unübertreffliche Urbild gab, gehörte High-Tech fest zum Superheldencomic. Denn er ist der Gipfel jener primitivsten und erfolgreichsten Science Fiction, die dem Unbehagen in der Automatenkultur damit begegnet, daß jene *noch* monströsere Maschinen ausheckt. Das Instrumentarium, das z.B. Doc Doom gegen die Fantastic Four verwendet, unterscheidet sich von Zauberei nur durch die Zauberwörter, die, um es zu beschreiben, den Naturwissenschaften entwendet werden. (Folgerichtig hat auch die Magie viel Platz im Superheldenuniversum; Superman kann gegen sie nichts ausrichten, und sein Epigone Dr. Strange firmiert als ihr Meister.)

Ein gelassenes oder zumindest entspanntes Verhältnis zur Technik haben die Superhelden so wenig wie ihre Fans, die sich nur zu gern von der beliebtesten Frage des Genres, *shall earth* – d.h. die Industriegesellschaft – *survive?,* erregen lassen, während sie ihre Autos und Gewehre lieben wie sich selbst. Der Superheldencomic, in dem Allmachts- und Zerstörungsphantasien ständig neu gemischt werden, ist, gleich jenen Fetischen, vor allem Männersache.

Frauen haben im Genre lange Zeit nichts zu suchen. Obwohl schon 1941 die ersten Supermädchen ihr Wesen treiben, um's den Drei Mächten zu zeigen, bringt keins von ihnen es zu mehr als zur Karikatur der Supermänner. So sehr sie als Voyeursobjekte gestaltet sind, so sehr auch verstecken sie alles, was außer ihren drallen Formen weiblich ist an ihnen. In der Regel ewig 17, wirken die Superheldinnen wie Damen ohne Unterleib; ihr bißchen Erotik ist genauso enthaart, antiseptisch und clerasilbehandelt wie die Vorlagen, denen sie Vorlagen sind: die 'Playmates'.

Die traditionelle Prüderie der US-amerikanischen Gesellschaft hat, seit die Werbeagenturen das Schönheitsideal bestimmen, vor allem das Begehren im Visier, kaum noch die Reize. Das resultierende Frauenbild, das besonders die Miß-Wahlen propagieren, ist eine grauenhafte Kombination aus Versprechen und Versagung, aus Nimm-mich und Rühr-mich-nicht-an, aus scharfer Verpackung und dem Tabu, sie zu öffnen: So wurde in den USA die weibliche Sexualität marktgerecht zugerichtet. Doch Markt wie Moral beherrschen Männer, und deren Vorstellung von Frauen scheint dort regressiver und knäbischer, verklemmter und oberflächlicher zu sein als irgendwo sonst: Die »Sexsymbole« Hollywoods sind nur im Styling welche, Venusstatuen aus PVC.

Entsprechend darf die Superheroine im Dienst ihre arg knappe Uniform nur tragen, weil sie privat ziemlich keusch lebt. Die Abonnenten ihrer Abenteuer sind zweifellos unreif, rekrutiert aus den eben und den ewig pubertierenden Männern; und die erste aller Superheldinnen, Wonder Woman, mußte schon die Königin der A*mazonen* sein, um im Angebot bleiben zu können.

Erst als Rock'n'Roll und Kinsey-Report die repressive Sexualmoral leidlich aufgeweicht hatten – wer ertrüge auch schon auf Dauer Verhältnisse, die von Doris Day und Debbie Reynolds perfekt verkörpert werden? – erst in den 60er Jahren durften die Superfrauen sich etwas lockerer benehmen. Da jedoch eine bemerkenswert reaktionäre Selbstzensur, der US-Comic-Code von 1954, die Autoren band, kamen, wenn die Heldinnen liebten, nie mehr als die Nöte katholischer Schuldmädchen heraus. (U.a. verfügt der Code: »Leidenschaft oder romantisches Interesse darf nie in einer Weise behandelt werden, die die niederen und gemeinen Emotionen stimulieren könnte.«)

Obwohl der Muff tatsächlich nur gequirlt wurde, belebte das neue Konzept, nach dem die Supermenschen sich zu gleichen Teilen ihren Feinden und privaten Querelen widmen, das sieche Genre wieder. Der Mann, der das Konzept erfand und als erster Superheldencomics wie Seifenopern inszenierte, hieß Stan Lee, Marvel sein Verlag, und wenigstens National Periodical Publications Incs., Supermans Eigentümer, erlebten ihr blaues Wunder.

Die Marvelfiguren reüssierten sensationell, weil sie, anders als alle Superhelden vor ihnen, unter menschlichen Handicaps leiden. Clark Kent, Supermans alter ego, tat nur so, als hätte er welche, um sich nicht zu verraten; The Thing ist wirklich ein Gebeutelter, gequält von dem klotzigen Leib, dem es seine Kraft verdankt. Am populärsten der Marvelhelden zeigt ihr Originäres sich am deutlichsten: Seine Rolle als Spider-Man überfordert Peter Parker völlig; obgleich er den Helden erfolgreich spielt, führt er das Leben des geborenen Verlierers, und seine Superkräfte, die New York Citys Segen sind, verschärfen nur den Fluch, der auf dem Privatmann Parker lastet.

Aber die gern gerühmte »Menschlichkeit« der Marvel-Supermenschen stammt aus demselben Klischeekasten wie Dr. Dresslers Alkoholkrankheit und rahmt bloß kitschig den Grund ihrer Existenz, die Action. Die erfuhr durch Jack Kirby, Lees bestem Zeichner, endlich die graphische Umsetzung, die ihrer Bedeutung fürs Genre entspricht: Auf dem Höhepunkt seines Könnens, in den Fantastic-Four-Heften Nr. 50 bis 90, verklärte Kirby Gewalt und Zerstörung stets zu atemverschlagend dynamischen und barbarisch schönen Spektakeln. Denn natürlich affirmieren auch die Marvelhelden, wofür sie als Mythen eingesetzt sind, die Freie Marktwirtschaft und ihre eingeborene Brutalität. In Kirbys Bildern wird die Bejahung zum Rausch.

Kämpfte die erste Generation der Superhelden noch für jene, die vor der Adoleszenz davonlaufen und lieber kindisch bleiben, so steht die zweite ein für die, die das Erwachsenwerden immerhin versuchen. Doch reifer als die NPP-Figuren scheinen die von Marvel nur, weil sie mehr, bis zur Wörterdiarrhoe, reden; dem kühlen Blick erscheinen sie unreif, Teenagern gleich, die alles tun, um für älter durchzugehn, und jammern, sobald sie wie die Alten behandelt werden.

Ähnlich paradox wie Marvels Helden präsentieren sich die USA der 60er Jahre: eine seltsame Mixtur aus Bürgerrechtsbewegung und Kolonialkrieg, aus New Frontier und beschränkten Idealen – ; Flower Power, zugelassen von der wahren Macht. Mit dem Abstieg, der dann begann; der durch die Debakel in Vietnam, mit Nixon, von Chrysler selbst dem Dümmsten sichtbar wurde; der im IQ der Präsidenten sich manifestierte sowohl wie in der Außenhandelsbilanz – mit der Demontage von Gottes Eignem Land läuft auch die der Superhelden an.

Wenngleich sie spätestens 1975 einen sauberen Abgang verdient gehabt hätten, hetzten ihre Verwalter sie weiter von Gefecht zu Gefecht, weiter durch alle die Stereotypen, die über 30 Jahre ihr Leben zur Pawlowschen Hölle gemacht hatten.

Mehr als Imagelifting, Grübelei und Selbstzweifel bekamen sie zur Abwechslung nicht geboten, und das war kein Vergnügen wie einst das unbekümmerte Drauflosprügeln. Sie wurden je lustloser desto weniger Lust ihre Fans auf sie hatten. Allerdings gab es von denen immer noch genug, um die eigentlich überlebte Gattung zu erhalten; und Fabrikanten killen keine Produkte, die Profit versprechen, auch wenn sie faul sind.

Die Superhelden durften zudem schon deshalb nicht sterben, weil sie mittlerweile Stellvertreter auf Erden hatten: die Footballer, Boxer und die Wrestler, deren Superstar gar nicht anders als »Hulk« Hogan heißen kann. So genau hatten Superman und seine minderen Geschwister die Bedürfnisse der US-Amerikaner getroffen, daß ihre Sagenwelt getrost in Trümmer gehen mochte: NBC, CBS und ABC bewahrten die Fragmente und bauten sie zu Tragsäulen sündteurer Werbeblöcke auf. Die Abbilder von Abziehbildern als dickes Geschäft, nicht als billige Absahne – : Abgesehn vom Marlboro-Cowboy findet sich in den kommerziellen Mythologien der USA kein vergleichbarer Vorgang. (Und das, obwohl der Supermensch ja außerhalb des Comic-Books – und erst recht ohne special effects – bestenfalls peinlich wirkt.)

Das Genre schien noch einmal aufzublühen, als Warner Bros., natürlich, die »Superman«-Filme und Mattel die »Heman«-Puppen auf den Markt warfen. Tatsächlich blühte da Schimmel; die Mythen verkamen zu dem Kinderkram und Schund, der sie für ihre wie üblich blind knüppelnden, konservativen Kritiker immer waren. Erst 1987 wurde die Gattung, die längst das würdelose Leben eines Zombies fristete, würdig exekutiert; der Comic-Roman, der sie erledigt, ist zugleich ihre Kulmination, ihr einziges Meisterwerk.

»The Dark Knight Returns« von Frank Miller erzählt, wie Bruce Wayne alias Batman nach 10 Jahren Pause das Kostüm wieder anzieht, um in Gotham City aufzuräumen. Endlich ist alles wieder wie früher – er kann feige Strolche zu Klump hauen, gemeinen Zuhältern das Handgelenk zertreten, geile Punks in die Neonreklame kegeln. Daß jedoch in Wirklichkeit nichts mehr beim Alten, daß die Gewalt kein Spaß mehr ist und ernsthaft wehtut; daß er seine neuen Gegner nicht in den Griff kriegt, weil sie »Mutanten« sind und sich nicht bloß so nennen; daß er an seinen alten Gegnern, Psychopath ein jeder, erkennt, wie krank er selber ist, das macht ihm weniger zu schaffen als der Streit, der in *seiner* Stadt um ihren selbsternannten Beschützer entbrennt.

Die Superhelden werden bei Miller erwachsen, weil er sie ernst und ihre Legenden beim Wort nimmt, weil er sie aus ihrer Fluchtwelt holt und in die verfluchte der Reagan-USA schleudert. Sie erhalten von ihm, was die triviale Kunst ihren Kreaturen nie geben kann, die dritte Dimension: Tiefe. Er haucht Batman eine, freilich schwer deformierte, Seele ein.

Und selbstverständlich macht all das den Supermenschen den Garaus, denn eine Mythologie, die infantile Träume illustriert, die Omnipotenzphantasien bedient, muß zerbrechen, wenn sie auf die Realität prallt, muß zerplatzen, sobald sie mit Blut gefüllt wird. Doch Miller steckte, als Leser und als Autor, zu lange und fasziniert in dem bizarren Kosmos, um ihn jetzt *gnadenlos* liquidieren zu können. Zu schweigen von Millers Erzähltalent, von seinem ungemein prägnanten und suggestiven Zeichenstil und seinem unverschämt großzügigen visuellen Genie, die nach mehr von diesem Stoff süchtig machen, obwohl das Buch jede Fortsetzung ausschließt.

»The Dark Knight Returns« ist ein Superheldencomic, den begeistert vor allem jene lesen, die eigentlich von ihm entsetzt sein müßten; die mit Superman zur Schule und mit Marvel aufs College gegangen sind und die nur eines reizt: an die nie ganz vergessene Identifikationsfigur – gealtert und zynisch wie sie, aber übermächtiger denn je – wie ehedem glauben zu können. Und weil der frühe Fan-Geist in ihnen aufsteigt, denken sie nicht darüber nach, daß Idole mit menschlichen Defekten kaputte Idole sind. So erklären sich der immense Erfolg des Buchs und die Lawine, die es lostrat.

Wie Superman 1938 erscheint Frank Millers 'Dunkler Ritter', als die US-Bürger sich wieder am Patriotismus wärmen, weil die Wirklichkeit frösteln macht wie in den 30er Jahren. Diesmal jedoch rührt der Stolz nicht einmal aus vagen Hoffnungen, sondern nur mehr aus Lebenslügen, und er bemäntelt nur dürftig die Angst vor denen, die den Krieg nachträglich doch gewinnen, den Nips und den Krauts. Die Anbetung des Sternenbanners, die reine Religion war, solange der Dollar die Welt regierte, ist heruntergekommen zum hohlen Ritual, das die Gemeinde kläglich eint.

In *einem* allerdings sind die USA Supermacht geblieben: Ihrer Rüstung kommt an Qualität und Bedrohlichkeit auch heute keine andere gleich; auf sie konzentriert sich der Nationalstolz: »Top Gun« und die prahlerische Präsentation des Stealth-Bombers wären anders kaum denkbar. Und es liegt nicht so fern, daß jene, die im Weltwirtschaftskrieg längst in die Defensive gedrängt worden sind, die verbliebene Stärke entfesseln könnten, um ihren Patriotismus noch einmal triumphal zu bestätigen, und zwar an härteren Brocken als dem Sparringspartner Noriega. – Eben das tut Batman bei Miller: Er tobt sich aus, bis an die Zähne bewaffnet, und sucht dabei nach einem »guten Tod«.

Deshalb hat »The Dark Knight Returns« das Genre glänzend restauriert, obwohl es darin beerdigt wird; deshalb haben sich fast so viele Imitationen daran gehängt wie vormals an Superman: Die US-Bürger *brauchen* wieder Superhelden, aber solche,

die verbittert und neurotisch sind wie sie selbst. Ohne Millers Meisterstück und die Hysterie, die es auslöste, wäre der »Batman«-Film auch in den USA als der kolossale Dreck und Krampf durchschaut und verschmäht worden, der er in

Wahrheit ist. So aber, als ein Film, der von Miller die Atmosphäre stiehlt und aus der Tradition das hohe Lied der Selbstjustiz, paßt er in die Zeit und konnte gar nicht durchfallen.

Und mußte in der BRD ein Desaster erleben. Denn hier fehlt, was die Zuschauer dort konditioniert hat: Die mythische Dimension der Superhelden, überhaupt die allgemeine Beachtung der Comics, nicht zu reden von ihrer mit Kino und Popmusik gleichauf rangierenden Position in der Massenkultur. Zwar haben Superheldencomics, seit sie eingedeutscht werden, immer ein Publikum gefunden. Doch immer nur eins, das aus den besessenen Fans, die kritiklos *alle* Comics fressen, und aus denen, die das Tempo noch der schludrigsten Marvel-Story als Offenbarung empfanden angesichts der Lahmarschigkeit, mit der die Unterhaltungsware Made in Germany zur Sache kommt. Minderheiten etablieren keine Mythen.

Die »Batman«-Embleme, die seit Juli 89 wie Pusteln die Litfaßsäulen und Plakatwände überzogen, sollten ein Fieber erzeugen, das in der BRD gar nicht möglich war. Zumal der Seuche, die Warner zu säen unternahm, die seit September wütende, ganz und gar deutsche Pest zuvorkam. Im schwarz-rot-goldenen Delirium ist das goldschwarze Signet unsichtbar geworden: Sich so stark wie in vier Jahrzehnten nicht fühlend, interessiert die Deutschen derzeit zuletzt ein Film, der mit Minderwertigkeitsgefühlen rechnet.

Und wenn geschieht, was unaufhaltsam scheint, wenn das unsympathischste Volk des Universums, wiedervereinigt, als neue Supermacht auftrumpfen sollte: Es wird die Superhelden nicht einbürgern. Wie auch könnte ein Deutscher sein Ebenbild in trivialen Mythen erkennen, die keine Plattfüße haben und sich nie damit vergnügen, Schwächere zu verprügeln? Ein arisierter Superheld wäre keiner mehr. Sondern ein Bastard aus Obelix, Oberst Wegener und Edzard Reuter, aus Blonder Bestie und Genschman.

Literatur:

Dagmar v. Doetinchen u. Klaus Hartung: 'Zum Thema Gewalt in Superheldencomics'. Berlin 1974, Basis Verlag;

Umberto Eco: 'Apokalyptiker und Integrierte'. Frankfurt a.M. 1984, S. Fischer Verlag; Wolfgang J. Fuchs u. Reinhold C. Reitberger: 'Comics. Anatomie eines Massenmediums'. Reinbek 1973, RoRoRo;

Frank Miller: 'Die Rückkehr des dunklen Ritters'. Hamburg 1989, Carlsen Verlag

konkret 05/90, S. 67

Layla Dawson

»Ganz zu ihren Diensten«

Spinnen aus gehärtetem Stahl, Tausendfüßler im Computer-Design, Schmetterlinge auf Velour und klaustrophobische Umarmungen. das Büro als (Alp)Traumfabrik

Eine makellos polierte Fläche glänzt im gedämpften Licht, das durch die Lamellen der Jalousien vor dem Fenster fällt. Das transparente Material läßt sie fast ungegenständlich erscheinen. Kaum einen Meter schwebt sie über dem Boden, einem außerirdischen Flugobjekt gleich, das durch den Raum gleitet. Durch das Glas fällt der Blick auf ein Gewirr von Spinnen aus gehärtetem und verchromtem Stahl. Spitz zulaufende Ausleger halten die durchscheinende Membrane. Paar für Paar und eng geschlossen greifen sie vom Rückgrat eines Tausendfüßlers aus. Kreisrunde Scheiben aus schwarzem Gummi verhindern, daß die Metallarme die scheinbar empfindliche und fast unsichtbare Glasfläche durchstoßen. Eine Reihe langer, spillriger Spinnenbeine spreizt sich zum Boden, hält sich mit Saugnäpfen an ihm fest. Arme und Beine drohend vorgestreckt, scheint das metallene Insekt gerade in dem Moment von der Kamera eingefangen, in dem es seine Beute überwältigt.

Der Lebensraum dieser Viecher ist monochrom, bleiern grau, mattschwarz oder grellweiß: negativ-positiv mit Abtönungen. Der Geräuschpegel ist niedrig, fast tonlos schnurrt die Elektronik. Jeder Laut wird von schweren Vorhängen und Dämmplatten an den niedrigen Decken geschluckt. Die Tentakel versinken im Velour kostbarer Teppichböden aus Wolle oder Ziegenhaar.

Manche dieser Artgenossen tragen anthrazitfarbene Panzer und haben Antennen ausgefahren, an denen Beleuchtungsköpfe sitzen, deren unwirklicher Schein wie das Glühen radioaktiver Brennstäbe wirkt, wenn man sie durch die Trennscheiben aus Bleiglas betrachtet. Andere haben sich zu höheren Formen evolutioniert, bieten sich multifunktional an. Vernetzt und verkabelt verbinden sie sich mal rechtwinklig, mal asymetrisch, werden von schwarzen zuckenden Schlangen durchdrungen, bis sie endlich zur Energieaufnahme im Boden verstöpselt sind.

Abkömmlinge einer anderen Art, die mit diesen Kreationen in Symbiose lebt, entstammen dem gleichen kalten maschinellen Prinzip, das Computer-Design und High-Tech zeugt. Sie gleiten mit gespreizten Beinen auf Rollen über die weichen Böden. Mal sind sie mit Lederhäuten bespannt, die unter der Berührung quietschend nachgeben, mal verkleiden sie sich als bunte Schmetterlinge, die sich von den ehrfurchtgebietenden dunklen Monstern respektlos irisierend abheben.

Doch auch unter ihnen findet man grauenerregende Abarten. Ihre Skelette sind mit breiten Gurten verspannt, die sich scharf ins Fleisch ihrer Benutzer schneiden, Instrumente strenger Erziehung im Bondage-Stil.

Diese Objekte sind leblos. Trotzdem haben sie eine gefährliche Ausstrahlung. Stehen sie unter Saft – elektrisch oder elektronisch – summen und schimmern sie, laden sich statisch auf und stoßen Ozon aus. Mit weit geöffneten Beinen und einsehbaren Eingeweiden scheinen sie zu flüstern:

»Nimm mich. Ich gehöre Dir.«

Ist das Opfer erstmal verführt, halten sie es in klaustrophobischer Umarmung gefangen:

»Gib's mir, streichle mich, und ich mach es Dir.«

Wovon hier die Rede ist? Von Schreibtischsystemen, die zu 'Workstations' zusammengefaßt werden können. Von Computermöbeln und Untertischcontainern, von ergometrischen Sekretärinnenstühlen und Chefsesseln, die, kaum waren sie auf der letzten Möbelmesse in Mailand zu sehen, den 'Workspirit' in den Büros der Konzerne, Banken, Versicherungen oder Anwaltskanzleien heben sollen. Sie wurden gestaltet von Männern und Frauen, die sich verantwortlich fühlen, den Stil des Zeitalters zu prägen.

Ganz wie in den frühen Tagen des Düsenflugs, in den fünfziger Jahren, als Autos, Kühlschränke und Musikboxen mit bauchigen, abgerundeten Formen Triebwerksöffnungen zitierten, mit Chromapplikationen versehen waren, die Geschwindigkeit suggerierten und so aerodynamisch aussahen, als sollten sie gleich vom Boden abheben. Heute statten sich Unternehmen mit Systemmöbeln aus, deren Aura die Satelliten-, High-Tech- und 'Star Wars'-Technologie ist. Doch was das Image meint, das drückt es nicht aus.

Ein Hersteller beschreibt das Design seiner neuen Produktlinie: »... (sie) ist ganz

zu ihren Diensten, sie drängt sich nicht mit eigenen Vorstellungen auf, sondern schmiegt sich ihren Wünschen an. Ihre Flexibilität verbessert die Organisation.«

Das System, das als offen und variabel beschrieben wird, tritt in Wirklichkeit aggressiv und einschüchternd auf. Mit Teilen, die nach Bedarf ergänzt oder verstellt werden können, scheinen Arbeitsplätze greifbar wie handgeschneidert. Ihr Nutzer hört, er habe alles unter Kontrolle, wird aber kontrolliert und ist auf Gedeih und Verderb der Design-Konzeption ausgeliefert.

Alles ist in Reichweite, wird dem Angestellten wie auf dem Tablett serviert. Die Arbeitsflächen umschließen ihn fächerförmig, bewegen sich an Gelenken auf ihn zu. Unter der Tischplatte oder über ihr an Metallkonstruktionen befestigt, halten gleitende Container in genormten Schlitzen und Löchern Stifte und Büroklammern bereit, hängende Gärten der Ordnersysteme. Über der Arbeitsfläche eröffnet sich als 'dritte Dimension' ein Regalsystem, in das Computerbänder und Diskettenboxen einrasten. Von zentralen Versorgungstürmen aus sind die 'Workstations' mit Strom-, Telefon- und Computerkabeln vernetzt. An Stahlrohren hängen Telefone, Computertastplätze und Monitore, die sich in alle Richtungen verschieben lassen. Inmitten eines solchen Moduls sitzt die Bürokraft und darf 'Mission Control' spielen.

Je weniger die Arbeitskraft eine Kraft ist, desto mehr braucht sie den Anschein von Macht. Wenn sich nichts bewegt, die Arbeitszeit gleich bleibt, der Lohn stagniert und die soziale Sicherheit abnimmt, dann doch wenigstens um den Preis des Gefühls, im Status erhoben zu sein. Insofern ist High-Tech die Fortsetzung des Konsums am Arbeitsplatz. Als wissenschaftliches Image, nicht als Funktion, schluckt es gefräßig Träume und Phantasien und gibt sie wieder von sich als Mode in technischer Verkleidung.

Noch einmal der Hersteller: »Auf Maß gemacht, ergonomisch, flexibel... wie jede hoch-entwickelte Architektur beruht die Form auf einem Schub- und Zugsystem, das das statische und visuelle Gleichgewicht des Systems gewährleistet... Die Form des Tisches spielt eine gewichtige Rolle in der Psychologie jeder Versammlung.«

Hinter den Sprachbildern zur humanen Arbeitsplatzgestaltung verbergen sich in Wirklichkeit sexuell aggressive Formen, die den Unterwerfungsgestus einfordern. Diese Artefakte argumentieren in den Formen wissenschaftlichen Fortschritts mit dem gleichen Imponiergehabe wie die brutalisierten Formen der Antike in der Architektur des 19. Jahrhunderts. Ihre Prachtentfaltung blendet den Benutzer und nutzt ihn aus. Sie steht für die Verschwendung natürlicher Ressourcen und die Ausbeutung von Mensch und Natur.

Im Möbeldesign deuten sich auch andere Entwicklungen an, die quer zum Modetrend liegen. In der Verwendung natürlicher Hölzer, schlicht und schmucklos mit fast puritanischer Handwerklichkeit verarbeitet, liegt vielleicht der Kern einer Bewegung, die auf High-Tech und postmoderne Gesten antwortet.

Das Schlagwort der letzten Mailänder Möbelmesse war, ob es paßte oder nicht: 'the human touch'. Selbst dort, wo High-Tech nur notdürftig unter fröhlich bunten Lackschichten kaschiert wurde, hörte man es. Man traut dem megalom technologischen Ambiente nicht mehr, so scheint es. Doch auch die schreiend farbigen Plastikbeschichtungen werden nicht mehr lange die Zweifel vertreiben, die das Publikum plagt: Man besinnt sich auf Gegenstände, die solide und aus natürlichen Materialien gefertigt sind und besser grünes, umweltfreundliches Denken vorspiegeln können. Bei einigen der Prototypen, die, obwohl noch nicht in Produktion, schon in Mailand zu sehen waren, fühlte man sich an die puritanischen Möbel der amerikanischen Quäker erinnert. Sie hätten die Tischler, die mit der Mayflower segelten, kaum in Erstaunen versetzt.

Mit der Rückkehr nicht nur zu ökologisch vertretbaren Materialien, sondern auch zu stabilen traditionellen Holzverbindungen, holt die Industrie aus, einen sich wandelnden Geschmack zu treffen. Wenn schon Investmentberater mit ihrem Beitrag zur ökologischen Erhaltung des Planeten werben, auch wenn es sich nur um die Verwendung von recycleten Anlagepapieren handelt, wird dieses Verkaufsargument für die Möbelindustrie so unverzichtbar wie für den energiesparenden Architekten.

Gut gemachte Holzmöbel, jenseits retrospektiver Sehnsüchte nach 'kesser Kiefer', wären eine Alternative zur Verwendung von Kunststoffen auf petrochemischer Basis, von nicht-rostendem Stahl und Aluminium. Die Ökonomie solcher Möbel läge in ihrem Widerstand zur Wegwerf-Ideologie. Ihre Herstellung würde die Enteignung der handwerklichen Fertigkeiten beenden, die Fremdheit in der Beziehung zum Benutzer. Eine Situation, die die Lippenbekenntnisse zum 'human touch' überflüssig machte.

Die Formen des High-Tech haben sich mehr und mehr von einem Symbol des Fortschritts in seine Karikatur verwandelt. Je mehr die Allmacht von Wissenschaft und Technik zum Mythos wird, je eher scheint der Rückgriff auf natürliche Formen und Materialien ein logischer Schritt. So lange Design

immer mehr zur Beschleunigung des Prozesses dient, das Neue in ein Altes zu verwandeln und das eine exklusive Symbol durch das nächste zu ersetzen, ist Besinnung auf Einfachheit und Verzicht mehr ein propagandistischer Luxus als ein Neubeginn. Denn noch immer hört das Kunstgewerbe da auf, wo Ikea beginnt.

konkret 05/90, S. 70

Georg Seeßlen

Nicht ins Leben - auf den Markt

Spieler, Verrückte, Schauspieler und Künstler – in Robert Altmans Filmen müssen die Figuren endlose Wege durch Zwänge, Selbstdarstellungen und Konventionen zurücklegen, um schließlich doch an der Unvereinbarkeit individueller Wünsche mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu scheitern

Da kommen die zwei so ziemlich falschesten Sachen zusammen, die unsere Kultur derzeit zu bieten hat: »Van Gogh«, diese Mischung aus bizarren Wirtschaftsnachrichten (hat nicht der Präsident einer japanischen Versicherungsgesellschaft uns die »Sonnenblumen« weggekauft, und hat nicht ein australischer Geldjongleur eines dieser Bilder, die gemalt scheinen, um eine mythische Vorstellung von »Geld«, Wert und Unwert, Genie und Wahnsinn zu geben, erworben, ohne es bezahlen zu können und dabei Kapital in absonderlichen Kanälen hin- und herfließen lassen?), und Kunstpopulismus: Da hängt neben Dürers betenden Händen vielleicht (vielleicht aber auch neben einer Staeckschen Aha!-Unsäglichkeit) der obligate Van Gogh-Druck, der schon in den Farben nicht stimmt, und den Höhepunkt des Todesjahr-Rummels bildet eine Riesen-Ausstellung, in die die Zuschauer mit Zeitvorgabe geschickt werden: move them in and move them out.

Die zweite Kulturkatastrophe ist der »europäische Film«, ein merkwürdiges Phänomen, von dem in den Kampfblättern des neuen Spießertums so enthusiastisch die Rede ist, als hätten die Redakteure ihre Ersparnisse da hineingesteckt. Was da (scheinbar) gegen Hollywood entsteht, ist ein schön langweiliges Zutatenkino (wir haben einen schlichten Geschmack: von allem nur das Schmerzloseste), dem es am wichtigsten ist, ein bißchen »Kultur« vor sich herzutragen und jede Mark, jede Lira, jede Peseta, jedes Pfund und jeden Franc zu zeigen, der darin steckt. Ein Schnitt etwa führt von der Mark- in die Franc-Dimension, und die besten Stoffe sind die, von denen alle Gymnasiasten und Fernsehredakteure Europas schon mal was gehört haben.

Wenn also jemand zu diesem Zeitpunkt einen europäischen Film über Vincent van Gogh dreht, dann ist der Unsinn perfekt. Es sei denn, der Regisseur des Films heißt Robert Altman, ist ein amerikanischer Dissident, der in Paris lebt und sich eine alte Tube Bleiweiß darum kümmert, welche Probleme wir mit van Gogh und mit dem europäischen Film haben. So einer macht das Richtige mitten im Falschen, weil es woanders nicht zu machen ist.

Robert Altmanns Filme, eine Menge mittlerweile, beschreiben keine klare Linie, bilden nicht den statisch verläßlichen Korpus, den man sich wünscht. Selbst eingefleischte Altman-Verehrer haben ihm nie recht verziehen, daß er nach strengen Film-Essays wie »Quintet«, nach sarkastischen Multi-Personen-Stücken wie »Eine Hochzeit« und nach Auseinandersetzungen mit amerikanischen Genre-Mythen im Western (»Buffalo Bill und die Indianer«), im Gangster- (»Thieves Like Us«) oder im Schnüfflerfilm (»The Long Goodbye»), nach der filmischen Erforschung der Innenräume, wie in »Drei Frauen«, immer auch (scheinbar) einfache, wie mit der linken Hand gedrehte Filme mit »kindischen« Themen gemacht hat, etwa die Comic-Verfilmung »Popeye« oder die Teenager-Komödie »O.C. und Stiggs«. Altman ist kein Mythopoet und kein Kalligraph, obwohl er genug von Mythopoesie und Kalligraphie versteht; er ist kein Regisseur, der sich aus einer Botschaft identifizieren läßt (»Ich habe nichts zu sagen, nichts zu verkünden. Ich sehe nur Bilder«, sagt er), und er ist, auch wenn die meisten seiner Filme von nichts so viel sprechen wie vom Stil, kein Stilist. Altman gilt hierzulande mal als zu amerikanisch, mal als zu europäisch, mal gilt er als intellektuell und mal als zu naiv. Für ihn aber ist es wichtig, daß Filme nicht perfekt, nicht hermetisch sind, und auch die Brüche in seiner Arbeit sind Teil einer ständigen Provokation, über Filme gefälligst auch ein bißchen nachzudenken. Irgendwann hat er damit begonnen, darum zu wetten, daß sein jeweils neuester Film keinem der vorher von ihm gemachten gleicht (keine Ahnung, wer bei diesen Wetten den Schiedsrichter gibt). Für fast alle Filme hat Altman gegen die Kino-Maschine kämpfen müssen, und oft genug hat er den Kampf verloren. Aber noch im Verlieren hat er mit seinen Arbeiten stets neben seinen Themen auch diese Maschine beschrieben, das Showbusiness, das eine nationale Seele will.

Auch bei Altman gibt es das Biographische, das zu Material und Methode wird. Sein Vater war ein erfolgreicher Versicherungsvertreter – einer der erfolgreichsten der Welt, heißt es, und ein fanatischer Spieler. Altmann sagt, er habe von ihm das Verlieren gelernt. Er wuchs in einem »Frauenhaushalt« auf; die Erziehung war katholisch in einer protestantischen Umwelt im mittleren Westen der US of A: keine »Erklärung«, nur Hinweise darauf, daß es in Altmans Filmen nicht den eigenen Mythos gibt, keinen Punkt, auf den alles hinauswill, keine Lösung.

Als Robert Altman 1969 mit »M.A.S.H.« zum erstenmal Kritiker und Zuschauer faszinierte, war er bereits 44 Jahre alt, hatte nach verschiedenen glücklosen Versuchen in diversen Berufen das Handwerk als Industriefilmer gelernt und eine Unzahl von Arbeiten für verschiedene Fernsehserien gedreht, darunter »Combat«, »Alfred Hitchcock Hour«, »Bonanza« und Filme wie »The James Dean Story« und »Countdown«. Immer wieder hatte er dabei mit der Tonspur experimentiert, hatte die Leute übereinander sprechen lassen und Nebenhandlungen in die Serie eingeführt, die mit der »richtigen« Story nichts zu tun hatten. Deshalb verlor er auch immer mal wieder seinen Job. Die angestrebte Polyphonie sowohl in der Handlungsführung, Geschichten, die sich, statt sich zu erklären, sich einzuordnen, sich lediglich mal mehr, mal weniger heftig berühren, und Stimmen, die nicht schweigen wollen, nur weil eine andere zu hören ist, erweist sich, vor allem in der

akustischen Dimension, als probates Mittel der Satire, man meint im Zentrum noch eine Ordnung auszumachen, während sich an den Peripherien Nebenordnungen etablieren, und wie das Eigeninteresse der Menschen die soziale Institution immer wieder zu einer chaotischen Veranstaltung macht, die nur deswegen nicht zusammenbricht, weil die Eigeninteressen immer wieder die gleichen sind, so drängen sich die Attribute zu chaotischer Konkurrenz. Dick und dünn, alt und jung, weiblich oder männlich – das alles wird für Altmans Figuren statt zum Schicksal (in dem man sich einrichtet) zum sozialen Ausweis; die eigene Erscheinung wird in einer narzißtischen Induktion auf die einfachsten Attribute reduziert. und wer, zum Beispiel, korpulent ist, der muß seine Körperfülle auch gleich als Waffe einsetzen.

Die Synchronisation von Innen und Außen scheitert schon hier: Während die Menschen versuchen, ihrer Erscheinung gerecht zu werden, zerstören sie den Sinn der Kommunikation. Die Polyphonie entspricht exakt dem Markt, auf dem Angebote und Nachfragen sich chaotischer geben als sie sind. Dabei überläßt uns Altman seine Position des gleichsam wilden Schauens; statt durch Nahaufnahmen Bedeutungen und Beziehungen zu klären (Nahaufnahmen sind bei ihm vor allem letztes Mittel der Demontage; letzte Haß- und Trauerbilder, mit denen, wie in »Buffalo Bill«, die Erzählung nur noch enden kann), läßt er uns in Panoramen und Kamerabewegungen selbst erst die Zusammenhänge herstellen und dabei stets verschiedene Möglichkeiten offen. In diesem Ineinander des Wollens und Tuns ist man gezwungen, »Verstehen« als relativ unsicheren Vorgang zu betrachten, und während sich die Erzählung auflöst und mit ihr der historische, politische und kulturelle Mythos, den sie beschreibt und bedeckt, betritt der Altmansche Held die Szene, die er nicht beherrschen will: ein Spieler

Der Spieler will in der Welt, die er vorfindet, weder eine Ordnung schaffen, noch nach einer suchen. Er verhält sich eher wie jemand, der experimentiert, aber im Verlieren wie im Gewinnen bestätigt, daß er und die Welt nicht identisch sind. Die Polyphonie schafft die Ordnungen und Verläßlichkeiten ab (Altman erreicht zum Beispiel durch seine Behandlung der Tonspur, daß man im Kino wirklich mehr, also nicht bloß etwas Größeres wahrnimmt als in der Wirklichkeit), und der Spieler-Held schafft die Distanz. Es gibt ihn in zwei Variationen: den ewig grinsenden Spieler, Elliot Gould zum Beispiel, und den versteinerten Spieler, etwa Paul Newman. Verlierer sind sie, natürlich, beide.

Altmans Helden spielen stets um ihr Leben, oder sie haben ihr Leben ganz und gar dem Spiel geweiht; seine Helden sind einerseits Menschen, die scheinbar gar nichts ernst nehmen, wie etwa die Lazarett-Ärzte in »M.A.S.H.« (denen indes gerade im Spiel immer wieder eine moralische Option zuwächst, die die Menschen, die den Krieg ernst nehmen, nicht mehr haben), oder es sind Menschen, die ein Leben todernst nehmen, das nur noch ein Spiel ist, wie Newman in »Quintet«. So lassen sich bei Altmann die »Komödien« von den »Tragödien« unterscheiden. (»Popeye«, nebenbei, dessen »I yam what I yam and that's all I yam« so grausam demontiert wird, ist Held einer Tragödie.) Spieler sind Altmans Helden in »California Split« und »McCabe und Mrs. Miller«, aber auch die Kids in »O.C. und Stiggs«, die sich ihrer Umwelt nur in wechselnden Verkleidungen zeigen und die leben, indem sie Szenen der großen amerikanischen Träume als Kinderspiel gegen die wenden, die davon profitieren.

Spieler-sein ist allerdings nicht nur ei[ne methodische Reaktion auf die Erfahrung der Polyphonie, sondern auch eine Flucht vor der Vermischung von Menschen mit den sozialen Anforderungen, die an sie gestellt werden. Neben den Verlierern/Spielern sind die Figuren bei Altman Wesen, die einen endlosen Weg durch Zwänge, Selbstdarstellungen und Konventionen zurückzulegen haben, wollen sie zum Leben kommen; die Polyphonie ist auch die Allgegenwärtigkeit der gesellschaftlichen Forderungen, die durch die Wünsche der Menschen fließen, sie verwirren und umdeuten. Oft wissen wir nicht, ob unsere Träume schon Pflichten sind. In Altmans Filmen spricht nicht nur jemand, sondern immer noch auch ein Es; der Lautsprecher mit seinen idiotischen Durchsagen in »M.A.S.H.«, der andauernd Show und Wirklichkeit miteinander vermischt, das Radio in »Thieves Like Us«, das die Momente der Einsamkeit und der Angst erfüllt und zugleich Einsamkeit und Angst ins Unendliche verlängert. Das Stimmengewirr ist keine Seelenerfahrung, sondern ein Alltag, den man angerichtet hat. Die Medien reichen tief und umfassend in die Person; dieses Radio sendet stets zugleich Propaganda und Unterhaltung; die isolierten Gangster erfahren dadurch erst ganz das Ausmaß ihrer Einsamkeit (während Shelley Duvall sich als wahrhaft Coca Cola-süchtig zeigt, als wäre dies tatsächlich eine Teilhabe am großen Traum oder wenigstens das »Opium der Massen«). In »Nashville« ist der auf seiner Wahlkampfreise in die Stadt der Musik gekommene Präsidentschaftskandidat ständig als Stimme präsent; er wetteifert mit den Country-Musikern um eine Beliebtheit, die darin besteht, daß jemand (oder etwas) sich nicht mehr wegdenken läßt.

Man kann sich beim Betrachten dieser Filme des Eindrucks nicht erwehren, daß die Menschen schon deshalb nicht zu sich selber kommen können, weil ihnen ständig jemand »hereinredet« – aber anders als bei George Orwell wären Altmans Figuren gewiß nicht in der Lage, auf diese Störungen zu verzichten. Was geschieht, wenn diese Stimmen schweigen, zeigt Altman in seinen Filmen über Menschen, die sich zurückziehen und ihre eigenen Identitäten zerfallen sehen wie in »Drei Frauen«. In ihren sozialen Beziehungen lösen sich die Menschen auf; sie werden so wenig, daß sie nicht einmal das von ihnen verlangte Schauspiel perfekt über die Bühne bringen; in den personalen Beziehungen tauschen sich die Menschen aus, fließen ineinander, der eine will unbedingt der andere werden, einer Möglichkeit eines Menschen bleibt nur die Chance, alle anderen Möglichkeiten zu verdrängen. Wer mehr ist als er darstellen soll, mehr als eine Strategie, der wird »krank«.

Robert Altman behandelt also ein uramerikanisches Thema, das vielleicht das Thema des »vollendeten« Kapitalismus ist, nämlich die Unvereinbarkeit von Gesellschaft und Individuum: Die Gesellschaft braucht den Menschen als Darsteller des Individuums und bekommt – durch Übererfüllung des Solls an Fröhlichkeit vielleicht, auf die, nach Robert Warshow, der Staat immer einen Anspruch hat, und wenn er uns durch Paraden und Fernsehprogramme dazu zwingen muß – eine sich selbst entleerende und zerstörende Veranstaltung. Insbesondere die Frauen bei Altman leiden unter der Anstrengung, glücklich auszusehen, so sehr, daß sie nicht einmal mehr richtig »funktionieren« können. Das Individuum opfert so enthusiastisch, daß es dabei den Altar kaputtmacht, auf dem es geopfert werden soll. Es braucht indes die Gesellschaft als Mittel zur Überwindung der eigenen Isolation und zur Organisation der Wünsche, erhält aber nur einen endlosen Strom von Nachrichten und »Beispielen«, an denen es sich nicht wirklich orientieren kann.

Wie immer sich Altmans Helden entscheiden, sich der Gesellschaft gegenüber zu verhalten, es wird ihre Isolation erhöhen. Die sozialen Institutionen funktionieren zu perfekt: In »Health« kämpfen zwei Gesundheitsorganisationen auf einem Parteitag um die Wiederwahl ihrer Kandidatinnen, während hinter der Show ein Netz von Korruption sichtbar wird, und nichts ist, einmal mehr, was es scheint. Eine Kandidatin, achtzig Jahre, erscheint als Bild der amerikanischen »blühenden« Greisin, erstarrt inmitten ihrer Rede zur Pose; Menschen, die als Gemüse verkleidet sind, bleiben im Lift stecken. In »Beyond Therapy« (Therapie zwecklos) ist die Welt endgültig im Bild des Irrenhauses gefangen. Patienten und Analytiker werden durch dumme Zufälle durcheinandergebracht und beweisen vor allem immer eins: die Heillosigkeit der Welt, in der sie leben.

Spieler, Verrückte, Schauspieler und Künstler überleben das Dilemma zunächst, weil sie gerade diese Distanz brauchen. Sie leben, als würden sie diesen Bruch zwischen innen und außen selber inszenieren. Aber da sie nicht schaffen, was alle Welt von ihnen erwartet, nämlich den Bruch zu heilen, werden sie früher oder später bestraft, von innen und außen zugleich.

Frauen sind bei Robert Altman nur selten Schauspielerinnen, schon gar keine glücklichen Verliererinnen. Ihre bloße Existenz läßt das Gleichgewicht von Polyphonie und Spiel ins Wanken geraten. Ihre Sehnsucht danach, in der Liebe den Widerspruch zwischen Gesellschaft und Individuum aufzuheben, ist fast grenzenlos; sie wollen »alles richtig machen«, und zugleich »ganz« bleiben. In »Drei Frauen« ist Sissy Spacek eine naive texanische Göre, und Shelley Duvall ist eine panisch plappernde Modepuppe; die beiden Frauen verlieren sich in der hellen Plastik-Welt von Kalifornien in einem Alptraum, den die dritte Frau, die schwangere, schweigende und »verrückte« Malerin Pinky illustriert; sie versuchen eine Frauen-Geschichte aus Großmutter, Mutter und Tochter zustande zu bringen, doch statt sich entsprechend zu ordnen, vertauschen sich die Identitäten zusehends sie sind Teilaspekte einer einzigen Frauen-Geschichte, die ihre Geschichtlichkeit verliert. Die Welt der Männer reicht in diese Rotation des Frauenlebens nur in Form brutaler Botschaften und Gesten. Altman kann von Männern und Frauen, von Menschen und Gesellschaften, von Spiel und Passion sprechen, aber niemals von beidem gleichzeitig. Es gibt mehrere Altman-Welten, genauer: Es gibt eine Welt, die aus innen und außen besteht, und beides gleicht einander. Die Menschen gehen zugrunde in der hektischen Betriebsamkeit der sozialen Institutionen, des Showbusiness (»Nashville«), der Familien (»Eine Hochzeit«) oder des Krieges, sie gehen aber genauso zugrunde, wenn sie auf ihr Inneres zurückgeworfen werden.

Neben dem gegenseitigen Durchdringen von Leben und Spiel, der fröhlichen Leere des amerikanischen Lebens und der Beziehung von Macht und Liebe ist diese Einsamkeit Altmans Hauptthema. Seine Figuren in »Ein kalter Tag im Park«, »Spiegelbilder« oder »Drei Frauen« sind so radikal einsam wie andere betriebsam, und wie diese sich in der endlosen Konventionalität der populären Mythologie, der Medien, der Umgangsformen des american way of life verlieren, so verwischen sich jenen Einsamen die Grenzen zwischen Alptraum und Wirklichkeit. Bei Altman, und damit stört er empfindlich den amerikanischen Konsens, erlösen sich Individuum und Gesellschaft nicht wechselseitig; der Weg von der Gesellschaft in die Individualität endet im Wahn, der Weg von der Individualität zur Gesellschaft endet im Showbusiness, nach dessen Regeln das Privatleben ebenso wie die Politik funktioniert. Die Katastrophe ist die einzige Möglichkeit dieser schweigenden oder lärmenden Leere, aber auch sie wird vom Showbusiness schnell hinweggefegt: Das Attentat in »Nashville«, die Taubenkot-Attacke in »Eine Hochzeit«, der Krieg in »M.A.S.H.« lösen für den Augenblick Kurzschlüsse aus, dann geht die Show weiter. In »Brewster McCloud« versucht der Held mit einem selbstentworfenen Fluggerät im »Astrodom« zu fliegen; es gelingen ihm einige Runden, dann stürzt er ab. Das Publikum applaudiert, der Tod ist ein selbstverständlicher Teil der Show.

Altman hat in seinem »großen« Kino ein Modell für eine gänzlich veränderte Film-Dramaturgie geliefert: Nicht mehr zwei, drei Hauptfiguren mit einer übersichtlichen Zahl von Nebenfiguren, sondern eine Mehrzahl gleichberechtigter, durch Zufälle, soziale Texturen und Kamerabewegungen miteinander in Beziehung gesetzte Menschen werden gezeigt. Diese Verwandlung zeichnet sich schon in »M.A.S.H.« ab, da folgt die Kamera einer Person, der eine andere begegnet: die Kamera entschließt sich, nach kurzem Zögern bei der zweiten Person zu verbleiben (einer Frau, die aus einem Zelt kommt und ihre Kleider ordnet), und als die aus dem Bild gegangen ist, betritt ein anderer die Szene, findet ein Kleidungsstück, mit dem er nichts anzufangen weiß, während er sich Gedanken über das eventuell Vorgefallene macht. Damit wird keine Geschichte erzählt, sondern ein Geflecht von Beziehungen und »Wissen« entworfen. In »Nashville« sind es 24 Hauptfiguren, in »Eine Hochzeit« genau doppelt so viele.

Im Mittelpunkt des Interesses steht nicht mehr das Individuum, sondern der soziale Ort, Nashville als Produktionsstätte der industriellen Musik, »Eine Hochzeit« als Besiegelung eines sozialen Bündnisses; die Magie geht in den Filmen Altmans von der durchscheinenden Realität der Schauplätze aus; die kalifornische Küste in »The Long Goodbye«, die Landschaft um Dublin in »Spiegelbilder«, die Indianerreservate von Stoney Indian in »Buffalo Bill«, das Casino von »California Split«, das Badehaus von Presbyterian Church in »McCabe and Mrs. Miller«, die Innenarchitektur der protzigen Gangster-Bourgeois in »Eine Hochzeit«, das Heim des militanten Vertreters von Middle America in »O.C. und Stiggs«, die Angstmalereien in »Drei Frauen«, die riesige Wohnung in »Ein kalter Tag im Park«, das Amerika der Depressionszeit in »Thieves like us« – all diese Schauplätze dominieren im Grunde die Handlung: Die Story ist, wie Altman sagt »Aufhänger, um bestimmte Beobachtungen anzustellen«.

Eine Reihe von Altmans Filmen sind offene oder versteckte Remakes, vielleicht auch Korrekturen von Hollywood-Filmen; er legt gewissermaßen Widerspruch ein, schon in der Wahl der äußeren Umstände: Sein Remake von Nicholas Rays »They Live By Night«, unter dem Titel der Romanvorlage von Edward Anderson »Thieves Like Us«, wird von einem Nacht- zu einem Tag-Film, und während Ray sein Gangsterpaar eher ambivalent zeigt, die Handlung aber gleichsam von ihnen aus entwickelt, zeigt Altman sie als beinahe »reine« Menschen mit einem ausgeprägten Gefühlsleben, aber aus unüberbrückbarer Distanz. Auch seine »Western«-Helden sind weder Subjekt ihrer persönlichen noch der nationalen Geschichte; sie spielen die Rollen, die man von ihnen erwartet und verdienen daran.

Was man gelegentlich polemisch gegeneinander ausgespielt hat, die satirischen Panoramen Altmans und seine »mystischen« Arbeiten, die Darstellung des Außen und des Innen, das hat er in einigen Filmen der achtziger Jahre versuchsweise zusammengeführt. Sie entstanden zumeist abseits von Hollywood, oft als Theaterverfilmungen und zum Teil für das Fernsehen. In »Komm zurück, Jimmy Dean« treffen sich fünf Frauen aus der amerikanischen Provinz zum 20. Todestag ihres einstigen Idols, dort, wo sie sich früher immer getroffen haben. Es sind verkrüppelte Menschen, deren Lebensumstände ebenso defekt geworden sind, wie ihr Innenleben. Mona zum Beispiel bildet sich ein, ihr Kind sei von James Dean. Zu der Gruppe kommt die sechste, die urbane und erfolgreiche Frau, die früher als Junge an ihren Versammlungen teilgenommen hat. Aber wie sich ihre Brüste als Plastikimitate erweisen, so ist auch die Darstellung ihres Glücks ein Fake, der bald platzt. »Fool for Love«, nach einem Theaterstück von Sam Shepard, ein Gefühlswestern zur geographischen Bestimmung des Innen, gehört zu den wenigen Filmen Altmans dieser achtziger Jahre, die ihm den Zuspruch der Kritik eingebracht haben. Nach seinen Theateradaptionen für das Fernsehen, »Jimmy Dean«, »Streamers« (Windhunde) und »Laundromate« sowie den Harold Pinter-Einaktern »Der stumme Diener« und »Das Zimmer«, als »Basements« zusammengefaßt, die in engen Räumen kaputte amerikanische Menschen aufeinander losließen, ging er nun wieder aufs freie Land, zu einer mythisch-erotischen Begegnung mit dem Western, dessen Held nur das allernächste, die Schwester zum Beispiel, begehren kann und doch immer wieder »Freiheit« träumen muß.

Vieles in Altmans Arbeiten erinnert, wie Kritiker immer wieder betont haben, an Federico Fellini, einzelne Szenen ebenso wie die Behandlung der Personen, die offene, episodische Dramaturgie, das scheinbare Chaos der Montage, das sich zu einer inneren »Reise« fügt. Eine andere Spur führt zu Jaques Tati, der in seinen Filmen immer mehr die Randwahrnehmungen des Zuschauers forderte, die Beobachtung an die Stelle der Entwicklung setzte. Ein wenig wirkt das wie »dokumentarisch«, als würde aus einer augenblicklichen Situation heraus gefilmt, was dem Regisseur den Vorwurf eingebracht hat, seine Einstellungen seien »unmotiviert«. Altman verzichtet häufig auf Proben mit den Schauspielern, um ihnen den Rückzug auf die traditionelle Hierarchie von Darstellung und Dargestelltem zu erschweren. Der Raum gibt die Sicherheit. Altmans Zoom ist nicht auf den Effekt ausgerichtet, der Bedeutung schafft, sondern subjektiver »Zugriff«, der den Raum nicht als verläßliches Kontinuum bestehen läßt, sondern als eine Sprache (an anderem Ort verhalten sich seine Personen auch anders). Wogegen sich zum Beispiel die Helden des Italo-Western nur noch durch ihre Schießwütigkeit wehren konnten, das wird bei Altman zur Charakteristik der Position seiner Figuren: die Auflösung des Raums, der lebt, zeigt ihre »Standpunktlosigkeit« .

Altman beobachtet seine Helden wie einen Teil einer sich auflösenden Ordnung; dafür sind der grinsende Elliot Gould und die erstarrte Geraldine Chaplin herausragende Zeugen; Shelley Duvall, die es doch immer recht machen möchte; die vom amerikanischen Traum zerstörte Frau; sie alle sind wie »Brewster McCloud« von der Sehnsucht infiziert, »frei« zu sein, und schaffen sich doch um so mehr das Gefängnis; sie glauben sich aufeinander zuzubewegen, zu Freundschaft oder Liebe zu gelangen, und schaffen doch nur die größte Distanz selbst noch in der Erfüllung des Traums wie in »California Split«. In Altmans Filmen versuchen die Menschen stets, sich zu berühren und kommen doch, wie Paul Dooley als Sohn einer griechischen Einwandererfamilie und Marta Heflin als Rocksängerin in einer Wohngemeinschaft in »A Perfect Couple« keinen Millimeter voran. Sie fühlen sich nicht ins Leben, sondern auf einen Markt geworfen, und unter allem Leiden, das die innere Produktion und die äußere Werbung verursachen, werden die »Lebensstile« als einzig perfekte Gleichung von Innen und Außen immer weniger kompatibel. Wenn sich Altmans Helden treffen, dann ist die Arbeit immer schon getan, und die Chancen sind verloren. Wir sind so komisch, weil wir so furchtbar fertig sind.

Und nun inszeniert dieser Altman einen Film über den europäischen Maler Vincent van Gogh, der uns einen wohlfeilen Mythos von Genie und Wahnsinn geliefert hat, das Bild, in dem die Faszination von Radikalität und Wahrhaftigkeit

aufgehoben ist, und das zugleich von den guten Gründen spricht, auf beides zu verzichten. Aber Altman liefert uns nur an der Oberfläche die Bilder, auf die wir warten, wieder verwendet er die Story als »Aufhänger, um bestimmte Beobachtungen anzustellen«. Es geht nämlich nicht um van Gogh, sondern um »Vincent und Theo«, um das Innen und Außen, den isolierten Menschen und den Markt, ohne den niemand leben kann. Vincent, wir sind ja in Europa, ist der Künstler, der nicht mehr spielen kann. Seine Radikalität des Schauens läßt sich so wenig mehr ins Innen bannen wie seines Bruders Theo Entschluß fürs Draußen noch eine Lösung sein kann. So wie Altmans Helden früher in der Außenwelt zu grotesken Marionetten geworden sind, und im Inneren zu verzweifelten Wesen, die sich fast buchstäblich zerreißen müssen für einen Dialog, so zeigen Vincent und Theo, wie eng beieinander beides liegt.

Der Film zeigt das Scheitern zweier Männer, die anscheinend sehr unterschiedliche Wege gehen, in Wahrheit einander aber über die Abhängigkeit, die Freundschaft, ja sogar über die brüderliche Liebe hinaus verbunden sind. Da ist Vincent, der Künstlerproletarier in seinen schäbigen Behausungen, in denen sich die alte Farbe über dem Schmutz eines weltlosen Lebens breitet. Und da ist Theo, der korrekte Bürger, der immer kämpft: um die Form zu bewahren, um eine würdige Wohnung für sich und seine Familie, einen sozialen Ort. Vincent, die Pfeife zwischen den schwarzen Zähnen, läßt das Chaos der Welt an sich heran. Theo, der sich mit der eleganten Zigarette Distanz verschafft, versucht Ordnung in sie zu bringen. Vincent verliert seine Geliebte durch Theo; später verliert Theo durch Vincent beinahe seine Frau. Vincent geht ganz buchstäblich an seinen Farben zugrunde, die er nicht mehr wie ein Werkzeug, sondern wie ein Lebensmittel behandelt; er verschlingt sie, reibt sich mit ihnen ein, trinkt das Losungsmittel. Theo geht an der Syphillis zugrunde, die ihn so sehr von innen zerfrißt wie Vincent die Farben von außen.

Wie beide von der Vision leben, hat Altman in der Szene des Selbstmordes zusammengefaßt: Vincent malt das Bild mit den Krähen über dem Kornfeld. Die Kamera zeigt ein gewaltiges Feld, auf das der Blick des Malers gerichtet ist. Wir sehen aber auch, daß weder der Weg noch die Krähen, die über das Feld fliegen, in der Wirklichkeit, die Vincent abbildet, vorhanden sind. Dann geht er in das Feld hinein. Dabei zieht er eine Furche hindurch. Er bleibt stehen, gerade wo der Fluchtpunkt des gemalten wie des Filmbildes ist, und schießt sich eine Kugel in den Leib. Der Schuß scheucht einige Krähen auf. Für einen Augenblick entspricht das Filmbild dem Gemälde. Das Innen hat sich ins Außen verwandelt.

Robert Altman hat den Spielertrick geschafft, unter einer kleinen Liebeserklärung an Europa und an das europäische Kino, das sich so gerne Zeit läßt und so gerne von Tod und Untergang erzählt, sein Thema weiterzuentwickeln. Er hat deutlich gemacht, daß die Wünsche und Phantasien der Menschen nicht leben können, wenn sie den Weg nach außen nicht finden, und daß die Welt kaputtgeht, wenn sie deren Umsetzung unterbindet.

konkret 05/90, S. 75

Conny Voester

Bürgerinnen beobachten den 218

Zwei Frauen haben einen Dokumentarfilm über den Memminger Abtreibungsprozeß gedreht

Die Antwort hat Format: Auf die Frage, ob sich durch die Memminger Abtreibungsprozesse seine Meinung geändert habe, weiß der Bürger: »Ich hab' immer schon die richtige gehabt.« Es ist zum Verzweifeln. Wird so quittiert, was kurz vor ihm eine Frau beschrieben hat, halb trotzig, halb resigniert?: »Ich geh' seit fünfzehn Jahren auf 218-Demos« Zwei Stimmen von vielen in dem Dokumentarfilm »Mutter aus Passion«. Befragt wurden sie von zwei jungen Hamburger Filmemacherinnen. Ingrid Molnar (auch Kamera) und Anne Geils, die den spektakulärsten deutschen Abtreibungsprozeß in Memmingen 1988 zum Anlaß nahmen, alte und neue Argumente ins Bild zu setzen. Die Zusammenstellung dieser Äußerungen und Einschätzungen ergibt in siebenundsiebzig Minuten ein Kaleidoskop bundesrepublikanischer Wirklichkeit: bitter, komisch und informativ.

Dem Film ist deutlich anzumerken, daß er als subjektive Erkundung begonnen wurde, bewegt von der Bestürzung über einen Schauprozeß und neugierig auf Erfahrungen und Sichtweisen anderer. Anne Geils und Ingrid Molnar haben sich nach Memmingen begeben und dort am Rand der Ereignisse mit Passanten und Frauen vom Frauenzentrum Memmingen gesprochen, mit Betroffenen und dem Verteidiger von Dr. Theissen, Taxifahrern und Juristen, christlichen und unchristlichen Abtreibungsgegnern und Frauen, die laut darüber nachdenken, welche Gründe sie zu einer Abtreibung veranlassen könnten oder veranlaßt haben. Wohl im Vertrauen darauf, daß beim Ordnen der Dinge diese zugleich zu entwerfen und zu begreifen sind, haben die Filmemacherinnen erfreulicherweise darauf verzichtet, dem Publikum mit einem eigenen Kommentar zu erklären, was es selber sehen und hören kann. Darum sind ausschließlich Äußerungen und Szenen montiert, die im Verlauf der Untersuchung erfragt und beobachtet wurden. Sparsam auch Assoziationen und Verweise.

Doch zur Darstellung dieser Recherche hätte es größerer Genauigkeit bedurft. Unklar bleibt beispielsweise oft, mit wem die Filmemacherinnen eigentlich sprechen – in zweifacher Hinsicht: so hilfreiche Hinweise wie Namen, Beruf oder Funktion des- bzw. derjenigen, der, die sich gerade äußert, waren wohl zu banal, um sie den Zuschauern kurz einzublenden. Oder sollte damit der Eindruck vermieden werden, es handle sich um einen Fernsehbeitrag? Dafür argumentiert der Film ohnehin viel zu sehr für einen Kreis von Gleichgesinnten: auch wenn da mal ein katholischer Jungmann zu Wort kommt – der Tonfall und die Geste, in denen der Film zu uns spricht, setzen voraus, daß wir den Diskurs kennen, daß wir zumindest die Bereitschaft mitbringen, auch über Argumentationsstrecken aufmerksam zu bleiben, die uns bekannt sind oder unzugänglich.

Es ist ein bißchen so, als käme eine gute Bekannte zu Besuch, die wir schon längere Zeit nicht gesehen haben, weil sie irgendwo unterwegs war, von wo sie uns nun berichtet. Ein Reisebericht aus der Nachbarschaft? Leider nicht. Allzu absichtsvoll absichtslos schwenkt die Kamera während der Interviews auf Hintergründe oder auf Hände und Füße der Gesprächspartner/innen – eine Kameraführung übrigens, die manchmal so wirkt, als sei das Stativ kurzfristig verrutscht und die unbegreiflicherweise auch die Befragten hintergeht, denen ansonsten Frauen-Solidarität und gemeinsame Interessen signalisiert wurden. Manchmal läßt uns die Kamera auch einfach im Unklaren darüber, worauf wir unseren Blick richten sollen; dementsprechend überläßt es uns die Dramaturgie, das genaue Thema des Films herauszufinden. Fragen und Antworten, Positionen und Gegenpositionen sind direkt, widersprüchlich-kontrastierend und ergänzend aufeinander bezogen, oft auch optisch-akustisch verschränkt, indem Gespräche mit andern Bildern unterschnitten sind als mit denen der analogen Gesprächssituation – gemessen an der Komplexität dessen, worüber die beiden Filmemacherinnen nachgedacht haben, ein angemessen einfaches Stilmittel, das jedoch zu Unübersichtlichkeit führt. Wie so häufig, wenn Frauen sich zu Wort melden und unter der Last des Anspruchs agieren, alles auf einmal erklären zu wollen, können auch die beiden Filmemacherinnen nur schwer aus der Fülle ihrer Einsichten auswählen, sich auf entscheidende Aspekte konzentrieren.

Die Vielzahl der Meinungsäußerungen – vom spontanen Straßeninterview bis zur historisch und theoretisch fundierten Einschätzung – geben immerhin einen Eindruck davon, wie groß und tückisch die Widerstände sind, die eine Frau überwinden muß, wenn sie frei darüber entscheiden will, ob sie ein Kind in diese Welt gebären will oder nicht. Vorurteile, Angst und Unkenntnis kennzeichnen die Situation: »Wir empfehlen den Frauen, sich das abgesaugte Gewebe anzuschauen, weil wir festgestellt haben, wie erleichtert sie sind, wenn sie feststellen, daß kein Embryo zu sehen ist«, erzählt beispielsweise die Mitarbeiterin eines Beratungszentrums, und von Frauen aus Baden-Württemberg und Bayern »weiß man, daß sie gar nicht erst versuchen, eine Indikation zu bekommen, weil sie nicht 'gemeldet' sein wollen bei der Krankenkasse«. Die Vorsicht scheint angebracht, wurden doch in der Praxis des Memminger Frauenarztes Horst Theissen unter dubiosen Umständen 1300 Karteikarten von Patientinnen beschlagnahmt, die bislang vergeblich vom Besitzer zurückgefordert werden.

Die Memminger Prozesse bleiben im Film als Motiv im Hintergrund, sind jedenfalls nicht Hauptgegenstand des Interesses. Das richtet sich vielmehr auf die Einschätzung und Wirkung eines Paragraphen, der nun seit mehr als 100 Jahren existiert und in der gegenwärtigen Fassung seit 15 Jahren in der Bundesrepublik so gültig wie umstritten ist. Und immer wieder: der Tötungsvorwurf, die herrschende Doppelmoral, die Frage: »Wer entscheidet eigentlich worüber?«, die Frage: »Warum wird eine Frau 'ungewollt' schwanger?« – der Versuch, zu verstehen, was geschieht.

Vielleicht ist die defensive Haltung der Filmemacherinnen charakteristisch für die gegenwärtige Situation. Der Film erinnert stark an die »Bewegungsfilme« der 70er Jahre, die zur Entwicklung des Selbstverständnisses gemacht wurden und in denen vornehmlich die 'Basis' zu Wort und (bevorzugt als Demonstration) ins Bild kam. Auch daß es ein, zwei Personen im Film gibt, die stellvertretend für die Filmerinnen strukturieren und zusammenfassen, ist schon seinerzeit (und früher) erprobt worden. Glücklicherweise ist das, was die Juristin und Sozialwissenschaftlerin Sabine Klein-Schonnefeld und die Autorin Susanne von Paczensky zu sagen haben, erhellend, scharfsinnig und bisweilen amüsant. Das reicht von so simplen Feststellungen wie der, daß diejenigen, die Frauen vorwerfen, sie hätten 'früher dran denken müssen', wohl von ihrer eigenen eingebildeten Fehlerlosigkeit überzeugt sein müssen, über die Beobachtung, daß Frauen einerseits in Leidenschaft entbrennen sollen, die ihnen andererseits als Kopflosigkeit oder Egoismus vorgeworfen wird, bis zum Wissen um den Zusammenhang von Gebärneid, Gentechnologie und dem juristischen Status der schwangeren Frau (»als Rechtssubjekt nur eine Hülle«) – womit plausibel wird, daß der Paragraph 218 nicht nur ein Instrument der Bevölkerungspolitik ist, sondern vor allem der patriarchalischen Herrschaftssicherung dient, mit dem Versuch, einen Bereich, den Männer nicht vollständig kontrollieren können, wenigstens durch ein juristisches Regelwerk einzugrenzen.

Die Bäuerin Zenzi, die 6 Kinder zur Welt gebracht hat, kennt sich, so erzählen sich die Memminger Frauen in einem Witz, damit schon lange aus. Als sie nämlich vom tiefgründelnden Pfarrer und lebenschützenden Oberlehrer, die sich nicht einigen können, gefragt wird, wann denn das werdende Leben beginne, entgegnet sie frisch: »Wenn der Mann im Grab und die Kinder aus'm Haus sind.«

□ Mutter aus Passion □ Der Abtreibungsparagraph□ . Ein Dokumentarfilm von Ingrid Molnar und Anne Geils. 77 Minuten Farbe, 16 mm. Produktion: Bremer Institut Film/Fernsehen GmbH, Verleih: Ingrid Molnar, Juliusstr. 8a, 2000 Hamburg 50

Conny Voester ist freie Autorin und lebt in Hamburg

konkret 05/90, S. 78

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats - Vom Ende der Wahrheit

Verschiedene: Techno 2 □ Ne□ t; 10 Records/Virgin

House-Musik gilt in linken und alternativen Kreisen als menschenfeindliche Maschinenmusik.

Zwei naive Vorstellungen existieren über die Beziehung von Popmusik zu technologischem Fortschritt, die im Prinzip jede Rede über diesen Zusammenhang regeln. Die eine erwartet von der Popmusik ein ständiges Arbeiten auf dem Stand der Technologie, ein progressives Aufderhöhederzeitsein, eine – gerne auch als »subversiv« und »Entreißen« empfundene – Vertrautheit mit den neuesten Generationen von – mittlerweile – digitalen Klangerzeugern und -speichern. Was in den 50ern die E-Gitarre des urbanen R'n'B, seien in den 60ern das Mehrspur-Studio, WahWah, Verzerrer und in den 70ern Kraftwerk gewesen, in den 80ern mußte es der Emulator sein, heute Sampling und der obligatorische Atari, in den Musikzimmern noch der am beiläufigsten und hobbymäßigst Musizierenden.

Die andere Vorstellung geriert sich humanistisch: Nur in auf den Körper der Menschen, ihre Finger, Armspannweiten, Lippen und Gesichtsmuskulatur zugeschnittenen *Instrumenten* könne Musik dem Maß aller Dinge, Mensch, entsprechend zum Ausdruck kommen. In synthetischen Beats hingegen hören wir eine inhumane Präzision, die Vorbereitung auf die Reaktionszeiten der nächsten Weltkriege, eine Verarmung der klanglichen Möglichkeiten auf die der Klaviertastatur, mit der nämlich die meisten Musikcomputer, Sampler etc. arbeiten, die Einübung eines robotermäßigen Funktionierens in Arbeit, Leben, Schule, Knast und Nato.

Am zweiten Techno-Sampler aus Chicago läßt sich der wirkliche, aktuelle Stand des angesprochenen Zusammenhangs gut darstellen. Zum einen muß man unterscheiden zwischen dem offensichtlichen, bedeutenden Umgang mit einer Technologie, und dem stillen, unauffälligen. Seit es Popmusik gibt, setzt die innovative, dem Underground oder der wirklichen Welt verbundene Fraktion ihre Mittel immer bedeutend ein, sie lassen den Zuhörer nie darüber im Unklaren, daß und was sie benutzen, während die regressive Seite ihre Mittel immer verschleiert. Im Mainstream- und Stadion-Rock unserer Tage wird exzessiv von der Technologie des Sampling Gebrauch gemacht (einer Art Klangfotografie, die kürzeste Einheiten von Musik aufnimmt, die dann, von dem Klang ausgehend, an der Pianotastatur des Computer im Prinzip so gespielt werden kann wie das Originalinstrument, mit der Originalklangfarbe eines historischen Instrumentalisten: So werden berühmte Drumbreaks, etwa von John Bonham, immer wieder als Ausgangsmaterial für das Schlagzeug einer ganzen LP benutzt etc.), aber stets so, als wäre alles »authentisch« eingespielt worden (sowohl in der Propaganda, wie auch im Klang selbst, der sich nie als etwas anderes als konventionelle Bandmusik ausgibt). Underground-Musiker/Bewegungen sind traditionell stolz auf die Eigenheiten ihrer Geräte.

Zweitens müssen wir unterscheiden zwischen dem sozial und geschichtlich unvorhergesehenen Einsatz und dem »eingeplanten«, der Rolle, die die entsprechende Technologie sonst spielt, dem Unterschied zwischen aktuellen »Macht«medien, gerade abgelösten »Macht«medien und solchen, die als zukünftige schon mal ausprobiert werden sollen. Hier bietet die Geschichte des HipHop natürlich endlos viele Beispiele. Man kann aber grundsätzlich sagen, daß es der Musik derjenigen, die in ihrem ganzen Lebenszusammenhang nahe an der Verfügbarkeit neuer Technologien siedeln, immer ebenso gut gestanden hat, auf diese zu verzichten, wie der an der Peripherie der ersten Welt entstehenden Musik, exzessiv davon Gebrauch zu machen (unter anderem auch, weil noch jede Dritte-Welt- oder »exotische« Musik, die sich auf ihre traditionellen Instrumente verlassen hat, am nicht einkalkulierten ethnologisch-ferntouristisch-kolonialistischen Blick der sie rezipierenden Zentren eingegangen ist; aber auch jene Musik, die aus den Zentren kommt, die sich mit den ja wirklich schon für ganz andere Verwaltungsaufgaben vorgesehenen Maschinenparks arrangiert oder sich in die Idylle der technologischen Ignoranz flüchtet, hat genau keinen Wert – es hat sich hier, in Mitteleuropa und den heileren Großstädten der USA, eine Kultur entwickelt, die mit den jeweils gerade überholten und soeben entmachteten »zweitneuesten« Technologien/Medien die wahrsten Ergebnisse erzielt: Hardcore, Post-Punk. Schließlich muß man an die objektiv enthierarchisierende Funktion erinnern: je neuere Geräte sind meist desto leichter zu bedienen und desto erschwinglicher. Auf sie ostentativ zu verzichten und darauf eine Ideologie zu errichten, hat also auch etwas ausgesprochen Dünkelhaftes).

Der Einsatz von digitalen Synthesizern, Emulatoren und Sampling blendet andrerseits tatsächlich bestimmte grundsätzliche und nicht nur strategisch und punktuell wichtige Möglichkeiten von Underground-Musik aus: zum einen »Arbeitsspuren«, also alle ziemlich wichtigen Formen von Raumklang, Studio»atmosphäre«, unwillkürliche Geräusche etc.; zum anderen jedes Zusammenspielen, etwa die Kollektivimprovisation, wie sie die Undergroundmusik vom Jazz anfangs der 70er Jahre in einer wechselvollen Geschichte übernommen und mit unterschiedlichen Ergebnissen eingesetzt hat. Bei letzterem gilt allerdings überraschenderweise, daß diese Form immer dann neue Blütezeiten erlebte, wenn sich ein technologischer Sprung bei dem weltzugewandten Teil der Musik durchgesetzt hat. Vereinfacht gesagt: In dem Moment, in dem eine Funktion der sogenannten »handgemachten« Musik technisch ersetzbar wurde, konnte der Musiker, der bis dahin diese Funktion bekleidete, mit seiner Zeit etwas Anderes und Neues anstellen. Die Blüte kalifornischer Improvisations-Rock-

Musik und ihr Übergreifen auf die Post-Punk-Szene in den Jahren 87, 88 hat viel damit zu tun, daß die heavy beats inzwischen beim HipHop viel intensiver aus den Samplinggeräten kamen und die Beatfunktion plötzlich andere Aufgaben übernehmen konnte. Arbeitslosigkeit als Freiheit, in dem Sinne, in dem die Malerei abstrakt werden konnte, weil sie von der Weltrepräsentation entbunden wurde. Aber auch die Arbeitsspuren, die kleinen signifikanten Geräusche, die den Reiz des Sounds, einen Studiostil ausmachen, kamen auf einer anderen Ebene zurück: Gesamplete Funk- und 70ies-Passagen auf HipHop-Platten waren immer weniger nur als musikalische Funktionsträger im sich musikalisch erweiternden Genre HipHop wichtig, sondern wurden immer häufiger aus genau dem Grund gesamplet, weil sie mit einer bestimmten bezeichnenden Patina versehen waren: dem bis dahin von Poptheoretikern als »unwillkürlich« verklärten Charme des Geräuschs. Die idealisierte Unzulänglichkeit wurde kontrollierbar, emanzipiert zum nicht nur noch Genießern zugänglichen, allgemein deutlich aussagefähigen Element.

Die Geschichte des Einsatzes neuer und neuester Gerätschaften ist eine alles andere als lineare, und sie ist nur zu verstehen, wenn man sich klar macht, daß kein Geräusch als neueres, passenderes, erregenderes und noch nicht von *deren Welt* codiertes Geräusch verstanden wird, wenn nicht underground-intern vereinbart worden wäre, es so zu verstehen. Wenn Kraftwerk als erste reine Synthesizer-Musik populär machten, blieben sie damit lange ziemlich allein (umgeben nur von den eskapistischen Meditationsstimmungen früherer, vorwiegend deutscher Analog-Synthesizer-Bands. Sieht man vom um konventionelle Songs gebauten, britischen Synthi-Pop der frühen 80er Jahre ab, waren es fünf Jahre nach Kraftwerks wichtigen Platten ausgerechnet die im internationalen und stilistischen Gattungsgeflecht am weitesten entfernten HipHop-DJs wie Afrika Bambaataa, die auf »Trans Europ Express« eine völlig neue Tanzmusik aufbauten. Während in den frühen 80ern der innovativste Umgang mit Synthis in Europa von den sogenannten Industrial-Musikern, in weitgehend atonalen Geräuschkompositionen, gepflegt wurde, entwickelte sich ausgerechnet aus dieser, äußerst offenen Musik in der zweiten Hälfte der 80er die extrem stumpfsinnige, in Belgien und Frankfurt so erfolgreiche, unelegante und vielleicht sogar wirklich alle Vorurteile des Rockism bestätigende, als »Electronic Body Music« lancierte Sequencer-Tanzmusik, während um 86/87 in Chicago House aufkam, die Musik, die erstmals bewies, daß digitale Rhythmen swingen können.

Die mittlerweile weltweit bis zum Überdruß verbreiteten House-Standards gebaren verschiedene Subrichtungen, in England immer mit großen, kurzfristigen Club-Culture-Bewegungen verbunden. In Chicago entstand stattdessen, nachdem man zuvor die Patterns für die vielleicht erste völlig anonyme und weitgehend atonale Massenmusik der Geschichte (Acid House) an Großbritannien geliefert hatte, vor gut einem Jahr aus House Techno. Heute ist Techno etwas außer Mode, steht nicht im Mittelpunkt des Tanz-Geschehens, bietet dafür aber die Gelegenheit, die musikalischen Entwicklungen, unabhängig von ihren Codierungen in einem Underground (der sie im Falle dieses zweiten Techno-Samplers auch bald wieder erreichen wird), daraufhin zu befragen, was sie wirklich an klanglich neuen Möglichkeiten für die reine elektronische Tanz- und Undergroundmusik erschlossen haben. Die ewige Rede der unendlich vielen Möglichkeiten der Computer auf die Ergebnisse einer Musik hin zu überprüfen, die ja nicht völlig frei ist, sondern eine vorgegebene Aufgabe zu erfüllen hat (Dance!).

Das Ergebnis ist allerdings brillianter und radikaler als das meiste aus England, wo diverse Abarten von House den Standard-Sound fast aller zeitgenössischen Popmusik bilden. Die dunklen, jedes Soundsystem zur Erschütterung bringenden Baßschleifen von KGB's »Stark« wirken eher wie die zeitgenössischen Entsprechungen zur avanciertesten, Technologien »uneingeplant«, nicht im Sinne der Gebrauchsanweisung einsetzenden Musik der 70er, dem instrumentalen Dub (-Reggae). Wie dort wurde hier aus der Notwendigkeit, die noch effektivere Tanzmusik zu schaffen, gegen die Konkurrenz der zunehmend von internationalen Konzernen aufgekauften Sänger und ihren mit Stateof-the-Art/Mainstream-Studiotechnik aufgemotzten Produktionen en passant ein neuer Stil mit eigenen Gesetzen etabliert.

Das bedeutet unter anderem auch, daß zum ersten Mal die »neuen Möglichkeiten« sich auch als so etwas wie eine »neue« Tonalität vorstellen. Die nicht rhythmisch funktionalisierten, also an dem Ort der Melodie wohnenden Spuren dieser Stücke, sind weder tonal noch atonal. Hier werden unendlich viele »fraktale« Töne »zwischen« den Noten abgerufen, um aber nicht in einem unendlichen Chaos von Kombinationsmöglichkeiten unterzugehen, sondern sich neue Gesetze von Fall zu Fall zu schaffen, die dem Zuhörer so schnell einleuchten wie sie sich der musikologischen Klassifizierung noch entziehen. Was man hier hört, ist die Bewältigung des Phänomens des »komischen Geräuschs«, jener von Fans immer wieder fetischisierten, oben erwähnten Beiläufigkeit, die früher immer ein Zufallsergebnis, ein Nebenprodukt, aber auch die Adresse einer populären Musik war, der Ort, wo man sie erreichen und von wo aus man sie mit der Underground-nötigen Codierung versehen konnte. Beim HipHop wurde dieser Aspekt durch die inflationär eingesetzten historischen Samples kontrollierbar, im cleaneren, an 'Spuren' nicht so interessanten House, eben besonders bei diesen hier neue Marksteine setzenden Techno-Spielarten, ist es die Fertigkeit, »komische«, also willkürliche, aber wiedererkennbare, »sinnvoll« wirkende Geräusche und Geräuschkombinationen kontrolliert selber herzustellen. Das Glück, daß die Fülle von Realisierungen solcher sofort einleuchtenden Geräusch»melodien« hervorruft, trägt natürlich gleichzeitig das Wissen von dem Ende einer der letzten Möglichkeiten der Aufzeichnung unwillkürlicher, »objektiver« Töne, und damit von Geschichte und Wahrheit in der populären Musik in sich. Das Ende einer Musik, die nur durch die Absprachen derer, die sie hörten, Bedeutung hat. Jetzt ist der letzte unmanipulierbare Bereich, auf den sich solche Festlegungen und Absprachen beziehen

können, handhabbar geworden. Freilich nur, um in absehbarer Zeit die Entdeckung anderer Parameter von Musik zu ermöglichen.

Konkret 05/90, S. 80

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Heraus zum 1. Mal beziehungsweise Mai!

Honecker schoß den Hirsch.

Mittag saß zu Tisch.

Tisch aß zu Mittag.

Mielke fühlte sich sicher.

Du aber, Ährenfrau der LPG Roter Weizen, darbtest.

Und Du, Hammermann bei Stahl Riesa, schautest in die Röhre.

Und Du, Zirkelstift an der Humboldt-Universität, zogest Kreise nicht.

So war die Zeit, die auf Erden Euch gegeben schien.

Doch dann nahmst, Ährenfrau, Du, und Du, Hammermann, und Du, Zirkelstift, die Kerze in die von der Rechten vor dem Widerwind beschirmte Linke und ab ging die Post revolutionär.

Du aber, Ährenfrau, warst Ährenfrau nicht mehr, und Du, Hammermann, nicht mehr Hammermann, und also, Zirkelstift, erging Dir es, sondern Ihr wart, damit die Weltgeschichte es sich besser merken kann, Das Volk.

Nun sind die Betonköpfe (sie predigten Cholesterin und völlerten fettarm die Schweine!!!) von den greisen Leibern herabgeschlagen.

Honecker schießt nicht mehr den Hirsch.

Vom Tisch verjagt ist Mittag.

Tisch muß fasten. Und:

Unsicher fühlt sich Mielke.

Nun gehört Euch, expropriiert sind die Expropriatöre, alles.

Ähre, Hammer, Zirkel, halt alles. Und: Es gehört Euch zum 1. Mal der 1. Mai.

Euer, Prolet, Bauer, Intelligentsia, kurz: Volk, ist das Datum, Euer die Tribüne, Euer ist der Vorbeimarsch. Und

Euer ist der Ruf

Heraus zum 1. Mal, beziehungsweise 1. Mai

Heraus! Heraus!! Heraus!!!

In Leipzig lautet die Losung:

VOLKSAKTIEN AN DIE MACHT

In Dresden singt Karel Gott:

EINMAL UM DIE GANZE WELT UND DIE TASCHEN VOLLER GELD

Rostock fordert:

SAVE THE MITBESTIMMUNG

Der Prenzlauer Berg marschiert für

FREIE PREISE

Frankfurtoder geht auf die Straße für

FRANKFURT MAIN

Alle und alles sind entfesselt und entkettet. Herrlich der Weimaraner Massen Mairuf. NICHTS GEGEN KONTROLLIERTEN PROFIT

Machtvoll das Motto Magdeburgs:

SCHÜTZT WERDENDES ARBEITERLEBEN, NIEDER MIT DEM PARAGRAPHEN ZWOACHTZEHN

In Buchenwald kostet die Bockwurst

DREIFÜNFZIG

Auf der Wartburg gibts

EINBEKER URBOCK

Heraus zum 1. Mal beziehungsweise 1. Mai

Heraus! Heraus!! Heraus!!!

Mein lieber Hamburger Sport Verein!

Sie wollen nicht absteigen. Es ist unvollsterrbar für Sie, abzusteigen. Eher stürbe Christus am Kreuz. Oder sie sprängen vom Fernsehturm. Oder gingen in die Elbe. Oder nähmen Schlaftabletten. Oder gäben sich die Kugel. Oder griffen zum Strick. Nein, Absteigen - unmöglich. Ausgeschlossen. Eher verschmölzeten die Kontinente wieder, denn daß sie, HSV, abstiegen. Sagen Sie mal: Sind Sie größenwahnsinnig? Hamburger Ehefrauen gehen, um den arbeitslosen Mann und die schulpflichtigen Kinder zu ernähren, auf den Strich. Und Sie wollen nicht absteigen? Die REHA-Kliniken sind voll mit querschnittsgelähmten Piloten japanischer Motorräder. Und Sie wollen nicht absteigen? Beirut und der Regenwald brennen, der Blauwal haucht sein Leben aus, der viergliedrige Gebirgsschachtelhalm stirbt, auf einen Vermieter kommen 83 Mieter, alles schreit Ausländer raus - und Sie wollen nicht absteigen? Sind Sie größenwahnsinnig? Meinen Sie, Meppen sei ein Dorf mit ein paar Deppen? Und Alemannia Aachen täte Ihnen nichts saachen? Und es wäre unter Ihrer Würde zu stoßen Bescheid fußballerisch dem SV Wattenscheid? Und Braunschweigs Spieler wären für Sie nur Wühler? Und von Rot Weiß Essen hätten Sie nie was gehört beziehungsweise das könnten Sie vergessen? Und Fortuna Köln würde Ihnen das Fußballspielen vergälln? Und Unterhaching sei ja schon doof aber noch doofer sei der Zwotligist aus der Messestadt Hannover? Und zu Blauweiß Berlin vermöchte Sie nichts zu ziehn? Und mit dem SC aus Freiburg der Kuckucksuhrenmetropole möchten Sie sich weder in die Haare kriegen noch in die Wolle? Und der VFL Osnabrück wär für Sie ein Mißgeschick? Und Darmstadt der Verein in der Stadt der deutschen Sprache und der deutschen Dichtung hätte für Sie nicht die rechte fußballerische Gewichtung? Und die Spielvereinigung Bayreuth läge für Sie unter Ihrer Würde für einen Fight? Und es sei kein gleichwertiger Gegner Ihnen der MSV-Duisburg mit dem KONKRET-Abonnenten Ewald Lienen? Und Münster? Und Stuttgarts Kickers? Und Kassel? Das wär für Sie alles nix? Ja, sind Sie denn größenwahnsinnig, kruzifix? Sie steigen jetzt ab. Und lernen endlich die Heimat kennen, kapiert? Oder soll etwa Mönchengladbach absteigen? Oder Homburg? Oder D'dorf? Oder Lautern? Bochum? Uerdingen? Sollen die absteigen, nur damit Sie drinbleiben? Was glauben Sie denn, wer Sie sind? 1860 spielt in der Bayernliga. Der große VfB Lübeck muß sich mit Strand 08 schlagen. Pokalschreck Offenbach ist unten. Undsoweiter. Jedenfalls: Sie steigen jetzt ab! Denn ich wollte schon immer mal Schweinfurt im Volksparkstadion sehn.

Nimm Haltung an, Weltkriegsboandlkramer

Also erstmal Deine Signets: Diese sich zu einem Vogel, soll wohl die sogenannte Friedenstaube sein, woll??! verdickenden Kreuze - etwas Verkrachteres hat die grafische Welt noch nicht gesehn. Und dann dieser Fünferpack Kreuze, also die von zwei größeren Kreuzen überdachten zwei kleineren Kreuze, die hinwiederum von einem noch größeren Kreuz gesagt kriegen, wer hier das größte Kreuz ist - es ist ein Kreuz mit Dir, mein lieber deutscher Kriegerknochenbegießungsverein, der Du gewiß einer der schlimmsten Finger im hiesigen Ideologiegeschäftsgeschehen bist, ließest Du Dir doch eher von Der Friedenstaube aufs Hirn scheißen, oder Dir ein Kreuz ins Kreuz hauen, denn den friedensparteiischen Satz von Dir zu geben, daß es das kapitale Hakenkreuz war, welches, und ließest Du Dich doch lieber lebendigen Leibes begraben, denn Dich bei einem kleinen Ostermarsch aufzuführen, Du unmenschliches Trumm Neutrum Du. Kriegsgräber Doppelpunkt eine Herausforderung an unsere Zeit: Weißt Du, was eine, meintwegen beispielsweise von mir Dir zugedachte Herausforderung ist? Daß Du Dein von SS-Witwen oder den Witwen anständiger deutscher Soldaten gestiftetes Geld nicht mit derart toten Visitenkarten in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« verplemperst, sondern dasselbe aufs quietschlebendigste in Frauen- und Waisenhäusern investierst. Und denk mal darüber nach, was der japanische Sozialpsychologe Hoi Ti einmal über Dich gesagt hat, nämlich daß bei Dir Symptome einer unguten Todesseeligkeit auszumachen seien, und: Daß einem, der seine Nase dauernd in faschistische Schlachtfelder steckt und Knöchelchen und Hundemarken und Uniformfetzen ausbuddelt und es aber nicht übers Herz bringt, eine radikale postantiwilhelminischhitlerische Friedenspolitik mit allem Fortmitderbundeswehrdrum und Keinwaffenexportdran zu treiben, nicht über die Soldatenfriedhof-Topfpflanze, geschweige über die Ehrenhain-Gießkanne zu trauen sei.

konkret 05/90, S. 82

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Jede Arbeiterbewegung hat ihre Knallchargen: die französische ihren Mitterrand, die italienische ihren Occhetto, die polnische ihren Walesa, der sich von seinem deutschen Bruder Blüm, mit dem er Marienlieder sang, schließlich doch dadurch zu unterscheiden beginnt, daß er völlig unerwartet »in die Sprache früherer Peiniger Polens verfiel«, wie die einstigen Walesa-Fans vom Deutschland-Magazin »Spiegel« meinen:

»Wenn Deutschland noch einmal Europa destabilisiert«, drohte Walesa, »dann wird Deutschland nicht mehr geteilt, sondern von der Landkarte gefegt werden. Ost und West haben die notwendige Technik, um dieses Verdikt auch vollstrecken zu können. Wenn Deutschland wieder anfängt, bleibt keine andere Lösung.«

Wäre der Friedensnobelpreis nicht durch seine Verlosung an Kissinger, Brandt, Sacharow und Walesa heillos diskreditiert, schlüge ich vor, ihn demnächst einem berühmten polnischen Arbeiterführer zu verleihen.

Regierungsdirektor Kaiser vom Bundesministerium für Wirtschaft hat den deutschen Abgeordneten des europäischen Parlaments »zu Ihrer persönlichen Unterrichtung eine Stellungnahme der Bundesregierung zum Thema Bekämpfung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit« übersandt, die sich die quengelnden Nigger mal hinter die Ohren schreiben sollten:

Der Begriff »Fremdenfeindlichkeit« wird im übrigen auch zu undifferenziert verwandt. Die komplexen Erscheinungsformen von negativen Einstellungen gegenüber Ausländern sind damit nicht zu erfassen. Sachadäquater wäre es, zwischen »Fremdenfeindlichkeit« und »allgemeinen Vorbehalten gegenüber Ausländern« zu unterscheiden.

Während nämlich Fremdenfeindlichkeit zur Einrichtung von Konzentrationslagern führen kann, wäre allgemeinen Vorbehalten gegenüber Ausländern gegebenenfalls durch die sachadäquate Einrichtung ethnischer Entsorgungsparks zu entsprechen.

So ordinär wie die Freunde, die von Castro direkt zum fidelen Genscher übergelaufen sind, benimmt ein Mann von Welt sich nicht:

Die Frage, ob es mit dem Strom oder gegen ihn zu schwimmen gilt, scheint mir veraltet, weil sie eine unerträgliche Vereinfachung voraussetzt. Ergiebiger scheint mir das Verfahren des Seglers zu sein, der sowohl mit dem Wind als auch gegen ihn kreuzt. Ein solches Vorgehen, auf die Gesellschaft bezogen,

bietet die Gewähr, daß man auf jeden Fall in ihr vorankommt, und vielleicht schafft er es ja doch eines Tages, Chefredakteur der »Yacht« zu werden, der Enzensberger.

Die Mühen beim Abriß der Mauer haben an dem »Tageszeitung«-Kommentator Klaus Hartung ihre Spuren (um nicht zu sagen: vestigia) hinterlassen:

Nulla poena sine legge

hat er jetzt verlangt. Es ist aber nicht so, daß er mit seinem Latein am Ende wäre, sondern er ist bloß entkräftet zusammengebrochen bei dem Versuch, zu einem konkurrierenden Deutschdenker aufzuschließen, der sich auch Legge schreibt, und wie!

Ich kenne den fränkischen Hausflur mit drei Buchstaben und die griechische Göttin des Ozonlochs – wer aber, um Himmels willen, ist dieser da?:

Er hört klassische oder barocke Musik und braucht dazu niemanden; er findet auch Genügen an einsamer Zweisamkeit mit einem Buch.

Vier Buchstaben senkrecht und er braucht keinen, der ihm beim klassischen oder barocken Hören hilft? Sollte es, Herr Johann Georg Reißmüller, da es das kleine Jesulein diesmal nicht ist, am Ende Ihr Bundeskanzler sein? Echt? Und das Buch ist richtig eins mit so Buchstaben? Zum Lesen? Und nicht bloß zum Unterlegen, wenn der einsame Zweisitzer wackelt? Ach, gehn s', pflanzen s' doch wen andern!

Während die Leser des politischen Teils zufrieden schmunzeln, wenn ihnen der Reißmüller einen falschen Sechziger für einen Einstein vormacht, muß der Wirtschaftsredakteur der »Frankfurter Allgemeine« seinen Kohl doch mühsamer ziehen:

Wohlstand wird sich entfalten, wenn zwischen Elbe und Oder die gleichen bewährten Regeln des Wirtschaftens gelten wie heute zwischen Rhein und Elbe. Diese Regeln und Grundsätze sind überall dort in Kraft, wo es den Menschen gutgeht.

Kompliment! Wie der Hans D. Barbier sagt, was die Kunden hören wollen, und doch fast garnicht lügt – das macht seinem Namen alle Ehre. Was kann er dafür, daß sie lesen, was er nicht geschrieben hat, nämlich daß es, wo die bewährten Regeln in Kraft seien, den Menschen gutgehe? Daß es den Menschen trotz oder eigentlich wegen der bewährten Regeln schon in Sevilla und erst recht in Lima nicht besonders gutgeht, weiß keiner besser als der Barbier, der sie im Börsenbericht täglich unterm Messer hat. Er hat bloß gesagt, daß dort, wo es gutgeht, die Regeln in Kraft sind. Warum? Aber damit plagt sich doch ein Barbier nicht, der bloß das Faktotum der schönen Welt ist oder vielmehr ihr Faztotum.

Betrag dankend erhalten:

Den Großen Literaturpreis der Bayerischen Akademie der Schönen Künste erhält dieses Jahr für sein literarisches Gesamtwerk Martin Walser. Der Preis ist mit 30.000 Mark dotiert.

Der Waigel tut noch was für seine Leute.

Eine neue Zeitschrift aus der DDR, die sich »Grenzenlos« nennt, will

dazu beitragen, daß die in beiden deutschen Staaten durch die vierzigjährige Trennung unterschiedliche Entwicklung der Sprache aufgehalten wird und Sprachbarrieren abgebaut werden, damit in Zukunft aus einem Jahresendflügler wieder ein Weihnachtsengel wird... »Grenzenlos« ist angefüllt mit Reportagen, Interviews und Nachrichten aus Ost und West, die als Ratgeber, Förderer für Kontakte, Zusammen-Leben- und Wirken sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich dienen,

also mit jenem Dreck, den nur ein Sprachbarrieren abbauender, Zusammen-Leben- und Wirken sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich mit unsinnigen Bindestrichen versehender Weihnachtsengel befördern kann. Ein Jahresendflügler würde ihnen was fallen lassen.

Ein neues Zeitalter der Aufklärung ist angebrochen:

Die »Republikaner« unterhalten nach Erkenntnissen des Kölner Journalisten Michael Schomers »strukturell« Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppen bis hin zu Wehrsportgruppen und Sekten wie »Wotans Wölfen«. Entgegen Aussagen ihres Parteichef s Franz Schönhuber streben sie immer noch ein »Großdeutsches Reich« und die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete, Elsaß Lothringens sowie von Teilen Belgiens und Dänemarks an. Um den Alltag der »Republikaner« zu erleben, war Schomers sieben Monate Mitglied, Wahlkämpfer, Funktionär und Parteitagsdelegierter der »Republikaner«. Schomers, der seine Recherchen in der »Rollen-Reportagetechnik« (Günter Wallraff) anstellte,

und sich vom Vorbild ein Vorwort schreiben lassen ließ,

veröffentlichte die Ergebnisse bei Kiepenheuer & Witsch unter dem Titel »Deutschland ganz rechts«. Verlagslektor Helge Malchow rechtfertigte die »problematische« Methode mit dem »alarmierenden Ergebnis«, das eine »deutlich erkennbare Verfassungswidrigkeit« der »Republikaner« ergeben habe.

Zwar wissen wir nun viel, aber wenn sich jetzt noch einer bei Kiepenheuer einschleicht, der unter Anwendung der bekannt problematischen Methode ermittelt, wer auf den Titel »Ganz rechts« gekommen ist und warum, und ob das vielleicht mit alarmierenden Ergebnissen zusammenhängt, die die Verlagsvertreter von ihrer letzten Verkaufsreise mitgebracht haben, werden wir bald alles wissen.